Nr. 9.

25. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 11. Januar 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Der Wahlrechtstag. – Die Erklärung der Regierung.

Draußen stehen erwartungsvoll die Massen; stürmische Rufe nach dem gleichen Wahlrecht erschallen! Im Abgeordnetenhaus spricht der Abgeordnete Träger. Plötzlich erscheinen große Truppen von Polizisten zu Fuß und zu Pferde. Die Massen werden von den Bewaffneten abgedrängt.

Es ist ein Symbol: Das Volk muß weichen, die Rechtlosen müssen den Platz räumen, wenn Preußens Regierung der Privilegierten und Bevorrechtigten das Wort nimmt!

Ein Wall von Bewaffneten trennt die Regierung von dem Volke, und was Bülow spricht, spricht er unter dem Schutze und im Vertrauen auf die Bajonette.

Die Erklärung der Regierung gegen das Volksrecht lautet:

Die Königliche Staatsregierung hat sich schon bisher bemüht, Vorschriften des preußischen Wahlrechts zu verbessern, bei denen ein Bedürfnis hierzu besonders dringend hervortrat. Die Königliche Staatsregierung erkennt an, daß das geltende Wahlsystem auch jetzt noch Mängel aufweist und hat seit längerer Zeit in eingehenden Arbeiten erwogen, wie auch diesen Mängeln abgeholfen werden kann. Ob dies im Rahmen des bestehenden Wahlrechts oder nur durch seine grundsätzliche Aenderung möglich sein wird, läßt sich noch nicht übersehen. Wie indes schon jetzt erklärt werden muß, steht es für die Königliche Staatsregierung nach wie vor fest, daß die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen dem Staatswohl nicht entsprechen würde (Bravo! rechts) und deshalb abzulehnen ist. Auch kann die Königliche Staatsregierung die Ersetzung der öffentlichen Stimmabgabe durch die geheime nicht in Aussicht stellen. (Erneutes Bravo! rechts, Unruhe links, Ruf: Noch schöner!) Jede gesunde Reform des preußischen Wahlrechts, wird den Einfluß der breiten Schichten des Mittelstandes auf das Wahlergebnis aufrecht erhalten und sichern müssen, und deshalb auf eine gerechte Abstufung des Gewichts der Wahlstimmen Bedacht nehmen müssen. (Bravo! rechts). Deshalb wird zu prüfen sein, ob dieses Ziel erreicht werden kann lediglich unter Zugrundelegung von Steuerleistungen oder ob und inwieweit das Stimmrecht auch nach anderen Merkmalen, nach Alter, Besitz, Bildung u. dgl. zweckmäßig abgestuft werden muß. Sobald die Kgl. Staatsregierung für ihre Entschließungen feste Unterlagen gewonnen haben wird, was indessen für die laufende Tagung nicht mehr in Aussicht gestellt werden kann (Hört, hört! links), wird sie mit einer entsprechenden Vorlage an den Landtag herantreten. (Lebh. Bravo! rechts, Zischen links.)

Die Erklärung ist im scharfen Kommandoton abgegeben. Kurz und knapp und klar. Keine Diplomatie, **keine Beschönigung.** Es ist der **Stil der Kriegserklärung.**

Und eine Kriegserklärung ist's, eine aufpeitschende Provokation für alle, die noch einen Rest demokratischen Empfindens sich bewahrt haben, ein blutiger Hohn für die entrechteten Massen, eine **Solidaritätserklärung der Regierung mit den verhaßten und verrotteten Privilegien der Junkerkaste!** Rechtlose, die Ihr da draußen steht, laßt alle Hoffnung fahren; das ist's, was Euch die Regierung und das Haus des Dreiklassenunrechts zu sagen hat!

Die Erklärung Bülows schafft **Klarheit.**

Es ist zu Ende mit dem Phantom der liberalen Aera, die Schwindel war von Anfang an, Blendwerk des Wahltruges, und jetzt als Schwindel entlarvt ist. Nie noch ist ein großes Volk so am Narrenseil herumgeführt worden. Die Würde des deutschen Volkes ist beleidigt von der Regierung Preußens!

Die Erklärung der Regierung ist der **Bankerott der Blockpolitik.** Sie ist eine Niederlage Bülows selbst, der unfähig ist, zu halten, was er in den ersten Tagen der jungen Liebe versprochen. Fürst Bülow hat die Erklärung verlesen, aber diktiert haben sie die Junker, auf deren Seite sich die preußischen Minister gestellt haben.

Die Bestimmtheit der Regierungs-Erklärung soll das **rechtlose Volk mutlos machen,** sein Beginnen **aussichtslos** erscheinen lassen.

Vergebliche Hoffnung!

Ein **Weckruf** ist diese Erklärung, eine anspornende, anfeuernde Mahnung. Der Widerstand der Regierung zeigt die Größe und die Bedeutung des Kampfpreises. Mit zäher Ausdauer, mit Besonnenheit und Mut wird die Sozialdemokratie den Kampf führen. Hart wird das Ringen sein, aber für uns streitet die Entwickelung, für uns kämpft die Geschichte!

Unserem Banner, das die erprobten Genossen vorantragen werden, werden alle Arbeiter folgen, die bisher abseits standen. Die Ehre der Arbeiter ist engagiert, und die Arbeiter werden ihre Ehre zu schützen wissen! Den Arbeitern aber werden sich **alle anschließen,** sich anschließen **müssen,** denen es ernst ist um die **hehre Sache der Demokratie, der Entwickelung zur Freiheit.** Und der Tag wird kommen, an dem ein anderer als Fürst Bülow eine andere Erklärung wird abgeben müssen. Bis dahin aber: **keine Ruhe in Preußen, bis das allgemeine gleiche, geheime und direkte Wahlrecht errungen ist!**

Noch schöner!

Als heute Fürst Bülow die oben abgedruckte Erklärung der Regierung zur Wahlrechtsfrage in Preußen abgab und dabei betonte, daß für die Regierung soviel feststehe, daß auch nicht einmal an die Beseitigung der öffentlichen Stimmabgabe zu denken sei, ertönte aus den Reihen des Freisinns der entrüstete Ruf:

„Noch schöner!"

Und als Bülow seine Erklärung geschlossen hatte, antwortete ihm das Zischen des Freisinns!

Wenn sich die freisinnige Landtagsfraktion einbilden sollte, durch diesen Zuruf und das Zischen seinen Protestpflichten heroisch genügt zu haben, so irrt sie sich gründlich. Denn der Freisinn hat sich nur selbst ausgezischt. Und der Zuruf „noch schöner" trifft auf die schmachvolle Haltung des Freisinns nicht weniger zu, als auf die Stellungnahme der Regierung!

Der Freisinn hat ja die Regierung förmlich beschworen, ja keine wirkliche Reform in Aussicht zu nehmen! Oder haben nicht die „Voss. Ztg." und die „Weser-Ztg." noch am 9. Januar, am Vorabend des Wahlrechtstages, der Regierung feierlich erklärt, daß der Freisinn sich auch mit einer

sehr bescheidenen Reform

zufrieden geben werde?!

Wenn die Regierung also den Mut hatte, zwar keinerlei positive Zusagen für eine — sei es auch erst in Jahren! — vorzunehmende Wahlreform zu machen, wohl aber kategorisch zu erklären, daß an die Einführung des Reichstagswahlrechts nicht zu denken sei, ja, daß die Regierung sogar die Einführung des geheimen Stimmrechts ablehne, so ist das der unbeschreiblich jämmerlichen Haltung des Freisinns zuzuschreiben!

Seit Monaten arbeitete die Reaktion mit Hochdruck! Seit Monaten kämpften die Junker gegen die Wahlreform! Seit Monaten drohten sie der Regierung, den Block zu sprengen und wieder mit dem Zentrum gemeinsame Sache zu machen, wenn die Regierung das Vorrecht der Junker antaste!

Und der Freisinn hat diesem Kampfe nicht nur keinen Gegendruck entgegengesetzt, sondern durch

feigste Flaumacherei

den Junkern und der Regierung noch den Nacken gesteift! Wie konnte da der Freisinn erwarten, daß die Regierung, die Sachwalterin der Junker, mehr geben werde, als was der Freisinn selbst erwarten zu können erklärte!

Wenn also der Freisinn heute zischte, so zischte er nur sich selbst aus!

Und wenn er jetzt, wo er die Bescheerung hat, durch einige Redeübungen so tut, als käme ihm die Erklärung der Regierung, dieser

Hohn auf die Forderungen des Volkes

unerwartet, so spielt er nur eine jämmerliche Komödie, durch die auch dem Leichtgläubigsten kein Sand in die Augen gestreut werden kann!

Wenn es der Freisinn ernst meinte, wenn er ehrlich entrüstet wäre über die Haltung der Regierung, so könnte er ja noch immer seine

Wahlrechtsfreundschaft beweisen!

Es ist ja noch nicht zu spät! Der Freisinn braucht nur das Joch der Block-Knechtschaft abzuschütteln, er braucht bloß den

Wahlrechtskampf

aufzunehmen, um zu erreichen, was seine widernatürliche Paarung mit den ostelbischen Junkern nicht zu erreichen vermocht hat!

Das Fiasko der Blockpolitik ist ja nunmehr evident!

Die Prellerei des Volkes ist offenbar!

Der Freisinn kann, wenn er nicht aller Scham bar ist, jetzt gar nicht anders, als aus dem Block austreten und **gemeinsam mit dem entrechteten Volke** die Regierung zwingen, das

unverkürzte Wahlrecht

zu gewähren!

Tut er das nicht, so wird ihn die Volksempörung hinwegfegen!

Die Arbeiterklasse aber hat doppelte Ursache, auf dem Posten zu sein! Und alle Rechtlosen, **alle kleinen Gewerbetreibenden, alle kleinen Handwerker, alle kleinen Beamten,** denen durch die öffentliche Abstimmung jede freie Gesinnungsbetätigung unterbunden wird, müssen sich dem

proletarischen Wahlrechtskampf

anschließen!

Lauter, kraftvoller als zuvor muß gerade jetzt der Ruf erschallen:

Nieder mit dem Privilegierten-Wahlrecht!

Heraus mit dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht!

Die Rechtlosen fordern ihr Recht!

Wie von einer geheimen Macht gezogen, strebten heute schon in den frühen Vormittagsstunden Hunderte von Menschen dem preußischen Abgeordnetenhause zu, jenem feudalen Gebäude in der Prinz-Albrechtstraße, dem das Volk bisher so wenig Beachtung geschenkt hatte, das man vielmehr als Heimstätte des Dreiklassenunrechts mit einer gewissen Mißachtung betrachtete. Um zehn Uhr standen Vorplatz und Aufgänge schon dicht voll von Männern und Frauen. Die Hunderte wuchsen an zu Tausenden, die Tausende zu Zehntausenden, die vor dem Gebäude standen, dort auf Einlaß warteten, die die Straße füllten und die gegenüber in den Aufgängen zum Kunstgewerbemuseum Platz genommen hatten. Eine doppelt gewaltige, weil spontane Demonstration.

Die Polizei hielt sich, anfangs nicht sehr zahlreich vertreten, zunächst auf dem Bürgersteig und Fahrdamm auf, dehnte ihre Tätigkeit aber bald auf das Grundstück des Landtages aus und war besonders besorgt, die Auffahrt freizuhalten. Als nach und nach die Abgeordneten eintrafen, wurden sie von der Menge mit tausendstimmigen Zurufen empfangen: „Heraus mit dem freien, mit dem gleichen Wahlrecht!" — „Nieder mit dem Dreiklassenrecht!" „Wahlrecht her!" „Wahlrecht für die Frauen", riefen namentlich die Frauen selbst, die in der Menge sehr zahlreich vertreten waren. Am stärksten wurden die Rufe, als Bülow mit seinen bunt herausgeputzten Dienstbeflissenen vorfuhr. Er muß dem Reichs- und Staatsgewaltigen in die Ohren gedröhnt haben, der mächtige Schrei des Volkes nach Wahlrecht, nach Gerechtigkeit und Freiheit! Man schwenkte die Extranummer des „Vorwärts"; einige steckten sie auf Schirme und Stöcke, gleichsam wie eine Wahlrechtsfahne.

Immer lebhafter wurde die Stimmung in der Menge. Plötzlich begann man zu singen. Von Tausenden erscholl es:

Das freie Wahlrecht ist das Zeichen,
In dem wir siegen, nun wohlan!
Nicht predigen wir Haß den Reichen,
Nein, gleiches Recht für jedermann!

Da glaubte die Polizei offenbar, daß sich die Menge zuviel Freiheiten herausnähme, zuviel Freiheiten für den Preußenstaat! Schutzleute und höhere Polizeibeamte tauchten in großer Zahl auf, dazwischen Berittene. Man drängte und stieß die Menschenmassen vom Gebäude hinweg, ritt auf sie ein. Widerwillig fügten sich die Demonstranten, folgten den Befehlen so gut es ging. Mit Gesang zogen sie davon:

Nicht fürchten wir den Feind,
Nicht die Gefahren all!
Der Bahn, der kühnen, folgen wir,
Die uns geführt Lassall'.

Dazwischen erklangen andere Proletarierlieder, sowie immer wieder von neuem wiederholt die Rufe nach dem Wahlrecht.

Die Massen wurden auf der einen Seite nach der Königgrätzer Straße zu gedrängt und getrieben, auf der anderen Seite nach der Wilhelmstraße. Als der Platz vor dem Landtagshause schon geleert, auch die Straße schon frei war, standen noch immer einige Hunderte auf den Zugängen zum Kunstgewerbemuseum, sangen und sandten Rufe hinüber nach dem Dreiklassenhause. Aber bald mußten auch sie ihren Zufluchtsort verlassen, gezwungen durch die immer mehr anwachsende Polizeimacht. Laut singend zogen auch sie davon.

*

Ein zweiter Augenzeuge schreibt uns:

Mächtig schwollen die Massen an, je näher der Mittag rückte. Wie eine Flut ergoß es sich nach der Prinz-Albrecht-Straße, und vor dem Landtagsgebäude wogte die Menge unermüdlich auf und ab. War die Polizei bis dahin ruhig und höflich geblieben, so erschien sie bei dem großen Ansturm plötzlich sehr nervös. Anscheinend wurden schnelle Orders zur Heranziehung von Hülfsmannschaften gegeben, denn große Massen von blinkenden Helmen wurden auf allen Seiten sichtbar. Hinter der Kunstgewerbeschule kamen wie auf einen Wink etwa 40 Schutzleute herbei; vom Potsdamer Bahnhof her eilten im Sturmschritt 20—30 Schutzleute nach dem Landtagsgebäude; ebenso kamen sie von der Zimmerstraße herbeigestürzt, und nun begann die Säuberung des Platzes. An der Königgrätzerstraße und an der Wilhelmstraße wurde abgesperrt. Berittene traten in Aktion und gingen so scharf vor, daß wiederholt der Unwille der Massen sich in lauten Ausbrüchen Luft machte, was auch fast immer die gewünschte Wirkung hatte, denn die Polizisten schienen sich sofort eines besseren zu besinnen. Immer wieder ertönten die Hochs auf unsere Partei und der Gesang der Marseillaise mit dem vielfach wiederholten Vers: „Das freie Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir siegen!"

Mit Macht erbrausten die alten, wohlbekannten Arbeiterlieder, wie z. B.:

„Wer schafft das Gold zu Tage,
Wer fördert Erz und Stein ...
Das sind die Arbeitsmänner,
Das Proletariat!"

Die Polizei schien es freilich sehr eilig zu haben, die Massen fortzudrängen, aber die Massen waren zu kompakt geworden und ließen sich nur langsam fortbewegen. Als endlich die Strecke von der Wilhelmstraße bis zur Königgrätzer Straße frei war, da galt es, noch die Rampe vor dem Kunstgewerbemuseum zu „säubern"; dort standen die letzten Hunderte, bis auch sie der Gewalt weichen mußten. Immer weiter drängte die Polizei nach. Sogar auf den Bürgersteig ritten die Schutzleute in der Königgrätzer Straße und in der Zimmerstraße. Gegenüber dem Museum für Völkerkunde stürzte ein Polizist vom Pferde; der Gaul weigerte sich offenbar, in die Menschenmenge sich hineindrängen zu lassen. — Getrieben von der Polizei, bildeten sich Züge von Demonstranten, die sich durch die anliegenden Straßen begaben und die Extranummern vom „Vorwärts" in Massen verteilten.

Mancher ehrsame Bürger erstaunte sehr, als er die ungewohnten Aufzüge gewahrte und hörte, um was es sich handelt. „Das Wahlrecht!" war das Losungswort des Tages! „Das Wahlrecht für die Arbeiter, eher werden wir uns nicht beruhigen!" so hieß es. —

Mehrere Tausende der Demonstranten zogen von der Kochstraße her nach dem Vorwärts-Gebäude, wo sie ihrer Begeisterung durch den Gesang der Marseillaise und durch Hochs auf unsere Bewegung noch einmal vollen Ausdruck gaben. Die starke Beteiligung der Frauen an der gesamten Demonstration war bis zum Schluß derselben überall bemerkbar.

* * *

Ein Teil der Demonstranten, die von der Polizei aus der Nähe des Abgeordnetenhauses vertrieben worden waren, zog am Schloß vorüber nach dem Rathause, wo er sich unter polizeilicher Beihülfe in kleine Gruppen auflöste. Die Zahl dieser Demonstranten allein wird von dem „Berliner Tageblatt" auf 8000 beziffert. Und da wagt die Kröcher-Presse, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" und die „Kreuz-Zeitung", von einem „Demonstrationchen" zu sprechen, an dem sich „einige Hunderte" beteiligt haben sollen!

* * *

Das Recht auf die Straße scheint von der Polizei an „kritischen Tagen" nicht einmal denen zugebilligt zu werden, die durch ihren Beruf genötigt sind, auf der Straße zu verweilen. Am Freitag gegen 1/4 3 Uhr nachmittags zog eine Gruppe von Männern unter dem Geleit von Schutzleuten durch die Langestraße nach der Andreasstraße und verteilte sich dort. Auf der Dammkreuzung der Andreas- und der Langenstraße waren zu dieser Zeit die Straßenreinigungs-Hülfsarbeiter (Schneeschipper) unter Aufsicht eines uniformierten Straßenreinigers tätig. Ein Polizeileutnant schien der Meinung zu sein, daß auch sie dort nicht „stehen bleiben" dürften. Er trat an den einen der Schneeschipper heran, maß ihn mit langem Blick von oben bis unten und „bat" dann in kommandierendem Ton: „Bitte, gehen Sie weiter!" Der Schneeschipper antwortete mit unverhohlenem Erstaunen: „Sie sehen doch, ich arbeite hier." Da winkte der Leutnant einen Schutzmann heran und befahl, den Mann zur Wache zu führen. Der uniformierte Straßenreiniger wollte sich ins Mittel legen und machte gleichfalls den Leutnant darauf aufmerksam, daß der Mann hier arbeite. Aber der Leutnant verwies ihn zur Ruhe: „Sie halten Ihren Mund! Sie sehen doch, was hier los ist." Der Schneeschipper wurde richtig abgeführt. Auf der Wache kündigte man ihm an, er werde ein Strafmandat kriegen. Wieder äußerte er sein Erstaunen, aber er bekam zur Antwort, er könne ja dann Widerspruch erheben. Da sind wir in der Tat auf das Strafmandat und mehr noch auf die richterliche Entscheidung gespannt.

Der Verrat am Volksrecht.

Als ein Tag der Schande für die Regierung und die herrschenden Parteien Preußens wird der 10. Januar 1908 im Gedächtnis des Volkes fortleben. Zu derselben Stunde, wo das durch seine Wahlentrechtung bis ins Innerste empörte Volk auf die Straße steigt, um den tauben Ohren der Machthaber gebieterisch seinen Willen kundzutun, zu derselben Stunde, wo das Proletariat zeigt, wie ernst es ihm mit seinen Forderungen ist, und daß es fest entschlossen ist, Gut und Blut für die Erringung seines höchsten Rechtes einzusetzen, zu derselben Stunde treten im Dreiklassenparlament ein paar hundert Männer zusammen, unterhalten sich über die das Proletariat so tief bewegende Frage und lehnen hohnlächelnd auch die bescheidensten Reformen ab.

Welch ein Gegensatz! Auf der Straße vor der Pforte des Dreiklassenparlaments viele Tausende von Entrechteten, einem unwiderstehlichen inneren Drange folgend, einen letzten Appell an die Gewalthaber Preußens richtend, innen im stolzen Palast in der Prinz-Albrecht-Straße die Erwählten des Dreiklassenwahlrechts, die verständnislos auf die Demonstranten herabblicken und ihnen Steine statt Brot reichen. Im Sitzungssaal selbst ein Bild, das fast noch charakteristischer für die Gleichgültigkeit der preußischen „Volksvertreter" gegenüber den Forderungen der Arbeiterklasse ist. Das Haus nur mäßig besetzt, an der Ministerbank thronen zu Beginn der Sitzung neben dem Ministerpräsidenten der Vizepräsident des Staatsministeriums und der Minister des Innern, aber kaum hat ihr Herr und Gebieter seine Erklärung verlesen, da ergreifen sie die Flucht und lassen nur einige Geheimräte zum Schutze Bülows zurück, der sich um den weiteren Verlauf der Debatte nicht kümmert, sondern die ganze Zeit über mit seinem Intimus Dr. Arendt schwatzt. Nur ein einziges Mal noch greift Bülow in die Debatte ein, um mit hochtönenden Phrasen zu erklären, daß er sich um Straßendemonstrationen nicht kümmert. Löste diese Erklärung lebhaften Beifall aus, so setzte am Schluß seiner Ausführungen, als er davon sprach, daß die Regierung keine Wahlbeeinflussungen treibe, schallendes Gelächter ein.

Zur Begründung ihres Antrages hatte die Freisinnige Volkspartei den alten Träger vorgeschickt, einen Mann, dem es zweifellos ernst mit der Uebertragung des Reichswahlrechts auf Preußen ist und der in seiner Kritik des Dreiklassenwahlsystems treffende Worte zur Charakterisierung des preußischen Wahlelends fand. Man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Senior der Freisinnigen Volkspartei den heutigen sich freisinnig nennenden Epigonen eine Art politischen Testaments hinterlassen wollte. Was mögen die Wiener, Kopsch & Fischbeck, dies edle Konsortium, wohl gedacht haben, als sie ihren Freund von einer Wahlkarikatur, von dem Zerrbild einer Wahl sprechen hörten, als sie aus seinem Munde die stolzen Worte vernahmen, er habe nicht den Mut, sich auf Grund seiner Wahl zum preußischen Landtag als Volksvertreter zu bezeichnen? Treffend betonte Träger gegenüber dem Einwande, daß unter dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht zu viel Sozialdemokraten in den Landtag einziehen könnten, daß dieser Einwand ihn kalt lasse, denn es handle sich für ihn um keine Nützlichkeitsfrage, sondern um eine Frage des Rechts und der Gerechtigkeit, um eine kulturelle und soziale Frage. Man dürfe nicht eine so starke Partei wie die Sozialdemokratie von vornherein aus den Parlamenten ausschließen, ohne daß das Bild gefälscht wird.

Wären die Freisinnigen Politiker, hätten sie ein Gefühl für politische Ehre und politische Würde, dann hätten sie für die weitere Debatte Redner ernennen müssen, die auf dem gleichen Standpunkte stehen. Statt dessen entsandten sie den auf dem rechtesten Flügel des Freisinns stehenden Abg. Fischbeck, der denn auch den Eindruck der Trägerschen Rede gründlichst verwischte. Wollte der Freisinn sich nicht prostituieren, so blieb ihm nach der auch das geringste Zugeständnis verweigernden Erklärung des Ministerpräsidenten nichts weiter übrig, als sich klipp und klar von dieser Regierung abzuwenden und dem Block die Heeresfolge zu versagen! Was aber tat Herr Fischbeck? Er hat solche Angst, daß die Bülow-Sonne ihn und seine Freunde nicht mehr bescheinen könnte, daß er sogar nach dieser Erklärung der Regierung eine Art von Vertrauen ausdrückte! Unter Angriffen auf die Sozialdemokratie, ohne die eine Fischbeckische Rede nun einmal nicht zu denken ist, betonte er seine ausdrückliche Geneigtheit — allerdings unter Wahrung seines prinzipiellen Standpunktes — an dem Bülowschen Flickwerk mitzuarbeiten! Wollte Herr Fischbeck das Volk verhöhnen oder wollte er jeden Zweifel an der Volksfeindlichkeit und der Prinzipientreue der Freisinnigen Volkspartei beseitigen? Wir wissen es nicht, wir wollen auch keine weiteren Betrachtungen darüber anstellen. Das eine aber steht für uns fest, daß Herr Fischbeck sich diesmal selbst übertroffen hat und daß noch niemals ein so schmählicher Verrat am Volke verübt ist, wie am 10. Januar von dem Redner der Freisinnigen Volkspartei.

Und dabei hat diese Sippschaft noch den traurigen Mut, sich ihrer „Erfolge" zu rühmen! Wie bescheiden sind doch die Freisinnigen! Fürst Bülow lehnt rundweg alles ab, er will nicht einmal das geheime Wahlrecht gewähren — Herr Fischbeck aber freut sich, daß die Regierung wenigstens gesprochen hat! Er und nach ihm Herr Pachnicke von der weiblichen Linie des Freisinns sind stolz darauf, daß der Ministerpräsident anerkannt hat, daß das Dreiklassenwahlsystem Mängel hat." Fürwahr ein wertvolles Zugeständnis! Eine neue überraschende Entdeckung, die wir dem Freisinn zu danken haben!

Aber dem Verbrechen folgte die Sühne auf dem Fuße. Herr Fischbeck hat seinen Lohn dahin, und wir gönnen ihm diesen Lohn. Kein anderer als der oberste der Scharfmacher, der freikonservative Frhr. v. Zedlitz war es, der unmittelbar nach dem freisinnigen Redner das Wort ergriff, um ihm Anerkennung zu zollen. Um so mehr fühlte er sich dazu veranlaßt, als gerade die Freisinnigen wegen ihrer Taktik zur Wahlreform Gegenstand der schwersten Angriffe durch die Sozialdemokratie gewesen seien und wohl auch für die nächste Zukunft sein würden. Herr v. Zedlitz hat recht, wir werden die Freisinnigen wegen ihrer traurigen Rolle angreifen und jetzt mehr als je! Wir würden uns ja selbst des Volksverrats mit schuldig machen, wollten wir diese jammervolle Haltung nicht nach Gebühr an den Pranger stellen.

Von den Freimden des Reichstagswahlrechts für Preußen ergriffen nur noch das Wort der Pole v. Korfanty und Dr. Porsch vom Zentrum; letzterer begnügte sich mit wenigen Worten zugunsten des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, aber — gegen eine Neueinteilung der Wahlkreise. Als ob, wenn die jetzige fast 50 Jahre alte Wahlkreiseinteilung beibehalten wird, ein gleiches Wahlrecht denkbar wäre! Die laue Haltung, die das Zentrum von jeher in der Wahlrechtsfrage an den Tag gelegt hatte, dokumentierte es auch diesmal wieder. Es wird, wenn die Regierung dem Volke das Reichswahlrecht schenken will, so gnädig sein und seine Zustimmung erteilen, aber von selbst wird es keinen Finger zur Erringung dieses Rechtes rühren.

Wie wenig Bedeutung die Konservativen der Wahlrechtsfrage beimessen, zeigt, daß sie einem der unbedeutendsten ihrer Mitglieder, dem pommerschen Innungsbruder Malkewitz die Begründung ihrer ablehnenden Haltung übertrugen, einem Mann, der es fertig bekam, von dem „wohlgefügten Gebäude des preußischen Wahlrechts" zu reden und sich im übrigen in allerhand Mätzchen erging.

Gegen das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht sind außer den beiden konservativen Parteien auch die Nationalliberalen, in deren Namen Abg. Dr. Krause wieder einmal das Pluralwahlrecht, also ein Wahlrecht empfahl, das sich nach Besitz, Bildung und Alter abstuft.

Das Resultat war, wie vorauszusehen, die Ablehnung des Antrages in allen seinen Teilen. Für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht stimmten nur Freisinnige, Polen und Zentrum, für die Neueinteilung der Wahlkreise Freisinnige, Polen und Nationalliberale.

Das Volk ist um seine Meinung nicht gefragt, es ist von der Vertretung ausgeschlossen, aber auch ungefragt wird es dem Dreiklassenparlament Antwort erteilen.

Die Arbeiterklasse wird aus den Debatten des 10. Januar Kapital schlagen, sie wird erbitterter als je kämpfen und

zu neuen wuchtigen Hieben ausholen. Nicht eher darf der Kampf enden, als bis das Dreiklassenwahlrecht und mit ihm das Parlament des Wahlunrechts und die Regierung des Fürsten Bülow zerschmettert am Boden liegt!

Der Wahlrechtstag in der bürgerlichen Presse.

Die Regierungserklärung und die Parteien.

Die zunächst beteiligte freisinnige Presse hat sich in größeren Artikeln noch nicht geäußert, sondern lediglich in den Stimmungsbildern über die Landtagssitzung einige kurze Bemerkungen gemacht. Matt wie ein Bezirksvereinsredner sagt die „Vossische Zeitung": „. . . Diese Erklärung war geeignet, mehr bei der Rechten als bei der bürgerlichen Linken Beifall zu wecken. . . ."

Das „Berliner Tageblatt" bringt es zu größerer Entschiedenheit. Es erklärt: „Wie man zugeben muß, eine Erklärung, die klar und unzweideutig ist, aber wohl auch die schlimmsten Erwartungen unserer größten Pessimisten noch übertrifft! . . ."

Unzufrieden ist die „Nationalzeitung". Ihr graut vor der kommenden Landtagswahl und so sagt sie:

„Was die Regierung in Sachen der Wahlreform also nicht will, weiß man; was sie will — weiß sie selbst noch nicht. Sie weiß nicht, ob sie das Herumflicken und Stückeln am Dreiklassensystem fortsetzen, oder ob sie sich mit einem neuen, zeitgemäßen Systeme befreunden soll. Ueber die Einteilung der Wahlkreise, die durch Verschiebung und Vermehrung der Bevölkerung längst zu einer Spottgeburt geworden ist, hat sie sich Gedanken anscheinend überhaupt nicht gemacht. Sie verzichtet endgültig darauf, in dieser heiß umstrittenen Frage der Wahlreform die Führung zu übernehmen — sie stellt die Entscheidung den Uebertreibungen und Zufälligkeiten des nächsten Wahlkampfes anheim. . . .

Die Frage, „wie denken Sie über die Wahlreform?", wird keinem Kandidaten erspart bleiben; dafür wird schon die Sozialdemokratie sorgen. Läge eine Erklärung der Regierung vor, die klare Wege und deutliche Ziele aufzeigte: so hätten sich um diese Wahlparole alle gemäßigten und besonnenen Elemente sammeln können. Nachdem aber die Regierung in aller Form auf die Führung verzichtet hat; nachdem sie demselben Volke, das in geheimer Reichstagswahl gegen die Sozialdemokratie und für die gesunde Ordnung entschied, ihr Mißtrauen bekundet hat: wird es ein Kampf aller gegen alle werden, wobei der rücksichtslose Kampf aller gegen alle werden, wobei der rücksichtslose Radikalismus von rechts oder von links die meisten Aussichten hat."

Kühl bis ans Herz hinan verhält sich die Zentrumspresse. Die „Germania" referiert lediglich, die „Märkische Volks-Zeitung" bringt wie zur Verhöhnung der Zentrumswähler einen Artikel, in dem sie diesen erzählt, wie fest die Zentrumspartei auf dem Boden des allgemeinen, gleichen Wahlrechts steht und dann auseinandersetzt, daß das Zentrum von einer Aenderung des Wahlrechts keine großen Vorteile haben könne. Der Artikel schließt mit den schönen Worten:

„Der alte wetterfeste Zentrumsturm kann, ohne daß seine Fundamente Schaden leiden, abwarten, bis die Zeit für eine Wahlrechtsreform reif ist. Die Zentrumspartei wird, wie sie es in der Vergangenheit gewesen ist, auch in der Zukunft stets fein und bleiben die treue unentwegte Hüterin des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts im Reiche und die Vorkämpferin desselben Wahlrechts für die Volksvertretung in Preußen."

Mit anderen Worten: das Zentrum wird nichts für die Wahlreform tun, um sich den Weg zum Regierungslager nicht zu verlegen.

Befriedigt äußert sich bis jetzt nur das Organ „für die Gebildeten aller Stände", die „Tägliche Rundschau", die aus der Bülowschen Erklärung das Kommen des Pluralwahlrechts heraushört.

Unzufrieden ist dagegen das Blatt der Landbündler. Die „Deutsche Tageszeitung" tut so, als seien durch die Regierungserklärung die Interessen der Junker bedroht, und erklärt:

„Den weisen Grundsatz des Quieta non movere hat also Fürst Bülow in dieser Frage nicht befolgt. Die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen freilich lehnt er mit erfreulicher Entschiedenheit ab, aber zu seiner kritischen Wendung gegen das Dreiklassenwahlrecht hat er die notwendige Ergänzung nicht gefunden: Daß auch jedes andere Wahlrecht seine Mängel haben muß. Eine eingehendere meritorische Kritik der Regierungsabsichten ist ja nach den knappen und vorsichtigen Bemerkungen des Fürsten Bülow heute noch kaum möglich; aber die grundsätzliche und tatsächliche Konzession der Regierung an die Wahlrechtswünsche ist und bleibt das bedenkliche Ergebnis der heutigen Rede des Ministerpräsidenten. In dem Beifall der Rechten wie in dem Zischen der Linken kam Urteil und Stimmung der Parteien schwerlich zu ganz klarer Geltung."

Wutausbrüche über die Demonstration der Arbeiterschaft.

Die reaktionäre Presse ist wütend über die Kundgebung vor dem Dreiklassenhause. Die Zehntausend, die dort den Herren von der Regierung und den Erwählten des Dreiklassenunrechts gezeigt haben, wie die gesamte klassenbewußte Arbeiterschaft Preußens über das Rumpfparlament denkt, das sich unnützlicherweise Preußens Volksvertretung nennt, haben den Reaktionären unangenehme Augenblicke bereitet. Ihre journalistischen Knappen quittieren das in ihrer Weise durch giftige, hämische Beschimpfungen. Die Wut darüber, daß den Privilegierten einmal die Wahrheit ungeschminkt gezeigt worden ist, suchen die Ordnungsblätter hinter frechem Hohn und niedriger Schmähung zu verbergen. So geifert die vornehme

„Kreuz-Zeitung":

„. . . . Zunächst kam nichts anderes als der Straßenbahn-, Droschken-, Auto- und Fußgängerverkehr, dann die gegen etwaige Ausschreitungen umsichtigerweise befohlene Polizeimannschaft, wovon ein Aufgebot im Kunstgewerbemuseum aufgestellt war, nicht zu dessen Beschützung, sondern lediglich um dem üblichen Gassenhauer-Unfug der Genossen vorzubeugen, falls er zu Ausschreitungen führen sollte. Nach Spatzen pflegt die öffentliche Sicherheitsbehörde nicht mit Browningpistolen zu schießen, aber es wurde doch notwendig, angesichts der von der Wilhelm- und Königgrätzerstraße stärker und stärker heranmarschierenden Menge schließlich diese Straßen nach der Prinz Albrechtstraße zu abzusperren. . . . Als der Ministerpräsident Fürst v. Bülow erschien, erhob sich das Gejohle zu lärmenden Zurufen und Pfeifen mit obligatem „Gesang". . . . Dabei ballten die Genossen die Faust in der Tasche, denn es war kalt. Als die Freiheitsgesänge, Hochrufe und sonstiges Gejohle zunahmen, wurde auch die Rampe des Kunstgewerbemuseums geräumt; langsam, aber sicher folgten die Genossen den polizeilichen Wegweisern. So lag denn von 1 Uhr an die Prinz Albrechtstraße gegenüber dem Abgeordnetenhause ruhig da und jenseits der Spree warten nun die Genossen auf die Entscheidung über den Aronsohnschen Antrag. Sie werden jedenfalls noch sehr lange warten können, bis der preußische Landtag seine Zustimmung dazu gibt. Das schienen die Genossen binnen kurzer Zeit auch einzusehen, denn schon gegen 2 Uhr waren sie bis auf wenige vom Schauplatze verschwunden."

Aehnlich frech äußert sich das Bülow-Blatt. Von dem offensichtlichen Bestreben geleitet, die Demonstration möglichst unbedeutend erscheinen zu lassen, schreibt die

„Nordd. Allg. Zeitung":

„Ein Demonstrationchen sozialdemokratischer Herkunft sollte heute mittag vor dem Abgeordnetenhause in der Prinz-Albrecht-Straße in Szene gesetzt werden, wo bekanntlich mittags die Debatten über die Reform des preußischen Wahlrechts begannen. Nachdem gestern abend bereits in zahlreichen sozialdemokratischen Vereinigungen lebhaft agitiert worden war, ließ heute der „Vorwärts" eine „Extranummer" erscheinen, die nur so mit den 30 Millionen „Besitzloser und Entrechteter", mit „vielen Hunderttausenden Rechtloser" umherwarf. Von diesen imposanten Mengen hatten sich nun einige Hundert vor dem Abgeordnetenhause zusammengefunden. Das Wetter war ja günstig; die Sonne schien hell, und zu kalt war es auch nicht. Natürlich hätte sich die Menge im Laufe der Zeit vergrößert, wäre zum Verkehrshindernis geworden. So schritt denn die Polizei ein und veranlaßte die Freigabe der Straße. Soviel wir hörten, vollzog sich das ganz glatt und ruhig. Die Polizei sperrte dann den Verkehr in der Prinz-Albrecht-Straße. Einzelne Haufen der „Demonstranten" zogen mit den üblichen Rufen durch die umliegenden Straßen ab. Auch die Unbeteiligten hatten ihren Spaß an der Sache."

Massiver noch schimpft das Landbündlerorgan. Also dreschflegelt die

„Deutsche Tageszeitung":

„. . . . Wer einige Zeit vor Beginn der Landtagssitzung den Weg durch die Prinz-Albrechtstraße nahm, der sah die Rampe vor dem Abgeordnetenhause wie vor dem Kunstgewerbemuseum von je ein paar Hundert Statisten besetzt, die ihn unwillkürlich an den von dem Helden so unfreundlich kritisierten Plebejerchor im „Koriolan" erinnerte; nur daß sie wegen der kühlen Witterung die Kopfbedeckungen nicht in die Luft warfen und auch von den Stimmitteln einen immerhin verhältnismäßig erträglichen Gebrauch machten. Manche dieser Spree-Aedilen erweckten in jedem Physiognomiker den Verdacht, daß sie in direkter Fortsetzung einer Wahlrechtsdemonstration von gestern abend die Straße bevölkerten, und daß eine Flasche Selterswasser für sie eine dringlichere „Forderung des Tages" bedeutet hätte, als eine Wahlrechtsänderung. Jeder ankommende Abgeordnete, vor allem aber der Ministerpräsident Fürst Bülow, wurde mit weidlichem Johlen begrüßt, und mußte durch eine schnell gebildete Schutzmannskette Spießruten laufen, während ein paar Dutzend Stimm-Automaten ihr „Wahlrecht! Wahlrecht!" riefen . . ."

Das Blatt bedauert, daß sich die Polizei anscheinend habe überraschen lassen und schließt, dem Anfang angemessen:

„Das ganze war freilich eine Farce von Straßendemonstration, ein komischer Versuch, fremde Sitten in Miniaturkopie nach der deutschen Reichshauptstadt zu tragen; und bald nach Eröffnung der Sitzung und nach dem Eintreffen weiterer Polizeimannschaften zerstreute sich die Menge, um den Schauplatz ihrer politischen Betätigung nach behaglicheren Lokalitäten zu verlegen.

Aber ein würdiges Schauspiel war dieser grobe Straßenunfug weder nach der einen noch nach der anderen Seite hin. Vielleicht hatte er jedoch das Gute, eine plastische Antwort auf das Cui bono? in der preußischen Wahlrechtsfrage zu geben . . "

Folgende gemeine Schimpfereien leistet sich

„Die Post":

„Draußen, auf der Straße, sucht die Sozialdemokratie ihre Forderung nach einer Aenderung des Wahlrechts durch lautes Heulen und Johlen zum Ausdruck zu bringen. . . . Ein Teil des hier demonstrierenden „werktätigen" Volkes hat offenbar Zeit gehabt, sich ausgiebig für diese Kundgebung zu „stärken"."

Hämisch äußert sich die „freisinnige"

„Vossische Zeitung":

„Nachdem die Sozialdemokratie gestern etliche Dutzend Versammlungen zur Erörterung der Wahlrechtsfrage abgehalten hat, scheint sie sich des Gelüstes nicht mehr erwehren zu können, auch „auf die Straße zu gehen". Als die Abgeordneten, die Mitglieder der Regierung und die Vertreter der Presse und die Tribünenbesucher sich heute nach der Prinz-Albrecht-Straße begaben, wurden sie von etlichen tausend Personen, die sich vor dem Parlamentshause aufgestellt hatten, mit dem schallenden Rufe: „Reichswahlrecht" empfangen. Daß dergleichen Kundgebungen auf die Mehrheit oder den rechtzeitig erschienenen Ministerpräsidenten sonderlichen Eindruck machen könnten, wird man allerdings bezweifeln dürfen. . . ."

Die Arbeiterschaft wird auf diese niederträchtigen Schmähungen und hämischen Glossen im Fortgange des Wahlrechtskampfes die richtige Antwort zu geben wissen.

Ein weißer Rabe

unter der Ordnungspresse ist das

„Berliner Tageblatt".

Es sucht den Eindruck der Demonstration nicht zu verkleinern, sondern referiert leidlich objektiv und schreibt zum Schluß:

„Auf den Straßen wurde heute eine Extranummer des „Vorwärts" verteilt, die einen vorläufigen Bericht über die gestrigen Demonstrationsversammlungen der Sozialdemokratie zugunsten der Wahlrechtsreform in Preußen gibt. Es geht daraus hervor, daß die Wahlrechtskundgebung in einem Umfange stattgefunden hat, wie vielleicht nie vorher in der preußischen Monarchie. Sie beschränkte sich nicht bloß auf Berlin und seine Vororte, wo Hunderttausende an den Versammlungen teilnahmen, sondern gleichzeitig auf sämtliche preußische Provinzen. Allein in der Provinz Brandenburg außer Groß-Berlin zählen wir 40 Versammlungen, in Schlesien 60 Versammlungen; aus den anderen Provinzen werden ähnliche Ziffern gemeldet. Ueberall waren die Versammlungen gut besucht; vielfach konnten die Säle nur einen Teil der Demonstranten aufnehmen; der Rest mußte vor der Tür auf den Ausgang der Versammlungen warten. Die Kundgebung stellt der sozialdemokratischen Organisation ein glänzendes Zeugnis aus; sie beweist aber zugleich, daß die Dreiklassenwahl nicht länger gehalten werden kann. Die Masse des Volkes will ein gleiches Wahlrecht; sie wird ihren Willen durchsetzen."

Die Sachverständigen gegen Peters.

Während in den bisherigen Verhandlungen die Taten des Peters durch Zeugenbeweise in immer schauerlichere Beleuchtung gerückt, auch der Oeffentlichkeit bisher unbekannte Skandalosa enthüllt wurden, kamen am Freitag in erster Linie die Sachverständigen zum Wort. Und diese Bekundungen der Sachverständigen belasteten den Peters nicht minder schwer, trotzdem sie mit der äußersten Vorsicht abgegeben wurden.

Der erste Sachverständige, Bezirksamtmann von Elphons, der im Jahre 1893, also nicht allzulange nach der Hänge-Affäre, als Leiter einer Strafexpedition am Kilimandscharo weilte, bekundete, daß die Situation am Kilimandscharo durchaus ruhig gewesen sei. **Totenstille** habe geherrscht. Nach der verunglückten Expedition Zitewkis gegen die Wahehe, durch die Peters so in Unruhe versetzt worden sein will, habe er sich in viel größerer Schußnähe befunden, nämlich nur 7 Tagereisen von den Wahehe entfernt, während Peters 30 Tagereisen davon entfernt gewesen sei! Man habe ihn ja an der Küste damals auch schon tot gesagt, seinen Leuten sollten angeblich die Hände abgeschnitten worden sein! Es sei aber nicht das mindeste passiert, es habe absolute Ruhe geherrscht.

Befragt, was er getan habe, wenn ihm Kettengefangene geflohen seien, erklärte er, daß er eine Zusatzstrafe verhängt habe. Die Todesstrafe sei bei der Flucht Kettengefangener ganz unangemessen, seines Wissens auch außer von Peters niemals verhängt worden!

Malamia, zu dem die Jagodja geflohen war, sei ein Untergebener Marcales gewesen, eines Freundes der Deutschen! Peters sei also gegen Bundesgenossen vorgegangen. Zudem sei Malamia nur ein Dorfschulze mit kaum 100 Mann Anhang gewesen, von dem Peters keinerlei Gefahr habe drohen können!

Ebenso ungünstig für Peters sagte Professor Volkens als Sachverständiger aus. Er wies die Ungefährlichkeit der damaligen Lage des Peters nach. Kurz nach der Jagodja-Affäre ist dieser Zeuge im Kilimandscharogebiet gewesen und hat die eingeborenen Stämme als durchaus friedliche Leute kennen gelernt! Die Zuverlässigkeit Marcales und die Bedeutungslosigkeit seines Untergebenen Malamia schildert er genau so wie v. Elphons.

Solchen Sachverständigen gegenüber hatte Peters mit seinem Sachverständigen, dem Major a. D. Tiedemann, einen schweren Stand. Zunächst mußte Tiedemann zugeben, **daß er die Zustände am Kilimandscharo gar nicht kennt!** Er war zudem auch so vorsichtig, die Frage, ob er unter ähnlichen Umständen wie Peters ebenso gehandelt hätte, mit der Erklärung zu beantworten, daß er sich ja über die fraglichen Umstände kein Urteil zu bilden vermöge!

Eine humoristische Episode gab es, als Herr v. Tiedemann die Frage beantworten sollte, ob er die Hinrichtung der Jagodja auch dann für entschuldbar erkläre, wenn erwiesen sei, daß zwischen ihr und Peters geschlechtliche Beziehungen bestanden hätten. Der Herr Sachverständige verweigerte seine Aussage, weil dies Problem ihm zu neu sei und er eine schlaflose Nacht verbracht habe. Schließlich gab er zu, daß nach europäischen Moralbegriffen derartiges unentschuldbar sei. Aber, so fügte er hinzu, es gäbe eben **keine gemeingültige Moral.**

Die Kolonialmoral sei ganz anders geartet, als die zivilisierter Europäer. Das begründete er aber nicht etwa mit moralischen Erwägungen, sondern mit seiner Erfahrung, daß eben Weiße in den Kolonien ihre besondere, von europäischen Ehr- und Sittlichkeitsbegriffen abweichende Herrenmoral besäßen!

Wir möchten bezweifeln, daß diese Auffassung von dem Kölner Richterkollegium geteilt werden wird!

Schließlich sollte Herr v. Tiedemann, der Begleiter des Peters auf der Emin Pascha-Expedition, noch auf Wunsch Sellos über die allgemeine moralische Qualifikation des Peters ein Urteil abgeben. Als aber der Verteidiger Bennigsens damit drohte, daß man in solchem Falle einen umfangreichen Gegenbeweis über Peters' Persönlichkeit antreten werde, zog Herr Sello es vor, von einer derartigen Vernehmung des Herrn Tiedemann Abstand zu nehmen!

Die Aktien des Peters sinken also immer mehr! Da begreift es sich, daß das offiziöse Wolffsche Depeschenbureau sich verzweifelte Mühe gibt, den Peters durch **ganz auffallend tendenziös gefärbte** Berichte nach Möglichkeit zu entlasten! Diese Liebesdienste werden den furchtbar Gebrandmarkten aber schwerlich retten!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Januar 1908.

Vogelschutz und Maß- und Gewichtsordnung.

Aus dem Reichstag. Die Gesetzesvorlage, die auf Erweiterung des bestehenden Vogelschutzgesetzes hinzielt, hat schon einmal, im Jahre 1906, vor der Reichstagsauflösung, den Reichstag beschäftigt. Da das unvollendete Gesetz bei jener Gelegenheit mit in die Grube fiel, so war seine Wiedereinbringung erforderlich. Es handelt sich hauptsächlich um die Anpassung der deutschen Gesetzgebung an die in Paris getroffene internationale Uebereinkunft vom 19. März 1902 zum Schutze der für die Landwirtschaft nützlichen Vögel. Danach soll das Zerstören und Ausheben von Nestern, das Ausnehmen der Eier, das Töten der Jungen überhaupt sowie das Fangen und Erlegen von Vögeln während der Zeit vom 1. März bis zum 15. September verboten sein. Ebenso wird allgemein das Fangen von Vögeln in Schlingen verboten. Aber eine höchst bedauerliche Ausnahme wird wieder gemacht zugunsten des Fanges von Krammetsvögeln im Dohnenstieg. Der soll nach wie vor in der Zeit vom 21. September bis 31. Dezember erlaubt bleiben, obgleich in den meisten deutschen Staaten diese barbarische Methode des Vogelmordes bereits abgeschafft ist. Neben Oldenburg ist auch da nur noch Preußen in Deutschland und in der Welt hintenan. . . .

Die Debatte in der ersten Lesung drehte sich hauptsächlich wieder um die Dohnenstiegfrage. Für den heimtückischen Vogelmord mit Schlingen legte sich der Redner der Zentrumspartei, der Oberförster v. Wolff-Metternich und der konservative Abgeordnete Feldmann aus Hildesheim ins Zeug. Aber selbst bis in die Reihen der Rechten hinein ist eine humanere Auffassung vorgedrungen; denn außer dem konservativen Abgeordneten v. Treuenfels ging mit besonderem Nachdruck auch der Freikonservative Abgeordneter Varenhorst gegen den Dohnenstieg vor!

An einigen mitgebrachten Dohnen (Pferdehaarschlingen in einem dreieckigen Rahmen aufgehängt) demonstrierte er, wie grauenhaft die Tierchen zu leiden haben, wenn sie sich mit dem Kopf oder gar mit einem Bein verfangen, auf welch letztere Weise etwa 20 Proz. der Vögel qualvoll zugrunde gehen. Auch der Nationalliberale Fuhrmann und der Freisinnige Sommer unterstützten die Bemühungen für wirksameren Vogelschutz. Namens der Sozialdemokratie kritisierte Genosse Geck in scharfen Worten das unmenschliche Verfahren des Fanges im Dohnenstieg, durch den nachgewiesenermaßen obendrein weit mehr Singdrosseln, Amseln und sonstige kleinere Singvögel gefangen werden als eigentliche Krammetsdrosseln.

Die Vorlage wurde an eine Kommission verwiesen, in der es hoffentlich gelingen wird, das völlige Verbot des Dohnenstieges durchzusetzen.

Die Maß- und Gewichtsordnung, die alsdann zur Beratung kam, feiert auch ihre Wiederauferstehung aus dem Jahre 1906. Sie hat hauptsächlich den Zweck, die Kontrolle der Eichungen der Maße und Gewichte den Polizeibehörden zu nehmen und sie in die Hände besonderer Eichbeamten zu legen. Während die anderen Parteien mit den wesentlich den früheren Kommissionsbeschlüssen entsprechenden Bestimmungen der Vorlage einverstanden sind, wies Genosse Stolle nach, daß die Vorlage nicht gründlich genug zu Werke gehe, indem die Verkäufer landwirtschaftlicher Produkte ihre Maße unkontrolliert verwenden könnten. Wieder also ein Ausnahmerecht zugunsten der Agrarier! Ferner ist von der Nacheichung der Förderwagen in den Bergwerken Abstand genommen, obgleich die Bergleute das dringend verlangen. Um diese und ähnliche Mängel ausmerzen zu können, beantragte Stolle Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission, was indes gegen die Stimmen der Sozialdemokratie abgelehnt wurde. Der Gesetzentwurf geht also demnächst sofort in die zweite Lesung.

Bescheidene Agrarier.

Der nächsten Tagung der schlesischen Landwirtschaftskammer liegt, wie dem „Berliner Tageblatt" gemeldet wird, ein Antrag des Kammervorstandes vor, alle Bestrebungen zur Ausdehnung des **Koalitionsrechts auf ländliche Arbeiter und Dienstboten** nachdrücklich abzuwehren, weil darin eine unabsehbare Schädigung der Landwirtschaft und der gesamten Volkswirtschaft erblickt werden müsse.

Der Vorstand der schlesischen Landwirtschaftskammer führt eine kuriose Sprache. Weder hätte das Koalitionsrecht eine „unabsehbare Schädigung der Landwirtschaft", noch gar „der gesamten Volkswirtschaft" zur Folge, sondern höchstenfalls eine Beeinträchtigung der Ausbeutungsinteressen gewisser Junkerkreise. Indes für einen richtigen Agrarkonservativen ist es schwer, derartige Unterscheidungen vorzunehmen; für ihn ist sein persönlicher Nutzen einfach mit dem Interesse der gesamten Landwirtschaft identisch. Aber warum verlangt der Vorstand nicht zugleich auch die Aufhebung der Freizügigkeit für die Landarbeiter oder gleich die Wiederherstellung der früheren Hörigkeit? Das wäre doch ein Abmachen.

Arbeiter-Sanitätskolonnen.

Der schabernackſüchtige Wind, der uns schon so oft interessante Aktenstücke aus den Amts- und Schreibstuben der Bureaukratie zugetragen hat, führt uns heute wieder einmal ein Schreiben zu, das deutlich beweist, mit welcher Aufmerksamkeit man in den Kreisen der „Edelsten und Besten" nicht nur die politischen Bestrebungen der Arbeiter, sondern auch solche Vereinigungen überwacht, die den einzigen Zweck haben, ins Unglück geratenen Mitmenschen zu helfen. Alles, woran sich der Arbeiter beteiligt, ist dieser Elite verdächtig und muß nach ihrer Ansicht unterdrückt werden — auch Wohltätigkeitsvereine haben nur dann eine Berechtigung, wenn sie patriotisch geeicht sind.

Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Zentralkomitee
des Preußischen Landesvereins
vom Roten Kreuz.
Berlin NW. 40, im Dezember 1907.
Roonstraße 9.

Wie hierher mitgeteilt worden ist, haben sich seit einiger Zeit in Meißen und Hamburg-Barmbeck sogenannte „Arbeiter-Sanitätskolonnen" gebildet. Diese von Sozialdemokraten ausgehenden Gründungen sind augenscheinlich auf Täuschung des Publikums berechnet; sie suchen den Anschein der Zugehörigkeit zum Roten Kreuz zu erwecken, während sie in Wirklichkeit nur sozialdemokratische Bestrebungen und Ziele fördern wollen. Als Abzeichen führen sie auf Armbinden usw. ein weißes Kreuz auf rotem Grunde, womit erkennbar eine Umgehung der Bestimmungen des Reichsgesetzes zum Schutze des Genfer Neutralitätszeichens vom 22. März 1902 (§§ 1—3) beabsichtigt ist. Es bedarf keines Nachweises, daß derartige Vereinigungen in hohem Maße geeignet sind, das Ansehen und die Interessen der Organisationen des Roten Kreuzes zu gefährden und zu schädigen. Es ist daher von Bedeutung, festzustellen, ob auch anderweitig derartige Gründungen in die Erscheinung getreten sind und ob und inwieweit diese sich auch des weißen Kreuzes auf rotem Grunde oder ähnlicher auf Täuschung und Gesetzesumgehung hinzielender Abzeichen bedienen, damit nötigenfalls zum Schutze des Roten Kreuzes und seiner Organisationen geeignete Maßnahmen getroffen werden können.

Dem Zentralkomitee wäre eine Mitteilung darüber erwünscht, ob auch innerhalb des dortigen Bereiches solche Arbeiter-Sanitätskolonnen gebildet worden sind, welcher Abzeichen sie sich bedienen und ob etwa schon eine Schädigung der Interessen des Roten Kreuzes beobachtet worden ist.

Der Vorsitzende.
V. von dem Knesebeck.

An
die Vorstände der Deutschen
Landesvereine vom Roten Kreuz
und der
Preußischen Provinzialvereine
vom Roten Kreuz.

Die „Canaille" hat zu arbeiten und Mehrwert zu schaffen, nicht aber sich um das Sanitätswesen zu kümmern. —

Dem Verdienste seine Krone.

Endlich scheint der Führer der Nationalliberalen und Vizepräsident des Reichstages, Herr Professor Paasche, auf der Jagd nach einem gutdotierten Amtsposten sein Ziel erreicht zu haben. Wie die Börsenblätter melden, wird er in Finanzkreisen mit Bestimmtheit als Nachfolger des Präsidenten der Seehandlung, des Dr. Havenstein genannt.

So gelangt Beharrlichkeit doch endlich zum Ziel. —

Hundedemut.

In einer Versammlung des katholischen Arbeitervereins in Allenstein, der der Berliner Richtung (Fachabteiler) angehört, hat jüngst der neuernannte Diözesanpräses, Pfarrer Lehmann, eine Rede gehalten, über die das Allensteiner Zentrumsblatt folgendes berichtet:

„Eine Tugend des katholischen Arbeiters ist die Demut und Bescheidenheit, die der Herr Diözesanpräses den Anwesenden ganz besonders ans Herz legte, und hierbei auch betonte, wie oft im Verein kleine Mißhelligkeiten von manchen Mitgliedern aufgebauscht würden. Eine besondere Waffe des christlichen Arbeiters ist die Anspruchslosigkeit, denn anspruchslos und in Demut soll der Arbeiter die schlichte Pflicht des täglichen Lebens erfüllen, sodaß jeder sich daran erbauen kann. Eine weitere Pflicht ist, sich in seinem Berufe mit Liebe zu betätigen. Denn die Liebe zur Religion und Arbeit schafft Frieden im Herzen des Arbeiters und hilft die Kluft zwischen Arbeitgeber und Arbeiter überbrücken. Im Lichte des Glaubens betrachte ein jeder die gewissenhafte Pflichterfüllung als eine von Gott auferlegte Buße und Notwendigkeit im Kampfe ums tägliche Brot. Ganz besonders behandelte der Herr Redner den Müßiggang und die Faulheit als ein großes Laster vor Gott und den Menschen; desgleichen beleuchtete er den Streik als einen Hochmut vor Gott und Auflehnung gegen das Sittengesetz. Sodann behandelte er das Prinzip, das die katholischen Fachabteilungen verfolgen, die prinzipielle Gegner des Streiks sind und durch friedliche Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter die materielle Lage ihrer Mitglieder verbessern. Desgleichen muß der Arbeiter in Treue und Anhänglichkeit seinem Brotherrn ergeben sein, der dieses stets seinen Arbeitern bestens lohnen wird."

Das Blatt des christlichen Metallarbeiterverbandes bemerkt hierzu: „Jedes weitere Wort würde diese offenherzige Auslegung der Berliner Theorie abschwächen; die Bemerkung aber können wir nicht unterdrücken, daß man eine solche Erziehung zur sklavischen Hundedemut selbst bei den gelben Streikbrechervereinen vergeblich suchen würde."

Das christliche Gewerkschaftsblatt vergißt, daß die Berliner Fachabteiler, die hier den Arbeitern Hundedemut predigen, sich dabei auf die sogenannte Arbeiterenziklika vom Papst Leo XIII. berufen, daß der Papst die Berliner mehrfach wegen ihrer treuen Befolgung seiner Lehren belobt hat, daß die preußischen Bischöfe durch das Fuldaer Pastorale vom Jahre 1900 sich für die Arbeitervereine im Sinne der Berliner ausgesprochen haben, und endlich, daß mehrere Bischöfe in ihren Diözesen keine anderen als Arbeitervereine der Berliner Richtung dulden. Die Erziehung der Arbeiter zur Hundedemut scheint demnach doch wohl im System der römischen Kirche zu liegen.

Deutscher Schiffahrtstrust.

Ein Wolffsches Telegramm aus Bremen bestätigt offiziell die Meldung, daß zwischen dem Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie Vereinbarungen getroffen worden sind, welche eine enge Zusammenarbeit zwischen den beiden großen deutschen Reedereien auf den wichtigsten Gebieten ihres Verkehrs für die nächsten Jahre sicherstellen.

Nachdem sich in letzter Zeit verschiedene kleinere Schiffslinien, darunter auch die Woermannsche Westafrika-Linie, die so überreichliche Profite bei den Militär- und Munitionstransporten nach Deutsch-Südwestafrika eingesteckt hat, den vorgenannten beiden großen Gesellschaften angeschlossen haben, finden es nun diese zur Erhöhung ihrer Profite vorteilhafter, ihren bisherigen Rivalitätsstreit einzustellen und Hand in Hand zu gehen. Bald wird die Angliederung einiger weiterer kleinerer Reedereien folgen, und dann ist das Monopol fertig. Das Hinaufschrauben der Fahr- und Frachtpreise kann nach allen Regeln der Kunst beginnen. —

Das Proportionalwahlsystem bei den Gemeinderatswahlen im Reichslande. Der Straßburger Gemeinderat beschloß in seiner Sitzung vom 8. Januar einstimmig, die Regierung und den Landesausschuß zu ersuchen, gesetzliche Anordnungen zur Einführung des Proportionalwahlverfahrens für die Gemeinderatswahlen in der Stadt Straßburg zu treffen. Der weitergehende Antrag der Sozialdemokraten, der das Proportionalwahlverfahren für die sämtlichen Gemeinden des Landes verlangt, wurde vorher mit 15 gegen 14 sozialdemokratische Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt. Ein Zentrumsantrag verlangte die Aufhebung der Bezirkseinteilung bei den Gemeinderatswahlen. Die Kommission des Gemeinderats schlug vor, diesen Antrag, der beim Bezirkspräsidenten zu stellen ist, abzulehnen. Auch die Liberalen stimmten in der Kommission für Ablehnung des Antrags. Von sozialdemokratischer Seite wurde gegen den Zentrumsantrag eingewendet, daß man, so lange der Proporz nicht gesetzlich gesichert sei, die Bezirkseinteilung beibehalten müsse, um auch den Minoritäten eine Vertretung im Gemeinderat zu ermöglichen, was bei der Listenwahl verhindert werden könnte. Für den Vorschlag der Kommission, den Zentrumsantrag abzulehnen, stimmten schließlich nur die 14 Sozialdemokraten. Der Vertreter des Zentrums stimmte dagegen und die Liberalen — enthielten sich der Abstimmung. In der Kommission für Ablehnung, im Plenum Enthaltung. Ein Verhalten, würdig der Partei Drehscheibe.

Die allgemeinen Gemeinderatswahlen in Elsaß-Lothringen finden im Juni 1908 statt.

Wie man Reserveoffiziere zu Mitgliedern der Kriegervereine drillt, davon liefern einen charakteristischen Beitrag zwei Zirkulare des Straßburger Bezirkskommandeurs Klosterfelde an die Mitglieder des Reserveoffizierstandes. In dem einen Zirkular werden die Reserveoffiziere um die Beantwortung folgender Fragen ersucht: 1. Welchem Kriegerverein gehören Sie an? 2. Wann beabsichtigen Sie, einem Kriegerverein beizutreten? 3. Waren Sie schon Mitglied eines Kriegervereins? Angabe des Grundes, warum Sie aus dem Kriegerverein ausgeschieden sind. Im zweiten Zirkular werden die Reserveoffiziere zu einer Versammlung der Kriegervereinsmitglieder eingeladen und folgendes dazu bemerkt: Mit Rücksicht darauf, daß bei der letzten Versammlung des Kriegerlandesverbandes trotz meines besonders ausgesprochenen Wunsches um zahlreiche Beteiligung nur wenige Herren anwesend waren, weise ich die Herren nochmals eindringlich darauf hin, daß Se. Majestät der Kaiser von allen Offizieren des Beurlaubtenstandes reges Interesse und persönliche Beteiligung bei den Bestrebungen der Kriegervereine verlangen.

Der Kommandeur teilt dann weiter mit, daß er der Versammlung beiwohnen wird, und erwartet, daß nur ganz dringende Gründe die Herren von der Versammlung abhalten werden. —

Frankreich.

Bürgermeister und — Antimilitarist.

Paris, 10. Januar. Das Schwurgericht von Chalons-sur-Saône sprach den wegen eines antimilitaristischen Artikels angeklagten Bürgermeister von Mercurey, Raquillet, frei.

England.

Tarifreform und Journalistik.

London, 7. Januar. (Eig. Ber.) Den Tarifreformern (Schutzzollpolitikern) ist es nach langen Bemühungen gelungen, die Herrschaft über die „Times" zu erhalten. Dieses Blatt, das nicht nur auf die britische, sondern auch auf die internationale Politik einen großen Einfluß ausübt, war im letzten Jahre freihändlerisch. Die Tarifreformer sahen sich dadurch in ihrer Agitation gehemmt, trotzdem ihnen eine Reihe von anderen Blättern zur Verfügung stehen. Die Verwaltung der „Times" gerät nunmehr aber in die Hände Pearsons, des Eigentümers des „Standard", des „Daily Expreß" und einer Anzahl von Provinzblättern. Dieser Pearson berührt keine Zeitung, ohne sie zu vulgarisieren und „gelb" zu machen. Schade um die „Times"! Wenn sie auch antisozialistisch war, so hat sie doch immer den journalistischen Anstand bewahrt und ließ die Gegner zu Worte kommen. Jetzt wird dies nach und nach anders werden.

Rußland.

Entwurf eines Unfallversicherungsgesetzes.

Nach der Auflösung der ersten Duma wurde von der russischen Regierung ein Entwurf über staatliche Versicherung der Arbeiter gegen Unfälle ausgearbeitet. Nachdem er in verschiedenen Kommissionen durchberaten war, sollte er der zweiten Duma zur Beschlußfassung unterbreitet werden, aber inzwischen ereilte sie dasselbe Schicksal wie ihre Vorgängerin. Nunmehr aber soll der Entwurf die dritte Duma beschäftigen.

Die Grundzüge des Entwurfes sind im allgemeinen folgende:

Die Versicherung ist obligatorisch. Versicherungspflichtig sind alle über 15 Jahre alten Arbeiter und Angestellte, welche in industriellen, handwerksmäßigen, Handels- und Kredit-Betrieben beschäftigt sind und ein jährliches Einkommen bis zu 1000 Rubel beziehen. Ausgeschlossen von der Versicherung sind alle Personen, welche in landwirtschaftlichen und damit zusammenhängenden industriellen Betrieben, die keine Gewerbesteuer zahlen, arbeiten! — Der Entwurf räumt jedoch dem Hauptversicherungskomitee das Recht ein, bei gewissen Voraussetzungen die Versicherung auch auf häusliches Gesinde sowie auf Personen, welche dauernd irgendein Gewerbe ausüben, auszudehnen.

Die Entschädigung für die durch den Unfall erfolgte Erwerbsunfähigkeit soll eine zwiefache sein: 1. eine Lebensrente im Falle einer Erwerbsunfähigkeit von 66⅔ Proz. fürs ganze Leben, 2. eine zeitliche Rente bei gleicher, vorübergehender Erwerbsunfähigkeit, wenn die Krankheit, welche dazu geführt hat, 26 Wochen lang gedauert hat und behandelt wurde. . . .

Die Altersrenten werden **vom 61. Lebensjahre** gezahlt, wenn der Versicherte während 1000 Wochen Beiträge entrichtet hat. Jedoch wird die Zeit, in welcher der Versicherte aus von ihm unabhängigen Ursachen, wie z. B. einer Krankheit, der Einberufung zu militärischen Uebungen, nicht in der Lage war, Versicherungsbeiträge zu kleben, zu sogenannten „Versicherungswochen" angerechnet.

Die Versicherungsbeiträge werden je zur Hälfte vom Arbeitgeber und vom Versicherten gezahlt. Für schon versicherte Personen, welche zum Militärdienst ausgehoben werden, zahlt die Staatskasse die Beiträge: 9 Kopeken wöchentlich, unabhängig von der Kategorie, zu welcher der Versicherte gehört. Die hauptsächlichste Leistung der Staatskasse besteht jedoch bei der Arbeiterversicherung darin, daß sie zu jeder Rente, ungeachtet ihrer Höhe, einen monatlichen Zuschuß von 2 Rubel gewährt. . . .

Die Organisation der Arbeiterversicherung konzentriert sich im Hauptversicherungskomitee, welches als eine Abteilung des Handelsministeriums errichtet wird; ihm unterstehen die Bezirksversicherungskomitees, deren Wirkungsgebiet und Sitz von jenem bestimmt wird. Der Vorsitzende des Bezirkskomitees wird vom Handelsminister bestimmt; dem Komitee gehören Vertreter des Ministeriums des Innern, der Finanzen und der Justiz, der Gouvernements- und der städtischen Verwaltungen selbst sowie je zwei Vertreter der Industriellen und der Versicherten an.

Es läßt sich schwer sagen, wann der Entwurf nun endlich auf die Tagesordnung der Duma gesetzt wird, welche Gestalt er dann haben, wann und ob er dann überhaupt die Bestätigung des Zaren und damit Gültigkeit erhält. . . .

Marokko.

Die Räumung von Casablanca soll nach Pariser Meldungen in dortigen Regierungskreisen erwogen werden. Vermutlich werde der Plan nach der Rückkehr des Ministers Pichon aus Spanien durchgeführt werden. Die Reise Pichons werde indes bisher im Gegenteil als ein Versuch Frankreichs gedeutet, Spanien zur Anteilnahme an größeren Unternehmungen in Marokko zu bewegen. Die Pariser Meldungen behaupten jedoch jetzt, daß die Deutungen falsch seien und daß die Ankündigung der Räumung ihnen entgegentreten wolle. Die Sultantruppen und in zweiter Linie die von Frankreich und Spanien gemeinsam zu organisierende Polizeitruppe seien bereit, die französischen Soldaten abzulösen. Zunächst solle das für die Kasbah von Mediuna der Fall sein, die in aller Kürze von den Franzosen verlassen und durch Sultantruppen besetzt werden solle.

Aus Madrid wird gleichzeitig gemeldet, daß der König erklärt habe, weitere Truppensendungen nach Marokko würden nicht erfolgen, wenn — sie nicht unbedingt notwendig sein sollten!

Gerichts-Zeitung.

Ein schwerer Bauunfall.

Zu dem am Donnerstag veröffentlichten Bericht über den Unfall auf dem Bau Invalidenstraße 16 wird ums ergänzend mitgeteilt: Die eigentliche Bauleitung hatte Regierungsbaumeister v. d. Buddenberg. Die Tätigkeit des Maurermeisters Stengert kam bei der Frage nach der Schuld für den Unfall nicht in Frage. Es wurde in der Verhandlung ausgeführt, die Schuld treffe den Regierungsbaumeister. Denn dieser hatte die Anordnung getroffen, die Steine auf dem Hofe abzuladen. Infolgedessen mußten die Fuhwerke über den von ihm gelieferten Bohlenbelag fahren, während das Kappengewölbe nicht genügend abgebunden war.

Die Lokalliste
mußten wir in letzter Stunde wegen des Stoffandranges für die Sonntagnummer zurückstellen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Bergmannslos.

Essen a./Ruhr, 10. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Ein Opfer seines Berufes wurde heute der Bergmann Richter in der Grube der Zeche „Wiese" bei Heißen. Ein von ihm angesetzter Schuß ging zu früh los, wodurch er von den losgeschossenen Steinen getroffen wurde. **Außer schweren Schädelverletzungen wurde die linke Körperhälfte verbrannt.** Sein Zustand ist hoffnungslos.

Eine Peters-Huldigung.

Köln, 10. Januar. (W. T. B.) Als heute mittag Dr. Peters das Gerichtsgebäude verließ, folgte ihm eine **erregte Menschenmenge, die ihn Mörder und ähnliches nannte.** Ebenso erging es dem Zeugen v. Pechmann, der für Peters eintrat. Die Polizei stellte mehrere Personen fest.

Ein Bankerott.

Köln, 10. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Das Warenhaus A. Münzer in Köln, welches eine größere Anzahl Zweiganstalten in Süddeutschland unterhält, befindet sich in Zahlungsschwierigkeiten **mit einer Summe von ungefähr einer halben Million Mark.**

Unter den Trümmern begraben.

Kreuznach, 10. Januar. (W. H.) Heute Vormittag stürzte in der Ziegelei Henk eine Wand ein, **welche drei Arbeiter unter sich begrub. Zwei wurden sofort getötet.**

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 5 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Reichstag.

76. Sitzung. Freitag, den 10. Januar, nachmittag 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: von Bethmann-Hollweg.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung eines Gesetzentwurfs zur Aenderung des Gesetzes betr. den Schutz von Vögeln.

Der Entwurf will das Vogelschutzgesetz mit der internationalen Uebereinkunft zum Schutz der für die Landwirtschaft nützlichen Vögel vom 19. März 1902 in Einklang bringen. Außerdem sollen die Bestimmungen, durch die das Fangen der Krammetsvögel in der Zeit vom 21. September bis 31. Dezember gestattet und für das unbeabsichtigte Mitfangen anderer nach dem Gesetz geschützter Vögel Straflosigkeit zugesichert wird, eingeschränkt werden.

Abg. Frhr. v. Wolff-Metternich (Z.): Meine politischen Freunde stehen dem Entwurf sympathisch gegenüber. Bedauerlich ist, daß sich Italien der Konvention nicht angeschlossen hat. Zu weitgehend scheinen mir die einschränkenden Bestimmungen über das Fangen der Krammetsvögel; gewiß ist die Art dieses Vogelfanges grausam, aber das allein kann kein Einwand dagegen sein. Die Tierwelt ist zum Nutzen für den Menschen geschaffen, und ohne Grausamkeit können die Tiere nicht immer ihrer Bestimmung entgegengeführt werden. Grausam ist z. B. auch das Schlachten eines Schweines. (Heiterkeit.) Meine Freunde beantragen, den Gesetzentwurf an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen.

Abg. Feldmann (kons.): Wir würden es für richtig halten, den Gesetzentwurf ohne Kommissionsberatung anzunehmen; da sie jedoch beantragt ist, werden wir ihr nicht widersprechen. In die Liste der nützlichen Vögel sollte die Lerche, die als Insektenfresser für die Landwirtschaft von Bedeutung ist, aufgenommen werden.

Abg. Dr. Barenhorst (Rp.): Die Vogelwelt in Deutschland verringert sich alljährlich und bedarf eines energischen Schutzes. Die wichtigste Verbesserung, die das Gesetz bringen soll, ist die Einschränkung des Krammetsvogelfanges mittels des Dohnenstieges; aber die Verbesserung ist nur scheinbar, weil die Gesetze der Einzelstaaten den Fang mittels des Dohnenstieges weiter gestatten. Der Dohnenstieg bildet eine unerhörte Tierquälerei, die an die Folterkammern erinnert. (Der Redner zeigt eine Reihe von Einrichtungen zum Vogelfang.) Man sollte die Herren, welche den Krammetsvogelfang verteidigen, einmal so eine Viertelstunde lang an einem Bein aufhängen.

Abg. Fuhrmann (natl.): Meine Freunde stehen dem Entwurfe sympathisch gegenüber. Die hauptsächlichste Ursache der Verringerung der Vogelwelt ist die fortschreitende Kultur. Nächst dem Menschen kommt als Feind der Vögel in Betracht die Katze; man sollte daher an die Einführung einer Katzensteuer denken! . . . Das unbedingte Verbot des Krammetsvogelfanges resp. des Dohnenstieges hat der Reichstag wiederholt verlangt. Für meine Freunde ist die Aufrechterhaltung dieses Verbotes so wichtig, daß mit ihr die Vorlage steht oder fällt.

Abg. Geck (Soz.):

Meine Freunde werden dem Gesetzentwurf nur unter der Bedingung zustimmen, daß das Verbot des Dohnenstieges unter allen Umständen ausgesprochen wird. Auch bedarf es noch anderer Bestimmungen zum Schutze der Vögel. Den Kampf gegen die Vogelwelt führt insbesondere die besitzende Klasse. Durch den Jagdsport fördert man den Vandalismus, der uns die herrliche Tierwelt vernichtet. Insbesondere in den verbündeten Italien und Oesterreich werden die Vögel in großem Maße vernichtet. Die Schwalbe wird bei ihrer Rückkehr aus den afrikanischen Gefilden in Italien massenhaft in ausgespannten Netzen gefangen. Die erschöpften Tiere lassen sich eines Köders wegen dort nieder, und in einem Zuge werden Hunderte von Vögeln vernichtet, lediglich zu dem Zwecke, auf dem Tische der vornehmen Welt einen Leckerbissen zu bilden. Die Grausamkeiten, die dabei begangen werden, sind empörend. In Deutschland haben wir zu beklagen, daß der Fang durch den Dohnenstieg nicht verboten, in letzter Zeit sogar begünstigt ist. 60 Proz. der Vögel, die dem Dohnenstieg zum Opfer fallen, sind Singvögel, 20 Proz. sind andere nützliche Vögel, nur 5 bis 10 Proz. sind Krammetsvögel.

Man weist darauf hin, daß durch die Massentötung der Vögel eine billige Volksernährung bewerkstelligt werden könne. Wenn Sie das wollen, so schaffen Sie die Zölle auf die Nahrungsmittel und auf das Fleisch ab, beseitigen Sie die Akzise, sorgen Sie dafür, daß die Gänse wieder zollfrei in das Deutsche Reich Eingang finden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ferner ist darauf hingewiesen worden, daß etwa 500 Familien ihren Lebensunterhalt durch den Krammetsvogelfang finden. Dieser Fang ist doch aber nur ein Vierteljahr lang, vom 15. September bis 31. Dezember, gestattet, also müssen diese Familien doch wohl noch eine andere Beschäftigung haben. Häufig spricht man davon, daß die Arbeiter kein Interesse haben, dem Vogelfang entgegenzutreten. Das muß ich zurückweisen. Es ist richtig, daß in Deutschland der Vogel im Käfig ein Gesellschafter und Freund des Arbeiters ist, der ihm bei der Heimarbeit Gesellschaft leistet und sein trübes Dasein verschönt. Wenn Sie aber dem Arbeiter eine andere Stellung in der Menschheit anweisen, wird er darauf verzichten können, noch einen unglücklichen Gesellen neben sich in der Gefangenschaft zu haben. Auch der Arbeiter weiß, daß das Element, in welchem der kleine gefiederte Sänger am besten gedeiht, die Freiheit ist. Wir wollen dem Arbeiter den Achtstundentag geben, wir wollen ihm Gelegenheit zu billigen Fahrten geben, damit auch die Massen des Volkes in die Wälder, in die Natur hinauskommen und darauf verzichten, die kleinen Sänger des Waldes in den Käfig einzusperren. Dann wird es möglich sein, solche Schandtaten wie den Dohnenstieg vollständig auszurotten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Behrens (Wirtsch. Vg.): Am besten wäre es, den Vogelhandel konzessionspflichtig zu machen. Dadurch würde dem unerlaubten Handel das Absatzgebiet verschlossen werden. Wenn in Elsaß-Lothringen die Lerche noch als jagdbares Wild gilt, dürfen wir Italien über den Lerchenfang keine Vorwürfe machen.

Abg. Sommer (frs. Vp.): Ein Fehler des bisherigen Gesetzes war, daß es nicht die Massen zum Vogelschutz erzogen hat; irgendeine pädagogische Wirkung hat das Gesetz nicht gehabt. Dies sieht man schon daran, daß der Dohnenstieg noch immer in Deutschland erlaubt ist. Vielleicht wäre dies anders, wenn Herr v. Podbielski sich nicht zu sehr von seiner feinen Zunge hätte beherrschen lassen. Bei ihm überwog der Gourmand den Landwirtschaftsminister. Ein Jäger, der den Dohnenstieg für erlaubt hält, muß auch den Kammerjäger mit ins edle Waidwerk aufnehmen. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Pfeiffer (Z.): Mein Fraktionsgenosse Frhr. v. Wolff-Metternich steht mit seiner Ansicht über den Dohnenstieg allein in der Fraktion da. Namens des weitaus größten Teils meiner Fraktion habe ich zu erklären, daß wir die Haltung des Frhrn. v. Wolff-Metternich in dieser Frage nicht teilen.

Abg. v. Treuenfels (k.) tritt energisch für die Beseitigung des Dohnenstieges ein.

Die Diskussion ist erschöpft. Der Gesetzentwurf wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs einer

Maß- und Gewichtsordnung.

Der Entwurf deckt sich mit den Beschlüssen der Kommission, die den am 1. April 1905 vorgelegten Entwurf beraten hat.

Abg. Engelen (Z.) äußert sich zu den einzelnen Bestimmungen des Entwurfs zustimmend.

Abg. Neuner (natl.): Auch wir begrüßen den Gesetzentwurf vor allem deshalb, weil dadurch auf dem Gebiete des Maß- und Gewichtswesens einheitliche Zustände in ganz Deutschland geschaffen werden. Den Gemeinden, deren bisher kommunale Eichämter nach dem Entwurf staatliche Eichämter werden, soweit die Landesregierungen ihnen die Beibehaltung der kommunalen Eichämter nicht gestatten, sollten in billiger Weise entschädigt werden.

Abg. v. Kaphengst (kons.): Der Entwurf trägt den Wünschen und Beschlüssen, die in der früheren Kommissionsberatung hervorgetreten sind, Rechnung; er kann daher ohne erneute Kommissionsberatung angenommen werden.

Abg. Stolle (Soz.):

Wir haben gegen den Entwurf sehr erhebliche Bedenken. Auch er zeigt wieder eine ungerechtfertigte Bevorzugung der Agrarier; denn die Landwirte sollen nicht gehalten sein, geeichte Maße und Gewichte zu halten. Die Bestimmung des § 7, daß Fördertwagen und Fördergefäße im Bergwerksbetriebe, soweit sie zur Ermittelung des Arbeitslohnes dienen, der Neueichung bedürfen, ist nicht genügend. In dieser Form besteht sie bereits in mehreren Einzelstaaten. Es ist unbedingt nötig, daß noch eine Bestimmung hinzugefügt wird, welche auch die Nacheichung der Förderwagen und Fördergefäße anordnet. Bei den kolossalen Ueberschüssen der Bergwerke können die Kosten hierfür leicht von ihnen getragen werden. Die Frist von zwei Jahren, welche für die Nacheichung der Flüssigkeitsmasse im § 11 festgesetzt ist, ist zu lang. Daß im § 16 angeordnet ist, daß bei der Festsetzung der Gebühren der Grundsatz festzuhalten ist, daß die Gesamteinnahmen aus den Gebühren die Kosten des Eichwesens nicht übersteigen sollen, findet unsere Zustimmung, aber nicht einverstanden sind wir mit der Bestimmung, daß die Festsetzung durch die Landesregierungen erfolgen sollte, weil dadurch jede Kontrolle seitens des Reichstages verloren geht. Ebenso können wir nicht zustimmen dem § 18, wonach die bisher kommunalen Eichungsämter staatliche werden sollen. Eine Gemeinde, die sich große Mühe gibt, dahin zu wirken, daß eine Industrie sich in ihrem Bezirke festsetzt, hat oft ein großes Interesse an einem kommunalen Eichamt, wir brauchen zum Beispiel nur an die Faßindustrie zu denken.

Die Forderung der Verstaatlichung der Eichämter wird damit begründet, daß man die Staatsbeamten für tüchtiger erklärt, als die Gemeindebeamten. Dieser Behauptung muß ich auf das entschiedenste widersprechen. Unsere Gemeindebeamten sind mindestens ebenso tüchtig wie die Staats- und Reichsbeamten. So wie die Vorlage jetzt ist, kann sie uns keinesfalls genügen. Ich stelle daher den Antrag, sie an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Doormann (frs. Vp.) begrüßt die Vereinheitlichung des Eichwesens. Wünschenswert wäre es, wenn ebenso wie die Fässer auch die Fördergefäße einer Nacheichung unterzogen würden.

Abg. Raab (Antisemit) erklärt sich gegen den Antrag auf Kommissionsberatung. Ebenso Abg. Dr. Delbrück (frs. Vg.).

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Der Antrag, den Gesetzentwurf an eine Kommission zu verweisen, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Eingegangen ist die Interpellation der Polen betreffend die Enteignungsvorlage in Preußen.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr.

Tagesordnung: Haftung der Tierhalter, Aenderung des § 63 des Handelsgesetzbuches, Viehseuchengesetz.

Schluß 6¼ Uhr.

Der Rest des Marineetats in der Budgetkommission.

7. Sitzung, 10. Januar.

Die Beratung des Marineetats geht bei Kap. 4 außerordentlicher Etat, Titel 19 weiter. Es handelt sich um bauliche Einrichtungen, Befestigungen usw. Es werden zusammen 25 725 150 M. verlangt. Hierzu kommen die 64 410 000 M., die aus dem ordentlichen Etat auf Anleihe genommen werden, so daß die

Anleihe 90 135 150 M.

betragen wird gegen 57 370 260 M. im Vorjahre — eine Steigerung von 32 764 890 M.!

Die meisten Titel werden nach unwesentlichen technischen Bemerkungen genehmigt.

Bei Titel 48, Bau fiskalischer Mieterwohnungen für Offiziere in Wilhelmshaven, bemängelt Abg. Semler, daß hier 300 000 M. ausgegeben werden sollen, während in Wilhelmshaven ein Ueberfluß an Wohnungen sei. Admiral Capelle gibt zu, daß freie Wohnungen vorhanden seien, aber nicht so große und so eingerichtete Wohnungen, wie sie für Offiziere in höheren Kommandostellen in Frage kommen. Singer fragt an, warum man nicht Privatunternehmer die Wohnungen bauen läßt und längere Mietverträge abschließt. Weiter richte er die Frage an die Marineverwaltung, zu welchen Preisen die Wohnungen an die Offiziere vermietet werden, es scheine ihm, daß hier verschleierte Gehaltserhöhungen gewährt werden. Admiral Capelle meint, Privatunternehmer fänden sich nicht zum Bau solcher großer Wohnungen. Die Mietpreise sollten berechnet werden nach den ortsüblichen Preisen, aber man nehme nur 3 Proz. des Bauwertes. Das sei allerdings eine Vergünstigung für die Offiziere, aber man müsse bedenken, daß niemand gern nach Wilhelmshaven geht. Die Forderung wird weiterhin von Müller-Fulda, Semler, Leonhard und Speck bekämpft, von Richthofen und Paasche verteidigt. Abg. Singer bestreitet die Notwendigkeit der Forderung. In Wilhelmshaven sind gute Schulen und wenn das gesellschaftliche Leben nicht so rege ist wie in Kiel, da soll die Marineverwaltung ein paar Prinzen hinkommandieren. Jedenfalls ist in keiner Weise gerechtfertigt, daß man den Offizieren, um sie an Wilhelmshaven zu fesseln,

die Hälfte des Mietpreises schenkt.

Staatssekretär Tirpitz gibt sich nochmals Mühe, Singers Einwände abzuschwächen; Erzberger beantragt statt der geforderten 1. Rate von 300 000 nur 100 000 M. einzustellen. Der Freisinn,

Kleines Feuilleton.

Einen noch unbekannten Familienbrief von Karl Marx veröffentlicht Jean Longuet in einem Artikel: „War Marx Hervöist?“ in der illustrierten Zeitschrift „Le Monde Moderne.“ Der Brief, der in englischer Sprache geschrieben und mit „Old Nick“, dem von Jenny Longuet dem Vater verliehenen Scherznamen, unterzeichnet ist, ist an diese seine Lieblingstochter gerichtet und trägt das Datum vom 29. April 1881. Jenny hatte ihrem Vater die Geburt ihres jüngsten Sohnes, Marcel, angezeigt. Marx antwortete ihr: „Meine liebe Jenny, ich beglückwünsche Dich zu Deiner glücklichen Entbindung — ich nehme wenigstens an, daß alles gut abgelaufen ist, da Du Dir selbst die Mühe genommen hast, mir zu schreiben. Mein „Feminismus“ hatte gehofft, daß der „neue Ankömmling“ die „bessere Hälfte“ der Bevölkerung vergrößern werde. Ich für meinen Teil ziehe das männliche Geschlecht für die Kinder vor, die an diesem Wendepunkt der Geschichte geboren werden. Sie haben die revolutionärste Periode vor sich, die die Menschheit je durchlebt hat. Traurig ist es aber, alt zu sein, so daß man nur vorher sehen kann, statt zu sehen.“ — Dem Artikel ist auch ein bisher unbekanntes, aus dem Jahre 1871 stammendes Porträt von Karl Marx beigegeben. Neben Marx steht Jenny mit einem umgehängten großen eisernen Kreuz. Wie Jean Longuet berichtet, haben flüchtige polnische Revolutionäre dieses Abzeichen ihrer letzten Erhebung 1864 seiner Mutter zum Geschenk gemacht und sie trug es viele Jahre.

Ein Ludwig Feuerbach-Haus in Nürnberg. Am Fuße des Rechenbergs, dicht bei dem ehemaligen, nunmehr nach Nürnberg einverleibten Dorfe Schoppershof, steht ein kleines Bauernhaus, das von jedem Freiheitsfreunde mit ehrfurchtsvollen Gefühlen betrachtet wird. Denn dieses unscheinbare Haus ward die Heimstätte des Philosophen Ludwig Feuerbach, nachdem er durch den Zusammenbruch der von ihm betriebenen Porzellanfabrik verarmt war. Hier verlebte er das letzte Jahrzehnt seines Lebens, hier starb er im Jahre 1872, von hier aus wurde er im imposanten Leichenzuge, dessen Hauptbestandteil Arbeiter bildeten und in dem die Deputierten einer Anzahl von sozialdemokratischen Parteimitgliedschaften mit entfalteten roten Fahnen marschierten, zu seinem Grabe auf dem St. Johannis-Friedhofe geleitet. Vom Feuerbach-Hause führt ein schnurgerader, zu beiden Seiten von einer dichten Hecke eingefaßter Weg, der sogenannte Philosophenweg, zur Kuppe des Hügels hinauf, wo er unter einer malerischen, schattigen Baumgruppe endet. Hier war das Lieblingsplätzchen Ludwig Feuerbachs. Diese Erinnerungszeichen werden wohl bald der Zerstörung anheimfallen, denn auf der Kuppe des Hügels soll einer jener geschmacklosen Bismarck-Türme errichtet werden, wie sie schon zu hunderten die schönsten Punkte deutschen Landes verunzieren. Die liberale Nürnberger Bourgeoisie, die einstens Ludwig Feuerbach stolz als den ihrigen feierte, rührt sich nicht im mindesten gegen diese Zerstörungspläne, ihre Gemeindevertretung ist es vielmehr selbst, die den Rechenberg als Platz für das Bismarckdenkmal bestimmt hat. Sie ließ vor drei Jahren den hundertsten Geburtstag Ludwig Feuerbachs spurlos vorübergehen; erst als die Arbeiter Nürnbergs diesen Tag in imposanter Weise feierten, erwachte etwas wie Scham, und ein Jahr später wurde am Wohnhause des Philosophen in aller Stille eine einfache Bronzetafel angebracht. Während so das freisinnig-liberale Bürgertum sich völlig teilnahmslos verhält, tritt in der Zeitschrift „Menschheitsziele“ Prof. Dr. H. Molenaar dafür ein, einen Aufruf zur Errichtung eines Ludwig Feuerbach-Museums zu erlassen. Durch freiwillige Gaben der Anhänger der Feuerbachschen Philosophie sollen die Mittel aufgebracht werden, um das Sterbehaus Feuerbachs anzukaufen und es zu einem Feuerbach-Museum umzugestalten.

Humoristisches.

— **Der Vereinsmeier.** „Da sitzt mi' so 'n Mitglied von unser'm Schwimmklub friedlich mit dem Schriftwart von unser'm Turnverein und dem Hauptmann von uns'rer Feuerwehr an eenem Tisch! Sag' ick nu': „Jut Naß!“ — „Jut Heil!“ — „Jut Schlauch!“ oder sag' ick bloß: „Juten Abend, meine Herrn!“?“ —

— **Das auch noch.** Autor (als bei der Premiere das Stück im Durchfallen ist): „Diese boshaften Kerle müssen heute auch noch recht deutlich sprechen!“

— **Therapie.** „Mein Mann, Herr Doktor, kann nicht schlafen. Wohl zwanzigmal frag' ich ihn in der Nacht, ob er schon schläft, und immer antwortet er nein!“

„Das ist schlimm! Ruhe muß er haben. Ich werde Ihnen ein Schlafpulver verschreiben.“ („Fliegende Blätter.“)

Notizen.

— **Die Neue Freie Volksbühne** hat August Strindbergs Komödie „Die Kemsöer“ zur Aufführung angenommen. Das Stück wird im Neuen Theater gespielt. — Am Sonntag, den 12. d. M., gibt Dr. Emil Milan einen Vortragsabend im Theatersaale der Hochschule für Musik. Das Programm umfaßt Dichtungen von Marie Ebner-Eschenbach, Karl Spitteler, Richard Dehmel und Oskar Wilde. — Am 15. d. M. findet im Choralion-Saale ein Kammermusik-Abend des Brüsseler Streich-Quartetts statt. — Am 8. Februar veranstaltet der Verein zur Zu Wiederkehr von Richard Wagners Todestage eine Wagner-Feier im Blüthnersaal.

— Im Schillersaal, Charlottenburg, eröffnet Sonnabend Prof. Dr. Paul Schubring eine auf zehn Stunden berechnete Vortragsreihe: „Anleitung zum Betrachten von Kunstwerken“ im Anschluß an die Schätze des Kaiser-Friedrich-Museums. Beginn um 6 Uhr nachmittags. Abonnementshefte 3 M., einzelne Vorlesungen 50 Pf. (einschl. Garderobe).

— **Aus den Berliner Museen.** Die Gemäldegalerie des Kaiser-Friedrich-Museums hat soeben von einem Kölnischen Altarwerke um 1420 eine Grablegung und Auferstehung Christi als Geschenk erhalten. Die Sammlung von Bildwerken der christlichen Epoche wurde durch eine Holzstatue des heiligen Georg, das Werk eines süddeutschen Meisters um 1500, die bemalte Holzgruppe der Trauernden von der Kreuzigung Christi, ein deutsches Werk um 1700, und eine kleine männliche Figur aus Birnbaumholz von Georg Petel (1635) bereichert. — Die Nationalgalerie hat eine Reihe älterer Werke erworben, über die im letzten Hefte der vorzüglich ausgestatteten und billigen (Jahresabonnement 5 M.) amtlichen Berichte näheres mitgeteilt wird. Das älteste ist ein Bildnis zweier Reiter von Franz Krüger, zwei etwas humoristisch aufgefaßte Landjunker. Das Kabinett der Wiener Malerei wurde durch ein an Waldmüller erinnerndes Werk des seltenen Franz Eybl (1806—1880) bereichert. Von Moritz v. Schwind (1804—1871) wurde ein stark dekoratives Bild eines „Türmers“ im Mondschein, von Rudolf von Alt (1812—1905) zwei Frauenköpfe in Aquarell eingereiht. Von Charles Schuh (1846—1903) wurden Stilleben und eine Landschaft, von Karl von Pidoll das Bildnis eines Großmeisters des Johanniterordens, von Hans Marées ein männliches Porträt von 1881 angekauft. Ferner wurde das von der Jahrhundertausstellung her bekannte Bild der Frau Agnes Jordan, ein Werk Th. von Grosses (1829 bis 1891), von Franz v. Lenbach (1836—1904) das Bildnis von Moritz von Schwind und Gottfried Semper erworben. Von Werken lebender Meister wurden ein Bildnis Eduard v. Gebhardts, Landschaften von Clarenbach und Reininger, ferner ein männliches Bildnis Ferdinand Böhles angekauft. Von den neueren Bildwerken sei besonders eine Reihe von Bronzegüssen nach Reliefs und Büsten von Gottfried Schadows (1764—1850) genannt. Aus den letztjährigen Ausstellungen wurde eine Anzahl neuerer Plastiken angekauft, darunter ruhende Schafe von A. Gaul und die Bronzefigur des Träumers von August Hudler.

— **Die Restauration von Mumien** ist die neueste Erfindung des auf diesem Gebiete bekannten Professors der nordamerikanischen Universität Northampton, Harris Wilder. Er fand bei der Behandlung von eingeschrumpften Präparaten von Frühgeburten mit stark kaustischer Sodalösung, daß sie wieder zu ihrer natürlichen Größe aufschwollen. Nachdem er bei einer an der Sonne gänzlich eingetrockneten Kröte eine ähnliche Wirkung wahrgenommen, entschloß er sich zu der Behandlung der mumifizierten Leiche eines Peru-Inkas, die ihm von dem Institut Peabody überlassen wurde. Die Mumie nahm nicht nur annähernd ihre frühere Gestalt an, so daß insbesondere das Gesicht von einer hervorragenden Schönheit wurde, sondern die Haut die Mumie wurde auch wieder so weich, daß mikroskopische Schnitte von ihr gemacht werden konnten. Wilder verspricht sich von dieser Methode insbesondere viel für die Behandlung mumifizierter Tierleichen aus alten geologischen Schichten, wodurch die Kenntnis der Urtierwelt ohne Zweifel stark bereichert würde.

dessen einziges Leitmotiv ist, niemals weniger patriotisch zu sein, als das Zentrum, will für diesen Antrag stimmen, obwohl sich Leonhard für den Strich der ganzen Forderung ausgesprochen hat. Der Antrag wird dann angenommen und mit 14 gegen 12 Stimmen weiter beschlossen, in das Dispositiv zu setzen, daß die Wohnungen nur für zwei Geschwaderchefs gebaut werden.

Es wird weiter der Antrag Müller-Fulda diskutiert, welcher Ausgaben im Betrage von 10½ Millionen Mark aus dem Extraordinarium (Anleihe) in das Ordinarium (aus laufenden Mitteln zu bestreiten) überführen will. Unterstaatssekretär Twele rechtfertigt die Aufnahme der Positionen in den außerordentlichen Etat mit den Grundsätzen der Anleihegesetze von 1900 und 1907. Danach sollen alle Ausgaben, welche der Weiterentwickelung der Marine dienen, auf Anleihe genommen werden. Müller-Fulda verteidigt seinen Antrag, hat aber wenig Hoffnung auf Annahme desselben, denn die Blockmehrheit sei nun mal für

Weiterentwickelung der Schuldenwirtschaft.

v. Richthofen ist dies Jahr gegen den Antrag, da die finanziellen Verhältnisse jetzt recht unbequem seien. Wiemer ist angeblich auch gegen Entwickelung der Schuldenwirtschaft, bittet aber den Zentrumsantrag abzulehnen. Dieselbe Stellung nimmt Paasche ein. Folgt ein kleines Scharmützel zwischen Block und Zentrum, die sich gegenseitig die Verantwortung an der Schuldenwirtschaft aufbürden wollen. Der Zentrumsantrag wird abgelehnt. Dafür stimmen nur Zentrum und Sozialdemokraten. Die Kommission geht nun zum

Flottengesetz

über, das bis auf die Festsetzung der Kosten und die Deckungsfrage erledigt ist. Müller-Fulda fragt an, wie aus dem Flottengesetz entstehende Mehrkosten gedeckt werden sollen. Das Defizit betrage 125 Millionen Mark, nach Abzug der Matrikularbeiträge bleiben immer noch 100 Millionen Mark Defizit, wovon 44 bis 46 Millionen durch das neue Flottengesetz verursacht sind. Von der Frage, wie diese Kosten gedeckt werden sollen, hängt die Stellung des Zentrums vom Flottengesetz selbst ab. — Unterstaatssekretär Twele erklärt, daß sich Frhr. v. Stengel die Beantwortung der Deckungsfrage selbst vorbehalten habe; er könne nur soviel sagen, daß bis 1909 aus den neuen Steuern, insbesondere auch der Erbschaftssteuer, die Mehrkosten gedeckt sein würden; näheres könne er nicht sagen. — Spahn beantragt unter diesen Umständen, die Abstimmung auszusetzen, bis der abwesende v. Stengel die Antwort gegeben habe. Der Block ist indessen gewillt, Schluß zu machen. Der Antrag wird abgelehnt. Die Freisinnigen springen herum und trommeln alle Blockmitglieder zur Abstimmung herbei und dann erfolgt die Abstimmung, welche

Annahme des Flottengesetzes

mit 15 gegen die drei sozialdemokratischen Stimmen ergibt. Das Zentrum enthält sich der Abstimmung.

Eine große Reihe Petitionen der Flottenvereinler für Vergrößerung der Flotte werden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Von den nunmehr zur Verhandlung kommenden Petitionen des Marinepersonals werden auf Anregung Singers eine Anzahl bis zur Beratung des Beamtengesetzes zurückgestellt; andere werden zur Erwägung oder als Material überwiesen. Die Petition einer Anzahl Arbeiter in Friedrichsort bei Kiel, welche um Lohnerhöhung bitten, wird auf Antrag Singer mit 11 gegen 9 Stimmen zur Berücksichtigung überwiesen. Zum Schluß werden die

Anträge

der sozialdemokratischen Vertreter und des Zentrums über die Arbeitsbedingungen der Werftarbeiter behandelt.

Die Anträge haben folgenden Wortlaut:

Das Zentrum beantragt: Der Reichstag wolle beschließen: „den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Arbeiten durch die Marineverwaltung nur an solche Firmen zu vergeben, welche in Beziehung auf die Arbeitsbedingungen die gesetzlichen Vorschriften einhalten und, falls Tarifverträge für die betreffende Art der Arbeit am Ort des Betriebes gelten, nicht hinter den Bestimmungen dieser Tarifverträge zurückbleiben."

Hierzu beantragen Ledebour, Bebel, Singer am Schluß hinzuzufügen: „. . . . . sowie die Marineverwaltung anzuweisen, die Festsetzung oder Neuordnung von Arbeitsbedingungen in den Reichsmarinebetrieben unter Mitwirkung der Arbeiterorganisationen und Arbeiterausschüsse vorzunehmen."

Dagegen Pachnicke und Wiemer beantragen: Im Zusatzantrag Ledebour und Genossen statt „Arbeiterorganisationen" zu setzen „Arbeiterausschüsse".

Ledebour begründet in eingehender Weise den sozialdemokratischen Antrag, dabei die ganze Materie der Tarifverträge und die Lage der Marinearbeiter behandelnd. Er spricht sich natürlich gegen den abschwächenden Antrag der Freisinnigen aus, denn dadurch würden die anderen Anträge wertlos. Semler spricht sehr eifrig gegen die Anträge, man könne hier nicht eingreifen der Konsequenzen wegen. Der Weg sei außerordentlich bedenklich, er warne ihn zu beschreiten, zufolge eines Fraktionsbeschlusses würden die Nationalliberalen dagegen stimmen. Gröber verspottet die Nationalliberalen und verweist auf Fälle, wo die Staatsverwaltung den Weg bereits gegangen ist. Tirpitz wendet sich gegen Anerkennung der Tarifverträge, die Marineverwaltung werde nicht mit den Organisationen verhandeln. Der Freisinnige Leonhart unterstützt den Marineminister, daß die Marineverwaltung mit sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht in Verbindung treten soll. (!) Ledebour fertigt diesen

freisinnigen Staatsretter

treffend ab; wenn die Verwaltung nicht mit Gewerkschaften verhandeln soll, darf sie auch keine sozialdemokratischen Arbeiter einstellen, und in den Arbeiterausschüssen sitzen sicher auch Sozialdemokraten. (Leonhart ruft: Neun Zehntel!) Nun also, wenn Sie das wissen, weshalb dann Ihre Abneigung gegen unseren Antrag? Leonhardt sagt, die englischen Gewerkschaften sind neutral; das hat er sich von Max Hirsch eintrichtern lassen und dabei die letzten zwanzig Jahre verschlafen, heute ist das längst anders. — In der Abstimmung wird aus dem sozialdemokratischen Antrag das Wort „Arbeiterorganisation" mit 10 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmen auch der Freisinnige Leonhart und der Demokrat Schweickhardt, welche die Verantwortung für diese Verschlechterung trifft. Der Zentrumsantrag wird sodann mit dem Rest des Ledebourschen Antrages angenommen.

Damit ist der Marineetat erledigt.

Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages beschäftigte sich gestern mit der Wahl des Abg. Schack (2. Sachsen-Weimar). Die Wahl wurde bekanntlich beanstandet, und es war beschlossen, über einige der behaupteten Protestpunkte Erhebungen zu machen. Die Behauptung des Stimmenkaufs wurde nicht erwiesen. Von den darüber vernommenen Zeugen gibt namentlich ein Kutscher Joh. Dietrich zu, daß er von einem Agitator Bechtl Geld erhalten habe und daß dieser ihm auch Bier bezahlt habe, aber das sei Trinkgeld gewesen und es seien keinerlei Bedingungen daran geknüpft gewesen.

In Unterfuhl war bis mittag 1 Uhr, wo ein sozialdemokratischer Kontrolleur erschien und „Krach" machte, wie ein Zeuge zu Protokoll gegeben, kein Isolierraum vorhanden gewesen! Man hatte den Leuten „der Kälte wegen" nicht zumuten wollen, das ungeheizte Nebenzimmer als Isolierraum zu benutzen, sondern hatte in einer Ecke einen vom Wahltisch aus gut zu beobachtenden Tisch aufgestellt, an welchem die Stimmzettel in die Kuverts gesteckt werden mußten. Mit 8 gegen 6 Stimmen kassierte die Kommission den ganzen Wahlakt, wodurch Schack 111 und sein sozialdemokratischer Gegenkandidat Leber 8 Stimmen verlor. Danach verblieb für Schack noch eine Mehrheit von 23 Stimmen. Die Kommission beschloß demgemäß, die Gültigkeit der angefochtenen Wahl zu beantragen. Ob das Plenum die Angelegenheit nicht abermals an die Kommission zurückverweist, ist noch nicht ausgemacht; denn die Kommission hat im Frühjahr 1907, als sie sich zum erstenmal mit der Angelegenheit beschäftigte, unverständlicherweise beschlossen, daß die Behauptung im Protest: ein Polizeibeamter habe im Auftrage des Bürgermeisters die säumigen Wähler zur Wahl aufgefordert, „nicht erheblich" sei, selbst wenn die Angabe des Protestes wahr wäre. Nach der bisherigen Gepflogenheit des Reichstages sind solche amtliche Wahlbeeinflussungen immer als erheblich angesehen worden. Wird der hier in Frage kommende Wahlakt aber kassiert, so hat Schack keine Majorität mehr. . . .

Einlauf.

Aus dem Reichstage:

Bericht der XI. Kommission über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Bestrafung der Majestätsbeleidigung.

Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Gesetzes über das Telegraphenwesen des Deutschen Reiches vom 6. April 1892. (Bundesrats-Beschluß.)

Interpellation Seyda und Genossen.

Wie will der Herr Reichskanzler den von der königlich preußischen Regierung im dortigen Landtage eingebrachten Gesetzentwurf über Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen in Einklang bringen mit dem Geiste der Reichsverfassung und den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches?

Welche Schritte gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die durch die vorgesehene Enteignung des Grundbesitzes von Reichsangehörigen aus politischen Gründen bedrohten Grundvesten der Rechts- und Gesellschaftsordnung zu sichern?

Dokumente des russischen Zersetzungsprozesses.

Petersburg, 7. Januar. (Eig. Ber.)

Die letzten Wochen sind überreich gewesen an sozialen und politischen Symptomen, die untrügliches Zeugnis von der fortschreitenden Auflösung des ganzen staatlichen Lebens in Rußland geben. Vor allem sind da die Prozesse gegen die erste und die zweite Duma zu nennen. Es war kein Zweifel, daß der Prozeß wegen des Wyborger Aufrufs mit einem vollen Siege der Feinde des alten Uniform-Rußlands enden mußte. Vor dem Gericht wechselten die Rollen: die Ankläger wurden zu Angeklagten. Es war dem Gericht unmöglich, die Schuldfragen so zu stellen, daß in ihnen keine offensichtlichen Verstöße gegen die elementarsten Begriffe des modernen Rechts, keine innerlichen Widersprüche oder Vergewaltigungen der Tatsachen vorkämen. Zwei-, dreimal mußte das Gericht sich zurückziehen und die Schuldfragen umarbeiten! „Dem Gericht hat man," wie der „Towarischtsch" bemerkt, „eine unlösbare Aufgabe gestellt." Das Resultat war denn auch, daß die Angeklagten, denen man auf alle Fälle die politischen Rechte nehmen wollte, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurden, statt zu Zuchthausstrafe, wie das nach dem Buchstaben des Anklageparagraphen hätte sein müssen. . . .

Durch Zeugenverhör wurde in dem Prozeß allerlei Interessantes festgestellt: Als die erste Duma zusammentrat, war das erste, was sie erfuhr, daß die Bureaukratie — Ferien machen wollte! Die Duma sollte sich gleich vertagen und erst nach einigen Monaten, im Herbst, wieder zusammenkommen, weil die Bureaukratie gewöhnt sei, im Sommer nicht zu arbeiten! Der Präsident der ersten Duma, Muromzew, bekräftigte das in seiner Rede mit mehreren charakteristischen Tatsachen. Diese selbe Bureaukratie log aber dem Ausland in einem fort von der „Arbeitsunfähigkeit" der ersten Duma vor!

Unweit der Stelle, wo über den Wyborger Aufruf verhandelt wurde, spielte und spielt sich gleichzeitig ein anderer Prozeß ab, in dem — wie sich die „Russj" ausdrückt — nicht über die russische Gesellschaft, sondern über die Bureaukratie abgeurteilt wird. Hier sitzen noch jetzt auf der Anklagebank die Stössel, Fock und Konsorten, jene Papiermaché-Helden von Port Arthur, die seinerzeit mit ihren Schwindeldepeschen die ganze Welt belogen, pour le mérite's, andere Orden und sonstige allerhöchste Auszeichnungen einheimsten, in Wirklichkeit aber traurige Maulhelden waren, unfähig, lügnerisch, feig und diebisch. Aus dem ganzen Schwarm der Generale von Port Arthur sind es nur ein oder zwei, denen man eine gewisse Achtung nicht versagen kann, die übrigen gewähren ein Bild des höheren russischen Militärs, wie es krasser nicht gezeichnet werden kann. Wohl niemals noch ist die innere Schwäche des russischen Militärkolosses so entblößt worden wie in diesem Prozeß. Vor solchem Monstrebild der glänzenden Verkommenheit müssen alle Vertuschungsversuche der Regierungspresse schweigen. Selbst der „Swet", ein äußerst reaktionäres Blatt, ist gezwungen, von einem „Bild der empörenden Willkür und des Idiotismus" zu sprechen. „Wir sehen da," schreibt es über Stössel, „einen selbstherrlichen Despoten, der beständig auf den Lippen hat: „Ich bin der Zar, ich bin der Gott!", einen Mann, ganz Eigendünkel und Eigenliebe, aber von größter Unwissenheit . . . ."

Aus dem Gang der Verhandlungen ergab sich, daß der Oberkommandierende Kuropatkin den Stössel von seinem Posten entfernen wollte. Den Befehl Kuropatkins hat Stössel aber mit Wissen des Generalstabchefs von Port Arthur, General Reiß, einfach unterschlagen! Um sich zu halten, mußte Stössel reichlich mit Ordensverleihungen wirtschaften! Die höchsten kriegerischen Auszeichnungen erhielten so natürlich gerade die unwürdigsten Offiziere. Kamen die Stürme der Japaner, dann meldeten sich diese „Helden" gewöhnlich krank! Günstlingswirtschaft, Intrigen, Denunziationen, ganze Raubzüge auf die Staatskasse — alles das war in Port Arthur zu Hause.

Port Arthur ist aber nur ein kleiner Ausschnitt aus dem ganzen zaristisch-militaristischen Regime in Rußland. Die Presse vergleicht die beiden Prozesse: „Nicht in guter Stunde hat die Regierung beschlossen, die beiden Gerichte gleichzeitig tagen zu lassen", schreibt „Towarischtsch". „Man kann nicht ungestraft Stössel und Muromzew, das alte und das neue Rußland, einander gegenüberstellen. . . . Wenn die Regierung jetzt ihr bengalisches Feuer angezündet hat, um das Alte und das Neue zu beleuchten, so kann man ihr für ihre Mühe nur dankbar sein."

Es ist aber noch ein dritter Prozeß, der Pogromprozeß in Kiew, der diesen Gegensatz zwischen dem alten und dem neuen Rußland nicht weniger offenbart. Wir sehen in dem Kiewer Prozeß dieselben bekannten Polizeitypen, die in allen Pogromen die Hauptrolle gespielt haben. Einer nach dem andern erzählen die Zeugen, wie sie den einen oder den anderen Polizeibeamten unter den demolierenden Judenhetzern gesehen haben. Der Untersuchungsrichter Mirnh berichtete, wie er in einem Haufen Pogromisten zwei Agenten der Geheimpolizei sah, die mit dem Ruf: „Haut die Juden!" den Haufen zu weiteren Gewalttaten aufreizten!! Und so gehts mit den Aussagen in einem fort. . . . Es wird ferner festgestellt, daß höhere Polizeibeamte dem Wüten der aufgereizten Lumpengarde untätig zugeschaut haben! Wendeten sich die Juden um Schutz an die Militärbehörde, so hieß es, sie hätte von der Polizei keinen Befehl, vorzugehen. Machten aber die Juden Miene zum Selbstschutz, dann war Polizei und Militär sofort zur Stelle. Neues bringt dieser Pogromprozeß, wie gesagt, nicht; er bekräftigt nur wieder einmal, was man schon längst gewußt hat: daß die Pogroms nur eins unter den vielen Gewaltmitteln der Regierung sind. Neben dem Prozeß gegen die erste Duma und dem Stössel-Prozeß tritt die Pogrompolitik der Regierung nur markanter als je hervor.

Auch der oberflächlichste Blick auf diese drei Prozesse zeigt, wie unhaltbar verkommen und wild die Zustände geworden sind und daß der Kampf gegen diese Zustände die Pflicht eines jeden Kulturmenschen ist.

Aus der Partei.

Sozialdemokratisches Preßbureau.

Man schreibt uns aus dem Parteibureau: Die Mannheimer „Volksstimme" läßt sich von Berlin melden, daß Genosse Emil Eichhorn als Redakteur für das zu errichtende Preßbureau angestellt wurde. Diese Meldung des Mannheimer Blattes ist falsch. Es sind bisher überhaupt keine definitiven Entscheidungen über die Besetzung der Redakteurposten getroffen. Wem soll mit der Uebermittelung solcher falschen Nachrichten gedient werden? Diese Art groben Unfugs sollte in der Parteipresse nicht Eingang finden. Hat der Berliner Korrespondent der Mannheimer „Volksstimme" in Berlin nichts Besseres zu tun??

•

Auch Genosse Eichhorn bestätigt uns, daß die Notiz der Mannheimer „Volksstimme" falsch ist.

•

Zu obigem teilt uns Genosse Lehmann mit, daß er entgegen vielfacher Annahme nicht der Urheber der betreffenden Notiz ist.

Ein Sechzigjähriger.

Genosse Fritz Zubeil vollendet heute sein 60. Lebensjahr. Wenn er zurückblickt auf die Zeit die hinter ihm liegt, so kann er getrost sagen: daß die Arbeit, die sie ausfüllte, reich an schweren Mühen und Kämpfen, aber dafür auch nicht erfolglos geblieben ist. Genosse Zubeil steht bald ein Menschenalter in der Arbeiterbewegung. In der Zeit der größten Schmach und Gefahr, unter dem Sozialistengesetz, war es Zubeil, der mit glühender Begeisterung sich in den harten Dienst der Arbeitersache stellte. Auf gewerkschaftlichem Gebiet galt damals sein Wirken seiner Organisation, dem Fachverein der Tischler, der später in den Holzarbeiterverband aufging. Unter seinen Berufskollegen von der Hobelbank wirkte Zubeil unverdrossen, überall aufmunternd und anfeuernd. Dabei vergaß er aber auch nicht, die politische Bewegung nach Kräften zu fördern. Mit seiner ganzen Person stellte er sich ihr zur Verfügung, auch vor dem exponiertesten Posten nicht zurückschreckend, keine Gefahr scheuend.

Eine gewaltige Agitationstätigkeit erwuchs Zubeil durch seine Kandidatur zum Reichstage für den Riesenkreis Teltow-Beeskow. Wäre er nicht eine so robuste Natur, wer weiß, ob wir heute in die Lage kämen, ihm unsere Glückwünsche darzubringen. Aber Zubeil bewältigte die ihm übertragene Riesenarbeit und unter tatkräftiger Mitwirkung der Genossen seines Kreises gelang es im Jahre 1898 zum ersten Male, den Kreis den Gegnern abzunehmen und für uns zu erobern. Seit dieser Zeit ist dieser Kreis im Besitz unserer Partei. In seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter hat sich Zubeil redlich bemüht, nach besten Kräften die Interessen der Arbeiterklasse wahrzunehmen. Wie er das getan hat, erhellt aus einer Zuschrift, die wir erhalten haben und in der uns Postillione bitten, ihm zu seinem heutigen Geburtstage für die wackeren Dienste, die er den Postillionen im Reichstage geleistet hat, die besten Wünsche dieser Beamtenkategorie auszusprechen.

Daß Genosse Zubeil auch als Stadtverordneter für die arbeitende Klasse wirkte, soll nicht unerwähnt bleiben. Wir wissen, daß Genosse Zubeil es weit von sich weisen wird, wenn wir ihm für seine Tätigkeit einen besonderen Dank abstatten wollten; wir wissen, daß gerade er der Meinung ist, nur nach besten Kräften seine Pflicht und Schuldigkeit getan zu haben. Aber immerhin drängt es uns heute, mit den Genossen Berlins, nicht zuletzt mit denen seines Kreises, dem Sechzigjährigen unsere aufrichtig gemeinten Wünsche darzubringen. Wir hoffen, daß Genosse Zubeil noch recht lange die Kraft in sich fühlen wird, mit uns den Kampf für die Arbeiterklasse zu führen.

An die organisierte Arbeiterschaft.

Durch den Parteitag in Essen sind den Arbeiterorganisationen Aufgaben mannigfacher Art gestellt worden zur Abwendung der Alkoholgefahr: Beseitigung des Trinkzwangs und Aufklärung durch Wort und Schrift über die Alkoholgefahr und die zum Alkoholgenuß führenden Trinksitten. Jede Organisation wird gewiß bestrebt sein, jetzt diesen letzteren, neuen Aufgaben gerecht zu werden. Mit Rat und Tat zu helfen wird eine Hauptaufgabe unseres Bundes bleiben. Wir bieten den Organisationen eine reichhaltige Literatur über die Alkoholfrage zum Vertrieb an die Mitglieder wie zur Einfügung in die Bibliotheken. Für letzteren Zweck haben wir Kollektionen zusammengestellt, die den verschiedenen Bedürfnissen entsprechen. Prospekte und Auskunft hierüber gibt unsere Buchhandlung, J. Michaelis, Berlin O. 17, Langestraße 11. Zum Massenvertrieb empfehlen wir unsere Flugschriften.

Um die Aufklärung und Belehrung über die Alkoholschäden durch das Wort zu ermöglichen, erbieten wir uns zur Vermittlung von Referenten; wir ersuchen, hievon besonders bei gelegentlich von uns veranstalteten Vortragstouren Gebrauch zu machen. Auskunft hierüber gibt der Unterzeichnete.

Ferner bitten wir die Organisationen, darauf hinzuwirken, daß organisierte Arbeiter, welche abstinent leben, sich nicht sog. neutralen oder anderen bürgerlichen Abstinenz-Organisationen anschließen, Vereinen, welche in vielen Fällen von Leuten geleitet werden, die in den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen unsere schärfsten Gegner sind. Die politische Farblosigkeit dieser Vereine ist von der gleichen Art wie die der sogenannten parteilosen Zeitungen: sie wirkt verflachend auf das Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft. Der „Arbeiter-Abstinenten-Bund" dagegen steht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung; sein Zweck ist, durch Bekämpfung des Alkoholgenusses und der Trinksitten innerhalb der Arbeiterschaft den Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu fördern. Diesen Kampf in unseren Reihen mitzuführen, fordern wir alle abstinenten Parteigenossen und Gewerkschaftler auf.

Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund.
Aug. Neumann, Hamburg 26, Döhnerstraße 7.
Otto Berg, Berlin N. 4, Pflugstraße 15.

Ein krasser Schwindel über ein sozialistisches Mordattentat auf einen christlichen Arbeitersekretär geht wieder einmal durch die gesamte christliche Presse. Es wird da eine aus Schweinfurt datierte Notiz verbreitet, daß ein Sozialdemokrat und Vorstand der Bauhülfsarbeiter-Zahlstelle in das Gasthaus „Drei Lilien" dortselbst gekommen sei und den Wirt gebeten habe, den im oberen Lokal bei einer Veranstaltung des katholischen Gesellenvereins weilenden Abgeordneten und Arbeitersekretär Schwarz herunterzuholen, da er ihm wichtiges mitzuteilen habe. Gäste hätten ihn jedoch dabei beobachtet, wie er unter dem Tische einen Revolver lud, und dies dem Wirt mitgeteilt, der dann den „roten Genossen" durch die Polizei habe abführen lassen. Das sei erst nach schwerem Kampfe gelungen, wobei die Revolverpatronen nur so herumgerollt seien. Am nächsten Tage sei der Attentäter wieder in die Wirtschaft gekommen und habe mit dem Revolver gedroht, aber wiederum verhaftet worden. An der Räubergeschichte ist nur das eine wahr, daß der stark dem Suff ergebene Bauhülfs-

arbeiter Trütschel in der Wirtschaft mit der Kellnerin einen Streit hatte, weil er behauptete, sie habe ihm zu wenig Geld herausgegeben, und daß er dabei äußerst ungeberdig war und mit einem Revolver manipulierte. Der Exzedent war weder Vorstand der Bauarbeiter noch nahm er sonst einen Vertrauensposten ein, er war lediglich einmal Mitglied der Zahlstelle, ist aber längst ausgeschlossen. Die christliche Wahrheitsliebe benützt nun den Exzeß dieses an Säuferwahn leidenden Menschen, um durch Ausmalung eines sozialistischen Mordplanes für die christliche Sache Reklame zu machen. Echt christlich!

Personalien. Als Parteisekretär für den Wahlkreis Friedberg-Büdingen wurde Genosse Busold-Friedberg gewählt.

Wie die Mannheimer „Volksstimme" mitteilt, hat sich der Gesundheitszustand des Genossen Emil Hauth soweit gebessert, daß er seine Arbeit in der Redaktion wieder aufnehmen kann.

Ein finnisches Parteiblatt in Amerika. In Astoria, im Staate Oregon, erscheint seit kurzem unter dem Namen „Toveri" (Genosse) eine sozialdemokratische Zeitung in finnischer Sprache, und zwar zweimal in der Woche.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafkonto der Presse. Genosse Zielowski von der „Volksstimme" zu Frankfurt a. M. wurde wegen Beleidigung eines Ortspolizisten zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte die Kleinigkeit von vier Monaten Gefängnis beantragt.

Die Strafkammer zu Offenburg (Baden) bestätigte das Schöffengerichtsurteil auf 100 Mark Geldstrafe gegen den verantwortlichen Redakteur des „Offenburger Volksblattes" wegen Beleidigung des Verlegers der „Offenburger Zeitung". Unser Parteiblatt hatte von Weiberfleischhandel gesprochen, der durch Heiratsannoncen im Inseratenteile des Zentrumsblattes betrieben werde. Für diese Kennzeichnung soll er, so entschieden die Richter, die Strafe zahlen.

Aus Industrie und Handel.

Eine agrarische Handelskammer.

Der Jahresbericht der Essener Handelskammer bemerkt, es müsse nachdrücklich betont werden, daß es völlig verkehrt sein würde, wegen gewisser vorübergehender Erscheinungen, wie der — für weitere Bevölkerungskreise ja ohne Zweifel recht empfindlichen — Steigerung gewisser Lebensmittelpreise, in das System der grundsätzlichen Maßnahmen Bresche zu legen, „die zum Schutze unserer Landwirtschaft getroffen sind, und die einen integrierenden Teil unserer Wirtschaftspolitik überhaupt bilden".

Die Handelskammer der Syndikatsherren behandelt also die Teuerung wie eine zwar unangenehme, aber schließlich doch nicht allzu tragische Angelegenheit und spricht, nachdem wir schon Jahre hindurch eine Steigerung in den Preisen der notwendigsten Bedarfsartikel miterlebt haben, kaltblütig von einer vorübergehenden Erscheinung, mit der man sich eben nun einmal abfinden müsse.

Wenn der Arbeitsmarkt sich in den letzten Jahren für die Arbeiter verhältnismäßig günstig gestaltete, wenn ihre Lohnverhältnisse sich verbesserten, so lag das in allererster Linie an den guten Absatzbedingungen, die unsere Industrie im Auslande fand. Und wenn ihr jetzt dieser Markt versperrt wird, so wird es weder ihr noch den Arbeitern von großem Nutzen sein, daß die auf Kosten der Allgemeinheit gestärkte Landwirtschaft konsum- und kaufkräftiger geworden ist. Gewiß, einzelne Branchen haben ihren Vorteil davon, daß die Landwirtschaft höhere Preise erzielt. Die Fabrikation landwirtschaftlicher Maschinen usw. zieht zweifellos ihren Nutzen aus der gesteigerten Kaufkraft der Grundbesitzer. Aber es darf nicht außer acht gelassen werden, daß auch die Steigerung des landwirtschaftlichen Konsums in den nächsten Jahren kaum weitere Fortschritte machen wird, schon aus dem Grunde, weil die Gelder, die der Zoll erübrigt, zum großen Teil durch die Erhöhung der Güterpreise aufgezehrt werde. Wenn agrarische Organe die in ihrem Auslandsabsatz eingeengte Industrie mit dem Hinweis auf den inneren Markt zu trösten versuchen, so läßt sich das zur Not verstehen. Eine Handelskammer aber sollte sich auch von Rücksichten auf ihre Bundesgenossen nicht dazu bestimmen lassen, ähnliche Behauptungen aufzustellen.

Die „Kreuz-Zeitung", die schmunzelnd die Darlegungen der Essener Handelskammer wiedergibt, erklärt gerade heraus, bei uns gelte eben die Sicherung und Stärkung des eigenen Marktes als erste Pflicht, „und da in Deutschland die landwirtschaftliche Produktion nach ihrem materiellen, sozialen und politischen Werte weitaus an erster Stelle steht, so gilt ihr auch der stärkste Schutz". Hier wird also mit knappen Worten die Quintessenz der gegenwärtigen Zollpolitik zusammengefaßt: mag die Industrie in allen ihren Teilen geschädigt werden, — es handelt sich eben darum, die Großgrundbesitzer aus Staatsmitteln zu subventionieren. —

Bodenwucher.

Die Gesamtabrechnung über den Teltow-Kanal ergab einen Betrag von 89 200 000 M. Der Landrat v. Stubenrauch wies darauf hin, daß der Kanalbau 7¾ Millionen Mark mehr gekostet, als vorgesehen war, wovon über 7 Millionen auf die Kosten des Grunderwerbs entfallen, was durch das schnelle Anwachsen der Bodenwerte veranlaßt sei. Dazu bemerkt die „Bodenreform": Ob dieses schnelle Steigen der Bodenwerte nicht vorgesehen und durch geeignete Maßnahmen für den Kanalbau selbst hätte nutzbar gemacht werden müssen? — Und weiter kann man fragen: Was haben die Empfänger der 7 Millionen Mark der Gesellschaft für die schöne Gabe geleistet? — Nach ihrem neuesten Jahresberichte hat die Schultheißbrauerei einen Baugrund an der Sickingenstraße in Charlottenburg, den sie 1903 mit 970 000 M. bezahlt hatte, für 1 258 000 M. an die Stadt Charlottenburg verkauft. In vier Jahren hat der Wert dieses Grundstücks also um 288 000 M. zugenommen!

Aus der Maschinenindustrie.

Für die Maschinenindustrie bedeutete die erste Hälfte 1907 noch eine Periode weiteren Aufstiegs, während im zweiten Halbjahr die allgemeine Abschwächung der Konjunktur auch die Lage der Maschinenindustrie ungünstig beeinflußte. Bis zur Erneuerung des Stahlwerksverbandes gab der Ausbau des Produktionsapparates namentlich in Rheinland-Westfalen reichlich zu tun; eine Zeitlang gab dann noch die starke Abnutzung der Anlagen im Jahre 1906, die viel Ausbesserungen und Ergänzungen nötig machte, der Maschinenindustrie vollste Beschäftigungsgelegenheit. Allmählich aber nahm die Nachfrage ab, die Aufträge gingen langsam ein, die Beschäftigungsgelegenheit wurde geringer. Die Folge war, daß die Nachfrage nach Arbeitskräften, die im Jahre 1906 kaum gedeckt werden konnte, abnahm, und sich ein beträchtliches Ueberangebot von Arbeitskräften einstellte. Der Andrang am Arbeitsmarkt nahm in wenigen Monaten so zu, daß auf 100 offene Stellen im November bereits 222,22 Arbeitsuchende kamen, während es im Juli erst 126,22 gewesen waren. Obwohl das Arbeitsangebot in dieser Zeit zurückgegangen war, stieg der Andrang doch so bedeutend, weil die Nachfrage nach Arbeitskräften noch stärker abnahm. Es war sehr schwer für die Maschinenindustrie, den Beschäftigungsgrad trotz der ungünstigen Entwickelung der inländischen Absatzverhältnisse noch auf befriedigender Höhe zu halten; denn sehr bald nach der Abschwächung am Inlandsmarkt stellte sich auch am Weltmarkt eine Abnahme der Nachfrage nach Maschinen ein. Nur durch Preiszugeständnisse gelang es vielfach, der ausländischen Konkurrenz Aufträge abzugewinnen und dadurch neue Arbeit hereinzubekommen.

Entwickelung des Welthandels.

Einer amerikanischen Zusammenstellung des Im- und Exports von 28 der wichtigsten Staaten entnehmen wir, daß sich der gesamte Handel derselben in den Jahren 1895—1905 von 60,06 auf 97,86 Millionen Mark vermehrt hat, und zwar ist die Einfuhr um 56,5 Proz., die Ausfuhr um 70 Proz. gestiegen. An dieser gewaltigen Entwickelung des Kapitalismus sind die wirtschaftlichen Großmächte wie folgt beteiligt (in Millionen Dollar):

	Einfuhr			Ausfuhr		
	1895	1905	Zunahme in Proz.	1895	1905	Zunahme in Proz.
Großbritannien .	2028	2750	36	1100	1605	46
Deutschland . . .	981	1697	73	790	1364	73
Vereinigte Staaten	802	1179	47	808	1599	98
Niederlande . . .	578	1031	83	473	800	69
Frankreich . . .	718	922	28	651	939	44
Oesterreich-Ungarn	286	436	52	294	455	55
Belgien	342	586	13	267	446	67
Italien	229	401	80	200	330	65
Rußland	293	335	14	350	518	48

Daraus ergibt sich, daß Deutschlands Welthandel absolut betrachtet zwar hinter England zurückbleibt, relativ aber es in der Entwickelung überflügelt. Dabei hält seine Einfuhr mit der Ausfuhr gleichen Schritt. Dieser Aufschwung Deutschlands umspannt die Zeit der so viel geschmähten Handelsverträge, die unter Caprivis Kanzlerschaft zum Aerger der Junkerclique abgeschlossen wurden.

Gewerkschaftliches.

Wahrheitsliebe der Arbeitgeber.

Unter diesem Titel schreibt die „Holzarbeiter-Zeitung":

Der Vorstand des Arbeitgeberschutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe hat in einer offiziellen Bekanntmachung die von Arbeitgeberseite vollzogene Kündigung der Arbeitsverträge in 23 Städten damit begründet, daß bei den im Dezember in Berlin stattgefundenen Verhandlungen die Arbeitgebervertreter sich hätten „überzeugen müssen, daß der Holzarbeiterverband nicht gesonnen ist, der niedergehenden Konjunktur entsprechend seine Ansprüche bei Abschluß neuer Verträge in mäßigen Grenzen zu halten usw."

Diese Begründung für das Vorgehen des Arbeitgeberschutzverbandes ist völlig unwahr. Einmal haben die Vertreter des Holzarbeiterverbandes bei den Verhandlungen in Berlin trotz wiederholter dringender Aufforderung der Arbeitgeber es abgelehnt, überhaupt irgend welche positive Forderungen zu benennen, so daß die Arbeitgeber über das Maß der Ansprüche der Holzarbeiter gänzlich im unklaren geblieben sind. Dem Wunsche des Arbeitgeberschutzverbandes hätte es allerdings entsprochen, wenn die Holzarbeiter aus allen vertretenen Städten mit recht hohen Forderungen gekommen wären, damit er dieselben als Agitationsmittel gegen den Holzarbeiterverband im ganzen Lande hätte benutzen können. Nur für die Städte Stuttgart, Elberfeld, Osnabrück und Luckenwalde, über welche anderntags im Berliner Gewerbegericht Spezialverhandlungen stattfanden, wurden von den Holzarbeitern Forderungen gestellt, die Verhandlungen darüber sind aber nicht deswegen ergebnislos verlaufen, weil die Forderungen nicht „in mäßigen Grenzen" gehalten waren, sondern weil der Arbeitgeberschutzverband die Arbeitgebervertreter angewiesen hatte, zu erklären, sie könnten sich auf Verhandlungen respektive Zugeständnisse nicht einlassen, weil sie dazu von ihren örtlichen Mandatgebern nicht bevollmächtigt seien.

Zum weiteren Beweis dafür, daß die Begründung der Vertragskündigung eine unwahre ist, möge noch darauf verwiesen sein, daß der Vorstand des Arbeitgeberschutzverbandes seine Absicht, sämtliche Verträge zu kündigen, bereits im Oktober v. J. auf der Konferenz in Kassel den Vertretern des Holzarbeiterverbandes mitgeteilt hat. Das war also schon zwei Monate vor den Berliner Verhandlungen.

Wie wenig gewissenhaft im übrigen die Bekanntmachung des Arbeitgeberschutzverbandes ist, daß die Verhandlungen in Stuttgart gescheitert seien, geht daraus hervor, daß in Wirklichkeit bereits am 7. Januar eine Einigung in Stuttgart zustande gekommen ist, nachdem die Fabrikanten eine Erhöhung des Minimallohnes um 5 Pf., der sonstigen Stundenlöhne um 3 Pf. und der Akkordpreise um 5 Proz. bewilligt hatten.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Kupferschmiede! Die Kollegen der Firma Julius Thumann, Forst i. N.-Lausitz, befinden sich im Streik. Zuzug ist fernzuhalten und Arbeitsangebote sind zurückzuweisen.

Die Bezirksleitung des Verbandes der Kupferschmiede.

Deutsches Reich.

Zum Kampf im Baugewerbe.

Die durch die Veröffentlichung des Geheimprotokolls über die Verhandlungen der außerordentlichen Generalversammlung des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe am 21. Oktober 1907 geschaffene Situation ist diesen Herren außerordentlich unangenehm. Sie bemühen sich krampfhaft in ihren Fachorganen, diesen Beschlüssen einen möglichst harmlosen Charakter zu geben.

Im Organ des Vorsitzenden dieses Verbandes, des Herrn Felisch, der „Baugewerkszeitung", heißt es: Der Arbeitgeberverband habe seinen bekannten Normaltarif nur deshalb aufgestellt, „um der Tarifvertragsidee im Interesse des sozialen Friedens eine weitere kräftige Stütze zu geben." Durch dieses Tarifmuster soll — nach der jetzigen Meinung des Bundes — „lediglich der Zersplitterung in der Formulierung der grundsätzlichen Bestimmungen vorgebeugt werden und zwar im wohlverstandenen Interesse beider Arbeiterparteien."

Aber die Herren haben Pech, denn schon am 3. Dezember versandte der rheinisch-westfälische Verband ein vertrauliches Rundschreiben, in dem folgende schöne Stellen vorkommen:

„Mit Rücksicht darauf, daß der neue Vertrag **den Arbeitgebern außerordentliche Vorteile** sichert, muß unsererseits **mit allem Nachdruck** versucht werden, ihn möglichst **unverändert** zur Annahme zu bringen. Es ist nun wohl anzunehmen, daß es **ohne Kampf nicht abgehen** wird und unsere Mitglieder müssen immerhin rechtzeitig für alle etwa ausbrechenden Schwierigkeiten gerüstet sein."

Und dann weiter:

„Nicht nur in ganz Rheinland und Westfalen, sondern in **ganz Mitteldeutschland**, das, wie unseren Mitgliedern bekannt ist, in allen, auch den schärfsten Maßnahmen mit uns völlig übereingeht, wird **in gleicher Weise verfahren.**"

Es ist nun außerordentlich belehrend, zu sehen, wie sich die Arbeitgeberverbände die Sicherung „des sozialen Friedens im wohlverstandenen Interesse beider Arbeitsparteien" denken. Will man dieses sehen, so darf man nicht diese Rechtfertigungsschriften berücksichtigen, sondern muß ihre Taten und Handlungen im Verkehr mit den Arbeiterorganisationen betrachten. Einer der ersten Orte, wo sie ihre dunklen Pläne in die Praxis umzusetzen gedenken, scheint **Guben** zu sein.

Hier lief der Tarifvertrag mit dem Ende des Jahres 1907 ab. Dieser enthielt in seinem § 8 folgende Bestimmung:

„Wünscht eine der Parteien eine Aenderung, so hat sie dieses zwei Monate vor Ablauf mitzuteilen."

Die Organisationen der Maurer und Zimmerer haben dem Arbeitgeberverbande rechtzeitig mitgeteilt, daß sie eine Erhöhung des Lohnes um 4 Pf. die Stunde wünschen.

Der Arbeitgeberverband antwortete hierauf am 29. November 1907, „daß er beschlossen habe, den bisherigen Lohn beizubehalten, dagegen solle der Arbeitsvertrag nach dem Muster des deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe neu aufgestellt werden. Falls Sie mit vorstehenden Bedingungen einverstanden sind, erwarten wir bis 10. Dezember d. J. Nachricht, im Nichtfalle soll in sämtlichen Betrieben am 2. Januar 1908 die Arbeit eingestellt werden."

Hierbei ist zu bemerken, daß jenes Muster zu einem Tarifvertrage **den Organisationen der Arbeiter nicht einmal übermittelt wurde**, trotzdem verlangte man die Anerkennung desselben. Die Arbeitnehmer antworteten am 9. Dezember, daß sie ihren Mitgliedern zunächst die Möglichkeit geben müßten, den Inhalt des Entwurfs kennen zu lernen und zu prüfen, und ersuchten deshalb um Zusendung desselben, wobei sie nochmals wie im ersten Schreiben vom 28. Oktober wiederholten, daß sie jederzeit zu Verhandlungen bereit seien.

Darauf ging folgende Antwort ein:

Bezugnehmend auf das Schreiben vom 9. Dezember d. J. erhalten Sie in der Anlage den seitens der Arbeitgeber aufgestellten und einstimmig angenommenen Lohnvertrag mit dem Bemerken, daß, falls der Vertrag von Ihrer Organisation nicht bis zum 15. Januar 1908 anerkannt und vollzogen an uns zurückgereicht wird, zufolge einstimmig gefaßtem Beschluß von heute die Arbeit in sämtlichen Betrieben am 20. Januar 1908 eingestellt wird und daß jede Verhandlung mit Ihrer Organisation von vornherein ausgeschlossen ist.

Guben, den 28. Dezember 1907.

Lokal-Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Guben.
Der Vorstand. H. Gutte.

NB. Falls Sie den Vertrag nicht anerkennen, dann bitte ich, denselben zu retournieren. D. O."

Der beigefügte Vertragsentwurf enthält gegenüber dem bisherigen ganz bedeutende Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen. Mehr wie dieses aber fällt ins Gewicht, daß an Stelle des bisherigen Verfahrens bei Vertragsabschlüssen über die zu treffenden Vereinbarungen beide Parteien unter voller Gleichberechtigung in freier Aussprache die Beratung führten. Das soll jetzt anders werden, der Arbeitgeberverband diktiert und die Arbeiter sollen sich seinem absoluten Diktum fügen oder — sie werden ausgesperrt. Das sind die Taten, welche die Arbeitgeberverbände des Baugewerbes im Schilde führen! Unter dieser Beleuchtung gewinnen die Sätze in ihrer Fachpresse — wonach sie nur beabsichtigen, „der Tarifvertragsidee im Interesse des sozialen Friedens eine weitere kräftige Stütze zu geben", ganz andere Bedeutung.

Daß diese Art jedem Gerechtigkeitsgefühl und jedem demokratischen Empfinden ins Gesicht schlägt und in den Kreisen der beteiligten Arbeiter die helle Empörung wachrufen muß, wird jedem rechtlich denkenden Menschen, selbst wenn er nicht zur Arbeiterklasse gehört, erklärlich erscheinen.

Die Maurer und Zimmerer haben sich in ihren Organisationsversammlungen eingehend mit der Frage beschäftigt und erklärlicherweise einmütig beschlossen, sich dem Diktum des Arbeitgeberverbandes nicht zu fügen. Dagegen wollen sie den Antrag stellen, daß in derselben Weise wie bei der früheren Tarifverlängerung unter völliger Gleichberechtigung der Parteien über die von jeder Seite eingebrachten Wünsche und Anträge verhandelt wird.

Diese Wünsche der Gubener Maurer und Zimmerer sind so bescheiden wie gerecht und wenn in den Kreisen des Arbeitgeberverbandes wirklich der ehrliche Wille vorhanden ist, daß Frieden im Baugewerbe herrschen soll, dann würde auch über die Forderungen der Arbeiter eine Verständigung möglich sein. Lehnt er aber die Wünsche der Arbeiterorganisationen ab und schreitet er zur Aussperrung, so handelt er zwar im Sinne der Beschlüsse seines Verbandstages, er inszeniert dann eine Machtprobe, aber er ist dann auch für die durch einen solchen Kampf entstehenden Folgen nach jeder Richtung verantwortlich.

Achtung, Metallarbeiter! Bei der Firma Julius Thumann, Metallwarenfabrik und Kupferschmiederei, Forst (Lausitz), sind sämtliche Kollegen, Former und Gießereiarbeiter, Metalldreher, Kupferschmiede usw. in Streik getreten. Die Firma sucht in bürgerlichen Blättern wie auch in der Fachpresse („Anzeiger für das Berg- und Hüttenwesen usw.") nach Arbeitskräften. Zuzug ist strengens fernzuhalten. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Bezirksleitung des III. Bezirks.

In Markirch i. E. traten am Dienstag die Weber und Weberinnen der Firma König u. Co. in den Ausstand. Anlaß dazu gab die Einführung von Kontrollmarken für die Arbeiterschaft, die deshalb abgelehnt wurde, weil die Unternehmer sich weigern, den Arbeitern die Wartezeit bei Akkordarbeit zu bezahlen.

Ausland.

Der Autobusstreik in London. Die Omnibusgesellschaft ist auf keinerlei Verhandlungen eingegangen, sondern hat ein Ultimatum gestellt, welches fordert, daß die Angestellten sofort den Dienst aufnehmen sollen oder ihre Papiere erhalten werden und somit entlassen sind. Die Streikenden erklären, daß sie sich nicht einschüchtern lassen werden, und sammeln Gelder für den Streikfonds. Die Gesellschaft hat nach Ablauf der ersten Woche 32 Wagen in Betrieb. Die Gesamtzahl der Wagen, die in Betracht kommen, ist etwa 200. Die Zahl der Streikenden beträgt noch rund 1000 Mann.

Die englischen Gewerkschaften im Jahre 1906.

Die „Labour Gazette" teilt in ihrem Dezemberheft die dem britischen Arbeitsamt zugegangenen statistischen Mitteilungen über die Entwickelung der englischen Trade Unions im Jahre 1906 mit. Die englische Gewerkschaftsbewegung, die bis vor kurzem noch den ersten Platz in der ganzen Welt behauptete, hat in dem genannten Jahre diesen Rang wenigstens hinsichtlich der Zahl der angeschlossenen Mitglieder an die deutsche abtreten müssen. Setzt man freilich die Zahl der organisierten Arbeiter mit der der Bevölkerung in Beziehung, so steht England immer noch an erster Stelle, da hier im Jahre 1906 ein Gewerkschafter bereits auf zirka 21 Einwohner kam, in Deutschland dagegen erst auf 27. Auch in bezug auf die Entwickelung ihrer finanziellen Verhältnisse, ihrer Unterstützungseinrichtungen usw. haben die deutschen Gewerkschaften die englischen natürlich noch lange nicht erreicht.

Dem Bericht des Arbeitsamts zufolge existierten Ende 1906 in England 1161 Gewerkvereine mit einem Gesamtmitgliederbestand von 2 106 283. Das bedeutet eine Zunahme gegen das Vorjahr von 10,1 und gegen das Jahr 1897 von 27,7 Proz. Die Mitgliederzahl der deutschen Gewerkschaften (die verschiedenen Richtungen zusammengenommen) belief sich bereits im Durchschnitt des Jahres 1906 auf 2 215 165 und war damit um 21,7 Proz. höher als im Jahre 1905 und etwa viermal so hoch wie im Jahre 1897. Die Entwickelung der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist also im letzten Jahrzehnt eine ungleich beschleunigtere gewesen wie die der englischen. Hinsichtlich der Zahl der weib-

lichen Mitglieder haben die deutschen Gewerkschaften die englischen freilich noch nicht erreicht; dieselbe betrug bei letzteren im Jahre 1906 162 453 oder 7,7 Proz. sämtlicher Mitglieder, bei ersteren dagegen nur 118 908 oder 5,4 Proz.

Die stärkste relative Zunahme unter den englischen Trade Unions hatten im Berichtsjahre der Gewerkverein der Bergarbeiter mit 73 000 Mitgliedern oder 15,3 Proz., der der Textilarbeiter mit 36 000 oder 13,8 Proz. und der Eisenbahnbeamten mit 19 000 oder 23,7 Proz. Auch in der Metall- und Maschinenindustrie war ein Zuwachs von 22 000 Mitgliedern zu verzeichnen, der aber hier nur 6,4 Proz. des seitherigen Mitgliederbestandes dieser Gruppe repräsentierte.

Außer diesem allgemeinen gibt die „Labour Gazette" noch einen spezialisierten Ueberblick über die Mitgliederbewegung und die finanziellen Verhältnisse der 100 wichtigsten Gewerkschaften, die 60 Proz. aller Gewerkschaftsmitglieder des Landes umfassen. Diese Trade Unions hatten

	Mitglieder	Einnahmen M.	Ausgaben M.	Vermögen M.
1897 . . .	1 088 993	39 419 240	37 820 540	44 620 140
1905 . . .	1 189 707	44 234 660	41 290 700	96 261 100
1906 . . .	1 273 995	46 883 140	39 173 520	103 970 720

Der kleine Rückgang in den Ausgaben von 1905 auf 1906 ist durch die Einschränkung von Arbeitslosenunterstützungen infolge des guten Geschäftsganges bedingt. Auf den Kopf des Mitgliedes berechnet, beliefen sich im letzten Jahre die Einnahmen auf 36,80, die Ausgaben auf 30,75 und der Vermögensbestand auf 81,60 M. Ziehen wir zum Vergleich die Finanzstatistik der deutschen freien Gewerkschaften heran, so finden wir bei diesen eine Einnahme pro Kopf in Höhe von 24,62, eine Ausgabe von 21,88 und einen Vermögensbestand von 14,98 M. Besonders in der letzten Zahl drückt sich das geringere Entwickelungsalter der deutschen Bewegung aus.

Von den rund 350 240 000 M., die diese 100 bedeutendsten Gewerkschaften in den letzten 10 Jahren verausgabten, entfielen 77 480 000 M. oder 22,1 Proz. auf Arbeitslosenunterstützungen, 46 900 000 M. oder 13,4 Proz. auf Kampfzwecke und 148 760 000 M. oder 42,5 Proz. auf andere (Krankheits-, Unfall-, Invaliden-, Sterbe-) Unterstützungen, während der Rest von 77 100 000 M. oder 22 Proz. für Verwaltungs- und gemischte Ausgaben verbraucht wurden. Die außerordentliche Höhe der von den englischen Gewerkschaften an kranke, verletzte und invalide Arbeiter gezahlten Unterstützungen hat ihre Ursache in dem Fehlen einer staatlichen Arbeiterversicherung in England, an deren Stelle bekanntlich nur ein ziemlich mangelhaftes Haftpflichtgesetz besteht. Dieses Manko ist andererseits, indem es die Arbeiter auf den Weg der Selbsthülfe verwies, mit zum stärksten Ansporn der Ausbreitung, Entwickelung und Ausbildung der englischen Gewerkschaften geworden.

Die Arbeitslosigkeit in Petersburg und die Gewerkschaften.

Die Arbeitslosigkeit in Petersburg schwillt zu großen Dimensionen an. Täglich werden Arbeiter entlassen. Auf der letzten Sitzung der Leitung der Holzarbeitergewerkschaft wurde ein Bericht verlesen, aus dem ersichtlich ist, daß in den letzten zwei Wochen allein zirka 2000 Holzarbeiter entlassen wurden.

Die Petersburger Gewerkschaften nahmen energisch den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit auf. Die Metallarbeiter, die Schmiede, die Handlungsgehülfen, die Techniker errichteten Arbeitsnachweise. Viele Gewerkschaften begannen, ihren arbeitslosen Mitgliedern regelmäßige Unterstützung zu gewähren. Auch die Metallarbeiter, die davon bisher Abstand nahmen, beschlossen jetzt Arbeitslosenunterstützung einzuführen und gedenken zu diesem Zwecke die Beiträge zu erhöhen. Die Gewerkschaft der Arbeiter, welche mit der Bearbeitung der faserigen Stoffe beschäftigt sind, beschloß 20 Prozent der Gelder, welche nach Abzug des Teiles, der in die Zentralkasse geht, übrig bleiben, zur Unterstützung der Arbeitslosen zu verwenden. Der Verband der Bäcker und Konditoren erließ einen Aufruf an die Mitglieder, Gelder für die Arbeitslosen zu sammeln. Einen besonders heftigen Kampf führen jetzt alle Petersburger Gewerkschaften gegen die Ueberstunden.

Soziales.

Arbeiterturnvereine und Vereinsgesetz.

Die Versuche, aus dem Geräteturnen und aus Freiübungen den Arbeitern eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten herauszudestillieren und so Arbeiterturner der vereinsrechtlichen Plackerei zu unterwerfen, werden immer wieder unternommen. Mit der Freisprechung des Angeklagten endete jetzt vor dem Kammergericht ein Strafverfahren gegen Stocker als den Vorsitzenden des Arbeiterturnvereins in Essen, der den § 22 des Vereinsgesetzes übertreten haben sollte, worin bestimmt ist: „Die Vorsteher von Vereinen, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, sind verpflichtet, Statuten des Vereins und das Verzeichnis der Mitglieder binnen drei Tagen nach Stiftung des Vereins und jede Aenderung der Statuten oder der Vereinsmitglieder binnen drei Tagen, nachdem sie eingetreten, der Ortspolizeibehörde zur Kenntnis einzureichen, derselben auch auf Ersuchen jede darauf bezügliche Auskunft zu erteilen." — Nach der Stiftung des Essener Arbeiterturnvereins im Jahre 1902 war der Polizeiverwaltung ein Mitgliederverzeichnis eingereicht worden. Ueber die seitdem eingetretenen Veränderungen im Mitgliederbestande wurden aber der Polizei keinerlei Anzeigen gemacht. Im vorigen Jahre verlangte nun die Polizei die Einreichung eines neuen Mitgliederverzeichnisses. Weil dies nicht beachtet wurde, erfolgte gegen Stocker die Anklage auf Grund der §§ 2 und 13 des preußischen Vereinsgesetzes. Er bestritt, daß der Verein überhaupt unter den § 2 des Vereinsgesetzes falle. Er verfolge rein sportliche Zwecke.

Das Landgericht Essen verurteilte jedoch den Angeklagten zu einer Geldstrafe und führte unter anderem aus: Der Arbeiterturnverein falle unter den § 2 des Vereinsgesetzes. Er wirke bei März- und Maifeiern mit, die von der sozialdemokratischen Organisation veranstaltet würden und den Zweck verfolgten, für die Ziele der Sozialdemokratie zu demonstrieren. Wenn der Angeklagte meine, der Verein als solcher stehe dem fern, lediglich die einzelnen Mitglieder beteiligten sich, so sei dem folgendes entgegenzuhalten: Es steht im Statut des Vereins, daß er sich den hiesigen, auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Vereinen und Gewerkschaften bei Festlichkeiten zwecks turnerischer Aufführungen zur Verfügung stelle. Als Publikationsorgane habe er vor allem die „Arbeiterzeitung" und den „Allgemeinen Beobachter", die im Bezirk den sozialdemokratischen Interessen dienten. Bei den Aufführungen würden die Apparate und Geräte des Vereins benutzt. Es sei als festgestellt anzusehen, daß der Verein dahin wirke, daß ein Teil seiner Mitglieder regelmäßig zur Verschönerung jener Feste beitrage, die sozialdemokratischen Zwecken dienten. Damit verfolge er eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten. Auf die Aufforderung der Polizei nach einem neuen Mitgliederverzeichnis hätte Stocker mindestens als Auskunft die seit 1902 erfolgten Mitgliederveränderungen mitteilen müssen.

Auf die Revision des Angeklagten hob der 2. Strafsenat des Kammergerichts das Urteil auf und sprach Stocker mit folgender Begründung frei: Gleich nach der Gründung sei ein Verzeichnis eingereicht worden. Deshalb hätte, wenn der Verein ein solcher gemäß § 2 wäre, eine Verpflichtung zur Einreichung eines neuen Mitgliederverzeichnisses nur dann bestanden, wenn das alte unübersichtlich geworden oder verloren gegangen wäre, so daß es die Polizei nicht ergänzen konnte. Davon sei hier keine Rede. Bloß weil die Veränderungen nicht angezeigt waren, sei ein neues Verzeichnis verlangt worden. Unter diesen Umständen hätte aber höchstens eine Auskunft über die inzwischen eingetretenen Aenderungen verlangt werden können. Das Verlangen nach einem neuen Verzeichnis, womit St. nur zu rechnen brauchte, habe er mit Recht nicht beachtet. Schon daraus ergebe sich die Freisprechung. Zu bemerken wäre noch, daß im übrigen die Feststellungen des Landgerichts auch nicht ausreichen würden zu der Annahme eines Vereins gemäß § 2.

Von einer Pensionskasse.

Zwei Ansprüche gegen die Allgemeine Omnibusgesellschaft vertrat der Eisendreher K. am Freitag vor der Kammer 7 des Berliner Gewerbegerichts. Der eine betraf die Rückzahlung von Beiträgen zur Pensions-, Witwen- und Waisenkasse der Beklagten. Nach Lösung des Arbeitsverhältnisses, für das die Kündigung ausgeschlossen war, verlangte K. die Beiträge zur Pensionskasse in Höhe von 25 M. zurückerstattet. Die Gesellschaft verweigerte das mit Rücksicht auf die Arbeitsbedingungen und die statutarischen Vorschriften der Kasse. Danach sind zum Eintritt in die Kasse verpflichtet, alle Personen, welche im Dienste der Gesellschaft angestellt sind. Ohne die Verpflichtung zum Beitritt wird auch niemand eingestellt. § 3 des Pensionskassenstatuts bestimmt unter anderem: „Mitglieder, welche freiwillig oder unfreiwillig aus dem Dienste der Gesellschaft und damit aus der Kasse ausscheiden, respektive, welche ausgeschlossen werden, erhalten, falls sie in der Zeit bis zum Ablauf des ersten Mitgliedsjahres ausscheiden, von ihren Beiträgen nichts zurückerstattet; 2. falls sie später ausscheiden a) dreiviertel aller von ihnen bezahlten Beiträge, wenn der Austritt bis zum Ablauf des dritten Jahres erfolgt, b) die vollen Beiträge beim Austritt nach Ablauf des dritten Jahres". Der Kläger meinte nun aber, gerade weil, wer angestellt werden wolle, zum Beitritt zur Kasse gezwungen sei, könnten jene Vorschriften keine rechtliche Wirkung haben. Der Gerichtshof stellte sich aber auf einen anderen Standpunkt und wies den Anspruch auf Rückerstattung der Beiträge ab, ohne dies zu begründen. Der Vorsitzende, Magistratsassessor Schultz, erklärte nur dazu: Das Gericht sei allerdings der Ansicht, daß das Pensionskassenstatut in einer Beziehung als zuweit gehend und gegen die guten Sitten verstoßend angesehen werden könne. Insofern nämlich, als nach dem Wortlaut die Arbeiter auch dann nichts von den Beiträgen im ersten Jahr zurückbekämen, wenn ihnen eine Kündigungsfrist zustände, sie aber zu Unrecht ohne Innehaltung derselben entlassen würden. Es wäre der Gesellschaft der dringende Rat zu geben, eine entsprechende Aenderung des Statuts vorzunehmen. (Vorliegend hat Kündigungsausschluß bestanden.)

Auf Zahlung von 11,50 M. für eigenes Werkzeug des Klägers, das aus einem verschließbaren Spindchen verloren gegangen ist, ging der zweite Anspruch des Klägers. Während K. nicht im Betriebe war — er hatte sich mit Krankheit entschuldigt — war der Schlüssel zu dem Werkzeugspindchen einem anderen Arbeiter übergeben worden. Der ließ ihn stecken. Am anderen Tage waren Schloß und Schlüssel weg. Der Vertreter der beklagten Gesellschaft erklärte, der Kläger hätte ja die beiden kleinen Werkzeugstücke (Schubleere und Patenttaster) jeden Abend mit nach Hause nehmen können. Die Spindchen bei den Bänken wären eigentlich für das vom Betriebe gelieferte Werkzeug. Auf Befragen eines Beisitzers wurde festgestellt, daß andere verschließbare Räume für die Werkzeugstücke, die sich die Arbeiter mitbringen müßten, nicht da seien. Zu diesen Stücken gehören Schubleere und Taster. — Die Kammer verurteilte die Gesellschaft zur Zahlung der 11,50 M. Auch in diesem Falle wurden Gründe nicht verkündet, sondern die Parteien auf das schriftliche Urteil verwiesen.

Von den Rückwanderern.

Von einem Augenzeugen wird uns geschrieben:

Wie eine Flutwelle schwemmt jetzt über Europa der Strom der Rückwanderer aus Amerika. Dieser Tage hatte ich Gelegenheit, eine Welle des rückfließenden Stromes der überschüssigen Bevölkerung zu beobachten. Am Montag früh betrat ich in Gesellschaft eines Freundes den großen Wartesaal dritter und vierter Klasse des Hauptbahnhofes zu Magdeburg. Eine dichte fast Kopf an Kopf zusammengedrängte Menge füllte den riesigen Raum bis auf das letzte Plätzchen. Man glaubte sich auf dem Perron eines großen Vorortbahnhofes zu befinden, auf dem ein in der Großstadt beschäftigtes Arbeiterbataillon aufmarschiert ist und den Eisenbahnzug erwartet, der es an Ort und Stelle bringt. Erst als wir die Frauen und Kinder dazwischen wahrnahmen, als uns die Bündel, Säcke und Kisten mit den Habseligkeiten der Leute zu Gesicht kamen, als fremdsprachliche Laute an unser Ohr drangen, ahnten wir den Sachverhalt. Die übergroße Mehrheit des Trupps bestand aus Männern und Jünglingen, die von der mit der Krise verbundenen Arbeitslosigkeit aus dem Lande des Dollar vertrieben worden sind. Viele von ihnen werden erst in der alten Heimat eine Existenz suchen wollen, bevor sie ihre Familien nachkommen lassen. Nur ein kleiner Prozentsatz war in der Lage gewesen, gleich mit Sack und Pack zurückzukehren.

Die armen Leute hatten die Nacht meist stehend oder hockend zubringen müssen, denn es gab keinen Platz zum Hinlegen und nicht so viele Stühle, daß alle sitzen konnten. Auf den meisten Gesichtern der Armen lag eine stille Resignation. Man hörte kein Lachen und sah keine fröhliche Miene. Die Menschen sahen schon im Geiste das Elend, das sie in der alten Heimat erwartete. Der Trupp bestand nur aus Ungarn, von denen wohl früher eine ganze Anzahl selbständig waren, die von den rosigen Schilderungen der Auswandereragenten geblendet, ihre Scholle für einen Spottpreis an die magyarischen Magnaten verkauften und über den Ozean gingen, um ein besseres Leben zu führen. Sogar ein ungarischer Minister hatte diese Abwanderung gefördert. Während der Zeit der regelmäßigen Beschäftigung werden die Leute auch einen höheren Verdienst als in Europa gehabt haben. Jetzt aber werden sie in eine viel schlimmere Lage kommen als vorher. Das ahnten sicher die meisten der Unglücklichen. Die ungarischen Magnaten und Kapitalisten werden sie von Ort zu Ort hetzen, bis vielleicht die Regierung Notstandsarbeiten in Angriff nimmt oder in anderer Art und Weise eingreift. Genau wie den ungarischen Rückwanderern wird es aber auch den über Berlin heimkehrenden Russen, Polen und Rumänen gehen, genau so werden die Deutschland nicht berührenden Italiener behandelt werden. Sie alle kommen ja mittellos zurück, das letzte Geld haben Schiffahrtsgesellschaften und Eisenbahnen verschlungen, die ein gutes Geschäft dabei machen und so gemünztes Geld aus dem Elend schlagen.

Keinen Kaffee, keine warme Milch oder Suppe können die armen Menschen zu sich nehmen, trockenes Brot und Wasser bilden ihre einzige Nahrung. Schon im Zwischendeck der Schiffe ist Aufenthalt und Ernährung alles weniger als angenehm. Berücksichtigt man dann noch die lange Bahnfahrt, so kann man ermessen, daß die Leute körperlich herunterkommen und sich elend und kraftlos fühlen. Wochenlang müssen sie die übelduftende Kleidung auf dem Leibe tragen. Auf der Eisenbahn gibt es keine Gelegenheit, wo sich solche Massen waschen können. An Körperreinigung und Wechsel der Leibwäsche ist nach Verlassen des Schiffes kaum noch zu denken.

Wir mußten lange fragen, ehe wir unter der Masse einen Mann herausfanden, der etwas deutsch radebrechen konnte. Von ihm erfuhren wir, daß diese Rückwanderer von den Yankees geradezu zum Lande hinausgejagt wurden. So wie den japanischen Einwanderern im Westen gehe es Russen, Polen, Ungarn, Rumänen und Italienern im Osten. Nur sei es den Europäern unmöglich, sich in der Weise zu wehren wie die Japaner. Man dürfe keine Waffen tragen. Wenn die Arbeitslosigkeit da ist, sei das Schicksal besiegelt. Wer sich noch keine fünf Jahre im Lande befindet, müsse wandern. Almosen und Armenpflege gibt es für sie nicht, sondern nur Hunger und Not. Wer nichts habe, müsse verhungern. Eine halbe Million Menschen sei schon zurückgekehrt und die Flut würde in den nächsten Tagen und Wochen noch weitere fünfhunderttausend Rückwanderer auf das europäische Festland werfen. Es stehe schlimm, sehr schlimm für die Arbeitslosen im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten. . . .

Hier wurde unsere Unterhaltung abgebrochen, denn der Bahnhofsportier meldete die Abfahrt des Zuges nach Halle, Leipzig, Dresden, Wien und Budapest. Ein dumpfes „Halloh" folgte der Ankündigung. Alles griff zu dem Gepäck. Kaum hatten wir noch Zeit, unserem Auskunftgeber eine Zigarre und seiner Frau und Kindern etwas Eßbares zuzustecken, das mit übertriebenen Dankesbezeugungen angenommen wurde. In zehn Minuten war die weite Halle geleert. Aber die Einwaggonierung der Rückwanderer nahm lange Zeit in Anspruch und führte 20 Minuten Verspätung für den Zug herbei. Es wurden eine Anzahl alter Wagen „vierter Güte" für die Leute angekuppelt, in denen diese wie Heringe zusammengepfercht wurden.

Von einigen besser situierten Commis voyageurs, die anscheinend dem Deutschnationalen Handlungsgehülfenverbande angehörten und die „Leipziger Neuesten", das Limanorgan, in den Seitentaschen ihrer Ueberzieher zur Schau trugen, wurden dabei noch spöttische Bemerkungen gemacht. Sogar zu Roheiten verstiegen sich diese Herren, indem sie bemerkten, daß Viehwagen, auf deren Boden als Schutz gegen die Kälte einige Schütten Stroh gestreut worden, auch für das Pack genüge. (Das aber sonst bei Streiks als Arbeitswillige sehr willkommen ist. Anm. d. B.) Welcher Zynismus liegt nicht in den Aeußerungen dieser „Patrioten". Dabei trugen die Herren noch dicke Plüschdecken über der Schulter, in die sie im Coupé ihren Allerwertesten einwickeln. Der Fall beweist wieder einmal das Fehlen jeder ökonomischen Einsicht bei den Herren. Sie können nicht begreifen, daß bei Aus- und Rückwanderungen der Einzelwille des Menschen nicht in Betracht kommt, daß lediglich die wirtschaftlichen Verhältnisse die Zu- und Abwanderungen bestimmen, daß der Kapitalismus es versteht, bei Bedarf die Arbeitskräfte aus dem entlegensten Winkel der Welt heranzuziehen und während der Krise wieder abzustoßen. Aber wir hätten wenigstens dem Kapitalismus jenseits „der großen Pfütze" soviel Verstand zugetraut, daß er den Strom der Rückwanderer dahin geleitet hätte, wo Arbeitskräfte in großem Maße noch heute fehlen, also nach Argentinien und Brasilien. Dort können noch Millionen Beschäftigung finden, kommen doch nur diese beiden Staaten als Kornkammern für Europa noch in Frage. Es würde auch einen Vorteil für die allgemeine Völkerernährung bedeuten, wenn der Getreidebau in diesen zwei Ländern nach Möglichkeit gefördert würde. Nur 2,6 und 1,9 Bewohner kommen dort auf den Quadratkilometer Bodenfläche. Das jungfräuliche Land ist noch in sehr großer Ausdehnung vorhanden, und es bedarf nur genügender Arbeitskräfte, um ungeheuere Schätze zu heben. Das erkennen auch die intelligenten russisch-jüdischen Proletarier, die in großer Zahl nach Argentinien auswandern. Aber darum kümmert sich freilich der engbegrenzte Verstand der amerikanischen Dollarkönige nicht, die haben wichtigeres zu tun, indem sie über die Verschwendung und Ueberraschungen für Ballfeste nachgrübeln, anstatt sich um das Schicksal der von ihnen auf die Straße geworfenen Arbeiter zu kümmern. Darum wird durch die Krise das alte Europa wieder mit Arbeitskräften überschwemmt und der Rückwandererstrom wird die Lage der arbeitenden Bevölkerung noch schlechter und mißlicher gestalten, als sie je zuvor gewesen ist. —

Aus der Frauenbewegung.

Bürgerliche Frauenbewegung.

Die bürgerliche Frauenbewegung bestätigt sich immer mehr als das was sie ist — und sein kann: ein Gebilde der Klassenherrschaft. Die Führerinnen dieser Bewegung wollen keinen Kampf gegen die Klassenherrschaft. Diese auch zu bekämpfen, fällt ihnen im Traum nicht ein, im Gegenteil: an dem Bestehen dieser Herrschaft, diesem „Recht" einer Minderheit, die große Masse des Volkes in Rechtlosigkeit zu erhalten, sie auszubeuten, haben sie ein so großes Eigeninteresse, daß sie den Vollbesitz der Klassenrechte erstreben. Damit ist ihr Wollen und Wünschen restlos erfüllt. Kurzum: die bürgerlichen Frauen treten nur in Konkurrenz mit dem bürgerlichen Manne, dessen Privilegien wollen sie auch für sich erobern. Weiter nichts! Deshalb führen sie den Kampf lediglich vom Standpunkte des unterdrückten Geschlechts, nicht von dem der unterdrückten und ausgebeuteten Klasse. Sie spekulieren darauf, daß die Proletarierinnen den Wesensunterschied nicht erkennen und sich ohne Bedenken von ihnen ins Schlepptau nehmen lassen. Wie Bismarck mit der Sympathie für das Reichstagswahlrecht reaktionäre Ziele verfolgte, so auch die bürgerliche Frauenbewegung mit ihrem Appell an das weibliche Geschlecht. Die Proletarierinnen, als Geschlechtsgenossinnen, sollen den bürgerlichen Damen die Klassenprivilegien der herrschenden Gesellschaft erobern helfen, also ihre eigene Haut zugunsten der weiblichen Angehörigen der Bourgeoisie zu Markte tragen.

Wie fein diese dabei spekulieren, geht aus einem Zirkular hervor, das der „Bund deutscher Frauenvereine" auch an sozialistische Vertretungen versendet. Es wird darin mitgeteilt, daß der Bund eine Kommission ernannt habe, deren „Hauptaufgabe" es sei, die Besetzung der für das weibliche Geschlecht offen stehenden Ehrenämter in den Kommunen usw. zu fördern.

Daß die Sozialdemokratie praktische Arbeit leistet, beweist sie jeden Tag, und speziell die kommunale Sozialpolitik ist ein Zweig, der erst durch das energische Eingreifen unsererseits und durch liebevolle Hingabe unserer Genossinnen in der praktischen Arbeit lebendig geworden ist.

Bei aller dieser Arbeit verhehlen wir uns aber nicht, daß sie nicht letztes Ziel unseres Strebens, daß sie nicht der Endzweck der proletarischen Klassenbewegung ist, daß sie an der Klassenherrschaft und an der kapitalistischen Ausbeutung der arbeitenden Klasse nichts ändert, daß sie vielmehr nur für einen Teil des weiblichen Geschlechts die Eingangspforte zu dem Tempel der Herrschaft ist.

Die Proletarierinnen haben gar kein Interesse daran, den bürgerlichen Damen auf diesem Wege besondere Vorspanndienste zu leisten und sich von der nachdrücklichen Vertretung ihrer Klasseninteressen abhalten zu lassen. Wir können hier nur wiederholen, was Genossin Zetkin auf dem Parteitage in Gotha (1896) in ihrem Referat zur Frage der Frauenagitation ausführte. Sie sagte dort u. a.:

„Deshalb kann der Befreiungskampf der proletarischen Frau nicht ein Kampf sein wie der der bürgerlichen Frau gegen den Mann ihrer Klasse; umgekehrt, es ist der Kampf mit dem Mann ihrer Klasse gegen die Kapitalistenklasse. Sie braucht nicht darum zu kämpfen, gegen die Männer ihrer Klasse die Schranken niederzureißen, die ihr bezüglich der freien Konkurrenz gezogen sind. Das Ausbeutungsbedürfnis des Kapitals und die Entwickelung der modernen Produktionsweise nahm ihr diesen Kampf vollkommen ab. Umgekehrt, es gilt, neue Schranken zu errichten gegen die Ausbeutung der proletarischen Frau, es gilt, ihr ihre Rechte als Gattin, als Mutter wiederzugeben und zu sichern. Das Endziel ihres Kampfes ist nicht die freie Konkurrenz mit dem Manne, sondern die Herbeiführung der politischen Herrschaft des Proletariats. Hand in Hand mit dem Manne ihrer Klasse kämpft die proletarische Frau gegen die kapitalistische Gesellschaft. Allerdings stimmt sie auch den Forderungen der bürgerlichen Frauenbewegung zu. Aber sie betrachtet die Erfüllung dieser Forderung nur als Mittel zum Zweck, damit sie gleich ausgestattet an Waffen mit dem Proletarier in den Kampf ziehen kann."

Bund für Mutterschutz. „Körperkultur — Sittlichkeit — Mutterschutz" lautet das Thema, über das Dr. Wagner-Hohenlobbese-Dresden am Montag, den 13. d. Mts., im Bund für Mutterschutz referieren wird. Der Vortrag findet abends 8 Uhr im Architektenhause, Wilhelmstraße 92/93, statt.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Abgeordnetenhaus.

8. Sitzung vom Freitag, den 10. Januar, 12 Uhr.

Am Ministertische: Fürst v. Bülow, v. Bethmann-Hollweg, v. Moltke.

Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist folgender Antrag der freisinnigen Parteien:

Die Regierung zu ersuchen, noch in dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen

1. unter Abänderung der Artikel 70, 71, 72 und 115 der preußischen Verfassungsurkunde für die Wahlen zum Abgeordnetenhause das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe zur Einführung gelangt;

2. zugleich auf Grund der vorläufigen Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 und entsprechend den Grundsätzen des Gesetzes vom 27. Juni 1860 eine anderweite Feststellung der Wahlbezirke für die Wahlen zum Abgeordnetenhause herbeigeführt und die Gesamtzahl der Abgeordneten neu bestimmt wird.

Abg. Traeger:

Ich hatte schon früher Gelegenheit, diesen Antrag zu vertreten. Seitdem ist das Begehren des Volkes nach einer Wahlrechtsreform immer dringender und das Verhalten der Regierung in dieser Frage immer befremdlicher geworden. Wir hielten die gegenwärtige politische Situation für besonders geeignet, mit diesem Antrag wieder zu kommen. Er sollte so schnell als möglich zur Verhandlung kommen. In der Sitzung vom 5. Dezember gab der Herr Präsident eine Erklärung ab, die darauf schließen ließ, daß die königliche Staatsregierung beabsichtige, sich an der Debatte unseres Antrages zu beteiligen. Das veranlaßte uns, in eine Verschiebung der Debatte bis nach Neujahr zu willigen, damit dieselbe zu einer politischen Aktion unter Beteiligung der Regierung werde. Da ich zu meiner Befriedigung den Herrn Ministerpräsidenten auf seinem Platze sehe, ist wohl die Hoffnung gerechtfertigt, daß wir heute über die Pläne und Absichten der Regierung in dieser Frage unterrichtet werden.

Was nun

das heutige Wahlrecht

anbetrifft, so würde ich es für geschmacklos halten, das schon so oft zitierte Urteil des Fürsten Bismarck über das Wahlrecht zu wiederholen. (Die Ausführungen des Redners sind auf der Tribüne sehr schwer verständlich und aus den Reihen seiner Freunde erschallt wiederholt der Ruf: Lauter! Geradeaus sprechen! da sich der Redner meist von der Tribüne ab zum Ministerpräsidenten wendet.) Das jetzige Wahlrecht ist bekanntlich ein oktroyiertes Wahlrecht. Die auf Grund dieses Wahlrechts gewählte Kammer hat es dann genehmigt, was nicht Wunder nehmen kann; denn es wird niemand Neigung haben, den Ast abzusägen, auf dem er sitzt. Man sagt, die Intelligenz muß zu ihrem Recht kommen, aber es unterliegt keinem Zweifel, daß in der dritten Klasse viel mehr die Intelligenz steckt, als in der ersten. (Sehr richtig! links.) Bei der Wahlreform im Jahre 1892/93 hat der Minister Herrfurth erklärt, daß das Dreiklassenwahlsystem

eine eklatante Benachteiligung der dritten Wählerklasse

sei, und er hat hinzugefügt, daß dem Dreiklassenwahlsystem das Grab gegraben ist. Trotzdem sehen wir heute, daß das Dreiklassenwahlsystem noch in voller Macht in Blüte steht.

Sechs Millionen Wähler der dritten Abteilung haben nur dasselbe Recht, wie ein paar tausend Wähler der ersten Abteilung.

(Hört! hört! links.) Namentlich bei den letzten Wahlen hat sich die ganze Ungerechtigkeit dieses Systems gezeigt.

Zu der Bevorzugung der Reichen kommt die

Bevorzugung des platten Landes

gegenüber den Städten. Dadurch verliert die Wahl vollständig ihre Bedeutung. Die Regierung müßte doch von der Stimmung im Lande eine genaue Kenntnis haben, das wäre von hoher Wichtigkeit. Von konservativer Seite ist wiederholt gesagt worden, daß man eher das Reichstagswahlrecht als das Dreiklassenwahlrecht beseitigen müsse!

Was wollen wir? Was wir wollen, sagt unser Antrag ganz klar. Wir wollen, daß das preußische Wahlrecht durch das gleiche, allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht ersetzt wird. **Die Forderung der geheimen Abstimmung muß immer wieder erhoben werden, bis sie erfüllt ist.** (Sehr richtig! links.) Die geheime Abstimmung ist zur Sicherung des Wahlgeheimnisses notwendig. Ebenso ist die Gewährung des direkten Wahlrechtes notwendig. Der Reichstagswähler wählt den Mann, den er für den richtigen hält. Bei den Landtagswahlen muß aber erst eine Suche nach den Wahlmännern stattfinden, die dann in öffentlicher Wahl den Abgeordneten wählen. Auch das allgemeine und gleiche Wahlrecht ist **eine Forderung der Gerechtigkeit.**

Solange ein Mann mehr Stimmrecht hat als ein anderer, liegt eine Ungerechtigkeit vor. Für uns ist diese ganze Frage lediglich eine Frage des Rechts und der Gerechtigkeit. (Lebhafte Zustimmung links.) Nur ein gleichberechtigtes Volk kann wirklich national sein. Wir hoffen, daß die Regierung endlich die Forderungen der Zeit erfüllen wird. (Lebhafter Beifall links.)

Ministerpräsident Fürst Bülow

verliest folgende Erklärung:

Die königliche Staatsregierung hat sich schon bisher bemüht, Vorschriften des preußischen Wahlrechts zu verbessern, bei denen ein Bedürfnis hierzu besonders dringend hervortrat. Die königliche Staatsregierung erkennt an, daß das geltende Wahlsystem auch jetzt noch Mängel aufweist, und hat seit längerer Zeit in eingehenden Arbeiten

erwogen,

wie diesen Mängeln abgeholfen werden kann. Ob dies im Rahmen des bestehenden Wahlrechts oder **nur durch keine grundsätzliche Aenderung möglich sein wird,**

läßt sich **noch nicht** übersehen!

Wie indes schon jetzt erklärt werden muß, steht es für die königliche Staatsregierung nach wie vor fest, daß die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen **dem Staatswohl nicht entsprechen würde** (Bravo! rechts) und deshalb

abzulehnen

ist. Auch kann die königliche Staatsregierung die Ersetzung der öffentlichen Stimmabgabe durch die geheime

nicht

in Aussicht stellen! (Erneutes Bravo! rechts, Unruhe links, Ruf: Noch schöner!) Jede gesunde Reform des preußischen Wahlrechts wird den Einfluß der breiten Schichten des Mittelstandes auf das Wahlergebnis aufrechterhalten und sichern müssen und deshalb auf eine gerechte

Abstufung des Gewichts der Wahlstimmen

Bedacht nehmen müssen (Bravo! rechts). Deshalb wird zu prüfen sein, ob dieses Ziel erreicht werden kann lediglich unter Zugrundelegung von Steuerleistungen, oder ob und inwieweit das Stimmrecht auch nach anderen Merkmalen:

nach Alter, Besitz, Bildung und dergleichen

zweckmäßig abgestuft werden kann. Sobald die königliche Staatsregierung für ihre Entschließungen feste Unterlagen gewonnen haben wird,

was indessen für die laufende Tagung nicht mehr in Aussicht gestellt werden kann!

(Hört, hört! links), wird sie mit einer entsprechenden Vorlage an den Landtag herantreten. (Lebhaftes Bravo! rechts, Zischen links.)

Abg. Malkewitz (k.):

Als der Reichskanzler bei der diesmaligen Etatsdebatte im Reichstage die Erklärung abgegeben hatte, daß es besser sei, Angelegenheiten, über die sich Meinungsverschiedenheiten unter den Blockparteien ergeben, zurückzustellen und sich auf praktische parlamentarische Arbeiten zu beschränken, da konnten wir annehmen, daß die Linke uns mit einer Verhandlung der Wahlrechtsreform wenigstens in dieser Session nicht beglücken würde. (Sehr richtig! rechts.) Diese Auffassung war ein Irrtum, und wir haben heute selbstverständlich die Pflicht, uns über den für uns bedenklichen Antrag zu äußern.

Daß der Ministerpräsident die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen ablehnen würde,

haben wir erwartet!

Jedes ungestüme Bemühen an dem wohlgefügten Gebäude des preußischen Wahlrechts (Schallendes Lachen links) ist dem Staatswohl schädlich. Das ist von meinen Freunden zu ungezählten Malen gesagt. Nicht die Wünsche der Parteien, nicht Demonstrationen in der Presse, in Versammlungen oder auf der Straße sind ausschlaggebend, sondern das Interesse des Staates, und daß das Staatsinteresse durch das Wahlrecht gelitten hat, werden Sie nicht beweisen können. (Beifall rechts; Widerspruch links.) **Bedauerlich ist es, daß freisinnige Blätter fort und fort das allgemeine Wahlrecht fordern.** Erst jetzt hat das „Berliner Tageblatt" mit Sprengung des Blocks gedroht, und ähnlich hat sich Herr Potzer geäußert. Es ist wunderbar, daß es immer außerpreußische Politiker sind, die uns in Preußen mit dem Reichstagswahlrecht beglücken wollen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wir Konservativen haben es stets abgelehnt, uns in die Verhältnisse anderer Bundesstaaten einzumischen. Gewundert hat es ich, daß der freisinnige Abgeordnete Hormann das Reichstagswahlrecht für Preußen so energisch fordert, obwohl er gar nicht Preuße, sondern Bremenser ist und

in der Bremer Bürgerschaft die entgegengesetzte Haltung eingenommen

hat. (Hört! hört! rechts.) Er hat sich dort gegen den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts erklärt. Für Bremen soll dies Wahlrecht schädlich sein, für Preußen nicht! (Heiterkeit.) Vor dieser Logik vermag ich mich nicht zu beugen. Eigentlich sind es nur recht wenig Freisinnige, die eine reine Freude am Reichswahlrecht haben. Ich will nur erinnern an die bekannte Schrift unseres Kollegen

Pachnicke,

der ausdrücklich die Schattenseiten des allgemeinen Wahlrechts hervorhebt! Auch auf dem

Delegiertentag der freisinnigen Vereinigung

im Jahre 1906 machte sich ein lebhafter Widerstand gegen die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf alle Einzelstaaten bemerkbar.

In rein sachlicher Beziehung erinnere ich an unsere Erklärungen bei den Debatten des Hauses im Jahre 1906. Es handelt sich ja für Sie (nach links) weniger um die Erringung des allgemeinen Wahlrechts als um die Schwächung der konservativen Partei dieses Hauses. (Sehr richtig! rechts, Widerspruch links.) Nicht dem Dreiklassenwahlsystem verdanken wir aber unseren Einfluß, sondern dem Umstand, daß wir stets Hand in Hand mit der Regierung die Interessen des Staates vertreten haben. (Sehr richtig! rechts. — Zuruf links: Auch in den 70er Jahren?) Ja, auch da, natürlich unter Wahrung unserer Selbständigkeit. Selbst Eduard Bernstein hat einmal im Reichstage gesagt, daß das geheime Wahlrecht für die Sozialdemokratie nicht mehr die Bedeutung hat wie früher. Andere Bundesstaaten haben das Wahlrecht gerade in entgegengesetztem Sinne geändert, als es hier gewünscht wird, z. B. Hamburg, und zwar

unter ausdrücklicher Billigung des Freisinns!

Es kommt in der Hauptsache darauf an, den Einfluß des Mittelstandes bei den Wahlen zum preußischen Landtag zu stärken. In drei Vierteln der Wahlkreise ist der Mittelstand mit Einkommen um 1050 M. herum ausschlaggebend. Dabei sind auch viele bessergestellte Arbeiter, so daß auch den Arbeitern ein genügender (!) Einfluß gesichert ist. (Lachen links.)

Auch der zweite Teil des Antrages Traeger ist hier bereits wiederholt strikte abgelehnt worden. Auch heute ist er für uns absolut unannehmbar. Mit der Aenderung der Wahlkreiseinteilung würde dem platten Lande jeder politische Einfluß genommen. (Lachen links.) Die Großstädte allein würden davon den Vorteil haben. Aus all diesen Gründen lehnen wir den Antrag ab. Man hat unter anderm gesagt: Das Charakteristikum des Preußentums soll sein:

Steuerzahlen, Soldatsein und Maulhalten!

So verletzend dies Wort klingt, so hat es doch zweifellos eine innere Berechtigung! Unter dem Maulhalten ist zu verstehen die notwendige Unterordnung des Einzelnen unter das Staatswohl, natürlich unbeschadet einer maßvollen, in ihren Zielen sich der Verantwortung bewußten Kritik.

Die Demonstrationen der Sozialdemokratie vor dem Hause machen auf uns keinen Eindruck;

sie sind wohl auch mehr gemünzt auf die Herren Antragsteller. Sie (zu den Freisinnigen) sehen also, daß, auch wenn Sie die besten Absichten haben, alles, was Sie tun, doch stets von den Massen, die einen Einfluß auch auf dies hohe Haus gewinnen wollen, mißdeutet wird und daß die Angriffe immer schlimmer werden, je mehr Sie dem König Demos (Volk) entgegen kommen. Ich habe folgende einmütige Erklärung meiner politischen Freunde abzugeben:

„Mit Rücksicht darauf, daß, wie die Erfahrung gelehrt hat, die auf Grund des bestehenden preußischen Landtagswahlrechts gewählte Volksvertretung sich als völlig geeignet erwiesen hat, alle Schichten der Bevölkerung zu vertreten, wie auch mit der königlichen Staatsregierung zum Wohle des Landes zusammenzuarbeiten, vermögen wir ein praktisches Bedürfnis für eine Abänderung dieses Wahlrechts nicht anzuerkennen. Wir halten vielmehr an den bewährten Grundlagen desselben, insbesondere der durch die Klasseneinteilung gewährleisteten ausschlaggebenden Bedeutung des Mittelstandes in Stadt und Land sowie der dem Volkscharakter angemessenen öffentlichen Stimmabgabe durchaus fest. Wir vermögen in dem preußischen Wahlrecht eine Beeinträchtigung der breiten Volksmassen nicht zu erkennen. (Lachen links) und lehnen eine Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen als unserem Staatswesen nicht entsprechend ab. Wir können gegenwärtig auch auf das von der Staatsregierung in Aussicht gestellte Pluralwahlrecht, dessen praktische Ausgestaltung sich noch in keiner Weise übersehen läßt, nicht eingehen.

Auch eine Abänderung der Wahlkreiseinteilung halten wir, nachdem soeben die wesentlichsten Härten derselben beseitigt (!) sind (Lachen links), nicht für erforderlich. Unsere Wähler werden zu entscheiden haben, ob wir mit dieser Stellungnahme zum Vorteil oder zum Nachteil des preußischen Volkes gearbeitet haben. (Lebhaftes Bravo! rechts, Zischen links.)

Abg. Dr. Porsch (Z.):

In unserer Stellungnahme zu den vorliegenden Anträgen hat sich seit ihrer letzten Beratung nichts geändert. Wir haben bereits 1873 die Einführung des Reichstagswahlrechts auf Preußen verlangt und werden deshalb dem ersten Teil des Antrages zustimmen. Dagegen bestehen bei uns

grundsätzliche Bedenken gegen eine Aenderung der Wahlkreiseinteilung

nach wie vor. Die lärmenden Szenen vor dem Hause heute vormittag bedauern wir. Wir werden uns durch irgend welchen Lärm nicht irre machen lassen. Ob die Antragsteller die Erklärung der Regierung mit ungemischten Gefühlen aufgenommen haben, weiß ich nicht. Unsere Stellung zu dieser Erklärung ist kurz die folgende:

Wir können diese Erklärung nur auf das lebhafteste bedauern. Besonders bedauern wir, daß die geheime Stimmabgabe nicht in Aussicht gestellt ist; denn

die geheime Stimmabgabe ist notwendig als Schutzwehr gegen Beeinflussungen von oben und nicht weniger auch von unten.

(Sehr richtig! im Zentrum.) Auf die in der Erklärung des Ministerpräsidenten für die nächste Session angekündigte Vorlage kann ich nicht eingehen. Soweit es sich bis jetzt übersehen läßt, werden wir sie, unserer grundsätzlichen Stellung entsprechend, ablehnen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Krause (natl.):

Die Stellung meiner Freunde zur Wahlreform ist die gleiche wie früher. Die Erklärung des Ministerpräsidenten findet in ihrem positiven Teil im großen und ganzen die Zustimmung meiner Freunde, wir bedauern aber, daß die Regierung zu der Frage der Wahlkreiseinteilung keine Erklärung abgegeben hat, vielleicht nimmt sie an, daß eine Reform des Wahlsystems unbedingt eine Aenderung der Wahlkreiseinteilung nach sich zieht. Dem freisinnigen Antrag, soweit er eine andere Wahlkreiseinteilung bezweckt, stimmen meine Freunde zu, wir müssen den veränderten Verhältnissen unbedingt Rechnung tragen und wieder auf den Standpunkt von 1860 zurückkehren, der Stadt und Land gleichmäßig berücksichtigt hat. Die inzwischen zutage getretene Ungerechtigkeit auszugleichen ist unsere Pflicht.

Erstaunt bin ich über die Rede des Abg. Malkewitz, der der hohen Aufgabe nicht gerecht geworden ist. (Sehr wahr! links.)

Wie kann man das bestehende Wahlrecht verteidigen?

Lassen wir 'mal die Agitation, die von gewisser Seite betrieben wird, und die Straßendemonstrationen beiseite und betrachten wir die Sache wie sie ist.

Ist wirklich das Abgeordnetenhaus ein Spiegelbild des Volkes?

(Sehr gut! links.) Die schwache Beteiligung an den Wahlen beweist doch, daß das Volk von dem jetzigen Wahlrecht nichts wissen will. (Das Haus hat sich während dieser Rede ziemlich geleert, es sind

nur noch 80 bis 100 Abgeordnete im Saal,

am Ministertische sitzen einige Kommissare, der Ministerpräsident steht in einer Ecke und unterhält sich, ohne auf die Worte des Redners zu hören, andauernd mit dem Abg. Dr. Arendt.)

Meine Freunde werden die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen nicht akzeptieren. Der Abg. Traeger fordert ein gleiches Recht für alle, aber das gleiche Recht hat zivilrechtlich und strafrechtlich eine ganz andere Bedeutung als das gleiche Recht im wahltechnischen Sinne; denn da handelt es sich im Grunde genommen gar nicht um ein Recht, sondern um eine staatliche Funktion. Die beste Lösung wäre die Einführung des Mehrstimmenrechts (!). Auch der Arbeiterklasse muß die Möglichkeit der Mitarbeit an der Gesetzgebung gegeben werden. Wenn man immer fragt, wie sich die Sozialdemokratie zu einer Reform stellt, dann würde auf keinem Gebiet eine volksfreundliche Reform zustande kommen. Ich wiederhole, daß wir die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen nicht akzeptieren können, und ich bitte auch die Freisinnigen, ihre weitergehenden Wünsche zurückzustellen und mit uns das „Erreichbare" anzubahnen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Fischbeck (frs. Vp.):

In der Erklärung des Ministerpräsidenten ist für uns erfreulich (!), daß jetzt wenigstens die Staatsregierung grundsätzlich mit einer Aenderung des Wahlrechts beschäftigt ist. . . . Die Blockpolitik ist lediglich eine Folge des Bestrebens der Regierung, die Wohlfahrt des Reiches zu fördern und alle Elemente zu einer gewissen Versöhnung zu bringen, die zur Mitarbeit bereit sind. Ich bin der Meinung, daß die konservative Partei nicht klug handelt, wenn sie allem und jedem Fortschritte auf diesem Gebiete entgegentritt. (Sehr richtig! links.) Wir haben nicht verlangt, daß an einem Tage in Preußen und im Reiche alle Gesetze beseitigt werden sollen, die wir für unrichtig halten. Wenn die „Kreuz-Zeitung" jetzt verlangt, wir sollten mit Rücksicht auf die Blockpolitik von der Forderung auf Aenderung des Wahlrechts zurückstehen, so muß ich sagen: Nein! wenn das die Wirkung der Blockpolitik sein soll, so danken wir für die Fortsetzung der Blockpolitik. (Beifall links.) Das jetzige preußische Wahlrecht gleicht dem Bilde eines Pferdes, das man vielfach in Bauernstuben findet: an dem sämtliche Pferdekrankheiten eingetragen sind. (Heiterkeit.) Will man die öffentliche Stimmabgabe aufrecht erhalten, so zeigt man damit, daß man die Kontrolle bei der Stimmabgabe aufrecht erhalten will. Wir müssen uns auch gegen jede Wahlbeeinflussung von amtlichen Stellen aus wenden. Die Regierung sollte allen Parteien gegenüber Licht und Schatten gleichmäßig verteilen. Wir sind bereit, an der Reform des Wahlrechts mitzuarbeiten, und wir setzen bei der Staatsregierung den ernsten Willen zur Durchführung der Wahlreform voraus.

Die Sozialdemokratie geht von ganz anderen Gesichtspunkten aus als wir, bei ihr ist die Agitation Selbstzweck, während wir aus konstitutionellen Gründen für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht eintreten. (Beifall links.)

Ministerpräsident Fürst Bülow:

Es ist auf die Demonstrationen hingewiesen worden, die heute vor diesem Hause stattgefunden haben. Ich brauche wohl kaum zu sagen, daß die Regierung durch Demonstrationen jedweder Art sich nicht um Haaresbreite von dem Wege abdrängen lassen wird, den

ihr das Staatsinteresse vorschreibt. (Beifall.) Und ich bin überzeugt, dasselbe gilt für dies Haus ohne jeden Unterschied der Parteien.

Von den Rednern der Linken ist der Wunsch ausgesprochen, daß die Regierung bei den Wahlen Licht und Schatten gleichmäßig verteilen und eine durchaus objektive Haltung einnehmen möge. Es bedarf wohl kaum der Versicherung — ich will es aber trotzdem ausdrücklich erklären, daß ich es für die Pflicht der Regierung halte, bei den Wahlen eine ganz unparteiische Haltung zu beobachten. (Beifall.) Ich habe meinerseits in Uebereinstimmung mit allen meinen Kollegen von jeher Sorge getragen, daß dieser Pflicht auch tatsächlich genügt wird. — —

Abg. Frhr. v. Zedlitz (fk):

Die Erklärung des Abg. Fischbeck ist bei den schweren Angriffen der Sozialdemokratie auf die Taktik der Freisinnigen um so anerkennenswerter. Meine Freunde sind für eine Reform auf der Grundlage des geltenden Wahlrechts. Die dazu nötigen Unterlagen liegen aber

noch nicht

vor. Die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen halten wir für unvereinbar mit den Grundlagen des preußischen Staates! Auch die öffentliche Stimmabgabe wollen wir nicht beseitigen. Wenn die bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie zusammengehen, so wird das die beste Waffe gegen den Terrorismus dieser Partei werden.

Abg. Korfanty (Pole):

Wir halten das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für das einzig richtige und moralische. Fürst Bülow hat sich hier gegen Wahlbeeinflussungen ausgesprochen, im Reichstag aber hat er erklärt, es sei Pflicht der Regierung, die Wahlen in ihrem Sinne zu beeinflussen! Das schlimmste ist die öffentliche Stimmabgabe, die zahllose Maßregelungen zur Folge hat. Auf dem Lande werden die Arbeiter

infolge der Ausübung ihres Wahlrechts zu Bettlern gemacht.

Ich habe einen Mann gefragt, wen er gewählt habe, und als er sagte, er habe den Nationalliberalen gewählt, fragte ich ihn: „Wie konnten Sie das mit Ihrem katholischen Gewissen vereinbaren?" (Heiterkeit.) Er antwortete, er habe drei Kinder und wenn er anders wähle, werde er entlassen!

Wenn das ganze Volk vertreten wäre, wären auch die Ausnahmeregeln gegen uns nicht möglich. (Bravo! bei den Polen.)

Hierauf wird die Debatte geschlossen.

Das Schlußwort erhält

Abg. Dr. Pachnicke (frs. Vg.):

Große Hoffnungen haben wir an den heutigen Tag nicht geknüpft, da wir die Machtverhältnisse hier kennen.

Ein gewisser „Fortschritt"

liegt jedenfalls darin, daß der Ministerpräsident zugestehen mußte, das geltende Wahlrecht habe zahlreiche Mängel. Damit ist die Regierung über die Stellung der Konservativen hinausgegangen, die jedes Bedürfnis zu einer Aenderung des Wahlrechts leugnen. Die letzten Reichstagswahlen sollten die Rechte einigermaßen mit dem Reichstagswahlrecht versöhnt haben. Fürst Bülow hat sich leider auch mit der populärsten Forderung in Widerspruch gesetzt: mit der Forderung auf geheimes Stimmrecht. Die Gewährung der geheimen Wahl hatten selbst die Besonnensten unter den Freisinnigen für möglich gehalten. Nun,

wir müssen uns darein ergeben,

erzwingen können wir es nicht. Wir müssen uns auf die Aufforderung an die Wähler, insbesondere die liberalen Wähler beschränken, ihr äußerstes daran zu setzen, daß bessere Wahlen ein besseres Wahlrecht ermöglichen. Dazu müssen wir freilich unbedingte Neutralität der Regierung verlangen. Fürst Bülow hat diese Neutralität versprochen. Darüber freuen wir uns, wir würden uns noch mehr freuen, wenn er in der Lage wäre, dies Versprechen zur Durchführung zu bringen. (Sehr richtig! links.) Unser Antrag wird abgelehnt werden, aber wir blicken über den Tag hinaus in die Zukunft, und wir hoffen

in absehbarer Zeit

so viel wie möglich zu erreichen. (Lebhafter Beifall links.)

Der Antrag wird hierauf in seinem ersten Teil gegen die Stimmen der Freisinnigen, des Zentrums und der Polen, im zweiten Teil gegen die Stimmen der Freisinnigen, Nationalliberalen und Polen

abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.
Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr. (Erste Lesung des Etats.)
Schluß 4½ Uhr.

Die amerikanische Sozialdemokratie zur Stuttgarter Einwanderungsresolution.

Aus New York wird uns geschrieben:

Der Vorstand der „Socialist Party" hat vor kurzem in Chicago eine Sitzung abgehalten, an der alle seine Mitglieder bis auf Hillquit-New York teilnahmen, und in der u. a. die Stuttgarter Resolution über die Einwanderungsfrage zur Verhandlung kam. Das Resultat war die Annahme (ob einstimmige ist nicht gesagt) folgender Resolution:

„Es ist die Ansicht des National-Exekutivkomitees, es sei stets das Prinzip der internationalen sozialistischen Bewegung gewesen, daß der Internationale Kongreß kein Recht habe, die Taktik nationaler Parteiverbände zu bestimmen. Er ist besonders inkompetent, sich zur Einwanderungsfrage zu äußern, da die überwiegende Mehrheit der Delegierten Länder vertritt, die ein Einwanderungsproblem gar nicht kennen. Das National-Exekutivkomitee drückt, vorbehaltlich der Entscheidung der höheren Instanzen der Partei,*) seine Ueberzeugung dahin aus, daß die sozialistische Bewegung von Amerika zurzeit sich gegen die asiatische Einwanderung erklären muß."

Die „New Yorker Volkszeitung" brachte hierüber unter der Ueberschrift: „Stuttgarter Beschluß zurückgewiesen", einen Artikel, an dessen Schluß es hieß: „Es bleibt also nur noch übrig — obgleich wir uns selbst damit ein Kompliment machen (!) — unsere Genugtuung darüber auszudrücken, daß die „New Yorker Volkszeitung", das „Philadelphia Tageblatt", die „Wahrheit", der „Socialdem. Herald" und andere sozialistische Blätter, sofort, rechtzeitig gegen den Stuttgarter Beschluß protestiert haben." — Die Ansichten der amerikanischen Sozialisten über die Einwanderungsgesetze sind sehr verschieden, wie dies auch aus den Verhandlungen einer Versammlung in New York zu ersehen ist, die vor kurzem stattgefunden hat. Sie diskutierte die Berichte der Delegierten Hillquit und Lee. Genosse Jonas erklärte, es sei für ihn zweifellos, daß die amerikanische Partei sich schon aus taktischen Gründen gegen die Stuttgarter Resolution wenden müsse. Aber auch, wenn wir ganz von der Erwägung absehen wollten, wie die Socialist Party an die Arbeiterkreise, deren Lebenshaltung sie durch uneingeschränkte Einwanderung herabzubringen helfe, um Unterstützung herangehen könne, müsse man sagen, daß die amerikanische Arbeiterklasse ein Anrecht auf Schutz habe, und daß die Sozialisten die Pflicht hätten, ihr diesen Schutz zu gewähren. Alle Gesetze, Bestimmungen und Resolutionen würden nur für eine bestimmte Zeit gemacht; dasselbe sei mit der Stuttgarter Resolution der Fall. Wenn die Japaner und Chinesen durch den Kapitalismus klassenbewußte Proletarier geworden wären, dann, aber nur dann werde es niemanden von uns einfallen, gegen ihr Herkommen Einspruch zu erheben. So lange aber, wie dies nicht der Fall sei, müßten die Sozialisten gegen die unbeschränkte Zulassung der Chinesen, Japaner und Hindus protestieren. — Hillquit führte aus, er sei in der Kommission für die amerikanische Resolution mit aller Kraft eingetreten, habe aber damit völlig alleingestanden. Im Plenum habe er dann folgendes gesagt: „Ich habe Ihnen die Gründe für unsere Haltung dargelegt und Sie von deren Richtigkeit zu überzeugen versucht. Nachdem das nicht gelungen, glaube ich sagen zu dürfen, die amerikanische Bewegung wird sich diese Resolution zum Leitfaden nehmen." Er sei der Ueberzeugung, damit nichts gesagt zu haben, was ihm zum Vorwurf gemacht werden könne. Wenn der internationale Kongreß weiter nichts sei wie ein Diskutierklub, nach dessen „Unterhaltungen" jedermann nach Hause gehen und tun könne, wie ihm beliebe, so sei es um die Mühe, Zeit und Geldmittel schade, die auf die Beschickung der Kongresse verwendet werden. Wenn aber Genosse Jonas die Einwanderungsfrage für eine so brennende und wichtige halte, — seiner Meinung nach sei sie es nicht —, so bliebe der Socialist Party nichts weiter übrig, wie sich entweder dem Votum des Kongresses zu fügen oder aus der Internationale auszuscheiden. Er betone noch einmal, die Ausschließung der Chinesen bestehe vorläufig zu Recht und eine Aufhebung dieses Gesetzes komme nicht in Frage; wenn es sich aber um Ausschließung der Japaner handele, so dürfte die Partei kaum dafür zu haben sein; er wenigstens könnte keineswegs dafür eintreten. — Genosse Gilles, der sich als Schüler der „Volkszeitung" und des Genossen Jonas vorstellt, wundert sich um so mehr über dessen Stellungnahme, als Jonas in den 90er Jahren gegen die konservativen Arbeiterführer, die für eine Beschränkung der Einwanderung billiger Arbeitskräfte eintraten, zu Felde zog. Wenn die Partei heute an demselben Strange zöge, was könne man dann gegen die unaufgeklärten Arbeiter einwenden, die in den bedürfnislosen Slovaken, Polen und Juden eine unangenehme Konkurrenz sähen und deren Ausschließung forderten. Und warum nicht dann auch gegen die noch gefährlichere Konkurrentin, die Maschine, vorgehen? — Genosse Reichenthal wendet sich ebenfalls gegen Jonas. Es handele sich nicht darum, was für die Partei von Vorteil, sondern was recht sei. Die Gefahr der Ueberschwemmung Amerikas mit Asiaten sei übertrieben worden. — Genosse Dannenberg erklärte dagegen, die Socialist Party habe nur so lange eine Existenzberechtigung, wie sie der Ausdruck der Arbeiterinteressen sei. Sobald wir jedoch die Masseneinwanderung bedürfnisloser und unorganisierbarer Asiaten begünstigen, handelten wir gegen die wahren Interessen der Arbeiterklasse. — Genosse Slobodin meinte, der internationale Kongreß mußte das hehre Prinzip der Solidarität aller Rassen der Welt aufrecht erhalten; er hätte nur nicht so weit gehen und nicht so sehr spezialisieren sollen. — Genosse Malkiel sprach sich mit aller Entschiedenheit für die Stuttgarter Resolution aus. „Wenn wir erst anfangen wollen, gegen die Arbeitereinwanderung zu protestieren, so sollten wir uns lieber der republikanischen Partei anschließen und für den Hochschutzzolltarif eintreten," rief er unter dem Beifall der Versammlung aus.

In einer Versammlung zu Denver hat sich Genosse Haywood, der Freigesprochene des Steunenberg-Prozesses, Sekretär der „Western Federation of Miners" und voraussichtliche Präsidentschaftskandidat der Sozialistenpartei, gegen die Stuttgarter Resolution ausgesprochen. Auf ein an der Wand des Versammlungslokals hängendes Plakat mit der Inschrift „Workers of the World, unite!" weisend, fuhr er fort: „Ich glaube nicht daran, und habe niemals daran geglaubt; es wurde in einer früheren Zeit geschrieben, und unter den gegenwärtigen Verhältnissen haben wir Japaner, Chinesen und Hindus vom amerikanischen Boden fernzuhalten als eine Gefahr für die amerikanischen Arbeiter. Der einzige Weg, jenen zu helfen, ist der, sie in ihrer Heimat zu halten."

Das Organ der zweiten sozialistischen Partei der Union, der „Socialist Labor Party" (die an Anhänger freilich bedeutend schwächer ist als die Socialist Party) sowie des nationalen Gewerkschaftsverbandes „Industrial Workers of the World" hat sich für den Stuttgarter Beschluß erklärt.

*) Die — im nächsten Jahre stattfindende — Konvention und die Urabstimmung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen. Fahrstuhl wochentäglich von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

A. A. 555. Wem die elterliche Gewalt über die Kinder nach Scheidung der Ehe zufällt, hängt davon ab, wer für schuldig erklärt worden ist. Wird die Mutter für schuldig erklärt, so geht die elterliche Gewalt in vollem Umfange auf den Vater über, jedoch steht ihr das Recht zu, mit dem Kinde persönlich zu verkehren. Wird der Vater für schuldig erklärt, so geht die Fürsorge für die Person des Kindes auf die Mutter über. Die Vertretung des Kindes, die Vermögensverwaltung und das Nutznießungsrecht verbleibt aber, so lange keine andere Anordnung des Vormundschaftsgerichts getroffen ist, dem Vater. Sind beide Ehegatten für schuldig erklärt, so steht die Sorge für einen Sohn unter sechs Jahren oder für eine Tochter der Mutter, für einen Sohn über sechs Jahren dem Vater zu. In allen Fällen behält der Ehegatte, dem das Erziehungsrecht nicht zusteht, die Befugnis, mit dem Kinde persönlich zu verkehren. Die Unterhaltspflicht der Eltern den Kindern gegenüber wird durch die Regelung der Erziehungsfrage nicht berührt. Der Vater bleibt in erster Reihe für den Unterhalt verantwortlich. — **L. P. 34.** Ja, aber nur auf die Dauer eines Jahres. — **L. K. 999.** Ein Antrag auf Erhöhung wäre aussichtslos. — **Johannes S. 67.** 1. Nein. 2. Ja. — **P. R. 17.** 1. Berlin gehört nicht zu der Provinz Brandenburg, sondern bildet einen Bezirk für sich. 2. Eine Klage würde nicht ganz aussichtslos sein, die Eltern halten, wenn vom Richter angenommen wird, daß der Unfall nicht passiert wäre, wenn die Eltern das Erziehungs- und Aufsichtsrecht in angemessener Weise angewendet hätten. — **O. H. 1908.** Die Frage, ob ein von beiden Eheleuten abgeschlossener Mietsvertrag auch von beiden gekündigt werden müsse, oder ob die Kündigung seitens des Ehemannes genügt, ist streitig, nach unserer Ansicht aber zu bejahen. In Ihrem Falle ist die Kündigung aber jedenfalls rechtswirksam, weil Ihre Ehefrau nicht gemietet hat, sondern lediglich als Ehefrau unterschrieben hat. Fordern Sie den Wirt auf, anzuerkennen, daß die Kündigung rechtswirksam ist. Drohen Sie ihm an, falls er innerhalb 8 Tagen das Anerkenntnis nicht abgeben würde, würden Sie klagen und führen Sie Ihre Drohung aus. — **E. S. 15.** Stiftungsdeputation Poststr. 16. —

Rest-Verkauf
großer Winterbestände
teilweise
bis unter die Hälfte der ursprünglichen Preise herabgesetzt

Folgende Angebote, soweit Vorräte reichen:

Winter-Paletots u. Ulster auch für starke, große Herren von 8.50 Mk. an
Kaiser- u. Hohenzollern-Mäntel von 12 Mk. an
Winter-Joppen für Herren . . . . . von 4.50 Mk. an
Pelz-Joppen für Herren . . . . . von 15 Mk. an

Herren-Pelze . . . . . von 50 Mk. an
Knaben-Mäntel und Ulster . . . . von 2 Mk. an
Schlafröcke . . . . . von 7 Mk. 65 an
Herren-Westen . . . . . von 75 Pf. an

BAER SOHN
Chausseestr. 29 30 · Brückenstr. 11
Gr. Frankfurter Str. 20.

Katalog Nr. 32 (Winter-Moden), kostenlos und portofrei.

Sonntag, den 12. Januar,

mittags 12 Uhr:

Volks-Versammlungen

in Groß-Berlin

I. Kreis

Feen-Palast, Burgstraße.

II. Kreis

Berliner Bockbrauerei, Tempelhofer Berg.

III. Kreis

Buggenhagen, am Moritzplatz.

IV. Kreis

Kellers Festsäle (Inh. **Freyer**), Koppenstr. 29.

V. Kreis

Sophien-Festsäle, Sophienstr. 16–17.

VI. Kreis

Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10.
Germania-Säle, Chausseestr. 110.
Brauerei Moabit, Turmstr. 25–26.

Teltow-Beeskow

Adlershof. **Kaul,** Bismarckstr. 16.
Charlottenburg. **Volkshaus,** Rosinenstr. 3.
Köpenick. **Wilhelmsgarten (Scheer),** Rudowerstr. 1.
Gr.-Lichterfelde. **Kaiserhof,** Am Kranoldplatz.
Ketschendorf. **Weidemann.**
Königs-Wusterhausen. **Wedhorn** (Altes Schützenhaus).
Nowawes. **Schmidt,** Wilhelmstr. 3.
Rixdorf. **Hoppe,** Hermannstr. 49.
Thiel, Bergstr. 152.
Schöneberg. **Schloßbrauerei,** Hauptstr. 112.
Trebbin. **Gesellschaftshaus,** Bahnhofstr. 3.
Treptow-Baumschulenweg. **Wernicke,** Zur Rennbahn.
Wilmersdorf. **Luisenpark,** Wilhelmsaue 112.

Nieder-Barnim.

Ober-Schöneweide. **Restaurant Wilhelminenhof.**

Tages-Ordnung in allen Versammlungen:

„Der Wahlrechtskampf in Preußen

und die

Antwort der Regierenden."

Männer und Frauen, erscheint wiederum in Massen!

Die Einberufer.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Warenhaus

Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestrasse 70-71

Von Sonnabend, den 11. bis Sonnabend, d. 18. Januar incl.

so lange Vorrat

Weisse Woche

Verkauf grosser Warenposten zu enorm billigen Preisen

besonders zu Ausstattungen geeignet.

Leinen- und Baumwollwaren

Hemdentuch ca. 70 cm breit	18	24	28	Pf.
Hemdentuch ca. 82 cm breit	29	33	38	Pf.
Louisianatuch f. Leibwäsche ca. 82 cm breit	38	45	50	Pf.
Louisianatuch Bettbreite, 130 cm breit		72	90	Pf.
Lakendowlas Bettbreite	68	85	1.10	Pf.
Damaste für Bezüge	58	70	85	Pf.
Dimiti für Bezüge	48	55	65	Pf.

Ein Posten **Hemdentuch-Reste** 70 und 80 cm breit, ohne Rücksicht auf die früheren Preise . . . . . Meter **20** Pf.

Ein Posten Stickerei-Coupons 2½ bis 3½ mtr. 0.48

Ein Posten Stickerei-Coupons 4½ bis 4½ mtr. 0.95

Weisse Damen-Batisttücher mit Hohlsaum 36/36 gross . . Dtz. 1.90

Ein Posten Kinder-Taschentücher Dtz. 0.50

Ein Posten Damen-Taschentücher Dtz. 1.35

Ein Posten Damen-Linon-Taschent. Dtz. 1.75

Ein Posten Damen-Linon-Taschentücher vorzügl. Qualität Dtz. 1.95

Ein Posten Reinleinener Damen- u. Herren-Taschentücher Wert bis 12.00 Dtz. 4.75

Wäsche

Damenhemden mit Stickerei-Einsatz	1.85
Damenhemden m. Stick.-Eins. u. Hohlsaum	2.35
Damen-Nachtjacken aus schwerem Croise-Barchent m. Languette	1.85
Damen-Beinkleid Kniefrm. a. Croise-Barchent mit Stickerei	2.35

Schürzen

Weisse Tändelschürze auf farbigem Stickerei-Volant	58 Pf.
Weisse Tändelschürze m. Sticker.-Fond u. Stick.-Volant	1.10
Weisse Wirtschaftsschürzen	1.45
Weisse Thee-Schürzen mit Stickerei-Volant u. Eins.	1.65

Tischzeuge u. Handtücher

Tischtüch. Jacq. u. Drellstück	98 Pf	1.25	1.75	2.50
Servietten Jacquard und Drell . . Dtzd.		3.75	4.50	6.50
Küchen-Handtücher Gerstenkorn, Dtzd.				3.75
Küchen-Handtücher weiss mit bunten Streif., 46/110, Dtzd.				4.90

Bettwäsche

1 Posten Dowlas-Laken ohne Naht	0.98
1 Posten weisser Bettbezüge mit 2 Kopfkissen	2.45
1 Posten Dimiti-Bezüge mit 2 Kopfkissen	3.75
1 Posten Damast-Bezüge mit 2 Kopfkissen	5.90

Damen-Konfektion

Weisse Seiden-Kleider (Japonseide) mit Spitzen-Einsatz	14.00
Weisse Tüll-Kleider	16.50
Weisse Batist Kleider	13.00
Weisse Batist-Kleider mit elegantem Spitzen-Eins.	16.50

1 Posten weisser Trage-Capes, Flanell- und Lammfellstoffe 2.95 3.50 4.50

1 Posten Seiden- und Spachtelblusen neueste Kimono-Passons, elegant verarbeitet		7.75
1 Posten Wollbatistblusen Shawlkragen m. vielen Spitzen		5.75
Kostüm-Röcke in Cheviot u. wollenen Palmen fass. m. Seide u. Samme bieu	13.00	14.00
Kostüm-Röcke hochelegant, mit vielen Entredeux		10.50

Kleiderstoffe

Weiss Waschstoff à jour . . Meter	0.30
Weiss Ballstoff (Neuheit, dopp. breit), Meter	0.75
Weiss Ballstoff mit Seidenstreifen, Meter	0.95
Weiss Organdy	0.75

Weisswaren - Spitze

Spachtel-Plastrons	Stück	0.75
Valenciennes-Spitze breit	Meter	0.33
Valenciennes-Spitze schmal	Meter	0.23
Elegante Ball-Shawls	Stück	1.35

Gürtel u. Korsetts

Gürtel-Korsett weiss Drell	1.50
Empire-Korsett weiss Drell	2.25
Borden-Gürtel weiss mit moderner Schnalle	0.98
Mieder-Gürtel mit Rosetten-Garnierung	1.85

Besonders preiswert: Weisse Damen-Glacé- und Stoffhandschuhe · Weisse Damen-Ballschuhe · Weisse Pelzwaren · Weisse Strümpfe · Weisse Herren-Wäsche · Krawatten

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Wir haben in der gestrigen Nummer unseres Blattes den Bericht über die letzte Sitzung der Stadtverordneten nur zum Teil wiedergeben können; wir tragen im nachfolgenden den Rest nach:

Dem Ankauf des nach teilweiser Bebauung verbleibenden Restgrundstückes des ehemaligen **Botanischen Gartens**, das als öffentlicher Park erhalten bleiben soll, hat der eingesetzte Ausschuß zugestimmt und den mit dem Fiskus abzuschließenden Vertrag mit einigen Modifikationen zur Annahme empfohlen. Die Kaufsumme von 2 Millionen Mark soll dem Reservefonds der Sparkasse entnommen werden. Für die Grunewaldstraße von der Haupt- bis Elbholzstraße ist eine neue Baufluchtlinie vorgesehen. Die in der Vorlage in Aussicht genommenen Herstellungs- und Unterhaltungskosten für den Park hält der Ausschuß für zu hoch gegriffen und schlägt vor, den Magistrat zu ersuchen, diese Kosten bei der Ausarbeitung des Spezialprojektes erheblich einzuschränken und namentlich darauf Rücksicht zu nehmen, daß es sich im wesentlichen um Einrichtungen zu einer Erholungsstätte und zu Spielplätzen handeln soll. Ferner soll der Magistrat beim Fiskus durchzusetzen versuchen, daß a) keine Reklameeinrichtungen nach dem Park hin angebracht werden dürfen, b) beim Verkauf von Grundstücken an Private in der Pallas- und in der Grunewaldstraße für eine genügende Anzahl von Bauwichen Sorge getragen werde.

Referent des Ausschusses ist Stadtv. Kyllmann (Fr. Fr.).

Stadtv. **Reimann**: In der Bürgerschaft soll nach Zeitungsmeldungen eine wahre Entrüstung bestehen, weil wir die Vorlage angenommen haben, ohne daß irgendwie eine Beteiligung Schönebergs an den Kosten sichergestellt sei. Allen diesen Unzufriedenen möge gesagt sein, daß auch wir das Verhalten Schönebergs in einer Weise beurteilen, wofür mir parlamentarische Ausdrücke nicht zur Verfügung stehen. (Hört! hört!) Aber eine Millionenstadt muß zugreifen, wenn ihr irgendwo ein Platz angeboten wird, wo Bäume stehen, wo Rasen ist; ein solcher Platz wirkt wie eine Lunge für den ganzen Bezirk. Wenn der Platz fertig ist, werden Tausende von Schöneberger Kindern dort spielen und Hunderte von Schönebergern ihre Erholung dort finden. Man hört heute so viel von Zweckverbänden, von Interessengemeinschaft zwischen Berlin und Vororten. Hier lag ein solcher Fall vor, und da hat die Idee versagt. Soll die Interessengemeinschaft auf dieser Basis aufgebaut werden, daß wir Millionen zahlen und die Vororte die Vorteile genießen, dann danken wir dafür! (Beifall.)

Stadtv. **Singer** (Soz.): Ich freue mich sehr, daß der Kollege Reimann jetzt so warm für die Erhaltung des Botanischen Gartens eingetreten ist; „vor Tische las man's anders!“ Irgendwie seinen Gefühlen Luft zu machen, hatte er offenbar das Bedürfnis, und so hat er die volle Schale seines Zornes auf das arme Schöneberg geleert. (Heiterkeit.) Für unseren Kollegen Reimann und für die Stadt Berlin sollte es der Mühe nicht für wert gehalten worden sein, diesen Umstand so tragisch zu nehmen. Daß im Ausschusse Ausdrücke über Schönebergs Verhalten gefallen wären, welche hier nicht wiederholt werden könnten, ist mir nicht bekannt. Es ist von mir das Verhalten Schönebergs für kleinlich erklärt worden. Da wir aber diesen Associé bei dem Botanischen Garten nicht mehr haben, hat derselbe in das Arrangement auch nicht mehr hineinzureden, und das ist auch ein Vorteil. Die Schöneberger Episode ist aber nicht von der Bedeutung, daß sie allein den Ausklang bei dem Abschluß der Sache bilden darf. Man muß im Gegenteil auch heute noch betonen, daß wir für die Erhaltung dieses Teils des Gartens uns in einer unangenehmen Zwangslage befinden, die wir dem preußischen Fiskus verdanken. Schöneberg hat angeblich kein Interesse an der Erhaltung des Gartens; viel schlimmer aber ist, daß der Fiskus den Garten aufgeteilt und zu Bauzwecken versilbert hat. (Lebhafte Zustimmung.) Es soll in dieser Stunde nicht vergessen werden, daß der preußische Fiskus einen seit Jahrhunderten bestehenden, dem öffentlichen Gebrauch gewidmeten Garten dem Publikum nimmt und die Sorge für die Erhaltung des Restes dieses Parkes, den er gnädigst für 2 Millionen abläßt, der Stadt Berlin aufbürdet! Will man also hier Klagen erheben, dann gegen den preußischen Fiskus; aber nicht Schöneberg hervorheben und damit den Hauptschuldigen entlasten! Unter dem Zwang der Verhältnisse stimmen wir der Vorlage zu, da wir nicht verantworten zu können glauben, der dortigen Bevölkerung die letzte Möglichkeit, sich in freier Luft zu ergehen, zu entziehen. (Beifall.)

Der Referent bemerkt noch, daß für die Vorlage in letzter Linie nicht nur der preußische Fiskus, sondern auch der preußische Landtag verantwortlich sei. Den Verlust des Botanischen Gartens verdanke man dem Finanzminister Miquel, dessen Verdienste ja sonst sehr anerkannt würden, der aber bei dieser Gelegenheit die Interessen der Stadt Berlin preisgegeben habe.

Die Vorlage gelangt darauf nach den Ausschußanträgen einstimmig zur Annahme.

Der Magistratsvorschlag wegen Verwendung des städtischen Geländes an der Ecke der Plantagen- und Antonstraße für eine Gemeindedoppelschule wird ohne Debatte angenommen.

Dem Magistratsantrag betr. die Anrechnung von Hülfslehrerzeit auf das Besoldungsdienstalter der Oberlehrer an den städtischen höheren Lehranstalten wird nach kurzer Debatte zugestimmt.

Im Dorfe Buch soll ein der Stadt gehöriges Grundstück an einen Bauunternehmer verkauft werden, der darauf ein Postgebäude errichten will.

Die Vorlage wird nach kurzer Debatte, an der sich die Stadtvv. Körte (Fr. Fr.), Borgmann (Soz.) und Stapf (A. L.), sowie Bürgermeister Dr. Reicke beteiligen, einem Ausschuß überwiesen.

An die vom Magistrat gegebene Uebersicht über die zurzeit in Mietsräumen untergebrachten städtischen Verwaltungsbureaus knüpft sich noch eine längere Auseinandersetzung.

Stadtv. Jacobi bemängelt die Unzulänglichkeit der gegebenen Uebersicht und beantragt, den Magistrat aufzufordern, der Versammlung mitzuteilen, für welche Verwaltungszweige in absehbarer Zeit noch besondere Räume erforderlich sein werden.

Stadtrat Selberg bemerkt, daß in der Uebersicht auch der Bedarf für die nächsten fünf Jahre schon eingerechnet sei. Kämmerer Dr. Steiniger bittet, den Begriff „absehbare Zeit“ näher zu definieren; für größere städtische Verwaltungsgebäude sei jedenfalls kein Geld vorhanden.

Von sozialdemokratischer Seite liegt der Antrag vor, die Vorlage an einen Ausschuß zu verweisen.

Stadtv. **Hintze** (Soz.): Schon vor 1½ Jahren haben wir an den Magistrat aus Anlaß der Vorlage wegen des besonderen Geschäftsgebäudes für die Gaswerke die Anfrage gerichtet, und jetzt erhalten wir darauf eine so ungenügende Antwort. Jedenfalls ist nicht bestimmt zu ersehen, wieviel Bureaus noch für Mietsräume übrig bleiben. Es wird die Zahl von 2790 Quadratmeter Grundfläche angegeben, die noch erforderlich sein werden, wenn das neue Verwaltungsgebäude in Benutzung genommen worden ist. Aber für wichtige Verwaltungszweige, wie für das Gewerbegericht, das Kaufmannsgericht, die städtische Zentralbibliothek, sind immer noch höchst dürftige und ungenügende Räumlichkeiten vorhanden. Die Finanzfrage darf hier nicht mitspielen, so gern der Kämmerer auch den Daumen auf den Beutel hält. Um vorwärts zu kommen, ziehen wir den Antrag auf Ausschußberatung zurück und stimmen dem Antrag Jacobi zu.

Stadtv. Kyllmann nimmt den Antrag auf Ausschußberatung wieder auf. Es könne doch nicht die Absicht sein, nach Vollendung des zweiten Verwaltungsgebäudes alles zu lassen, wie es ist. Auch im alten Rathause sei Bedürfnis für neue Räume vorhanden; so fehle für die Versammlung wie für den Oberbürgermeister ein Sprechzimmer. Die Anregungen Hintzes müßten erörtert und erweitert werden.

Schließlich wird die Sache an einen Ausschuß verwiesen.

Nach ½9 Uhr muß die Sitzung wegen eingetretener Beschlußunfähigkeit abgebrochen werden.

Stiller-Stiefel zu Sonder-Preisen

Nach beendeter Inventur

stellt die Firma STILLER grössere Posten modernster Damen- und Herren-Stiefel in tadelloser Ausführung und Qualität zu aussergewöhnlich billigen Preisen zum Verkauf

SERIE I
Damen- u. Herren-Stiefel in verschiedenen Oberledersorten u. modernsten Fassons
Wert bis 12.50 .. jetzt durchweg 8.90 M.

SERIE II
Damen- und Herren-Stiefel in verschiedenen Oberledersorten und modernsten Fassons
Wert bis 15.50 .. jetzt durchweg 10.25 M.

SERIE III
Damen- u. Herren-Stiefel in verschiedenen Oberledersorten u. modernsten Fassons
Wert bis 18.00 .. jetzt durchweg 13.25 M.

Damen-Hausschuhe

Filz, in vielen schönen Farben mit leichter Filzsohle	1.90
Kameelhaar oder Filz mit Lasche, Filz- und Ledersohle	2.10
Filz, in den schönsten Farben, mit gewendeter Ledersohle	2.25
Kameelhaar, mit Lasche, Filz- und Ledersohlen, feinere Qualität	3.00
Filz, in den feinsten Farben, mit gewendeter Ledersohle	3.00
Kameelhaar, mit Lasche, Filz- und Ledersohle feinste Qualität	3.50
Leder, schwarz, bordeau, braun mit gewendeter Ledersohle	3.50
Kameelhaar, mit Umschlag, mit Filz- und Ledersohle, feinste Qualität	3.80

Kinderstiefel bestes Kalbleder zum schnüren od. knöpfen in breiten Formen

Grösse	25/27	28/30	31/35	36/39
	4.80	5.80	6.80	8.50

Kinderstiefel Boxcalf u. Chevreau zum schnüren od. knöpfen in rationellen Formen

Grösse	25/27	28/30	31/35	36/39
	5.80	6.80	7.80	9.50

Kinderstiefel Goodyear Welt Boxcalf und Chevreau allerfeinste Ausführung

Grösse	25/27	28/30	31/35	36/39
	7.25	8.75	9.75	11.75

Stiller

Jerusalemer Str. 38-39
Potsdamer Strasse 2
Friedrich - Strasse 75
Tauenzien-Strasse 19a

Möbel

Fabrik **Richard Fuhrmann** Tischlermeister
am Winterfeldt-Platz **Gleditschstraße 47/48**

empfiehlt komplette Wohnungseinrichtungen, von einfachsten bis zu den elegantesten, billigste Fabrikpreise. 1 Zimmer und Küche 295 M. Großes Lager in Herren- und Speisezimmern. Nur den „Vorwärts“-Lesern gewähre bei Barzahlung 3 Prozent Rabatt.
Langjährige Garantie. — Sonntags geöffnet von 8—10, 12—2 Uhr.

Danziger Straße 98
Pappel-Allee 1 u. 2

Heyn & Goldschmidt

Danziger Straße 98
Pappel-Allee 1 u. 2

Heute beginnt unser **„Inventur-Verkauf".**

Es kommen aus vielen Lägern Restbestände zu **ermäßigten Preisen,** ebenso andere Gelegenheits-Posten zu **außerordentlich billigen Preisen** zum Verkauf.

Wir bitten unsere Dekorationen zu beachten.

1. Ziehung 1. Kl. 218. Kgl. Preuss. Lotterie

Ziehung vom 10. Januar 1908, vormittags.
Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

108 675 88 96 **1**165 686 866 **2**222 434 585 630 87 722 853 932 80 **3**136 206 53 304 [200] 28 35 631 732 851 **4**029 119 35 223 89 579 85 662 806 15 17 74 **5**057 512 687 [5000] 742 **6**564 560 850 **7**278 369 408 525 69 674 **8**452 505 39 **9**182 278 364 447 621

10131 240 79 509 629 [200] 884 982 [200] **11**730 843 977 **12**031 219 481 [100] 906 **13**033 280 316 548 [1000] 731 95 819 50 **14**387 463 600 743 978 **15**141 460 673 830 964 **16**331 613 32 848 **17**033 128 76 279 514 446 72 807 869 908 62 **18**118 485 555 689 854 82 **19**350 436 617

20104 661 [300] 771 **21**043 244 83 382 400 [200] 11 844 57 708 90 817 60 83 948 56 85 **22**029 450 59 94 559 730 [100] 62 87 805 21 975 **23**168 281 78 487 62 561 601 53 960 97 **24**051 123 68 210 854 467 541 828 29 934 66 **25**043 287 451 61 541 785 431 32 **26**117 531 [100] 52 617 745 893 **27**498 528 **28**044 131 253 364 438 711 860 979 80 **29**135 377 405 92 583 [200] 24 48

30137 226 338 53 53 [300] 428 75 820 58 61 91 788 886 **31**030 226 98 487 [100] 512 18 602 73 758 956 [100] 96 [100] **32**012 226 71 381 836 969 **33**143 83 282 594 **34**030 353 483 633 81 **35**483 514 71 **36**003 [300] 218 459 597 604 724 67 817 923 34 72 **37**398 443 819 77 85 [300] 964 48 **38**263 346 67 68 674 82 **39**001 315 476 686 731 98

40370 [200] 500 50 88 622 80 85 787 801 91 **41**030 360 14 32 640 869 958 **42**442 553 758 **43**010 22 152 219 99 348 361 781 **44**002 507 28 828 **45**040 62 174 208 484 663 87 841 82 889 **46**010 14 147 217 303 855 **47**014 215 878 31 636 795 **48**860 **49**001 180 384 15 890 910

50172 446 83 607 909 74 **51**507 656 [200] 784 **52**134 85 77 553 657 870 954 **53**158 87 423 532 35 [300] 683 876 **54**342 425 71 731 835 86 **55**008 76 127 38 64 223 396 472 687 888 **56**306 37 503 82 850 783 **57**200 324 556 796 **58**620 75 185 270 777 921 89 **59**235 [100] 809 513 639 42

60473 447 684 848 61 **61**023 73 348 56 413 57 558 **62**317 380 697 788 922 34 **63**064 [300] 186 253 307 56 92 462 517 45 620 54 87 734 837 935 47 **64**689 421 **65**008 218 209 334 809 17 732 937 58 **66**007 [100] 14 15 214 67 349 74 485 [400] 11 48 577 644 804 56 928 **67**177 82 380 745 77 838 77 977 **68**045 56 158 89 [200] 441 871 722 **69**117 53 69 826 412 27 607 683

70153 531 63 89 846 [100] **71**047 82 869 **72**037 80 96 180 218 18 35 647 853 912 **73**001 [100] 48 98 319 87 687 637 41 55 **74**203 836 57 **75**032 330 36 43 406 99 503 693 701 **76**065 98 122 98 453 741 [100] 87 **77**177 202 17 [500] 340 769 [100] 95 811 22 **78**140 92 300 482 584 92 605 30 [100] 876 **79**023 43 680 87 773 894

80619 100 573 79 612 833 **81**111 208 [200] 367 78 565 960 **82**005 843 465 897 675 870 855 **83**181 471 [300] 741 57 801 [100] 53 61 964 **84**064 [400] 213 36 89 366 422 24 [300] 51 582 784 850 [100] **85**153 349 55 622 863 74 925 **86**054 180 80 254 91 300 90 500 17 688 **87**012 129 401 15 854 **88**023 158 312 665 97 727 837 917 [100] **89**155 71 304 7 99 514 168

90152 287 756 [100] 956 **91**151 342 719 48 [1800] 859 931 **92**084 119 431 637 745 63 601 913 82 85 **93**216 496 649 962 [200] **94**001 132 354 489 **95**004 86 154 75 210 470 733 886 983 **96**837 508 846 **97**288 324 407 634 **98**051 254 877 449 651 871 973 **99**016 60 85 175 236 843 948

100461 570 74 [500] 711 40 88 807 **101**144 62 733 80 438 88 821 30 **102**163 336 64 426 71 559 **103**133 309 400 642 54 87 743 860 **104**037 46 246 429 737 850 53 928 **105**848 77 174 518 63 410 658 84 **106**071 55 585 964 **107**586 477 884 966 67 **108**043 355 436 58 513 68 625 709 50 809 **109**849 78 151 606 9 856 859

110053 107 45 257 78 456 62 580 847 986 **111**181 228 65 825 84 536 784 17 79 **112**146 450 550 678 768 614 954 **113**233 45 304 60 667 **114**039 187 92 255 464 820 **115**078 200 364 451 45 83 **116**134 81 294 383 580 661 709 59 **117**103 241 44 68 340 414 544 71 850 948 **118**007 103 447 556 84 626 95 707 987 [100] **119**037 369 373 [200] 485 522 659 738 79 945 78

120007 264 98 504 431 65 536 746 911 23 **121**227 56 281 418 73 508 706 986 **122**067 81 333 641 78 82 745 95 824 **123**435 518 639 **124**017 128 77 350 444 697 [300] 700 83 801 37 **125**194 203 678 719 70 854 **126**041 46 179 360 70 428 582 618 948 **127**030 119 218 [100] 425 867 910 77 **128**178 84 258 63 464 515 [100] 55 702 [100] 806 74 **129**116 318 [100] 30 533 79 773 922

130089 180 209 [100] 18 640 730 825 **131**020 43 235 74 445 508 625 772 **132**436 556 81 [100] 880 946 47 **133**006 29 555 760 898 980 **134**009 64 180 443 85 513 683 758 **135**024 182 244 [300] 55 348 [100] 442 520 638 708 99 [300] 654 932 **136**184 [100] 95 493 586 607 970 81 **137**113 253 382 476 524 716 47 966 92 **138**006 164 228 415 670 934 **139**270 208 35 773 683

140058 202 15 305 490 540 606 954 **141**563 81 431 71 85 560 616 817 60 **142**126 287 289 93 434 [500] 512 658 874 **143**283 409 776 84 977 **144**102 365 531 604

145013 58 [100] 168 90 252 665 747 954 67 **146**404 823 910 **147**218 587 452 12 610 797 800 27 **148**037 85 242 322 737 820 47 **149**485 99 672 816 [100] 923 37

150236 73 84 447 648 712 78 909 **151**148 281 64 [200] 80 352 39 625 [100] **152**114 63 75 464 535 658 63 841 **153**024 34 111 312 32 [200] 640 752 885 **154**222 441 623 62 787 818 942 **155**122 404 88 833 **156**179 248 450 514 39 605 704 49 624 [100] **157**005 144 75 91 300 509 686 838 **158**223 [200] 63 86 809 60 63 993 **159**127 200 274 998

160060 708 84 885 **161**001 210 510 630 789 997 **162**019 63 442 533 663 81 96 641 55 **163**380 665 753 81 **164**121 602 60 896 99 **165**068 134 283 324 422 61 79 605 711 90 803 952 **166**210 93 682 [100] 99 794 851 **167**111 204 461 88 762 802 15 89 938 **168**030 124 67 342 504 [100] 652 66 74 82 735 66 830 92 **169**011 [100] 27 78 72 198 208 [100] 345

170215 28 649 128 877 [100] **171**101 438 660 741 50 **172**508 705 19 806 900 **173**030 300 [100] 519 747 82 837 [100] 85 [400] 936 **174**125 [100] 33 [200] 73 208 470 740 64 979 **175**131 74 78 405 566 75 664 747 945 **176**154 [300] 222 340 457 508 767 879 **177**024 60 431 63 548 728 846 88 **178**210 316 44 421 30 71 531 605 832 82 **179**068 22 172 419 557 644 736 915 91

180001 [100] 34 84 111 278 460 525 628 46 782 **181**024 50 90 110 65 **182**090 92 113 30 40 302 467 530 667 907 63 **183**036 151 207 64 310 [400] 83 606 908 911 **184**331 067 709 **185**127 56 [100] 473 547 622 793 987 **186**223 628 71 772 **187**100 16 49 222 37 429 543 833 **188**095 134 473 90 550 [100] 727 56 805 83 983 **189**001 270 84 203 443 366 75

190015 115 335 491 687 874 89 **191**256 87 [300] 80 96 473 [100] 545 607 706 819 82 800 [100] **192**136 77 494 575 842 947 **193**098 91 898 735 **194**002 294 804 430 566 641 702 845 45 987 37 88 **195**008 165 571 97 609 [100] 704 6 27 981 **196**141 311 462 525 728 **197**040 **198**250 453 713 70 821 60 973 **199**050 117 402 [100] 551 601 38 742 57 858

200054 79 157 274 355 424 80 503 717 77 [200] 863 945 53 [100] 94 **201**018 36 112 250 627 786 **202**181 336 92 564 931 **203**070 168 45 289 456 683 777 84 **204**063 349 70 549 890 **205**147 66 508 687 **206**015 112 584 618 69 **207**036 170 82 84 229 398 977 **208**071 210 29 600 64 966 73 **209**072 877 92 503 645 68 932

210016 62 [100] 100 20 533 591 [100] 687 881 98 944 **211**344 644 50 [300] 800 64 73 940 **212**222 418 865 **213**249 444 652 53 **214**004 11 219 [100] 17 380 402 64 77 79 86 607 794 817 864 **215**193 577 99 616 58 779 903 **216**038 478 531 764 89 959 **217**225 871 436 509 32 **218**135 348 51 64 661 787 995 **219**112 93 448 639 756 61 74 893 38

220024 154 226 615 66 92 68 725 59 80 909 78 97 965 **221**212 89 766 398 85 980 **222**213 581 700 **223**252 464 597 775 998 **224**101 271 551 856 **225**100 278 460 [100] 843 694 737 925 **226**343 494 596 728 59 42 58 795 895 [100] 929 31 **227**009 170 273 92 430 529 680 945 **228**272 68 687 89 729 **229**043 84 138 590 614 55 709 863 938

230058 358 456 841 964 **231**094 504 14 304 430 785 **232**035 294 [100] 86 834 **233**159 450 520 26 55 706 63 898 **234**124 509 [300] 671 702 951 56 **235**081 106 25 [300] 559 84 650 708 840 **236**164 697 784 801 85 **237**110 257 310 63 513 631 52 752 845 47 990 **238**316 33 **239**021 227 316 52 65 523 52

240007 148 298 313 549 758 77 861 987 **241**001 274 91 381 459 570 702 79 86 867 93 973 91 **242**081 110 26 586 798 842 51 820 **243**315 540 91 660 95 798 820 58 925 **244**908 471 558 719 [200] 73 814 **245**088 839 44 [300] 797 **246**488 95 585 600 782 925 **247**050 184 244 422 609 [100] 778 79 830 **248**035 368 404 37 57 97 683 [100] 381 **249**156 520 42 67 614 26

250404 29 73 456 766 **251**073 165 828 50 473 630 09 781 **252**131 225 352 667 789 902 **253**357 608 737 92 907 **254**089 158 69 372 98 407 624 92 779 808 **255**180 218 49 348 452 760 827 **256**003 [400] 440 55 [100] 618 62 65 88 817 [100] 980 **257**480 530 361 **258**001 160 444 636 782 976 **259**081 304 392 567 678 753 831

260103 85 309 540 690 775 862 945 **261**212 33 794 821 58 960 **262**121 40 285 581 85 [100] 409 586 804 30 [100] 905 **263**018 47 82 381 67 508 93 808 58 79 975 76 **264**238 358 898 912 [100] **265**188 271 487 702 957 [100] **266**117 415 30 76 547 843 **267**177 292 320 402 896 992 **268**461 680 94 **269**072 [100] 585 686

270019 545 48 734 874 970 **271**128 305 54 707 38 [100] 821 46 **272**085 825 **273**085 158 316 61 385 773 902 [100] **274**000 830 **275**051 104 42 317 63 805 **276**005 172 509 [400] 78 931 **277**109 4 205 [100] 69 480 680 757 62 73 910 **278**109 331 [500] 640 979 **279**041 147 753 840 935

280079 65 90 502 [100] 35 39 625 718 83 **281**162 785 699 [100] 740 949 **282**146 428 [100] 582 601 725 805 32 88 972 **283**045 223 306 677 789 832 **284**019 136 681 733 **285**060 140 375 448 92 581 601 [100] 786 **286**099 240 485 59 79 730 91 910 **287**165 218 320 415 99 983

1. Ziehung 1. Kl. 218 Kgl. Preuss. Lotterie

Ziehung vom 10. Januar 1908, nachmittags.
Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

235 461 **1**141 82 268 897 [100] 426 508 61 754 935 50 **2**002 43 194 247 [300] 387 436 [100] 64 539 52 54 58 624 25 845 82 **3**123 48 253 630 91 841 **4**397 89 361 583 623 967 **5**149 [500] 62 282 89 498 313 609 78 **6**006 241 377 657 61 **7**246 472 603 847 971 **8**047 162 499 39 530 68 611 795 897 [100] **9**023 585

10082 159 300 1 487 91 616 42 74 **11**606 67 98 [100] **12**380 740 92 [100] 988 **13**003 112 231 [300] 585 **14**037 304 21 254 605 **15**209 30 60 310 720 951 **16**100 250 581 908 96 [100] **17**007 90 129 699 730 82 85 **18**027 66 405 535 62 [200] 701 938 **19**081 373 933 80 96

20064 87 201 315 414 89 582 822 935 97 **21**038 458 **22**002 [100] 185 453 583 **23**012 150 44 200 15 46 449 53 512 23 602 36 62 710 84 [100] 839 86 **24**089 136 659 62 797 98 833 **25**089 571 85 609 703 85 82 **26**106 **27**031 84 88 161 435 49 572 616 42 860 **28**022 621 762 983 52 99 **29**341 361 432 99 618 740 50 65 857 [200]

30114 301 514 79 97 670 942 971 98 **31**046 172 296 505 34 608 **32**007 147 62 209 416 71 **33**010 35 116 33 387 618 45 75 707 80 **34**190 253 387 [100] 843 60 73 **35**088 94 223 44 71 566 67 767 930 78 **36**109 282 387 471 548 661 746 [100] 823 996 **37**075 118 508 52 72 647 848 **38**241 330 623 666 911 49 **39**106 [200] 74 304 7 446 [100] 948 30

40098 725 680 [100] 903 77 **41**079 165 224 322 462 89 565 664 839 **42**003 186 460 643 66 848 **43**210 52 244 461 766 941 **44**022 22 66 144 206 273 587 [100] 701 31 80 981 [100] **45**319 675 726 40 989 **46**416 637 833 90 961 **47**009 600 725 **48**003 72 143 96 238 341 760 949 96 **49**119 361 65 66 304 786

50023 154 88 214 34 53 461 675 701 889 910 **51**148 500 643 719 55 73 885 866 **52**342 [200] 330 486 756 934 53 **53**648 776 **54**039 127 33 311 85 454 524 630 [200] 868 61 88 **55**237 89 385 89 92 600 30 705 **56**082 454 71 687 **57**017 182 74 511 621 22 59 758 815 921 69 33 **58**108 [500] 11 [100] 321 72 607 957 **59**115 34 69 456 589 647 777 867

60156 466 **61**343 484 672 932 **62**086 439 45 **63**187 538 65 90 622 714 988 **64**118 82 341 79 659 810 **65**041 199 285 780 [200] 861 982 **66**003 16 164 81 220 283 437 [800] 748 **67**008 12 113 79 211 16 31 347 404 69 920 37 50 79 **68**086 28 104 277 406 538 80 792 **69**089 171 340 402 4 38 708 [100] 830 984

70107 89 205 40 414 25 544 618 858 **71**580 677 942 67 **72**543 425 641 72 [200] 87 816 903 **73**433 533 700 87 830 96 **74**088 [100] 180 82 361 487 623 **75**018 135 396 470 612 16 50 701 82 **76**279 873 477 [100] 646 **77**031 414 17 82 840 57 602 **78**253 348 494 688 853 [100] **79**036 107 233 351 77 432 514 758 64 860 78 90 985

80232 97 649 90 762 843 **81**347 382 65 70 [40 000] 436 529 01 866 935 30 **82**293 [100] 429 53 61 68 566 653 **83**014 41 300 443 [100] 50 983 **84**078 189 419 565 786 814 21 **85**225 321 868 957 **86**050 [200] 109 317 [200] 66 477 838 649 701 525 947 **87**827 **88**024 389 496 520 938 **89**147 218 [100] 52 78 336 454

90185 264 64 629 **91**444 [20 000] 507 679 74 **92**720 60 888 [200] **93**231 78 302 474 550 22 97 733 56 960 21 **94**113 42 61 93 236 475 524 48 52 753 63 [100] 906 **95**125 449 65 734 50 **96**101 663 764 941 **97**029 68 [300] 117 438 **98**159 291 528 649 821 **99**073 616 18 70 729 966

100066 224 666 849 **101**028 137 218 72 456 65 566 02 821 50 **102**001 10 506 673 828 **103**377 561 80 649 963 **104**475 163 305 29 535 98 634 90 821 925 **105**973 318 19 87 581 485 49 80 672 76 728 37 842 870 90 **106**086 101 18 224 46 95 861 3 65 605 61 891 **107**174 368 258 432 531 603 794 871 934 **108**021 41 290 390 864 **109**009 173 296 873 957

110106 15 [100] 696 917 **111**002 96 170 235 563 636 72 804 42 **112**024 150 228 **113**277 315 442 45 505 915 **114**084 292 779 [300] 930 **115**037 125 55 246 384 421 675 906 26 54 **116**202 362 456 73 783 84 910 24 **117**016 86 115 77 245 [100] 81 518 754 **118**108 419 46 501 737 86 [100] 83 [200] 883 **119**013 343 45 461 536 80 600 69 750 [100] 808 930 48

120030 259 93 506 704 930 **121**122 56 506 621 726 835 **122**148 236 43 387 509 [200] 84 639 72 780 889 **123**268 77 308 46 457 509 716 20 26 **124**714 51 85 810 941 56 **125**233 355 434 65 505 728 818 906 77 **126**250 690 812 **127**248 425 57 **128**021 35 188 616 **129**108 541 61 737 98 900 59

130041 116 243 354 435 677 701 **131**174 200 831 460 80 87 672 814 928 **132**005 109 244 79 317 484 339 41 951 **133**134 232 415 870 983 **134**031 92 108 220 86 93 309 427 641 766 **135**146 216 52 54 311 643 710 **136**020 258 300 54 919 **137**053 107 554 81 613 938 98 **138**175 345 440 588 61 741 49 843 **139**016 97 176 220 61 84 405 66 607 77 801

140228 606 61 70 **141**014 62 284 518 68 90 601 800 78 **142**019 89 108 299 303 449 531 646 53 636 911 81

143023 240 302 338 56 705 6 645 60 628 **144**215 590 428 610 [100] 729 53 844 952 **145**141 50 69 454 733 940 59 62 **146**019 149 346 65 423 89 519 703 877 [300] 384 **147**035 129 446 51 [200] 518 635 65 722 96 835 **148**166 223 293 507 48 682 **149**026 97 529 39 85 749 82 805

150119 486 579 646 752 78 954 **151**008 196 254 233 401 [100] 768 66 620 **152**041 212 356 68 71 477 99 876 901 **153**029 49 50 153 229 80 798 809 **154**047 50 142 66 72 62 357 [200] 95 439 **155**202 490 618 977 **156**012 387 450 790 **157**025 299 492 537 648 75 724 900 1 30 47 **158**174 327 487 90 841 68 685 778 965 **159**077 194 235 38 317 47 451 574 791 861 937

160112 34 120 351 408 22 26 81 762 812 74 837 **161**023 73 109 221 359 651 61 706 831 922 **162**224 [100] 323 455 586 630 46 31 742 **163**117 354 490 657 735 94 [100] 840 44 98 **164**200 [100] 18 264 406 11 58 362 55 803 **165**037 124 412 63 656 78 873 **166**231 58 544 **167**022 202 [300] 13 48 404 973 **168**003 715 43 900 97 **169**152 391 530 945 63

170008 583 811 **171**119 71 272 343 967 84 **172**133 858 287 [200] 429 354 807 **173**001 107 73 221 358 [200] 438 57 561 122 [300] 987 **174**006 610 **175**300 343 62 **176**132 334 50 87 429 28 722 935 **177**109 88 223 46 [100] 25 506 609 987 **178**908 448 [100] 818 90 **179**023 61 117 668 908

180043 68 120 595 [100] 612 743 **181**037 232 75 99 473 75 658 80 723 886 **182**100 293 308 563 600 11 804 18 44 932 37 **183**044 421 741 826 **184**129 330 319 24 641 61 913 **185**216 298 708 **186**152 289 311 661 [100] 70 **187**022 144 218 641 932 **188**016 294 389 615 44 90 645 990 **189**007 275 82 319 452 558 615 797

190029 78 339 782 864 **191**209 72 320 424 39 60 [200] 504 63 821 945 **192**231 [200] 56 420 641 77 729 614 938 **193**215 99 355 490 90 606 718 **194**067 201 33 40 280 674 60 **195**009 233 67 [300] 327 448 67 70 579 647 54 821 44 **196**486 581 91 719 **197**083 157 62 538 60 609 88 700 **198**018 [100] 265 569 978 **199**023 127 498 672 845 62

200224 57 523 [200] 603 18 27 61 718 836 43 46 **201**139 588 585 607 744 [300] 845 **202**183 [2000] 69 [100] 250 308 920 **203**021 [100] 50 113 71 [100] 318 63 430 727 866 **204**127 91 286 421 546 640 959 **205**030 624 55 740 909 360 66 **206**413 921 **207**063 72 152 971 **208**213 425 25 95 529 51 669 77 **209**340 475 90 880

210279 789 811 [1000] **211**000 47 55 815 58 69 478 80 802 954 **212**033 239 319 73 [100] 492 **213**039 165 66 858 73 909 [100] **214**156 273 [100] 74 376 553 905 976 **215**015 166 477 628 70 853 955 **216**114 20 227 479 82 524 609 837 919 **217**022 77 205 514 77 800 506 87 **218**021 143 326 515 622 59 715 944 75 **219**255 59 411 928 86

220088 134 49 253 582 734 **221**331 547 631 52 856 916 **222**324 414 [100] 29 635 975 **223**023 206 **224**550 618 792 880 [100] **225**314 43 638 99 736 908 79 **226**056 319 328 74 487 97 610 [200] 814 [200] 19 918 **227**015 82 209 19 435 81 632 716 **228**022 105 518 65 884 956 **229**119 370 422 828 60 81 659 711 877

230139 79 80 235 330 **231**027 97 465 89 592 621 **232**087 [200] 106 59 480 633 769 897 939 **233**187 94 296 341 76 457 607 746 90 [100] 828 937 **234**071 90 164 684 728 **235**181 608 86 706 867 91 949 **236**103 47 65 577 409 30 69 742 **237**131 69 214 889 432 674 858 **238**086 289 444 [200] 806 **239**173 82 83 829 304 464 86 88 [200] 90 554 781

240005 47 75 147 718 65 801 32 645 817 **241**261 300 2 [100] 89 99 525 768 41 **242**252 428 838 919 **243**002 176 69 235 326 542 796 845 **244**073 323 53 [100] 374 925 **245**001 259 410 543 717 96 958 **246**004 16 17 223 78 424 44 529 955 **247**078 93 268 92 429 68 519 **248**123 65 285 465 524 48 **249**025 22 168 289 [100] 382 419 40 843 43

250019 280 870 913 [200] 19 31 **251**107 41 282 255 815 **252**007 234 848 [100] 576 682 759 47 840 907 **253**203 409 66 579 [200] 611 27 722 871 [100] 909 72 **254**109 424 334 65 760 815 911 **255**030 70 174 806 44 603 785 **256**266 623 21 93 502 **257**250 328 534 763 87 851 988 **258**024 41 290 490 [100] 561 935 **259**114 93 258 509 781 964

260210 443 90 713 43 845 47 902 **261**409 [100] 633 09 756 809 **262**101 29 568 70 567 **263**050 174 338 444 28 514 78 774 819 **264**133 364 469 590 670 894 **265**181 [100] 808 28 319 93 437 588 998 **266**009 172 712 824 908 **267**159 354 429 **268**219 43 410 22 649 909 67 **269**003 300 99 845 83

270080 388 404 53 680 774 841 94 909 **271**060 91 184 381 307 89 **272**210 416 61 544 635 998 [100] **273**287 474 714 816 [200] 23 906 45 **274**134 291 467 566 [100] 838 844 939 61 **275**031 844 447 [100] 697 753 62 [100] 919 **276**153 217 [100] 600 50 781 89 50 94 96 959 **277**019 58 396 464 73 505 [300] 96 606 637 914 **278**031 338 333 43 733 43 **279**427 632 857

280005 142 242 53 331 494 705 910 **281**275 95 298 617 47 62 798 828 971 **282**191 212 333 426 568 624 52 849 **283**056 122 207 377 98 594 819 755 82 829 37 **284**221 421 30 735 919 [100] **287**070 161 298 587 456 642 59 974 **286**052 603 38 724 43 87 909 **287**004 112 342 556 [100] 663 909 [200] 58 60

Verkäufe.

Totalausverkauf meines Engros- und Filialenlagers: Gardinen, Stores, Tüllbettdecken 10 bis 20 Prozent Rabatt. E. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. *

Teppiche mit Farbenfehlern zum vollständigen Ausverkauf jetzt mit 10 Prozent Extrarabatt. Große Frankfurterstraße 125. 85R*

Totalausverkauf meines Engros- und Filialenlagers: Tuch- und Plüschdecken, Velvetine- und Plüschportieren in allen Preislagen durchweg mit 10 Prozent Extrarabatt. Große Frankfurterstraße 125. 86R*

Steppdecken, Fabrikmuster, Stück 3,25, 3,85, 4,85, 5,50, 6,50, 8,50 usw. E. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 87R*

Läuferreste, 4 bis 6 Meter lang, jetzt spottbillig. Große Frankfurterstraße 125. 88R*

Reste für Sofabezüge ausreichend, Wolle und Plüsch, mit 10 Prozent Rabatt. E. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. *

Felle, Bettvorleger, große Auswahl von 1,25 an, Große Frankfurterstraße 125. 90R*

Nähmaschinen. Vergüte bis 20,00 mer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte genügt. Brauser, Frankfurter Allee 101, Laden. 29708*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre kein Laden. Mauerhoff. †1

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden. Mauerhoff. 1†

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Monatsanzüge. Winterpaletots von 6 Mark an. Auch neue elegante Herrengarderobe sowie Bauchanzüge kauft man den dritten Teil billiger als im Laden beim Schneidermeister Fürstenzelt, nur Strausbergerstraße 46, parterre. 20575

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 29931R*

Hygienische Bedarfsartikel, billigste Bezugsquelle. Drogerie Weinbergsweg 1. 35R*

Winterpaletots, Anzügeverkauf, Uhrenverkauf, Goldsachen, Silbersachen spottbillig Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. 82R*

Federbetten, Stand 11,00, große 16,00, Wäsche, Decken, Gardinen spottbillig Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. 81R*

Monatsanzüge und Winterpaletots sowie Joppen von 6,00, Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Ratz, Mulackstraße 14. 24035*

Restaurant wegen anderen Unternehmens billig zu verkaufen. Näheres beim Wirt, Lichtenberg, Kronprinzenstraße 8. †61*

Winterpaletots! Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Pfänderverkauf, Riesenauswahl! Uhrenverkauf, Schmucksachen, Bettenverkauf, Wäscheverkauf, Gardinenverkauf, Teppichverkauf! Allerbilligste Kaufgelegenheit! Pfandleihhaus Hermannplatz 6. Sonntags ebenfalls geöffnet. †57*

Nähmaschinen. Zahle hohe Vergütung. Hauptlager aller Frister-Roßmann-Systeme. Hruda, Rosenthalerstraße 19. †101*

Kinderwagen, Bettstellen, billigstes Spezialgeschäft. Teilzahlung. Kottbuserdamm 12a. †57

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00. Holz, Blumenstraße 36b. *

Herrenfahrrad, Damenfahrrad wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 94R*

Herrmann Schlesinger, Turmstraße 58, hat die besten Arbeitsanzüge. 25742*

Winterpaletots, Monatsanzüge wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzelt, nur Rosenthalerstraße 10. 264/17*

Kinderbettstelle, Kinderwagen, Sportwagen, zurückgesetzte, gebrauchte spottbillig Andreasstraße 53. 91R*

Uhren, Gold- und Silbersachen kauft man gut und billig bei Adalbert Schütz, Beusselstraße 26. 2841R

Gaskronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Louis Böttcher (selbst): Berghagenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße), Reinickendorferstraße 116, Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247. *

Pfandleihhaus! Rixdorf, Bergstraße achtundfünfzig. Spottbilligster Bettenverkauf, Wäscheverkauf, Winterpaletots, Herrengarderobe, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Uhrenverkauf, Freischwinger, Kettenverkauf, Schmucksachen, Spottpreise. *

Kraustraße 50. Möbel, Spiegel, Polsterwaren spottbillig. Möbelspeicher Saalfeld. 24025*

Kartoffeln. Prima Daber Zentner 3,30, frei Haus 0,15 mehr, 10 Pfund 0,34, Futterkartoffeln 1,50 Mark. Eugen Raschinski, Rixdorf, Steinmetzstraße 113, Berlin, Skalitzerstraße 119, am Kottbuser Tor. †57*

Grünkramgeschäft, Materialwaren, Rolle, Holz und Kohlen, gutgehend, umständehalber sofort verkäuflich Ramlerstraße 25. 2444b*

Pianino, hohes, kreuzsaitig, 110,00 Mark, Turmstraße 8 I. 100/5*

Restaurant billig zu verkaufen, gute Existenz. Kreutzigerstr. 11. †61

Inventur-Ausverkauf. Sensationerregend billige Räumungspreise der noch vorhandenen hocheleganten Winterpaletots, Anzüge, Beinkleider, Mäntel und Joppen. Die Preise sind über die Hälfte herabgesetzt. Günstigste Gelegenheit zu spottbilligen Einkäufen. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 24275

Gemüsegeschäft krankheitshalber. Näheres Rixdorf, Fuldastraße 9. Seifenhandlung. 2434b

Anzüge, Paletots, zurückgebliebene Maßsachen nach Inventur für die Hälfte des sonstigen Wertes. Bluhm u. Co., Friedrichstraße 212, I. Kein Laden. 2436b

Konkurrenzlos. Anzüge nach Maß mit Anprobe, nach Inventur. Serie I 38, Serie II 42, Serie III 45 Mark. Bluhm u. Co., Englische Herrenmoden, Friedrichstraße 212, erste Etage. 2435b

Grünkramgeschäft mit Rolle, Feuerung verkauft billig wegen Uebernahme einer Schlächterei. Große Wohnung, billige Miete. Gropiusstraße 1 (Gesundbrunnen). †77

Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel, Gitschinerstraße 94a. 2555R*

Kunststopferei von Frau Kolosky Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Bandwürmer mit Kopf, in Wasser oder in Spiritus, kauft a Mark 2,— Linnaea, Turmstr. 19. 83R

Komiker, billig, wohnt Köpenickerstraße 147. Schwartz. 2432b

Saal, Vereinszimmer Sonnabende frei. Klubhaus Annenstraße 16. *

Tanzunterricht! Grupe, Annenstraße 16. Anfängerkurse. Sonntagskurse 4,00, Dienstagskurse 5,00 monatlich. Vorortbewohnern Schnellkurse 5,00. 241/1*

Humorist für Vereine und Gesellschaften. Albert Bevernick, Dragonerstraße 32. 24435

Berliner Vertretungen übernimmt versierter Kaufmann. „L. M." Postamt 104. 24455

Wer — Stoff — hat! Fertige Herrenanzug 20 Mark. Feinste Zutaten, zwei Anproben. Für guten Sitz bekam goldene Medaille. Ohne Konkurrenz! Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft. Ludwig Engel, Prenzlauerstraße 23, II. Alexanderplatz. 100/6

Vermietungen.

Kuxhavenerstraße 1 Restaurationsgeschäft mit Wohnung, volle Schankkonzession seit über 10 Jahre, zum 1. Juni zu vermieten. Preis 1600,—.

Wohnungen.

Prächtige Zweizimmer-Balkonwohnungen billigst Soldinerstraße 32.

Sofort: Zweizimmerwohnung, Küche, Speisekammer, Klosett, Gas, 27 Mark. Bahnhof Stralau-Rummelsburg, Markgrafendamm 13, zweites Quergebäude III rechts. 2417b*

Wohnungen Vorderhaus, drei Zimmer, Bad, Gartenhaus, zwei Zimmer billig Nazarethkirchstraße 48/49.

Zimmer.

Möbliertes Zimmer für 1—2 Herren zu vermieten Roßstraße 52, IV links. 2313b

Möbliertes Zimmer, 1-2 Herren, herrliche Aussicht, Baumschulenweg, Trojanstraße 6 II, Bahnhof. 1894b

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle vermietet Frau Jacoby, Wiesenstraße 10, III. *

Schlafstelle, Balkonzimmer, 13,00 inklusive, Urbanstraße 65, rechter Aufgang II. 2175b

Schlafstelle, saubere, für Herrn. Klinger, Sanderstraße 14, Nähe Hobrechtbrücke. †9

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläser, Mulackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Tüchtigen Silberarbeiter auf Reparaturen verlangt Hermann Foth, Kurstraße 34/35.

Gesangverein sucht Dirigent für Dienstag. Meldungen bei Krüger, Weidenweg 43. 2437b

Schleifer sucht Goldleistenfabrik Barthels. 2433b

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Bayreutherstraße 32, Laden. 100/4*

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Schützenstraße 21/25. 99/20*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Für eine größere Schreinerei mit Dampfbetrieb wird ein durchaus
tüchtiger Schreiner
als **Werkführer**
gesucht, sowie ein tüchtiger
Maschinenarbeiter als Maschinenmeister.
Gefl. Offerten mit Gehaltsansprüchen unter **L. 186** an **Haasenstein & Vogler A. G., Karlsruhe** erbeten. 206/20

Tüchtigen Zwicker
auf Wende- und Mac Kaywaare sofort gesucht. Warschauer u. Schrepp, Brandenburg a. H., St. Annenstr. 3.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Prozeß Peters—v. Bennigsen.

Köln, den 10. Januar 1908.

(Telegraphischer Bericht.)

Vierter Verhandlungstag.

Nach Eröffnung der Verhandlung teilt der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Kuhl, mit, daß vom Reichskolonialamt eine Depesche eingelaufen sei, in der ersucht wird, mitzuteilen, worüber Sekretär Schneider vernommen werden soll — **v. Bennigsen** erklärt, Schneider solle über die Dinge vernommen werden, die auch in seine amtliche Tätigkeit fallen und dafür solle ihm die Entbindung von der Amtsverschwiegenheit erteilt werden. Er soll Auskunft geben über die Erklärungen, die der Bezirksamtssekretär Jahnke zu Protokoll gegeben habe. — Es wird dann als Sachverständiger der von der Verteidigung geladene Bezirksamtmann Johann Elphons vernommen. Er war am Kilimandscharo im Jahre 1898, also später als Dr. Peters, lediglich auf einer Strafexpedition gegen Nehli, den Sohn des Mandaro. — **Vors.:** Sie haben die Verhandlungen gehört und sollen uns sagen, ob Sie so strenge Maßnahmen für gerechtfertigt halten. — **Sachv.:** Herr Vorsitzender, ich war 1891 Stationschef an einer anderen Stelle in Ostafrika, auf der Station Tatoa. Während dieser Zeit fand die Niedermetzelung der Expedition Zielewski statt. Es kamen 20 Mann, die übrig geblieben waren, zu mir. Ich erfuhr schon im August von der Katastrophe. Ich wäre in einer

noch schlimmeren Situation

gewesen als Dr. Peters, denn meine Station lag nur 7 Tagereisen von den Wahehes entfernt, während bis zu Dr. Peters am Kilimandscharo

30 Tagereisen

waren. Wenn die Wahehes etwas gegen Deutsche hätten unternehmen wollen, so wäre ich in erster Reihe dran gewesen. Der Häuptling, der die 20 Mann brachte, fragte mich, was sie tun sollten. Ich sagte, es sei das beste, wenn sie sich ruhig verhielten. Es herrschte auch, soweit ich weiß, im Lande damals

Totenstille.

Man hörte nichts von dem Vorfall. Ich war daher außerordentlich überrascht, als eines Tages von der Küste eine Kompagnie Soldaten mit Tuten und Blasen bei mir einrückte und ich erfuhr, daß ich eigentlich tot sein sollte. (Heiterkeit.) Mir und meinen Leuten sollten sämtliche Hände abgeschnitten sein. Diese Wahehoaffäre war zum Tagesgespräch geworden, es entstand ein allgemeiner Weiberklatsch. Die Leute dort haben eine große Vorstellung von ihrer eigenen Person und von den Dingen, die mit ihrer Person zusammenhängen könnten. Es wäre möglich, daß das Gerücht von dem Waheheüberfall nach dem Kilimandscharo gedrungen wäre. Welche Folgerungen man daraus zieht ist Sache des Temperaments, wie schon gestern gesagt wurde. Der eine unterschätzt die Gefahr, der andere überschätzt sie. — **Vors.:** Sie können also nichts sagen, wie Sie anstelle von Dr. Peters gehandelt haben würden? — **Zeuge:** Nein, aber ich habe einen analogen Fall gehabt. Ich hatte auf meiner Station 5 Mann an der Kette liegen. Die Kette bedeutet dort das Gefängnis, bei den primitiven Zuständen ist diese Fesselung aber eine sehr mangelhafte. Die Leute können sich leicht befreien. Eines Tages hatten sie dem Askari, der sie bewachte, einen Blecheimer auf den Kopf gestülpt, darauf geschlagen und waren dann geflohen. Einen von den Leuten bekam ich wieder, ich gab ihm eine Zusatzstrafe. Daß aber die Todesstrafe auf der Flucht aus Kettenhaft steht,

ist mir gänzlich unbekannt.

Ich behaupte sogar das Gegenteil. Es mußte eine Verwechselung von Dr. Peters vorliegen. — **Vors.:** Sie waren früher Offizier? — **Sachv.:** Ja, Offizier der Schutztruppen. — **v. Bennigsen:** Können Sie mir sagen, ob zwischen den Wahehes und den übrigen Völkerschaften am Kilimandscharo irgend eine Verbindung bestand? — **Sachv.:** Ich halte das für gänzlich ausgeschlossen. Die Madschakos und die Wahehes wissen von einander nichts. Es befinden sich zwischen ihnen die Massais, welche ein Verkehrshindernis bedeuten. Der Verkehr zwischen Norden und Süden ist daher immer nur unter Umgehung der Massais nach der Küste möglich. —

v. Bennigsen: Herr Gouverneur v. Soden hatte telegraphiert: In Ostafrika ist alles ruhig. Waren Sie auch dieser Meinung? — **Sachverständiger:** Jawohl. — **v. Bennigsen:** Wie erklären Sie sich, daß Unteroffizier Wilhelm gehört haben sollte, daß Malamia sagte: Ihr seid ja von den Wahehe geschlagen worden? — **Sachverständiger:** Es kann das leicht ein Mißverständnis sein. Der Zeuge Wilhelm hat nur aus weiter Entfernung mit den Leuten verhandelt. Außerdem können die Leute dort sehr schlecht Suaheli. Es wäre auch möglich, daß sie schon von den Händlern über die Niederlage etwas erfuhren, die ein Interesse haben, so etwas zu verbreiten. — **v. Bennigsen:** Unter welchen Verhältnissen lebte Malamia? Wissen Sie, ob er ohne den Willen von Mareale in der Lage war, Krieg zu führen? — **Sachverständiger:** Ich war ja 1893 dort. Mareale war ein sehr intelligenter und energischer Mann, den Malamia habe ich nicht gesehen, er scheint mir ein besserer Dorfschulze gewesen zu sein.

der höchstens über 100 Mann verfügte.

Nach afrikanischen Begriffen wäre er nicht in der Lage gewesen, Krieg zu führen, ohne mit dem Oberhäuptling Mareale in Konflikt zu kommen. Mareale war uns befreundet. — **v. Bennigsen:** Glauben Sie, daß Malamia zu Kriegszwecken, um Spionage auf der Station auszuüben, Verbindung mit den Weibern auf der Station hielt? — **Sachverständiger:** Ich halte das für

ausgeschlossen.

— **v. Bennigsen:** Sie haben gehört, welche Stellung diese Weiber auf der Station einnahmen. Halten Sie es für gerechtfertigt, sie an die Kette zu legen, weil sie aus der Station weggegangen waren? — **Sachverständiger:** Es kommt darauf an, was sie im Schilde führten und ob sie etwa ein schweres Verbrechen begangen hatten. Sie konnten aber sonst gehen, wohin sie wollten. Von den alten Afrikanern war es eingeführt, die Weiber als eine Art Sicherheit auf der Station zu halten. Sie gingen öfter zu ihren Stämmen zurück und so wurden auf dem Wege dieses Weiberklatsches wertvolle Verbindungen hergestellt. — **v. Bennigsen:** Ich habe den Mareale am Kilimandscharo kennen gelernt. Wir waren zusammen beim Frühschoppen. Es war ein jovialer alter Herr. Aber es ist ihm nicht eingefallen, mir Weiber anzubieten. Meinen Sie, daß er es übel genommen hätte, wenn Dr. Peters gesagt hätte: Ich danke? **Sachverständiger:** Das kann von den Stämmen verschieden beurteilt werden. In seinem Buche sagt Dr. Peters: Es war ein Weib, namens Jagodja, dem Malamia entlaufen. Ich schickte es ihm zurück, er schickte es mir aber wieder mit der Bemerkung, sie habe einen schlechten Charakter. Sie blieb dann auf meiner Station. — **v. Bennigsen:** Glauben Sie, daß, wenn, wie gesagt wird, die Station sei gefährdet, auch nur der jüngste Leutnant, der überhaupt zu verwenden ist, statt Sicherheitsmaßregeln zu treffen, eine **Expedition unternommen hätte, um Weiber wiederzubekommen? — Sachverständiger:**

Nein, das glaube ich nicht.

Wenn die Station gefährdet war, so ist mir rätselhaft, wie Dr. Peters den einzigen weißen Offizier, den Kompagnieführer Johannes, mit 65 Mann wegschicken konnte. Es war doch nichts erreicht, wenn er die Weiber zurückholte. — **v. Bennigsen:** Halten Sie es für zulässig, daß man wegen geringer Vergehen, z. B. wenn man Zigaretten stiehlt, die **Todesstrafe** androht, falls sich der Dieb nicht von selbst melden sollte? Glauben Sie, daß ein anderer Stationschef das getan hätte? — **Sachverständiger:** Nein, es bestehen bestimmte Gesetzesvorschriften. Dr. Peters sagte allerdings, er wäre berechtigt gewesen, derartige Bestimmungen zu erlassen. Ich habe aber in Ostafrika niemals derartiges bemerkt. — **v. Bennigsen:** Halten Sie die Androhung der Todesstrafe in einem solchen Fall überhaupt für zulässig? — **Sachverständiger:** Für solch geringfügige Vergehen jedenfalls nicht. — **v. Bennigsen:** Nun sagt Dr. Peters, das Prestige der Europäer hätte aufrecht erhalten werden müssen. Deshalb mußte die angedrohte Todesstrafe vollstreckt werden. — **Sachverst.:** Das kann ich mir nicht denken. Der hingerichtete Boy gehörte zu einem Stamme, der **am Kongo** ansässig ist. Es würde also auf die Neger am Kilimandscharo ebensowenig Eindruck gemacht haben, ob ein Neger von einem Kongostamme hingerichtet wurde oder ein Eskimo. (Heiterkeit.) — **v. Bennigsen:** Halten Sie die Hinrichtung des Mabruk für gerechtfertigt? — **Sachverst.:** Nein. — **Vert. Falk:** Warum nicht? — **Sachverst.:** Weil meiner Ansicht nach der angeblich zur Entwendung von Tabak vorgenommene Einbruch in keinem Verhältnis zur Strafe steht. — **Vert. Falk:** Wenn nun **geschlechtliche Motive** mit in Betracht kommen würden, würden Sie es dann für gerechtfertigt halten, diese bei der Verhängung des Todesurteils mitwirken zu lassen? — **Sachverst.:** Nein. — **Vert.:** Betrachten Sie den Einbruch des Mabruk als einen so großen Vertrauensbruch? — **Sachverst.:** Ein solcher Boy hat ja gar nicht nötig zu stehlen. Man hat da draußen keine Möbel, die Schlüssel zu den sechs bis sieben Blechkoffern, in denen man seine Sachen hat, besitzt der Boy und der kann jederzeit heran. Ich glaube, man wird von den Jungen geradezu gewohnheitsmäßig bestohlen. — **Vert.:** Sie finden also keinen groben Vertrauensbruch in dem Einbruch? — **Sachverst.:** Nein. — **Vert.:** Sie scheinen der Ansicht zu sein, daß Mabruk nicht den Einbruch verübt hat, um Sachen zu stehlen, sondern um zu den Weibern zu kommen? — **Sachverst.:** Das halte ich allerdings für wahrscheinlich. — **v. Bennigsen:** Haben Sie den Eindruck, daß Dr. Peters den Mabruk nicht deswegen hängen ließ, weil dieser ihm Tabak gestohlen hat, sondern weil er zu den Weibern wollte? — **Sachverst.:** Dr. Peters sagt das Gegenteil und seinen guten Glauben muß ich annehmen. — **Vert.:** Ob Dr. Peters bona fide gehandelt hat, wird das Gericht beurteilen. Sie sollen uns sagen, ob Sie einen Europäer für berechtigt halten, über einen Angehörigen seiner Station die Todesstrafe zu verhängen, wenn sexuelle Motive mitspielen? — **Sachverst.:** Nein. — **Vert.:** Warum nicht? — **Sachverst.:** Weil man sich damit die afrikanischen Sitten zu eigen machen würde. Das würde höchstens ein afrikaner Häuptling tun. — **Beklagter v. Bennigsen:** Halten Sie eine Spionage der Jagodja überhaupt für möglich? — **Sachverst.:**

Nein, es gab ja nichts zu verraten.

Wenn man etwas von den Weibern fürchtet, braucht man sie nur wegzuschicken oder wenn sie weggelaufen sind nicht wiederzuholen. — **v. Bennigsen:** Haben Sie jemals eine Bestimmung angetroffen, daß auf Flucht aus der Kettenhaft die Todesstrafe steht? — **Sachverst.:** Nein. — **v. Bennigsen:** Auch nicht, daß irgend ein Stationschef einen Kettengefangenen zum Tode verurteile? — **Sachverst.:**

Nein.

v. Bennigsen: Und Sie haben das nicht gefunden trotz ihrer zehnjährigen Erfahrungen in Afrika? — **Sachverst.:** Nein, niemals. Für uns galt immer das deutsche Strafgesetzbuch, natürlich mit einigen Modifikationen. — **Vert. Falk:** Würden Sie sich für berechtigt halten, durch Verfügung oder Verordnung auf Flucht aus der Kettenhaft die Todesstrafe zu setzen? — **Sachverständiger:** Nein,

damit würde ich mich ja strafbar machen.

—**Vert. Falk:** Halten Sie, nachdem was hier vorgetragen ist, die Hinrichtung der Jagodja für berechtigt? — **Sachverst.:** Nein. — **Vert.:** Warum nicht? — **Sachverst.:** Weil das ganze Delikt mit der Höhe der Strafe angesichts des Individuums nicht in Einklang zu bringen ist. **Wegen solcher Kleinigkeiten** sollte man nicht den ganzen Apparat in Bewegung setzen. — **Vert.:** Halten Sie die

wiederholte Züchtigung der Jagodja,

wie sie hier von Zeugen bekundet ist, gerechtfertigt? — **Sachverst.:** Nein. — **Vert.:** Halten Sie es für zulässig, daß ein Europäer ein Mädchen so weit züchtigen läßt, daß ein Neger, der die Züchtigung ausführt, zu ihm kommt und sagt: Das geht nicht mehr? — **Sachverst.:** Ich halte solch fortgesetzte Züchtigung für **unzulässig.** — **Vert.:** Glauben Sie, daß ein Neger etwa übertreibt? — **Sachverst.:** Ich habe gefunden, daß die Sudanesen in dieser Beziehung sehr weitherzig sind. Bei mir beschwerten sie sich einmal darüber, daß ich nicht genug hauen ließe. — **Vert.:** Sie meinen also, daß wenn selbst ein Sudanese sagte, die Jagodja könne nicht mehr geschlagen werden, es dann schon

sehr schlimm

sein muß? — **Sachverst.:** Jawohl, die Sudanesen sind ja gegen Prügel geradezu unempfindlich. — **Vert.:** Halten Sie einen Europäer für berechtigt, ein Mädchen, mit dem er geschlechtlichen Verkehr hatte, nachher zum Tode zu verurteilen? — **Sachverst.:** Nein. — **Vert. Falk:** Widerspricht das den Anschauungen, die in den Kreisen der dortigen Offiziere und Beamten herrschten? — **Sachverst.:** Ja. — **Vert.:** Würde dieses Verfahren auch von allen Offizieren und Beamten verurteilt werden? — **Sachverst.:** Ja. — **Vert.:** Ist ein Stationschef berechtigt, derartige Mädchen gegen ihren Willen zurückzuhalten? — **Sachverst.:** Diese Mädchen sind oft das einzigste Mittel, um etwas von den Eingeborenen zu erfahren, sie stellen also ein wichtiges Bindemittel dar. Ich glaube, daß ein Stationschef, selbst der gewissenhafteste, das Weglaufen der Weiber verhindern würde, natürlich alles nur bis zu einem gewissen Grade. Wenn die Weiber nur mit Gewalt zurückzuholen sind, bedeutet das eine **Kriegsgefahr, dann sollte man sie lassen, wo sie sind.** — **Vert.:** Es wird behauptet, die Jagodja sei ein Freudenmädchen gewesen. Halten Sie das nach dem, was Sie hier gehört haben, für richtig? — **Sachverst.:** Nein, in den Augen der Eingeborenen gibt es nur eine Klasse. — **Dr. Peters:** Sie sagten in München, am Kilimandscharo sei damals die Lage gefährdet gewesen, aber nicht durch meine Schuld? — **Sachverst.:** Dieser Ansicht bin ich auch noch heute. In unseren Kolonien herrscht fortwährend Unruhe, es wird ja

nichts weiter getan, als immer geschossen.

— **Dr. Peters:** Ich wurde nach dem Kilimandscharo geschickt, um dort eine Organisation und Verwaltung einzurichten. Wer mit solchen Instruktionen kommt, wird sicher nicht mit Freuden von den Eingeborenen aufgenommen. — **Justizrat Sello:** Hier ist wiederholt von Herrn v. Wißmann die Rede gewesen. Ich stelle unter Beweis, daß Herr v. Wißmann dem früheren Verteidiger von Dr. Peters, Justizrat Koffka in Berlin, gesagt hat, daß er auf Grund seiner genauen Kenntnis des ganzen Sachverhaltes nur erklären könne, daß er, wenn er in derselben Situation stände, genau wie Dr. Peters gehandelt hätte. Ich habe noch mehrere Fragen an Herrn v. Pechmann. Ich frage den Zeugen, ob die Jagodja eine Sauria oder ein Freudenmädchen war? — **Zeuge v. Pechmann:** Ein Freudenmädchen. — **Vors.:** Wie wollen Sie das begründen? War sie gegen Geld jeden Tag zu haben? — **Zeuge:** Was meine Person betrifft, so kann ich nur sagen, daß ich sie nur einmal gehabt habe. Sie hat sich lange auf der Station aufgehalten und es werden auch andere mit ihr verkehrt haben. — **Justizrat Sello:** War die Jagodja die Geliebte des Dr. Peters?

Zeuge: Ebensowenig wie sie die meinige war. (!) — **Vert. Falk:** Dafür, daß die Jagodja auch mit anderen als mit Ihnen verkehrt hat, haben Sie keine Beweise? — **Zeuge:** Nein, ich war ja nicht dabei (Heiterkeit), aber ich glaube es. — **Vert.:** Weshalb? — **Zeuge:** Aus der ganzen Art, wie sie mit den Soldaten zu schäkern pflegte. — **Vert.:** Sie hatten doch aber alle ihre Weiber. — **Zeuge:** Das schadete nichts, die Weiber schäkerten trotzdem mit den Weißen. Ich entsinne mich z. B., daß Bronsart v. Schellendorff, den die Frau eines Sudanesen einmal eingeladen hatte, zu ihr zu kommen, entrüstet zurückkam und fortwährend schimpfte, weil sie ihn nicht hineingelassen hatte. — **Justizrat Sello:** Es scheint mir von großer Bedeutung zu sein, weshalb die Jagodja bestraft worden ist. Die Gegenseite spricht immer von Spionage. Im Todesurteil steht kein Wort davon, da ist von Konspirieren die Rede. Darunter ist offenbar zu verstehen, daß die Jagodja mit Malamia Rat darüber gepflogen hat, wie man die Weißen auf der Station überfallen und niedermachen könne. — **Zeuge:** Dr. Peters und ich hatten die Ueberzeugung, daß der Verkehr der Jagodja und des Malamia eine Gefahr für die Station und daß das Leben der Leute auf der Station dadurch gefährdet sei. — **Vert. Falk:** Glauben Sie, daß ein Negerhäuptling sich mit einem Mädchen von 16 bis 17 Jahren auf derartige Erörterungen einläßt? — **Sachverst. v. Elpons:** Das glaube ich nicht. — **Vert. Falk** (zum Zeugen Wilhelm): Haben Sie mit der Jagodja verkehrt? — **Zeuge:** Nein. — **Vert.:** Wissen Sie das von anderen? — **Zeuge:** Nein, ich weiß nur, daß jeder Europäer dort sein Mädchen hatte. — **Vert.:** Haben Sie die Jagodja gekannt? — **Zeuge:** Ja. — **Vert.:** War ein Unterschied zwischen der Jagodja und den anderen Mädchen. — **Zeuge:** Die ganze Korona saß immer zusammen, man konnte keinen Unterschied bemerken. — **Dr. Peters:** Es besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen einer Sauria, die einem gehört, und einem Mädchen, wie die Jagodja, die frei herumläuft. Da dieser Punkt nun einmal berührt ist, so kann ich mitteilen, daß der Kompagnieführer Johannes z. B. mich einmal fragte, ob er die Jagodja kommen lassen dürfe. Ich hatte nichts dagegen, denn die Jagodja gehörte doch keinem. — **Vert. Sello:** Wieviel Krieger hat denn Malamia? — **Zeuge v. Pechmann:** Etwa 200. — **Justizrat Sello:** Wieviel Soldaten standen Ihnen zur Verfügung? — **Zeuge:** Höchstens 50. — **Justizrat Sello:** Malamia hatte also die vierfache Uebermacht. Würde Herr v. Elpons, vorausgesetzt, daß Dr. Peters die Ueberzeugung hatte, daß die Jagodja mit einem feindlich gesinnten Häuptling konspiriere und daß ihm dies in glaubhafter Weise mitgeteilt wurde, strenge Maßnahmen gegen die wiedereingelieferte Jagodja für zulässig gehalten haben? — **Sachverst. v. Elpons:** Selbstverständlich. — **Dr. Peters:** Man sagt, die Jagodja habe nichts verraten. Sie wußte eine Menge: von unserem Wachdienst, wo die Posten standen usw. — **Vert. Falk:** (zum Zeugen v. Pechmann): Wieviel Gewehre hatte Malamia? — **v. Pechmann:** Ich weiß nicht mehr die Zahl der Leute, die mit Gewehren bewaffnet waren. — **Vert.:** Vielleicht weiß es der Zeuge Wilhelm? — **Zeuge Wilhelm:** Etwa 10 bis 20. — **Vert.:** Und wie stark schätzten Sie die Besatzung von Marengo? — **Zeuge Wilhelm:** Wir waren damals etwa 40 Mann. — **Vert. Falk** (zum Sachverständigen v. Elpons): Halten Sie nach dem, was soeben gesagt wurde, den Malamia für einen gefürchteten Gegner? — **Sachverst.:** Wenn er sich mit anderen verband, zweifellos. Aber wenn die Gewehre auf der Station in Ordnung waren und Patronen nicht fehlten, konnte man sich seiner erwehren. — **Vert.:** Außerdem war ein Maschinengewehr auf der Station, das allein 600 Schuß in der Minute abfeuerte.

Es folgt nun die Verlesung der vom Reichskolonialamt eingegangenen Vernehmungsprotokolle des damaligen Privatsekretärs von Dr. Peters, des Zeugen Jahnke. In der ersten Vernehmung bekundete er, er erinnere sich, daß ein Schiedsgericht die Jagodja zum Tode verurteilt habe. Dr. Peters habe sich gegen die Todesstrafe ausgesprochen, aber nachdem er, Jahnke und Pechmann, für die Todesstrafe stimmten, fügte sich Dr. Peters. Zeuge bekundet weiter, daß das verurteilte Mädchen die

Suria des Dr. Peters

gewesen sei. Er verneint die Frage, ob die Hinrichtung des Negers Mabruk mit der Hinrichtung des Negermädchens im Zusammenhange stehe. Die zweite Vernehmung des Zeugen Jahnke wurde in Berlin im Auswärtigen Amt durch den Geheimen Legationsrat Schwartzkopf vorgenommen. Dort bekundete der Zeuge, er wisse überhaupt nicht mehr, daß ein Kriegsgericht stattgefunden habe, er wisse nur, daß Dr. Peters ihm das Todesurteil gegen Mabruk diktierte. Dr. Peters habe ihm nicht gesagt, daß er einen Vertrauensbruch des Mabruk im Verkehr mit dem Mädchen gesehen habe. Jahnke hat das Urteil nicht für

ungerecht

gehalten. Maler Kuhnert habe ihn, als Mabruk hingerichtet werden sollte, gebeten, zusehen zu dürfen, da er niemals habe einen hängen sehen. Jahnke erwiderte, das sei doch nicht angängig. Es wurde darauf dem Jahnke die Aussage von Dr. Peters vorgehalten, daß er das Urteil mit Pechmann und Jahnke zusammen in einem Kriegsgericht gefällt habe. Jahnke erwiderte darauf, daß er sich des Kriegsgerichts nicht erinnere. Jahnke ist dann im September, Oktober und Dezember 1898 noch wiederholt vernommen worden. Er sagte auch da aus, daß er sich eines Kriegsgerichts nicht entsinne. Dagegen erinnere er sich, daß Dr. Peters **einen Neger** vor der Abreise nach dem Kilimandscharo **habe prügeln lassen, weil dieser sich weigerte, ihm ein Mädchen zu bringen.** In der letzten Vernehmung sagte Jahnke aus, daß er in der Zeit, in der das Urteil über die Jagodja gefällt worden sei, gefiebert habe und infolgedessen an Gedächtnisschwäche leide. — **Vert. Falk:** Ich habe nun einen

außerordentlich wichtigen Beweisantrag

zu stellen. Ich beantrage, den Oberlandesgerichtsrat Mayer, den Vorsitzenden im Münchener Petersprozeß, und die beiden Rechtsanwälte Bernheim und Rosenthal zu laden. Ich will damit beweisen, daß Dr. Peters in München als **einzigen Grund** für die Verurteilung der Jagodja angegeben hat: „Ich setzte den Bruder des Malamia als Häuptling ein und stellte durch Zeugenvernehmung fest, daß die Jagodja mit dem Malamia in hochverräterische Verhandlungen eingetreten war." — **Vorsitzender:** Haben Sie das in München als einzigen Grund angegeben? — **Dr. Peters:** Wenn es so dasteht, werde ich es wohl gesagt haben. Wir haben uns über die Art der Zeugenvernehmung in München nicht besonders unterhalten. — **Vorsitzender:** Dr. Peters gibt das zu. — Verteidiger **Falk:** Die Sache ist aber für mich sehr wichtig. — **Dr. Peters:** In München haben wir gar nicht so eingehend die Zeugen vernommen. — **Vorsitzender:** Haben Sie außer dem obigen Grunde nichts **weiter in** München vorgebracht? — **Dr. Peters:** Ich weiß es nicht.

ich gebe es zu,

wenn es im Protokoll so steht. — Das Gericht lehnt den Antrag als unerheblich ab. — Justizrat **Sello:** Ich möchte den Sachverständigen v. Elpons noch fragen, ob sein vorhin abgegebenes Gutachten anders gelautet hätte, wenn er gewußt hätte, was mir Dr. Peters soeben mitteilt, daß die Mädchen auf der Station Kriegsdaua (Zauberei und Beschwörung) gemacht haben? — **Sachverständiger:** Es gibt nicht nur Kriegsdaua, sondern Daua gegen Krankheit und ähnliche Dinge. — Justizrat **Sello:** Vielleicht weiß Herr v. Pechmann, ob das damals eine Kriegsdaua war. — **v. Pechmann:** Es war eine Kriegsdaua. — Verteidiger **Falk:** Sie waren doch nur kurze Zeit in Afrika, kennen Sie denn die verschiedenartigen Daua? — **v. Pechmann:** Ich selbst habe keine Daua gemacht, denn wir Europäer machen das nicht. — **Verteidiger:** Ich danke für die gütige Belehrung, aber ich weiß selbst, das wir das nicht machen. Ich bitte, meine Frage präzise zu beantworten. — **v. Pechmann:** Ich glaube bestimmt, mich dessen erinnern zu können. — **Verteidiger:** Es sind jetzt **15 Jahre her** und auf einmal erinnern Sie sich, trotzdem Sie völlig unvorbereitet sind, genau an diesen geringfügigen Vorgang? — **Zeuge:** Ich habe nach dem Münchener Prozeß meine Skizzen und Tagebücher nachgesehen. — Der Vorsitzende ersucht nunmehr beide Parteien, den Sachverständigen zu bezeichnen, den sie für den wichtigsten halten, da er nur noch von jeder Partei einen Sachverständigen hören wolle. — Die Verteidigung bezeichnet als ihren wichtigsten Sachverständigen **Professor Volkens, Dr. Peters** den Major **v. Tiedemann.**

Universitätsprofessor Dr. **Georg Volkens,** Kustos des Botanischen Museums in Berlin, bekundet: Ich war 1¼ Jahr am Kilimandscharo, wohin ich im Januar 1893 kam, also kurze Zeit nach Dr. Peters. Ich war auf der Station Marengo. — Vors.: Glauben Sie, daß die strengen Maßnahmen des Dr. Peters gerechtfertigt waren? — **Sachverst.: Nein.** Die Verhältnisse am Kilimandscharo sind eigenartig und ganz anders wie in anderen Gebieten. Die Eingeborenen der Steppe sind anders wie die Gebirgsbewohner, die in die Steppe nicht hinunterkommen, weil sie sich vor dem Krieg fürchten. Die in die Ebene fließenden Gebirgsbäche teilen das Reich in Streifen, die von Häuptlingen beherrscht werden. Zu Dr. Peters Zeit gab es 36 solche Häuptlinge am Kilimandscharo. Die Größe der einzelnen Landstreifen ist verschieden, manche Häuptlinge herrschen über 100, manche über 1000 und mehr Eingeborene. Die Bedeutung eines Häuptlings liegt weniger in der Zahl seiner Leute, als in der Zahl der Gewehre. **Malamia** war **Unterhäuptling** von **Mareale.** Die Häuptlinge bekriegen einander, aber man darf da unsere europäischen Begriffe von Krieg nicht anlegen. Wenn ein oder zwei Mann totgeschossen sind, ist der Krieg zu Ende. Ich kam nach Marengo und der Stationsleiter Johannes sagte mir, die ganze Gegend sei rebellisch, er warnte mich, mich zu weit zu entfernen. Aber trotzdem eine Kriegsgefahr unmittelbar bevorstand, hatte ich

keinen Augenblick Angst für mein Leben.

Mareale war auf unsere Gewehre angewiesen und stand und fiel mit uns. Dr. Peters sagt, daß die Warongos besonders feindselig und rassenstolz gewesen seien. Die Warongofrage war vor und nach Peters vorhanden. Die Warongos **hatten keine Flinten;** man konnte sie deshalb als quantité négligeable behandeln. Man hätte sie sogar leicht niedermachen können. Auf Grund meiner Erfahrungen und meines Studiums, auf Grund meines persönlichen Eindrucks in diesem Prozeß kann ich **nur** erklären, daß ich die Maßnahmen des Dr. Peters

nicht für gerechtfertigt

halte. Im übrigen sagte ja Dr. Peters in seinem amtlichen Bericht über die Hinrichtung der Jagodja selbst, daß er die Station militärisch so befestigt habe, daß sie **gegen Tausende verteidigt werden könne.** Für Lanzen sei sie überhaupt uneinnehmbar. Dr. Peters saß in Marengo in einer Gegend, die Mareale unterstand. Mareale war ein großer Häuptling und führte sogar mit Peters zusammen Krieg gegen die Warongos. **Dr. Peters lebte also unter seinen Bundesgenossen.** Wie er unter solchen Umständen davon sprechen kann, daß die Situation gefährdet war, verstehe ich nicht.

Letzter Sachverständiger ist Major a. D. **Adolf v. Tiedemann** aus Lübeck. Er bekundet: Für mich als Sachverständiger ist es schwer zu urteilen, wie da unten zu handeln gewesen ist. Wie schwer es ist, geht ja aus den schwankenden Gutachten der Sachverständigen hervor. **Ich kenne das Milieu am Kilimandscharo nicht,** kenne aber die Persönlichkeit des Dr. Peters. Ich war sein einziger Begleiter auf der Emin Pascha-Expedition.

Justizrat **Sello:** Würden Sie nicht, wenn Dr. Peters und Herr v. Pechmann der Meinung waren, die Station sei gefährdet, ebenso gehandelt haben wie Dr. Peters? — **Sachverst.:** Ich kenne das Milieu nicht, glaube aber, daß ich so gehandelt hätte, wenn die Verhältnisse es bedingt hätten. — Vert. **Falk:** Sie sind ein Freund von Dr. Peters? — **Sachverst.: Ja.** — **Vert.:** Sie haben aber wohl nichts gegen Herrn v. Bennigsen? — **Sachverständiger:** Durchaus nicht, sein Bruder ist mit meiner Familie sehr befreundet. — **Vert.:** Halten Sie es für zulässig, daß ein kaiserlicher Offizier und Beamter ein Todesurteil fällt und vollstrecken läßt,

wenn sexuelle Momente mitbestimmend sind?

— **Sachverst.:** Auf diese Frage war ich vorbereitet. Ich habe auch die ganze Nacht nicht geschlafen und darüber nachgedacht. (Heiterkeit.) Ich kann wirklich **darauf keine bestimmte Antwort geben.** Die Frage ist gewissermaßen eine

Preisaufgabe für eine Doktordissertation,

sie ist eine sittliche und ethische Frage. In Betracht kommt das Milieu, ich kann nicht ja und nicht nein sagen. — **Vert.:** Nun nehmen Sie einmal an, daß in irgend einem Stadium des Prozesses Dr. Peters zugegeben hätte, mit aus geschlechtlichen Motiven gehandelt zu haben. Was würden Sie dann sagen? — **Sachverst.:** Vom Standpunkt eines Europäers, der nie einen Krieg mitgemacht hat und nie in Afrika war, ist das Verhalten natürlich unerklärlich. Pater Acker sagte gestern, es gibt nur eine Moral. **Das ist nicht richtig.** Es gibt mehrere Arten Moral. — Vert. **Falk:** Für uns nicht. — **Sachverst.:** Es gibt eine

besondere Kriegsmoral.

Ich habe in China und im Sudan so viel moralische Begriffsverwirrung bei sonst integren Leuten gesehen, daß ich glaube, recht zu haben. Was Herr Dr. Falk mich gefragt hat, ist eine Gewissensfrage, die man nicht mit ja oder nein beantworten kann. — Justizrat **Sello** wünscht den Sachverständigen über die Charaktereigenschaften des Dr. Peters vernommen zu sehen. — Vert. **Falk** widerspricht dem Antrage. Wenn der Antrag zugelassen würde, dann würde er weitgehenden Beweis über die Persönlichkeit des Dr. Peters antreten. Er habe bisher vermieden, die Persönlichkeit des Dr. Peters hineinzuziehen. — Justizrat **Sello:** Im Interesse der schon ohnehin lang ausgedehnten Beweisaufnahme dieses Prozesses ziehe ich meinen Antrag zurück.

Hierauf wird die Weiterverhandlung auf morgen, Sonnabend **früh,** vertagt.

„Der Sparpfennig".

Ein neues Blatt hat das Licht der Welt erblickt! Es ist der „Sparpfennig", der seit einigen Tagen als Monatsblättchen in — Bromberg erscheint. Damit soll einem „dringenden Bedürfnisse" wiederum abgeholfen werden, neue „Sparer" sind zu „gewinnen"! Der im Mai 1907 gegründete „Volksparverband für Deutschland", Sitz Bromberg, hat dieses Blättchen herausgegeben. Der Zweck: Das Volk soll sparen, sparen, sparen!

Am Kopfe dieses Blättchens, welches in Masseu, sogar an die Vorstände der — Krankenkassen versandt wurde, ist ein „Reichspfennig" in mehrfacher Vergrößerung zu erblicken und trägt als Motto die alten Worte: „Spare in der Zeit, so hast du in der Not" — „Wer den Pfennig nicht ehrt, ist des Talers nicht wert." Deshalb haben auch die Reichen die Taler — die Pfennige soll das arme Volk sparen! An dieses wendet sich die neue „Zeitschrift, gewidmet der wirtschaftlichen Fürsorge für die Zukunft"!

„Wirtschaftliche Fürsorge", ist gut! Das Blättchen ist aber just zu einer Unzeit geboren worden und klingen seine Worte wie Hohn auf das Elend des Volkes.

Tausende, Zehntausende Proletarier Deutschlands sind bereits brotlos, arbeitslos. Tausende arbeiten bei verkürzter Arbeitszeit, weiteren Tausenden steht die Entlassung aus den „Brotstellen" infolge allgemeiner Betriebseinschränkungen bevor! Hunger und Elend allerorts und der — „Sparpfennig" erscheint in Bromberg! Von einer Krise haben die Bromberger Herren Rechtsanwälte, Aerzte, Bankiers, Fabrikdirektoren usw. wohl nichts vernommen?!

Klingt es deshalb nicht wie Hohn, das neue Blatt mit den folgenden Versen Wilhelm Schwab's aus Darmstadt einzuführen?

Vor Not dein Alter zu bewahren,
Fang in der Jugend an zu sparen;
Sei klug und stolz in deiner Kraft
Und leg' vom Lohn, den sie dir schafft,
— Leicht kannst du's — stets etwas zurück
Für deiner Zukunft sich'res Glück.
Wer sich gewöhnt, stets vorzusorgen,
Der bleibt bewahrt vor Schuld und Borgen;
Solch' wackrer Sinn wird, weit bekannt,
Geehrt, geliebt im ganzen Land. —
Bald haben Bräutigam und Braut
Aus Pfennigen ihr Haus gebaut;
Sie sparen früh den Kindern schon
Für Hetrat und Konfirmation:
So wird, was andern Sorg' und Pein,
Für sie der Freuden Quelle sein!
Die Kinder blühen um sie her,
Sie werden alt in Fried' und Ehr';
Froh blicken sie in Silberhaaren
Auf ihres Glückes Grund — das Sparen!

Also das ganze Leben eines Darmstädter „Idealarbeiters" besteht aus „Sparen, Sparen"! Daß der Staat endlich inzwischen selbst zugegeben hat, daß der Einzelne durch Sparpfennige sich weder vor Not in Krankheitsfällen, Unfall-, Invaliditäts- und Altersorgen schützen kann und deshalb die vielgepriesene „Soziale Gesetzgebung" schaffen mußte, ist dem Darmstädter Dichter offenbar auch noch nicht bekannt geworden. Er leiert krampfhaft das alte Lied vom „Sparen" von seiner alten Orgel herunter!

Auch daß das arbeitende Volk nicht gut sparen kann, wenn es sich nicht an sich selbst, seiner Familie und einer ganzen Generation versündigen will, ist dem Dichter des Sparens nicht bekannt. Als Poet kennt er offenbar die Notlage des arbeitenden Volkes in Stadt und Land gar nicht, weiß nichts von der großen Teuerung, die fast jedes Sparen unmöglich macht. Ja, er hat noch nicht einmal den Ausspruch eines ehemaligen preußischen Staatsministers über die Lage des arbeitenden Volkes gehört. Eine wirkliche Exzellenz, deren es in Darmstadt ja auch eine Unmenge gibt, Staatsminister a. D. Freiherr v. Berlepsch, erklärte, wie unseren Lesern erinnerlich, vor zwei Jahren in einem Vortrage zu Jena folgendes:

„Kaum mehr als ein Drittel der gewerblichen Arbeiter lebt in befriedigenden Einkommensverhältnissen; die Hälfte kann leidlich auskommen, wenn sie durch Krankheit oder Arbeitslosigkeit nicht gefährdet wird; der übrige Teil lebt unter Bedingungen, die für den Unterhalt einer Familie, zur kräftigen Ernährung und hinreichenden Wohnung unzulänglich sind."

Jedermann sollte doch wissen, daß dieser Redner damit das ganze Elend, welches auf der arbeitenden Klasse lastet, nur leise andeuten wollte! Und trotzdem, nachdem erst kürzlich der Minister von Bethmann-Hollweg den Arbeitern den Sparsinn empfohlen hatte, der neue Posaunenruf zum Sparen! Die große Arbeitslosigkeit ist da, folglich leben mehr als zwei Drittel des arbeitenden Volkes in Verhältnissen, die selbst ein Minister a. D. für „unzulänglich" hält!

Und trotzdem schreibt die Redaktion des neuen Blättchens, daß noch „Millionen über Millionen dem Volkswohlstande zugeführt werden könnten!

„Sparsamkeit wird aber auch geübt, nicht nur durch das Ansammeln von baren Geldbeträgen, sondern durch wirtschaftliches Handeln überhaupt. Fast auf allen Gebieten des menschlichen Lebens kann eine weise Sparsamkeit im Gegensatz zum Geiz auf der einen und der Verschwendung auf der anderen Seite ausgeübt werden. Nicht immer ist eine scheinbare Sparsamkeit auch die richtige Sparsamkeit. Hier können noch Millionen über Millionen dem Volkswohlstande zugeführt werden, wenn es gelingt, durch Aufklärung über die wirtschaftlichen Vorgänge des alltäglichen Lebens wirtschaftliches Handeln der großen Massen des Volkes herbeizuführen. Hierzu unser bescheidenes Scherflein beizutragen, liegt im Rahmen unseres Aufgabenkreises."

Das Blättchen wendet sich dann auch an die Unternehmer, die augenblicklich Zehntausende von Arbeiter auf die Straße werfen und verlangte: Fabriksparkassen!

Groß und breit wird als Anregung der bekannte Erlaß Wilhelm II. veröffentlicht, wonach „der Förderer des Sparsinns" bestimmt hat, daß

a) jedes in Cadinen erstgeborene Kind 10 M. auf ein Sparkassenbuch erhält. Für jedes weitere Kind 5 M. bis zum Verlassen der Schule 10 M. extra;

b) in der Cadiner Schule eine Sparkasse errichtet werden soll und auf jedes über 3 M. lautende Sparbuch ein Zuschuß von 20 Reichspfennigen geschenkt wird usw.

Diese Kabinettsorder spreche für sich selbst, meinte jubelnd das Blättchen und sollte deshalb in „allen Schulen in goldenen Lettern angebracht werden".

Daß aber Tausende von Kindern hungrig zur Schule gehen müssen — natürlich außerhalb von Cadinen — ist der Redaktion des Blattes unbekannt!

Ferner hätte das Blatt schon aus Gründen der Vorsicht, die erst neulich öffentlich durch Gerichtsurteil gebrandmarkte Fabriksparkasse der Firma F. Krupp zu Essen nicht als leuchtendes Beispiel auftischen sollen!

„Heimsparkassen" — „Volksversicherungen" usw. sollen gegründet und gefördert werden!

Schwab singt ja: „leicht kannst Du's!"

Das arbeitende Volk wird anderer Meinung sein!

Würde über diese banalen Zumutungen lachen, wenn es nicht wie Hohn klingen würde!

Der vierte Kongreß der Gewerkschaften Ungarns.

Im großen Prunksaal des neuen Stadthauses zu Budapest begannen am Sonntag, den 5. Januar die für drei Tage berechneten Beratungen der Delegierten der Gewerkschaften Ungarns.

Drei Jahre sind verstrichen, seit dem letzten Gewerkschaftskongreß und obwohl die gewerkschaftliche Bewegung Ungarns stets große Kämpfe zu bestehen hatte, so waren doch in den verflossenen drei Jahren viel mehr Ereignisse von großer Tragweite zu verzeichnen, als man sonst für ein Jahrzehnt berechnen könnte. Eben infolge der großen Kämpfe, die stattgefunden und deren Ergebnisse zumeist die günstigsten waren, nehmen die Tagungen dieses Kongresses das größte Interesse in Anspruch.

Insgesamt 206 Delegierte waren bei Eröffnung des Kongresses anwesend. Als Vertreter Deutschlands und Oesterreichs waren außerdem die Genossen Legien und Hueber erschienen.

Nach den üblichen Begrüßungsreden erstattet Gen. Jaszai als Sekretär des Gewerkschaftsrates

Bericht über die Tätigkeit der ungarländischen Gewerkschaft.

Die ungarischen Gewerkschaften befassen sich hauptsächlich mit der Fortbildung und Unterstützung der Mitglieder und haben auf diesem Gebiete eine außerordentlich wichtige Mission zu erfüllen. Damit die Fortbildung der Mitglieder ungestört vor sich gehen könne, haben die Gewerkschaften Privatlokalitäten gemietet und wenden diesem Zwecke riesige Summen zu. So haben die Budapester Gewerkschaften im Jahre 1904 48 000 K., im Jahre 1905 64 000 K. und im Jahre 1906 85 000 K. an Miete verausgabt.

Dies sind große Opfer, sie haben aber auch ihren Erfolg. Innerhalb weniger Jahre hat sich das geistige Niveau der ungarischen Arbeiter in erstaunlichem Maße gehoben. Durch die Verlegung der Vereinslokalitäten in Privathäuser werden die Arbeiter des Gasthauses entwöhnt. Die Arbeitslosen verbringen in diesem Heim die Zeit mit Lesen oder sonstigem nützlichen Zeitvertreib; die in Arbeit sich befindenden suchen des Abends den Verein auf, wo sie Vorträge anhören, oder aber auch mit Lesen sich vergnügen.

Wie weit das Unterstützungswesen in den letzten Jahren vorwärts schritt, beweisen Zahlen. So zahlten die Gewerkschaften in den letzten Jahren

Jahr	Arbeitslosenunterstützung	Reiseunterstützung	Kranken-, Waisen-, Begräbnis- usw. Unterstützung	Unterricht und Fachblätter
1904	124 000 Kr.	37 000 Kr.	199 000 Kr.	59 000 Kr.
1905	165 000 „	39 000 „	200 000 „	69 000 „
1906	185 000 „	44 000 „	216 000 „	174 000 „

Außer dem Unterricht und den Unterstützungen haben die Gewerkschaften auch auf dem Gebiete der Arbeitsvermittelung ein sehr ersprießliches Wirken an den Tag gelegt. Bei all dem, daß in den letzten Jahren die Hetze gegen die Gewerkschaften eine große war, hat sich die Arbeitsvermittelung dennoch von Jahr zu Jahr entwickelt. Die Arbeitgeber — so unsympathisch ihnen auch die Gewerkschaften sind — wenden sich doch lieber an die Gewerkschaften um Arbeiter als an die vom Staat oder den Munizipien erhaltenen Arbeitsvermittelungsinstitute. In den Gewerkschaften bekommen sie intelligente Arbeiter, während in den von der Behörde erhaltenen Instituten zumeist weniger gut ausgebildete oder auch ganz ungelernte Arbeiter sich aufhalten.

Das Resultat der Arbeitsvermittelung der Gewerkschaften war folgendes: im Jahre 1904 meldeten sich 16 938 Arbeiter, plaziert wurden 11 026, oder 65 Proz.; im Jahre 1905 meldeten sich 18 927 Arbeiter, plaziert wurden 11 210 oder 61 Proz.; im Jahre 1906 meldeten sich 24 952 Arbeiter, plaziert wurden 17 683 oder 71 Proz. der sich Meldenden.

Im Rahmen der Gewerkschaften haben in den letzten drei Jahren große Veränderungen stattgefunden. Lokalvereine bildeten sich zu Landesverbänden um, andererseits aber sind mehrere Vereine den schon im Jahre 1904 bestandenen Verbänden beigetreten. So gehörten am 1. Januar 1904 17 Landesverbände mit 482 Fachgruppen und 27 selbständige Lokalvereine, am 1. Januar 1906 aber 25 Landesverbände mit 1625 Fachgruppen und 13 Lokalvereine in den Verband des Gewerkschaftsrates. Die Zahl der auf moderner Basis organisierten Mitglieder war am 1. Januar 1904 51 070 Männer und 2099 Frauen, am 1. Januar 1905 147 829 Männer und 5503 Frauen, zusammen gehörten daher 153 332 Mitglieder der Gewerkschaften in den Verband des Gewerkschaftsrates. In letzterer Zahl sind auch 24 000 Landarbeiter eingerechnet.

Interessant wäre es, zu wissen, wieviel organisierte Arbeiter es gibt, die außerhalb des Verbandes des Gewerkschaftsrates stehen; diesbezügliche genaue Daten waren aber bei bestem Bestreben nicht zu erlangen.

In jüngster Zeit konstituierten sich in kurzer Aufeinanderfolge die christlich-sozialen Verbände, da deren Statuten von der Koalitionsregierung mit einer staunenerregenden Raschheit gutgeheißen wurden. Vergebens war aber das Wohlwollen der Regierung, die Christlich-Sozialen sind in Ungarn zu spät zum Leben erwacht; denn es finden sich kaum Arbeiter, die sich in ihre Vereine einschreiben ließen. Ebenso erging es auch den patriotischen Vereinen. Einige Streber wollten mit Unterstützung der Regierung das Land beglücken und gründeten „Arbeiterschutzvereine", die gewerblichen Arbeiter aber besaßen Verstand genug, dem patriotischen Humbug nicht aufzusitzen.

In Betracht kommende Faktoren bilden daher nur die in den Verband des ungarischen Gewerkschaftsrates gehörenden Organisationen; denn die anderen haben entweder keine Mitglieder, oder nur in so geringer Zahl, daß sie in der Arbeiterbewegung überhaupt nicht zählen.

Die Entwickelung der Vereine der gewerblichen Arbeiter veranschaulicht nachstehende Tabelle:

	Mitgliederstand der Gewerkschaften	Prozentsatz der gewerbl. Arbeiter
Am 31. Dez. 1901	9 999	2,89
„ 31. „ 1902	15 270	3,55
„ 31. „ 1903	41 138	9,84
„ 31. „ 1904	53 169	12,72
„ 31. „ 1905	71 178	17,03
„ 31. „ 1906	129 332	30,94

Die Einnahmen der Gewerkschaften steigen von Jahr zu Jahr im Verhältnis zum Anwachsen der Mitgliederzahl.

Die Einnahmen und Ausgaben der letzten drei Jahre waren folgende:

	Einnahmen	Ausgaben
im Jahre 1904 . .	846 820,32	706 520,77 Kronen
im Jahre 1905 . .	1 131 987,33	878 367,10 „
im Jahre 1906 . .	1 680 059,12	1 330 208,81 „
Zusammen . .	3 658 866,77	2 915 096,68 Kronen
Kassenrest der Gewerkschaften am 31. 12. 1906 .		1 246 648,77 Kronen
Inventarvermögen		246 903,97 „
Gesamtvermögen . .		1 493 547,74 Kronen

Innerhalb dreier Jahre hat sich das Gesamtvermögen der Gewerkschaften um beiläufig 700 000 Kronen vermehrt. Es war nämlich im Jahre 1904 ein Gesamtvermögen von 743 334 Kr. vorhanden, welche Summe sich bis Ende 1906 verdoppelte.

Die Fachblätter der gewerblichen Arbeiter erschienen Ende 1904 in 61 500, Ende 1905 in 82 400, Ende 1906 in 145 000 und zu Ende 1907 in 150 800 Exemplaren. Dies sind die Blätter mit rein gewerkschaftlichem Charakter und kommen noch hierzu das Blatt der Landarbeiter „Die Weltfreiheit" in vielen tausend Exemplaren, das Blatt „Der weibliche Arbeiter" mit 1000 und das Blatt „Der jugendliche Arbeiter" mit 1500 Exemplaren.

Von den im Jahre 1905 stattgefundenen Streikbewegungen endeten 251 mit vollem und 318 mit partiellem Erfolg, während 83 erfolglos und 74 unbekannten Resultates blieben.

Arbeitszeitverkürzung erreichten 32 418 Arbeiter zusammen täglich 55 995½ Stunden; Lohnerhöhung erreichten 39 798 Arbeiter zusammen täglich 14 672,20 Kronen.

Von den im Jahre 1906 stattgefundenen Streikbewegungen endeten 397 mit vollem und 280 mit teilweisem Siege, 74 erfolglos und 14 mit unbekanntem Resultat: 7 Bewegungen waren am Ende des Jahres noch nicht beendet.

Arbeitszeitverkürzung erreichten 65 115 Arbeiter zusammen täglich 63 097 Stunden; Lohnerhöhung erreichten 79 333 Arbeiter zusammen täglich 31 615,05 Kronen.

Die Zahl der verlorengegangenen Arbeitstage — abgerechnet die Streiks der Angestellten bei der elektrischen Straßenbahn und der Landarbeiter — war 1 019 899, der Lohnentgang betrug im Jahre 1906 3 029 802 Kronen.

Demgegenüber beträgt die erreichte Lohnerhöhung täglich 31 615,05 Kr. Wenn wir jetzt — abgerechnet die Arbeitslosigkeit und sonstige Feiertage — 210 Arbeitstage als Basis nehmen, dann

ersieht man, daß im Jahre 1906 79 883 Arbeiter jährlich 6 639 086 Kr., oder aber ein Arbeiter durchschnittlich jährlich 82 Kr. 68 Heller Lohnerhöhung erzielte.

Kollektivverträge.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung hielt Gen. Gabriel Horowitz ein längeres Referat und reichte folgenden Beschlußantrag ein:

Die bedeutende Erstarkung der Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen macht die Kollektivverträge einesteils notwendig, anderenteils möglich. Die Verträge sichern beiden Parteien gewisse Vorteile. Den Arbeitgebern sichern sie für die Dauer der Vertragsgültigkeit den wirtschaftlichen Frieden mit den Arbeitern; den Arbeitern bieten sie während dieser Zeit Gelegenheit zur Kraftaufspeicherung und zum Ausbau ihrer Organisationen. Der Wert dieser Vorteile der Kollektivverträge ist jedoch für die Arbeitgeber in der Regel größer als für die Arbeiter, da die letzteren während der Dauer des Vertrages die eventuellen günstigeren Konjunkturen nicht ausnützen können, den Arbeitgebern sich aber zur vollständigen Ausnützung der günstigeren Situation die Gelegenheit bietet. Deshalb ist bei Schließung solcher Verträge die größte Vorsicht und sorgsamste Erwägung dessen zu empfehlen, ob die erreichten Resultate die gebrachten Opfer wert sind.

Ausgehend von dem Grundprinzip, daß es nicht das Ziel der auf der Basis des Klassenkampfes stehenden Organisationen bilden kann, den Frieden zu stabilisieren, sondern nur einen Waffenstillstand zu gewinnen, empfiehlt der IV. Gewerkschaftskongreß folgende Gesichtspunkte der Aufmerksamkeit der Organisationen:

1. Es mögen möglichst kurzfristige Verträge abgeschlossen werden, weil die langfristigen Verträge die Ausnützung günstiger Konjunkturen unmöglich machen.

2. Die Verträge sollen nicht zu einer Zeit ablaufen, in welcher in der Branche entweder keine oder nur wenig Arbeit ist.

3. Die Organisationen können solche Verträge nicht abschließen, welche die Mitglieder zur Verrichtung von Streikarbeit zwingen, oder welche überhaupt geeignet sind, im Innenleben der Organisation Zwietracht zu stiften.

4. Schließlich spricht der Kongreß aus, daß solche Verträge, welche auf Kosten der Konsumenten die freie Konkurrenz beschränken, und welche unter Haftung oder mit Einwilligung der Organisationen die Produkte des betreffenden Industriezweiges verteuern, unter keinen Umständen abgeschlossen werden können.

Ueber diesen Beschlußantrag entspann sich eine längere Debatte, an der besonders der Vertreter des Verbandes der Buchdrucker, Gen. Peidl, in längerer Rede teilnahm.

Um 6 Uhr abends wurden die Verhandlungen abgebrochen.

In seinem Schlußwort empfahl der Referent als Zusatzantrag die Annahme des Antrages des Verbandes der Bauarbeiter, der folgendermaßen lautet:

Mit Rücksicht darauf, daß die Schließung der Kollektivverträge von großer Wichtigkeit ist, spreche der Gewerkschaftskongreß aus, daß vor der Unterfertigung der Kollektivverträge die Zustimmung des Gewerkschaftsrates einzuholen ist. In der Provinz haben die Verbandsleitungen auf die Schließung der Kollektivverträge die gleiche Ingerenz auszuüben.

Der Antrag wurde mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.

Ueber Punkt 3 der Tagesordnung:

Streik- und Vereinigungsrecht

referierte Genosse Knittelhofer und reichte folgende Resolution ein:

In den auf die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse abzielenden Kämpfen sind Streik und Boykott unentbehrliche Mittel. Diejenigen, welche dieses Mittel unmöglich machen wollen, handeln gegen Fortschritt und Gemeinwohl. In Ungarn erschwerte man den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter mit der Beschränkung des Vereinigungs- und Versammlungsrechtes. Während die Arbeitgeber volle Vereinigungsfreiheit genießen, schwarze Listen herausgeben können und ihre Kollegen straflos terrorisieren dürfen, verfolgt man die für eine bessere Existenz kämpfenden Arbeiter und löst ihre Vereine unbegründeterweise auf.

Das Vereinigungsrecht in Ungarn regeln Ministerialverordnungen in der Weise, daß man mit jeder einzelnen Verordnung dieses Recht lediglich beschränkt und so den rückständig denkenden Behörden Gelegenheit bietet, die Organisationen der Arbeiter zu verfolgen.

Demzufolge erklärt der Kongreß all jene Bestrebungen, die auf die Beschränkung des Vereinigungs- und Versammlungsrechtes sowie der Streikfreiheit abzielen, als Attentat gegen Volk und Kultur. Nachdem die von den Ministern des Innern und des Handels erlassenen Verordnungen die behördlichen Organe, Polizeihauptleute und Stuhlrichter gleichsam ermuntern, das Vereinigungs- und Versammlungsrecht mit Füßen zu treten, fordert der Kongreß:

Daß sämtliche bisher erlassenen, gegen Kultur- und Freiheit gerichteten, auf das Vereinigungs- und Versammlungsrecht bezüglichen Verordnungen zurückgezogen werden mögen; ferner fordert er, daß man ein solches Gesetz schaffe, welches sowohl das Vereinigungs- und Versammlungsrecht, wie auch die volle Streikfreiheit sichert.

Der Kongreß macht es der Arbeiterklasse Ungarns zur Pflicht, daß sie den fürs Vereinigungs- und Versammlungsrecht bereits begonnenen Kampf mit gesteigerter Kraft solange fortsetzt, bis sie die volle Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit erkämpft hat.

Die folgenden Redner sind alle für den Antrag und sprechen im ähnlichen Sinne, worauf der Kongreß Schluß der Debatte wünscht. Dagegen ist Genosse Garai, Delegierter des Eisenbahnarbeiterverbandes. Der Kongreß erklärt jedoch die Debatte für beendet, erlaubt jedoch Genossen Garai, noch zu diesem Punkte der Tagesordnung zu sprechen.

Genosse Garai führt folgendes aus:

Vom Eisenbahnarbeiterverband delegiert, beantrage ich im Interesse der entrechteten Eisenbahnarbeiter Ungarns, die vom Staate ausgebeutet werden, folgenden Zusatzantrag:

Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter Ungarns wurde mit der Beschränkung des Vereinigungs- und Versammlungsrechtes erschwert. Ja, die Eisenbahner wurden ihres Vereinigungs- und Versammlungsrechtes durch Ministerialerlasse, die die Kraft eines Gesetzes in sich bergen, direkt beraubt.

Redner begründet seinen Zusatzantrag damit, daß bei Besprechung des Vereinigungs- und Versammlungsrechtes neben den Allgemeinheiten auf jene schmähliche Tatsache hingewiesen werden muß, daß die Eisenbahner dieser ihrer Rechte durch das Gesetz selbst beraubt wurden. Es ist bekannt, daß die Dienstpragmatik den Eisenbahnern das Streikrecht nahm und Streikende mit Kerkerstrafen bedroht. Dies ist nun keine die Eisenbahnarbeiter allein betreffende Unbill, sondern ein Attentat gegen die Gesamtarbeiterschaft, denn die Dienstpragmatik birgt in dieser ihrer Verfügung das erste Streikgesetz in Ungarn. Dies muß in dem Beschlußantrag besonders festgenagelt werden, und muß der Kongreß aussprechen, daß die am Kongreß vertretenen Gewerkschaften mit den Eisenbahnern sich solidarisch erklären. (Lebhafter Beifall.)

Der Kongreß nahm auch den Zusatzantrag des Genossen Garai an.

Zum Punkt 6 der Tagesordnung:

Arbeiterschutz

nahm der Kongreß folgende Resolutionen an:

I.

Der IV. Gewerkschaftskongreß gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß man in Ungarn noch kein einziges Gesetz schuf, welches die Gesundheit und das Leben des Arbeiters wirksam schützen würde. Das Krankenunterstützungs- und Unfallversicherungsgesetz vom Jahre 1907 ward hauptsächlich im Interesse der Arbeitgeber geschaffen. Dieses Gesetz beraubt die Arbeiter ihrer erworbenen Rechte im Tausche für ein elendes Almosen, indem es die Vertretung der Arbeiterschaft von der Zweidrittelvertretung auf die Parität herabdrückte. Demzufolge spricht der Kongreß aus, daß er nur von solch einem Arbeiterversicherungsgesetz ein Resultat erwartet, welches den Arbeitern das Selbstverwaltungsrecht gibt. Der Kongreß fordert daher die Modifikation des Versicherungsgesetzes, fordert die Auflassung der Unternehmungskassen und die Zentralisation der Bergwerksbruderladen; fordert ferner, daß auch die landwirtschaftlichen Arbeiter und das Gesinde der Versicherungspflicht unterzogen werden.

II.

Mit Rücksicht darauf, daß die heutige Institution der Gewerbeinspektion mangelhaft ist und ihrer Bestimmung überhaupt nicht entspricht, fordert der Kongreß die Modifikation des Gesetzes über die Gewerbeinspektion in der Weise, daß aus dem Wirkungskreise der Gewerbeinspektion all jene Funktionszweige ausgeschaltet werden mögen, welche nicht Arbeiterschutzzwecken dienen. Die Zahl der Gewerbeinspektoren sei durch Verwendung von Arbeitern beiderlei Geschlechtes zu vermehren. Die landwirtschaftlichen Betriebe und das Kleingewerbe seien auch unter Gewerbeaufsicht zu stellen.

Des weiteren fordert der Kongreß, daß das Gesetz über die Sonntagsruhe in der Weise zu ergänzen sei, daß es jedem Arbeiter eine mindestens 36stündige, ununterbrochene Arbeitsruhe sichere.

Schließlich fordert der Kongreß die gesetzliche Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und die Schaffung des von der Regierung bereits versprochenen Gesetzes über die Alters- und Invalidenversicherung, mit der anatomen Verwaltung seitens der Versicherten und ohne Belastung derselben.

Von Wichtigkeit sind folgende zwei Zusatzanträge:

1. Mit Rücksicht auf den beschämenden Zustand, daß in Ungarn bisher weder im amtlichen noch im gesellschaftlichen Wege ein Versuch gemacht wurde, jene eine gewaltige Schicht der Arbeiterschaft ständig dezimierenden Gefahr: die Blei- und Phosphorvergiftung möglichst zu beschränken, beantragen wir:

Der Kongreß weise den neu zu wählenden Gewerkschaftsrat an, er inszeniere eine Landesbewegung im Interesse der Abwendung der Blei- und Phosphorvergiftung durch gesetzliche Maßregelung der Fabrikation und Aufarbeitung solcher giftigen Stoffe.

Der Gewerkschaftsrat trachte dahin, daß die aus Blei- und Phosphorvergiftungen sowie aus anderen speziellen, der Beschäftigung entspringenden Erkrankungen im Wege der Gesetzgebung als gewerbliche Unfälle qualifiziert, resp. beurteilt werden, sowohl vom Gesichtspunkte der Unfallversicherung, wie auch von dem gerichtlichen Verfahrens aus.

Verband der ungarländischen Malerarbeiter.

2. Die Nagyszebener Arbeiterorganisationen unterbreiten dem durch den Gewerkschaftsrat einberufenen Gewerkschaftskongreß folgenden Antrag:

Nachdem die Verfügungen des jüngst ins Leben gerufenen Unfall- und Krankenversicherungsgesetzes die Interessen, insbesondere der Saisonarbeiter, wie Zimmerer, Maurer und Zimmermaler, in keiner Weise vertreten, ja zu ihrem direkten Schaden sind, inszeniere der Gewerkschaftsrat im ganzen Lande eine intensive Bewegung, damit dieses Gesetz dahin modifiziert werde, daß in demselben die Arbeiter der oben genannten Branchen so betrachtet werden, als würden sie auch den Winter über arbeiten und Beiträge zahlen.

Der Nagyszebener Gesamtausschuß.

Auch ein längerer Antrag zum Kampf gegen den Alkoholismus wurde nach kurzer Debatte angenommen.

Unter den Klängen der Marseillaise ging der Kongreß auseinander.

Der Bericht eines Gendarmen

war es wieder einmal, aus dem einem Versammlungsredner ein Strick gedreht werden sollte. Genosse Heinig hielt im sozialdemokratischen Wahlverein in Nieder-Schönweide einen Vortrag, über den der Gendarmeriewachtmeister Donath einen Bericht erstattete. Auf Grund dieses Gendarmenberichts ist gegen den Genossen Heinig Anklage erhoben worden wegen **Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen und Beschimpfung der christlichen Kirche.** Am Freitag verhandelte die 2. Strafkammer des Landgerichts II über die Sache und da machte der Vorsitzende den Angeklagten darauf aufmerksam, daß auch eine Bestrafung wegen **Gotteslästerung** in Frage kommen könne.

Der einzige Zeuge der Staatsanwaltschaft war Wachtmeister Donath. Bei der Wiedergabe des Vortrags ging es ihm so, wie es Gendarmen und Polizeibeamten in der Regel zu gehen pflegt, wenn sie Ausführungen von Rednern wiedergeben sollen, zu deren Verständnis und richtiger Auffassung nicht Pflichttreue und Diensteifer ausreicht, sondern eine gewisse Vorbildung erforderlich ist, die ein Gendarm nun mal oft nicht hat. Wachtmeister Donath hat sich einzelne Aeußerungen des Redners notiert. Schon diese waren naturgemäß nicht richtig wiedergegeben. An der Hand dieser teils ganz unzutreffenden Notizen hat er den Gedankengang des Vortrages zu rekonstruieren versucht und ist so zu einem ganz falschen Resultat gekommen, zu einer Auffassung über den Sinn der Rede, wie sie ihn gar nicht gehabt haben kann. Das merkte bei der Zeugenaussage Donaths jeder, der mit den Gedanken und Ideen, welche die sozialdemokratische Bewegung beherrschen, auch nur einigermaßen vertraut ist. So hat der Zeuge beispielsweise in seinem Bericht, der die Grundlage der Anklage bildet, angegeben, daß bestimmte beschimpfende Aeußerungen vom Redner in unmittelbarer Beziehung auf Gott gebraucht worden seien. Als Zeuge mußte der Gendarm dagegen zugeben, daß der Redner ausgeführt hat: **Wenn Euch jemand das und das von Gott sagt, so sind das vorsintflutliche Witze, alberne Märchen, wodurch jene Leute den Gott zu einem Popanz machen.** — In ähnlicher Weise haben sich auch andere Aeußerungen des Genossen Heinig im Kopfe des Wachtmeisters Donath zu einem schier unkenntlichen Zerrbild dessen gestaltet, was der Redner wirklich gesagt hat. Nach Donaths Angabe soll Heinig auch gesagt haben, die Religion ist nur eine Kulturmacht. Der **Angeklagte** hielt dem Zeugen entgegen, daß er allerdings die Religion als eine Kulturmacht bezeichnet habe, daß aber eine Kulturmacht doch nicht etwas so minderwertiges sei, wie der Gendarm anzunehmen scheine und ein anständiger Mensch also nicht geringschätzig sagen könne, nur eine Kulturmacht. Verzerrungen ähnlicher Art fanden sich in den Angaben des Wachtmeisters Donath noch eine große Menge. Zu verwundern ist das nicht, zumal der Wachtmeister Donath seiner eigenen Aussage nach sich schon von vornherein über die Aeußerungen des Redners ärgerte. Unter solchen Umständen ist nicht zu erwarten, daß ein zuverlässiger Bericht geliefert werden kann, der eine auch nur leidlich sichere Unterlage für eine Anklage bilden könnte.

Aber die Angaben im Bericht des Wachtmeisters Donath genügten nicht nur der **Staatsanwaltschaft** zur Erhebung der Anklage, sondern selbst der Leiter der Verhandlung, **Landgerichtsdirektor Pusch**, bezeichnete die Angaben des Zeugen Donath als sehr klar, so daß man nicht sagen dürfe, hier sei ein Gendarm in eine Versammlung geschickt, der von politischen Dingen nichts verstehe.

Obgleich **vier Teilnehmer** der Versammlung als Zeugen auftraten und den Sinn der Ausführungen des Angeklagten ganz anders wiedergaben wie der Wachtmeister, so hatte doch der Angeklagte und sein Verteidiger **Theodor Liebknecht** in der Hauptsache dagegen anzukämpfen, daß das Gericht sich die unzutreffende Auffassung des Gendarmen zu eigen machte.

Für den **Staatsanwalt** waren die Angaben des Zeugen Donath allein maßgebend. Ueber die Widersprüche in Donaths Auffassung der Rede Heinigs setzte sich der Staatsanwalt sehr leicht hinweg. Die Religion ist **nur** eine Kulturmacht, das entspricht ja vollkommen der sozialdemokratischen Anschauung, wonach die heutige **Kultur Unkultur** ist, sagte der Staatsanwalt, der auch mit großer Emphase **betonte, daß es eine Dreistigkeit sei, wenn ein so** junger Mensch wie der Angeklagte, der erst 21 Jahre alt ist, in dieser Weise über die Religion spreche. Die Anklage auf Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen ließ der Vertreter der Anklagebehörde fallen, weil in dieser Hinsicht nichts erwiesen war. Er beantragte wegen Beschimpfung der christlichen Kirche eine **Gefängnisstrafe von 3 Monaten.**

Rechtsanwalt Liebknecht begründete des näheren, weshalb die Aussage des Wachtmeisters Donath nicht als objektiv gelten könne und wies im einzelnen nach, daß der Angeklagte nicht die Religion und die Kirche angegriffen oder gar beschimpft, sondern nur die Anwendung kritisiert habe, welche von der Religion gemacht werde, um das Volk nach einer gewissen Richtung hin zu beeinflussen. Weiter bemerkte der Verteidiger, die Ansicht des Staatsanwalts, daß die Sozialdemokratie die heutige Kultur für Unkultur halte, sei ihm neu. Wir Sozialdemokraten erkennen die heutige Kultur an, wir wollen sie fördern und die Menschheit auf eine **höhere** Kulturstufe heben. Der Verteidiger beantragte die **Freisprechung** des Angeklagten, weil derselbe die Kirche nicht beschimpft, übrigens auch seinen Vortrag in einer Mitgliederversammlung des Wahlvereins, also nicht öffentlich gehalten habe. Auch aus diesem Grunde müsse Freisprechung erfolgen.

Genosse **Heinig** gab in seinem Schlußwort dem Staatsanwalt eine Antwort auf die Anspielung auf Heinigs jugendliches Alter. Er sagte, wenn vielleicht ein 21jähriger Staatsanwalt noch keine eigene Meinung habe, so dürfe man es doch nicht als Dreistigkeit bezeichnen, daß ein 21jähriger Arbeiter, der sich unter vielen Mühen ein höheres Maß von Bildung und eine eigene Meinung erworben hat, seine Meinung auch vertritt, und wenn der Staatsanwalt nur an strafbare Aeußerungen denke, so seien solche, von einem 40jährigen gebraucht, doch nicht strafbarer, als ob sie ein 21jähriger mache.

Der **Staatsanwalt** hatte auf die Zurückweisung nur eine verlegene Antwort.

Das **Gericht** schenkte den Angaben des Wachtmeisters Donath vollen Glauben und nahm an, daß der Angeklagte alle die Aeußerungen gebraucht habe, die der Zeuge Donath bekundete. Da diese Aeußerungen aber im geschlossenen Kreise einer Mitgliederversammlung gefallen sind, so liege keine öffentliche Beschimpfung der Kirche vor, der Angeklagte mußte deshalb **freigesprochen** werden.

Die ebenso neue wie total falsche Ansicht des Staatsanwalts über die vermeintliche Anschauung der Sozialdemokratie ist geeignet, die Notwendigkeit des Ersatzes „gelehrter" — nicht nur junger — Juristen durch Volksrichter, gewählt aus allen Teilen des Volkes, von neuem zu erweisen.

Gerichts-Zeitung.

Juristischer Kindermord?

Vor der 1. Strafkammer des Landgerichts III stand am Freitag Genosse Dr. Heinrich Braun, um aufs neue sich zu verantworten wegen angeblicher Beleidigung jenes Richterkollegiums in Beuthen, von dem zwei Kinder im Alter von 12 und 13 Jahren wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes zu je einem Jahre Gefängnis, der Mindeststrafe, verurteilt worden waren. Die beiden Kinder, ein Knabe und ein Mädchen, hatten Steine auf die Schienen der Straßenbahn gelegt, weil sie mal sehen wollten, „wie die Straßenbahn hoppst", die Straßenbahn war aber beim „Hoppsen" entgleist.

Dr. Braun besprach im Mai 1906 jenes Urteil in seiner Zeitschrift „Neue Gesellschaft" in einem Artikel, der die Ueberschrift „Juristischer Kindermord" trug, und die Frankfurter „Volksstimme" entnahm aus der „Neuen Gesellschaft" diesen Artikel. Die Kritik mißfiel der Staatsanwaltschaft zu Beuthen, und auf einen Wink von ihr erklärten dann die Richter samt dem Ersten Staatsanwalt, daß sie sich beleidigt fühlten. Der Präsident des Landgerichts Beuthen stellte bei der Frankfurter Staatsanwaltschaft Strafantrag gegen „alle an der Herstellung des Artikels beteiligten Personen". Angeklagt wurde zunächst nur der verantwortliche Redakteur der „Volksstimme", aber der Prozeß gegen ihn endete mit Freisprechung. Dr. Braun, der verantwortliche Redakteur der „Neuen Gesellschaft", war unbehelligt geblieben. Erst nach der Freisprechung des Redakteurs unseres Frankfurter Bruderblattes wurde von der Staatsanwaltschaft bei dem Präsidenten des Landgerichts Beuthen angefragt, ob man nun auch noch Braun prozessieren solle. Der Landgerichtspräsident antwortete, er „halte den Strafantrag aufrecht", und so kam es zur Erhebung der Anklage auch gegen den Genossen Braun, die mit seiner Verurteilung zu 100 Mark Geldstrafe endete. Der Verurteilte legte Revision ein; die Staatsanwaltschaft, die die 100 Mark für noch zu wenig hielt, tat ein Gleiches. Braun wurde abgewiesen, dem Revisionsantrage der Staatsanwaltschaft wurde stattgegeben. Der Angeklagte sei, so entschied das Reichsgericht, zu bestrafen gewesen nicht aus § 185 (formale Beleidigung), sondern aus § 186 (üble Nachrede).

In der erneuten Verhandlung vor der 1. Strafkammer des Landgerichts III unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Warnatsch wurde zunächst die Frage geprüft, ob nicht Verjährung eingetreten sei. Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn, der dem Angeklagten als Verteidiger zur Seite stand, führte aus, daß der Strafantrag gegen Braun in rechtsgültiger Form erst am 17. November 1906 gestellt worden sei, während die betreffende Nummer der „Neuen Gesellschaft" bereits am 16. Mai, also vor mehr als sechs Monaten, herausgekommen war. Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß schon unterm 4. Oktober die erste Ladung Brauns erfolgt sei, um ihn nach dem Verfasser zu fragen. Der Verteidiger bestritt, daß hierdurch die Verjährung unterbrochen werden konnte; es gebe keine Prozeßhandlung, ohne daß ein formell richtiger Strafantrag vorliege. Der Strafantrag habe sich zunächst nur gegen die „Volksstimme" gerichtet, nur auf sie habe der Wille des Antragstellers sich bezogen, nur ihr habe gegolten die dem Landgericht Beuthen von der Staatsanwaltschaft gemachte Offerte, Strafantrag zu stellen. Der Staatsanwalt erwiderte, die richterliche Handlung vom 4. Oktober hätte die Verjährung unterbrochen, auch wenn noch kein Strafantrag vorgelegen hätte. Ein solcher habe aber, das suchte er glaubhaft zu machen, tatsächlich bereits vorgelegen; denn der Ausdruck „gegen alle beteiligten Personen" schloß vor allem auch den geistigen Urheber, den Dr. Braun, ein. Dem Antrage des Staatsanwalts, im Zweifelsfalle den Landgerichtspräsidenten und den Ersten Staatsanwalt zu Beuthen zu vernehmen, schloß der Verteidiger sich an, der schon vorher auf diese Eventualität hingewiesen hatte.

Das Gericht kam zu dem Beschluß, der Landgerichtspräsident und der Erste Staatsanwalt zu Beuthen seien kommissarisch darüber zu vernehmen, ob sie von vornherein über die „Volksstimme" hinaus noch andere Personen, vor allem Dr. Braun, zur Verantwortung gezogen wissen wollten. Zwar habe in der ersten Verhandlung gegen Braun weder der Angeklagte noch der Verteidiger Bedenken gegen die Korrektheit des Strafantrages erhoben, aber immerhin sei die Auslegung, die jetzt vorgebracht werde, wohl möglich. Hiernach mußte die Verhandlung vertagt werden.

Ein Strafantrag ist eine Willenserklärung, die nicht länger zu sein braucht als wenige Zeilen, und im vorliegenden Falle sicher auch nicht länger war. Es scheint manchmal selbst hochbeamteten und erfahrenen Juristen recht schwer zu sein, eine so einfache Aeußerung, wie es ein Strafantrag ist, mit ausreichender Bestimmtheit und zweifelsfrei abzugeben. Das Gericht war ja hier freundlich genug, den beiden Beamten Gelegenheit zu geben, unter ihrem Eide darüber auszusagen, was sie sich mit ihrem Strafantrage eigentlich gedacht haben. Hätten doch alle Gerichte so viel Nachsicht mit unklaren Aeußerungen und Anträgen auch dann, wenn es sich um Angeklagte, nicht um beamtete Zeugen, und um ungebildete Leute, nicht um Juristen in hervorragender Stellung, handelt.

Briefkasten der Redaktion.

E. M. 4486. Wenden Sie sich an die Offenbacher Krankenkasse für Frauen und Mädchen, Prinzenstraße 66 bei Hing. — **E. K. 67.** Die Stempelsteuer beträgt in Ihrem Fall nur 1 M. Im übrigen fordern Sie den Wirt auf, die Plage innerhalb einer von Ihnen zu setzenden angemessenen Zeit zu beseitigen, drohen Sie, daß Sie sonst auf seine Kosten durch einen Kammerjäger die Plage beseitigen lassen würden und führen Sie Ihre Drohung aus. — **100—150.** Sie können mit Aussicht auf Erfolg auf Rückzahlung klagen. — **H. K.** Die Angebote haben schriftlich zu erfolgen. — **S. 2.** Ihre Frau kann in dem Prozeß beantragen, daß die zweite Schneiderin als Zeugin und Sachverständige vernommen wird. Indes liegt wenig Aussicht zu einem günstigen Ausgang der Klagesache für Ihre Frau vor. Es ist deshalb in Ihrem Fall zu einem Vergleich oder zur Zahlung vor dem Termin zu raten. — **M. W. 1000.** Ist sehr ungewiß. **E. K. 201.** Das Gesetz vom 22. Mai 1895 gibt nur eine Kriegsinvalidenrente von monatlich 10 Mark. — **Sch. 35.** Ihren Anspruch müssen Sie gegen die Kasse richten, der Sie nach dem Gesetz bis zum 15. November angehörten. Auch wenn der Arbeitgeber Sie nicht angemeldet hat, gehörten Sie kraft des Gesetzes der Kasse an. Falls es sich nicht etwa um eine Arbeit handelte, die von vornherein höchstens eine Woche dauern sollte. — **B. B. 100.** Am geratensten ist es, Sie setzen sich mit dem Direktor der städtischen Handwerkerschule in Verbindung. — **Genosse 56.** 1. Die Forderung ist sofort vollstreckbar. Ersuchen Sie den Anwalt, Ihnen Ratenzahlung zu gestatten oder Ihnen Aufschub zu geben. 2. Die Kasse ist im Recht. — **A. M. 235.** 1 und 3. Ja. 2 und 4. Nein. 5. Kaufmann, Buchhalter und dergleichen. — **A. D. 20.** Der einbehaltene Anzug wird überhaupt nie Ihr Eigentum. Sie müssen ihn stets aufbewahren. Das geratendste ist, den Anzug zurückzugeben und sich auf Ratenzahlungen zu einigen. — **B. 100.** 1 und 2. Ja. 3. Nach der herrschenden Ansicht ja. — **K. 20.** Nein. — **K. L. 7646.** Sie können klagen. Der Klage muß ein Sühnetermin vorausgehen. Der Beweis der Täterschaft ist von Ihnen als Kläger zu führen. Gelingt Ihnen der Beweis nicht, so werden Sie kostenpflichtig mit der Klage abgewiesen. Die Kosten machen ungefähr 50 M. Die Kosten des Sühnetermins betragen kaum 1 M. — **J. A. 90.** Sie haben das Recht, die Hälfte der für Ihren Mann geklebten Beiträge zur Versicherung erstattet zu verlangen. — **D. M. 355.** 1. und 2. Ein Anspruch auf Rückerstattung der Marken steht Ihnen nicht zu. Sie können nur gegen den Entziehungsbescheid Berufung einlegen. 3. Zur Steuerzahlung sind Sie verpflichtet. — **Ketten 1880.** Ihre Braut ist nicht verpflichtet, das Weihnachtsgeschenk sich anrechnen zu lassen, weil sie keinen Grund zur Entlassung gegeben hat. Sie hätte eventuell auf Zahlung oder auf Herausgabe zu klagen. — **F. S. 83.** Ihre Braut hat das Recht, auf Rückgabe der Uhr beim Amtsgericht zu klagen. — **F. M. 72.** Sie können mit Aussicht auf Erfolg auf Herausgabe des Rocks eventuell auf Schadenersatz klagen. — **C. 29.** 1. Ja. 2. Trotz der Zurücknahme würde die Widerklage Ihrer Frau weiter gehen. 3. Nein. In einer solchen Klage würde Ihnen das Armenrecht auf Antrag bewilligt sein. — **M.** Nein. **Borchert.** Seit dem 1. April 1907 ist auch die Ehefrau verpflichtet, selbst wenn ihr Mann aus der Kirche ausgetreten ist, sie aber der Kirche noch angehört, Kirchensteuer zu zahlen. Die Kirchensteuer wird auf demselben Wege im Verwaltungswege eingezogen. Es würde auch versucht werden, die Steuer vom Mann einzuziehen. Wir halten eine solche Einziehung für unrichtig und eine Klage gegen eine Einziehung nicht für aussichtslos, indessen ist ein Erkenntnis wegen dieser Frage noch nicht ergangen. — **9987.** Ja. — **C. B. 3.** Wenn ein schriftlicher Lehrvertrag nicht vorliegt, so kann Ihr Sohn leider auf Entschädigung nicht klagen. Er kann aber ein Zeugnis verlangen, welches der Wahrheit entspricht und eventuell auf Ausstellung eines solchen klagen. — **F. F. 32.** Die Nebenabgaben kommen nicht in Anrechnung. Wenn aber in Ihrem Vertrage als Miete 312 M. bezeichnet sind, so würde dieser Betrag von der Steuerdirektion für maßgebend erachtet werden. — **Mieter 52.** Der Vermieter hätte in Ihrem Falle Anspruch auf den ihm entgangenen Mietszins, also für die Monate, für die er seitens eines Dritten Miete nicht erhalten hat. — **M. T. 34.** Auf einen Sonnabend. — **K. Sch. 200.** Falls Ihr Mietsvertrag nichts Gegenteiliges sagt, ist Ihr Wirt und nicht Sie zum Ersatz der Scheibe verpflichtet.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 11. Januar.

Anfang 7½ Uhr.

Königl. Opernhaus. Siegfried. Anfang 7 Uhr.
Königl. Schauspielhaus. König Heinrich V.
Deutsches. Was ihr wollt.
Kammerspiele. Esther. Elektra.
Lessing. Kaiser Karls Geisel. (Anfang 7 Uhr.)
Lustspielhaus. Panne.
Anfang 8 Uhr.
Neues Schauspielhaus. Judith. Nachmittags 3 Uhr: Frau Holle.
Berliner. Blaubart. Nachmittags 3 Uhr: Till Eulenspiegel.
Neues. Baccarat.
Kleines. Mandragola.
Schiller O. (Wallner-Theater.) College Crampton.
Schiller Charlottenburg. Der Revisor.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. In Vertretung.
Westen. Ein Walzertraum. Nachmittags 4 Uhr: Hänsel und Gretel.
Theater an der Spree. Hokuspokus.
Komische Oper. Die verkaufte Braut.
Zentral. Frau Warrens Gewerbe.
Residenz. Ganz der Papa.
Luisen. Der Leiermann und sein Pflegekind. Nachmittags 4 Uhr: Max und Moritz.
Trianon. Fräulein Josette — meine Frau.
Thalia. Der Verschwender.
Lortzing. Der Freischütz. Nachmittags 3½ Uhr: Rumpelstilzchen.
Bernhard Rose. Die Verlobung im Bett. Die oberen Zehntausend. Nachmittags 4 Uhr: Tausend und eine Nacht.
Bürgerl. Schauspielhaus. Wilhelm Tell.
Carl-Haverland-Theater. Spezialitäten.
Metropol. Das muß man seh'n.
Apollo. Hymack. La belle Alexia. Gentes.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Mal was andres. Dunkle Punkte. Eine anständige Frau.
Gebr. Herrnfeld. Papa und Genossen.
Parodie. Zapfenstreich. Tannhäuser. Monna Vanna.
Kasino. Biederleute.
Wintergarten. Robert Steidl. Spezialitäten.
Passage. Die singenden Engelsköpfe. Spezialitäten.
Borussia-Variété, Ackerstr. 6/7. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49. 8 Uhr: Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt. Nachmittags 4 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Hörsaal abends 8 Uhr: Professor Donath: Die Ausbreitung der Schallwellen.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Berliner Theater.

Gastspiel d. Neuen Operetten-Theaters.
Abends 8 Uhr:
Blaubart.

Sonnabend, 11. Jan., nachm. 3 Uhr:
Till Eulenspiegel.
Ueber die Hälfte ermäßigte Preise.

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr.
Baccarat.
Hierauf:
Maud Allan: Vision der Salome.
Sonntag: Baccarat. Hierauf: Vision der Salome.
Vom 14. bis 17. Januar:
Gastspiel Eleonora Duse.

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr. **Agnes Sorma.**
Mandragola.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Maria Magdalene. Abends 8 Uhr: Der König Candaules.

Saal Bechstein, Linkstr. 42.
Morgen Sonntag, 8 Uhr: **Premiere.**
Der Weg zum Lachen.
Hum. Meisterw. (Busch, Schlicht, Presber, Roda, Ostini) rezitiert v.
Dr. Alfred Daniel.
K. 1, 2, 3, 4 M. Bote & Bock, Wertheim.

Theater des Westens.

8 Uhr: **Ein Walzertraum.**
Operette von Oskar Strauß
Sonntag nachm. 3½ Uhr halbe Preise:
Die lustige Witwe.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

In Vertretung.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nathan der Weise. Abends 8 Uhr: Madame Sans Gêne.
Montag 8 Uhr: In Vertretung.

Lortzing-Oper.

Belle-Alliance-Straße 7/8.
Nachm. 3½ Uhr: **Rumpelstilzchen.**
Abends 8 Uhr:
Der Freischütz.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Martha oder: Der Markt zu Richmond. Abends 8 Uhr: Der Trompeter v. Säckingen.

Residenz-Theater.

— Direktion: **Richard Alexander.** —
Anfang 8 Uhr.
Ganz der Papa.
Schwank in 3 Akten von Mars und Desvallières. Deutsch v. M. Schönau. Baron des Aubrais: Rich. Alexander.
Sonntag, den 12. Januar, nachm. 3 Uhr: **Haben Sie nichts zu verzollen?**

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:
Panne.

Zentral-Theater.

Gastspiel des Hebbel-Theaters.
Abends 8 Uhr:
Frau Warrens Gewerbe.
Drama in 4 Akten von Bernh. Shaw.

Luisen-Theater.

Reichenbergerstr. 34.
Nachmittags 4 Uhr:
Max und Moritz.
Abends 8 Uhr:
Der Leiermann und sein Pflegekind.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Romeo und Julia. Abends: Cyprienne oder: Wir lassen uns scheiden.
Montag: Cyprienne oder: Wir lassen uns scheiden.

Theater an der Spree

Köpenickerstraße 68.
Täglich 8 Uhr:
Hokuspokus.
Berliner Posse mit Gesang u. Tanz.
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Ausgewiesen.** (Eröffnungsvorstell. der Freiheitlichen Bühne.)

Bernhard Rose Theater

Gr. Frankfurterstr. 132
Die Verlobung im Bett
Die ober. Zehntausend.
Anfang 8 Uhr. — Wochentagspreise.
Nachmittags 4 Uhr Kindervorstellung: 1001 Nacht.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Bluthochzeit. Abends: Die Verlobung im Bett. Die oberen Zehntausend.

Wintergarten

Neues Programm.
Ruth St. Vincent
Gesangskünstlerin.
Kaufmann-Truppe
reizende Radfahrkünstlerinnen.
Roches Affen
Der Affe als Kapellmeister.
Robert Steidl
der beliebte Humorist,
und viele andere
erstklassige Spezialitäten.

W. Noacks Theater

Direktion **Rob. Dill.** Brunnenstr. 16.
Heute: **Geschlossen.** Sonntag:
Geld und Name.
Schauspiel n. d. gleichnam. Roman.
Anfang **7** Uhr. Entree **30** Pf.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**
Dienstag—Mittwoch: **In der Irre.**

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Kollege Crampton.
Komödie in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Kollege Crampton.
Montag, abends 8 Uhr:
Der Revisor.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Revisor.
Lustspiel in 5 Akten v. Nikolaus Gogol. Deutsch von E. v. Schabelsky.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Richter von Zalamea.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Reiterattacke.
Montag, abends 8 Uhr:
College Crampton.

Schiller-Saal (Schiller-Theater Charlottenburg)
Sonnabend nachm. 6 Uhr: Erste Vorlesung von Professor Dr. **Paul Schubring: Anleitung zum Betrachten von Kunstwerken im Anschluß an die Schätze des Kaiser-Friedrich-Museums.** Mit Lichtbildern.

Castan's Panoptikum

165 Friedrichstr. 165
Das Schlangen-Ungeheuer
mit seinen 27 Jungen.
Däumling, der kleinste Mann der Welt!

Biogr.-Theater „Westend" Neu! Elegant! Interessant!
Täglich Vorstellung von 5—11 Uhr.
Sonntags von 3—11 Uhr.
Charlottenburg, Potsdamerstr. 11. Stetiger Eingang von Neuheiten.

Neue Welt

Arnold Scholz — Hasenheide 108-114
Von Sonntag, den 12. Januar an täglich in den vollständig mit neuen bayerischen Gebirgsdekorationen ausgeschmückten **Riesenfestsaale**
Großes Bayerisches Bockbier-Fest
Baron Muckls Bauernkapelle
Max vom Heedes Tirolertruppe
30 bayerische Madl!
Sensationelle Prämiierungen! Sonntags 3 Kapellen.
Anfang täglich 7 Uhr. Sonntags 5 Uhr.
Entree wochentags 30 Pf. Sonntags 50 Pf.

Haben Sie schon

die

Deutschen Konzerthallen,

An der Spandauerbrücke 3, besucht???

Zirkus Schumann

Heute Sonnabend, 11. Januar,
abends 7½ Uhr:
XXII. Grande Soirée High Life.
Außergewöhnlich exquisites Programm sowie die phänomenalen Radfahrer
Klein Family.
Um 9½ Uhr, — Ende gegen 11 Uhr
Amerika
Sklaverei in dem Jahre 1863
Cowboyexercitien
auf importierten **Maultieren.**
Brand eines Hotels, löschen mit natürlicher **Dampfspritze. Fernhafte Licht- und Wassereffekte.**
Morgen Sonntag 2 Vorstellungen, 3½ und 7½ Uhr. Nachmittag:
Die lustigen Heidelberger.
1 Kind frei, weitere Kinder zahlen halbe Preise.

XIII. Saison.
Zirkus Busch
Sonnabend, den 11. Januar 1908 abends 7½ Uhr: **Gala-Abend.**
Auftreten d. Herrn Kommissionsrats **Gustav Stensbeck,** Dir. des Berlin. Tattersalls als **Gast. The Kremo Family,** 10 Personen. **Bros. Clarkonians** aus Amerika. Das Phänomenalste auf dem Gebiete der Luftarbeit. Ferner Frl. Martha Rohnke, Schulreiterin. Herr Ernst Schumann, Neudressuren.
Um ¾10 Uhr: **Auf der Hallig!** Gr. Manege-Ausst.-Pant. d. Zirkus Busch in 4 Bild. **Das Phänomen der tauchenden Sirenen.**
Vorher: **Gala-Programm.**
Sonntag **Zwei Vorstellungen.**

Palast-Theater

Burgstraße 24.
Heute 8 Uhr
Entree 20 Pf.
Der
Januar-Spielplan.
Les 4 Orans.
Paul Richard.
Manöverliebe.
Burleske.

Metropol-Theater

Anfang präzise 8 Uhr.
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
G. Thielscher, F. Massary, B. Darmand, Bender, Giampietro, Josephi etc.
Rauchen gestattet.
Sonntag, den 12. Januar, nachmittags 3 Uhr:
Die Herren von Maxim.

Theater
Folies Caprice
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Berlins Tagesgespräch!
Mal was Anderes.
Revue in 3 Bildern.
Dunkle Punkte.
Eine anständige Frau.
Anfang 8 Uhr.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
Nachmittags 4 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera.
8 Uhr: Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.
Hörsaal abends 8 Uhr Professor Donath: Die Ausbreitung der Schallwellen.

Rixdorfer Theater

Bürgersäle, Bergstraße Nr. 147.
Sonntag, den 12. Januar 1908:
Heimat.
Schauspiel in 4 Akt. v. H. Sudermann.
Anfang 7½ Uhr.
Montag, den 13. Januar: Volksvorstellung zu halben Kassenpreisen: Die Kinder der Exzellenz. Anf. 8 Uhr.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Rudolf Mälzer
Die Tochter des Herodias
Cavaliére Girotto
The 6 Jdols
Trio Fassio
Die singenden Engelsköpfe
(Prolongiert).

Walhalla Variété-Theater

Weinbergsweg 19/20. Rosenth. Tor
Abends 8 Uhr:
Das große Programm.
Die erste Sensation im neuen Jahr:
Der Kraftjongleur Acosta.
14 elektrische Sterne musikalisch Ausstattungsakt.
Nestrum, Komiker.
Prolongiert! Prolongiert!
12 Akrobaten Lorch 12.
46 Variétékünstler.
Tunnel: Regimentskapelle, Tiroler.
Theaterbesuchern freier Eintritt.

Apollo Theater

Das Programm der Attraktionen und Novitäten.
Abends 8 Uhr:
La belle Alexia, die Königin des Tanzes.
Walzerwahn von **Mary u. Alfred Marquard.**
Hymack
der Mann mit den Handschuhen.
Siegwart Gentes in seinem Sketch: **Die Opernprobe.**
Die 3 goldenen Jungfrauen.

Kasino-Theater.

Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Nur noch bis Donnerstag, den 16. Januar:
Biederleute.
Freitag, 17. Januar: Zum 1. Male: **Die Freuden der Häuslichkeit.**
Sonntag 4 Uhr: **Rick Carter.**

Parodie-Theater.

Dresdenerstr. 97. Anfang 8 Uhr.
Vorletzte Woche.
Zum 65. Male:
Zapfenstreich.
Tannhäuser.
Monna Vanna.

Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Fräulein Josette — meine Frau.
Sonntag nachm.: **Cyprienne.**

F. Happoldt's Neuer Konzertsaal.

Eingang Grätestr. Straßenbahn Nr. 3, 7, 15, 28, 29, 30, 49, 50, 53, 55, 95, I, II, V.
Sonntag: Großes Konzert.
Anfang 5 Uhr.

Ober-Schöneweide.

Allen Freunden und Bekannten empfehle mein 1478L*
Weiß- und Bayrischbier-Lokal.
Eduard Sielof,
Kreuleaux-Ohmstraßen-Ecke.

Gebr. Herrnfeld-Theater.

57 Kommandantenstraße Nr. 57
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—2 Uhr.
Die bisher unübertroffene erfolgreichste Novität:
Papa und Genossen.
Vorher:
Madame Wig-Wag.
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Die Mayerhaius.**

Sanssouci

Kottbuser Straße 6
Direktion: **Wilhelm Reimer.**

Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Norddl. Sänger
und **Tanz.**
Morgen Sonntag: **Große Elite-Soiree.** Tanz.
Sonntag Beg. 5 Uhr.
Wochent. 8 Uhr.
Dienstag:
Gr. Spezialitätenvorst. erstkl. Künstl.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant:
Bockbierfest mit groß. Militär-Konzert.

Borussia Variété-Theater und Festsäle

Inh.: J. Leschkowski.
Ackerstraße 6–7.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Auftret. v. 15 Künstler-Spezialit.

Buggenhagen

Moritzplatz. im Theatersaal täglich:
Albert Böhme
und das
großartige Januar-Programm.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Im unteren Konzertsaal täglich die **allerersten Militär-Kapellen:** Becker, Przywarski, Görisch, Neumann, Offeney, Lüttich.

Wer ein Liebhaber von Vögeln ist, dem wird jetzt Gelegenheit geboten, in der am 15. Januar stattfindenden **Großen Berliner Vogel-Lotterie** sein Glück versuchen.
Nur sehr wenig Lose und große Chancen. In der v. 11.–14. Januar **Rosenthalerstr. 11-12** stattfindenden Ausstellung können die Gewinne besichtigt werden. **Lose à 50 Pf.,** Porto und Liste 30 Pf. extra sind in Lotterie- und Zigarrengeschäften und bei **G. Haase, Berlin,** Neue Königstraße 86, zu haben 2929L*

Hüte,

Mützen kauft man am billigsten bei
Albert Retz, Köpenickerstr. 26, parterre.
Kein Laden.
Leser des Blattes erhalten 5 Prozent Rabatt. 7082*

Groß-Berlin im preußischen Etat.

Im Etat der Eisenbahnverwaltung werden für den Bezirk der Eisenbahndirektion Berlin außer den bereits mitgeteilten ersten Raten noch folgende weitere und Schlußraten verlangt: Für die Herstellung eines verstärkten Ueberbaues für die Eisenbahnbrücke über den Spandauer Schiffahrtskanal und die beiderseitigen Uferstraßen im Zuge der Gütergleise der Berliner Ringbahn als Zusatzrate 99 000 M. Für die Erweiterung des Güterbahnhofes Frankfurter Allee der Berliner Ringbahn als letzte Rate 80 000 M. Für die Erweiterung des Bahnhofes Dallgow-Döberitz als letzte Rate 30 000 M., zur Erweiterung der Wagenreparaturhalle in der Hauptwerkstätte Grunewald, als letzte Rate 200 000 M., zur Erweiterung des Bahnhofs Weißensee der Berliner Ringbahn, als fernere Rate 100 000 M., zur Hochlegung der Bahnstrecke Potsdam-Wildpark einschließlich des Bahnhofes Wildpark und des in diese Strecke fallenden Teiles der anschließenden Linie Treuenbrietzen-Nauen, als fernere Rate 800 000 M., zur Erweiterung des Güterbahnhofes Wilmersdorf-Friedenau der Berliner Ringbahn, als fernere Rate 100 000 M., zur Herstellung eines Abstellbahnhofes für den Stadtverkehr auf Bahnhof Grunewald, als fernere Rate 200 000 M., zur Umgestaltung der Bahnanlagen bei Spandau als fernere Rate 2 500 000 M., zur Umgestaltung der dem Fernverkehr dienenden Anlagen auf dem Schlesischen Bahnhof als fernere Rate 600 000 M., zur Umgestaltung der Bahnanlagen bei Schöneberg als fernere Rate 300 000 M., zur Verlegung der Wetzlarer Hauptgleise und Erweiterung der Abstellanlagen für den Fernverkehr auf Bahnhof Grunewald als fernere Rate 300 000 M., zum Bau einer Kesselschmiede in der Hauptwerkstätte Tempelhof als fernere Rate 100 000 M., zur Erweiterung der Anlagen für den Ortsgüterverkehr des Nordbahnhofs in Berlin als fernere Rate 500 000 M., zur Beseitigung der Schienenkreuzung zwischen Vollring und Südring und Herstellung von Kehrgleisen für den Vollring auf Bahnhof Stralau-Rummelsburg als fernere Rate 200 000 M., zur Herstellung verstärkter Ueberbauten über der Unterführung der Hardenbergstraße in Kilometer 9,1 der Berliner Stadtbahn als fernere Rate 50 000 M., zur Erweiterung des Rangierbahnhofes Tempelhof als fernere Rate 300 000 M., zur Erweiterung des Versandgüterschuppens und Herstellung eines besonderen Eilgutschuppens auf dem Anhalter Güterbahnhof in Berlin als fernere Rate 200 000 M.

In der Begründung der zur **Umgestaltung der Ringbahn** zwischen Treptow und Rixdorf verlangten ersten Rate von 200 000 Mark wird folgendes gesagt:

„Bei der Abzweigung der Vorortgleise nach Nieder-Schöneweide-Johannisthal aus der Ringbahn südlich des Ringbahnhofes Treptow kreuzen sich die Gleise von Nieder-Schöneweide-Johannisthal und nach Rixdorf noch in Schienenhöhe. Ferner können die Züge in Treptow am zweiten Bahnsteig nur unter Ueberkreuzung anderer Fahrstraßen anfahren. Diese Schienenkreuzungen sind für die geregelte Abwickelung des immer dichter werdenden Zugverkehrs störend, so daß ihre Beseitigung erforderlich ist. Ferner liegt das Bedürfnis vor, zwischen Treptow und Rixdorf an der Ringbahn einen neuen Ortsgüterbahnhof zu errichten, weil die Anlagen auf den benachbarten Güterbahnhöfen, die nur mit unverhältnismäßig hohen Kosten zu erweitern sein würden, den Verkehr nicht mehr zu bewältigen vermögen. Der Ortsgüterverkehr stieg in den letzten 10 Jahren auf dem Görlitzer Bahnhof um 90 Proz., auf dem Bahnhof Rixdorf um 276 Proz. Der neue Bahnhof soll an der Außenseite der Ringbahn angelegt, zugleich soll zur Erleichterung der Zu- und Abfuhr der ihm über den Rangierbahnhof Nieder-Schöneweide-Johannisthal zukommenden Güter ein Anschlußgleis nach der Verbindungsstrecke Rixdorf-Baumschulenweg hergestellt werden. Da die Beseitigung der eingangs genannten Schienenkreuzungen und die Herstellung des neuen Ortsgüterbahnhofs im Zusammenhang stehen, muß ihre Ausführung gemeinsam erfolgen. Die Gesamtkosten sind zu 9 100 000 M. veranschlagt, wovon für 1908 eine erste Rate von 200 000 M. eingesetzt ist.“

Zu der Position: Herstellung einer schienenfreien Verbindung zwischen den Vorort- und den Ferngleisen der Schlesischen Bahn bei Berlin wird in der Begründung ausgeführt:

„Die zur Bewältigung des Massenverkehrs an den Sommersonntagen auf der Vorortstrecke nach Erkner nötige Zahl von Zügen kann von den Stadtgleisen der Stadtbahn, die ohnehin durch die Züge von den Ringbahnstrecken, von Lichtenberg-Friedrichsfelde und von Grünau voll belastet sind, nicht mehr aufgenommen werden, so daß eine Verbindung zwischen den Vorort- und den Ferngleisen der Schlesischen Bahn geschaffen werden muß, um einen Teil der Vorortzüge auf die Ferngleise der Stadtbahn überzuleiten. Die Kosten dieser Verbindung sind zu 855 000 M. veranschlagt. Davon ist für das Etatsjahr 1908 eine erste Rate von 300 000 M. erforderlich.

Der Etat der Bauverwaltung

sieht für Groß-Berlin folgende Forderungen vor: Zur Auswechselung von Sandsteinquadern in den Uferbekleidungen des Landwehrkanals werden als erste Rate 40 000 M. gefordert. — Für den Umbau des Hauses Voßstr. 34 für Zwecke des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten werden 300 000 M. verlangt. Das Haus soll dann das im vorigen Jahr ins Leben getretene Eisenbahnzentralamt aufnehmen. — Im Etat der Justizverwaltung finden sich im Extraordinarium folgende Positionen: Für bauliche Erneuerungen bei dem Strafgefängnis in Plötzensee als fünfte und Ergänzungsrate 100 000 M., zum Neubau eines gerichtlichen und polizeilichen Obduktions- und Leichenschauhauses in Charlottenburg als letzte und Ergänzungsrate 94 300 M., für den Um- und Erweiterungsbau des Landgerichtsgebäudes in Potsdam und Umbau des Amtsgerichtsgebäudes sowie Neubau eines Gefängnisses als zweite Rate 240 000 M.

Der Etat des Ministeriums des Innern sieht vor: Für den Neubau eines Polizeidienstgebäudes in Charlottenburg als dritte Rate 400 000 M., für den Neubau eines Polizeidienstgebäudes in Berlin als zweite Rate 477 000 M., zur Einrichtung einer Fernsprechanlage in der Zentraltelegraphenstation beim Polizeipräsidium in Berlin als zweite Rate 161 000 M., zum Ankauf eines Bauplatzes für ein neues Polizeidienstgebäude in Potsdam 208 000 M.

Ueber die am 1. April ins Leben tretende Polizeiverwaltung von Lichtenberg wird in der Begründung folgendes erwähnt:

Mit dem Tage des Ausscheidens der Stadtgemeinde Deutsch-Wilmersdorf aus dem Kreise Teltow ist dort mit Rücksicht darauf, daß sie mit Berlin baulich nahezu verwachsen ist, und daß in ihr überwiegend großstädtische Verhältnisse herrschen, an Stelle der kommunalen eine königliche Polizeiverwaltung durch Anschluß an die königliche Polizeiverwaltung in Schöneberg eingerichtet worden. Aus dem gleichen Grunde ist es im öffentlichen Interesse geboten, für die Gemeinden Lichtenberg und Borhagen-Rummelsburg vom 1. April 1908 ab eine königliche Polizeiverwaltung mit dem Sitze in Lichtenberg zu errichten.

Im Etat des Kriegsministeriums wird verlangt: für Instandsetzung der Figurenaufsätze und Trophäen auf dem Zeughause als zweite und letzte Rate 14 000 M., zur Anbringung von Ehrentafeln in der Ruhmeshalle des Zeughauses als zweite Rate 8000 Mark und zur Verbesserung der Belichtung der Feldherrenhallen des Zeughauses als zweite Rate 6000 M. — Der Etat der Domänenverwaltung verlangt als fünfte Rate für die Vorbereitung und Ausführung des Verkaufs der hierzu bestimmten Teile der Domäne Dahlem im Regierungsbezirk Potsdam und Herstellung der nötigen Straßen-, Beleuchtungs-, Entwässerungs- usw. Anlagen sowie deren laufende Unterhaltung und Benutzung 800 000 Mark. — Im Etat des Kultusministeriums werden zur Instandsetzung des alten Uraniagebäudes in der Invalidenstraße, das der naturwissenschaftlichen Fortbildung von Lehrern höherer Schulen dient, 12 000 M. verlangt.

Auch der Etat der Landwirtschaftsverwaltung enthält zwei größere für Berlin interessierende Forderungen: 350 000 Mark (letzte Rate) als Baudarlehen zur Erweiterung der bestehenden Versuchs- und Lehrbrauerei sowie zum Bau und zur Einrichtung einer obergärigen Versuchs- und Lehrbrauerei in der Seestraße; 828 000 M. werden als dritte Rate für den Erweiterungsbau der Landwirtschaftlichen Hochschule verlangt.

Partei-Angelegenheiten.

Die neue Lokalliste

liegt der heutigen Nummer bei. Die Genossen werden gebeten, sich dieselbe aufzubewahren zum Zwecke strengster Beachtung. Besonders Vereinsvorstände wollen vor Abschluß von Vereinsfestlichkeiten mit Saalinhabern sich vorher genau diese Liste ansehen. Wer uns die Tür weist, wenn wir die Säle zu ernsten Beratungen benötigen, braucht auch die Arbeiter nicht, wenn dieselben gesellig zusammenkommen.

Zur Lokalliste. Am 11. d. Mts. findet im „Gesellschaftshaus“, Inhaber Wichert, in **Eichwalde**, ein Maskenball statt; ebenfalls zum 11. d. Mts. hat der „Arbeiter-Beerdigungsverein“ von **Mariendorf** im Lokal von Rauh, Dorfstraße dortselbst einen Maskenball veranstaltet. Beide genannten Lokale stehen der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung und machen wir die obigem Verein angehörenden Arbeiter, soweit dieselben einer modernen Arbeiterorganisation angehören, auf die eventuellen Folgen eines Boykottbruches aufmerksam.

Am 18. d. Mts. feiert der „Männergesangverein Zeuthen“ im Lokal von Trill, Zeuthen sein Stiftungsfest. Da auch dieses Lokal zu Versammlungen beharrlich verweigert wird, sind alle dortigen Veranstaltungen seitens der Arbeiterschaft streng zu meiden. Die Lokalkommission.

Dritter Wahlkreis. Am Sonnabend, den 25. Januar, findet das 17. Stiftungsfest im „Gewerkschaftshause“, Engel-Ufer 15, statt. Das Programm desselben ist in jeder Beziehung ein gutes zu nennen und können wir den Besuch des Festes nur empfehlen. Der Vorstand.

6. Wahlkreis.

Nach dem Resultat der Urabstimmung in den Zahlabenden sollen für unseren Wahlverein zwei besoldete Beamte angestellt werden. Mitglieder, welche sich darum bewerben wollen, haben ihre Meldung spätestens bis zum Dienstag, den 14. Januar, brieflich an den Vorsitzenden W. Freythaler N. 31, Gartenplatz 1, einzusenden. Der Vorstand.

Treptow-Baumschulenweg. Die Genossen werden ersucht, sich heute abend 7 Uhr vollzählig in den Bezirkslokalen einzufinden. Der Vorstand.

Wilhelmsruh. Morgen Sonntag vormittags 9½ Uhr: Morgensprache bei Barth, Viktoriastr. 7. Sämtliche Genossen von Wilhelmsruh und Nieder-Schönhausen-West sind verpflichtet, vollzählig und pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Zeuthen-Miersdorf. Wichtiger Angelegenheit wegen werden die Parteigenossen ersucht, heute abend 7 Uhr pünktlichst in den Bezirkslokalen zu erscheinen. Die Bezirksführer.

Bezirk Waidmannslust. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet Sonntagnachmittag 4 Uhr in Waidmannslust, Schweizerhäuschen, statt. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und der Funktionäre und Neuwahl derselben. Beschlußfassung über die Neueinteilung des Bezirks. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Eichwalde. Am Sonntag, den 12. Januar, abends 6 Uhr, findet im Lokal von Witte eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt, die sich mit der am Dienstag, den 14. Januar, stattfindenden Ersatzwahl eines Gemeindevertreters beschäftigen soll. Die Genossen werden ersucht, für regsten Besuch derselben tätig zu sein und zu diesem Zweck heute Sonnabend abends 7 Uhr ebenfalls dort zu erscheinen. Der Vorstand.

Schildow-Blankenfelde (Bezirk Nieder-Schönhausen). Die Wahlvereinsversammlung findet am Sonntag, den 12. Januar, nachmittags 3 Uhr, in Mönchsmühle im Lokale des Herrn Knappe statt. Tagesordnung: 1. Das Vereins- und Versammlungsrecht in Deutschland. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht Der Vorstand.

Potsdam. Sonntag, den 12. Januar, mittags 12 Uhr, im Viktoriagarten: Volksversammlung. Tagesordnung: Das Landtagswahlrecht und die Antwort der preußischen Regierung. Referent: Genosse Paul Göhre. Parteigenossen, versäume niemand die Versammlung. Agitiert für einen zahlreichen Besuch.

Berliner Nachrichten.

Ueber die Wahlrechtsdemonstration

am Donnerstagabend berichtete der Berliner Bevölkerung am gestrigen Morgen eine

Extranummer des „Vorwärts“,

die in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag hergestellt wurde. Die Nummer enthielt eine Uebersicht über den Umfang und den Verlauf der Protestversammlungen in ganz Preußen und wurde von der Arbeiterschaft überall freudig begrüßt. In allen lebhaften Stadtgegenden Berlins wurde die in einer Massenauflage gedruckte Extranummer um 8 Uhr morgens gratis verteilt. Für unsere Abonnenten ist diese Nummer der heutigen Ausgabe unseres Blattes noch besonders beigelegt.

Bei dieser einen Extraausgabe aber blieb es nicht. Die von der Regierung in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses auf den freisinnigen Wahlrechtsantrag erteilte Antwort erschien uns bedeutungsvoll genug, um der Berliner Arbeiterschaft davon sofort Kenntnis zu geben; gegen Abend kam deshalb eine zweite Extranummer heraus, die neben dieser Antwort zugleich eine kritische Würdigung derselben enthielt.

Der Inhalt dieser zweiten Extraausgabe ist im heutigen Hauptblatt enthalten. Auch diese zweite Ausgabe unseres Blattes fand reißenden Absatz. Ueberall bildeten sich Gruppen, die eifrig die Wahlrechtsfrage besprachen. Das Interesse an dieser Bewegung wächst. Immer größere Massen der Bevölkerung erkennen, wie sehr sie politisch entrechtet sind und immer vernehmlicher erheben sie ihre Stimme und heischen ihr Recht.

Die Säuglingsfürsorgestellen,

deren erste im Mai 1905 eröffnet wurde, werden in dem Bericht der Waisenverwaltung für das Etatsjahr 1906 sehr eingehend besprochen. Der Verwaltungsbericht für das Etatsjahr 1905 hatte in seinem Abschnitt über die Säuglingsfürsorgestellen nur den achtmonatigen Zeitraum vom Mai bis zum Dezember berücksichtigt, der Verwaltungsbericht für 1906 referiert über den Betrieb der Säuglingsfürsorgestellen in den fünfzehn Monaten vom Januar 1906 bis März 1907. Gegenwärtig bestehen sieben Fürsorgestellen dieser Art. Da aber die sechste und siebente im Juni 1907 eröffnet wurden, so behandelt der neueste Bericht nur die fünf älteren Fürsorgestellen, deren fünfte übrigens erst im Mai 1906 ihre Tätigkeit begann. Das Ergebnis, das dieser im Auftrage der leitenden Aerzte erstattete Bericht feststellt, ist wieder recht erfreulich. Die Einsicht in die Nützlichkeit und Notwendigkeit der Säuglingsfürsorgestellen nimmt zu, und ihre Benutzung durch unbemittelte Mütter oder Pflegemütter wächst andauernd.

In den fünfzehn Monaten des Berichtszeitraumes wurden 12 441 Säuglinge den fünf Fürsorgestellen zugeführt, die Aerzte wurden 111 097 mal konsultiert, in den Wohnungen wurden durch das recherchierende Personal 20 677 Besuche gemacht. Am stärksten wurden die Säuglingsfürsorgestellen in den Sommermonaten in Anspruch genommen. Im August 1906 war die Zahl der den fünf Fürsorgestellen zugeführten Säuglinge 1231, die Zahl der Konsultationen 10 879, die Zahl der Hausbesuche 1871, dagegen wurden z. B. im Dezember 1906 nur 529 Säuglinge zugeführt, 7849mal die Aerzte konsultiert, 1255 Hausbesuche gemacht. Es ist ohne weiteres begreiflich, daß im Hochsommer, wo die Säuglinge besonders gefährdet sind, die Frequenz der Fürsorgestellen zunimmt. Ob aber die Fürsorgestellen bei dem Uebermaß von Arbeit, wie es in den oben mitgeteilten Ziffern aus dem Monat August sich ausdrückt, die an sie gestellten Ansprüche mit aller wünschenswerten Sorgfalt erfüllen können, das muß denn doch bezweifelt werden. Inzwischen sind ja durch die Eröffnung der Fürsorgestellen VI und VII die älteren Fürsorgestellen etwas entlastet worden, aber dem Bedürfnis ist hiermit noch lange nicht genügt.

Unter den Mitteln, mit denen die Säuglingsfürsorgestellen den Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit führen sollen, steht der unentgeltlich erteilte Rat über Erziehung und Wartung der Kinder keineswegs an letzter Stelle. Den Familien aber, die sich an die Fürsorgestellen wenden und sie um Beistand bitten, wird oft der greifbare Vorteil, der von dort aus gewährt wird, als die Hauptsache erscheinen: Die Geldbeihülfe für stillende Mütter, die Lieferung guter Kindermilch zu billigerem Preise oder ohne Entgelt. In fünfzehn Monaten wurden durch fünf Fürsorgestellen die stillenden Mütter von 3386 Säuglingen mit 81 137 M. unterstützt, gute Kindermilch (bezw. andere Nährmittel) wurde für 1998 Säuglinge zu normalem Preise, für 2863 Säuglinge zu ermäßigtem Preise oder ganz umsonst geliefert, für 611 Säuglinge wurde Milch aus den eigenen Küchen der Fürsorgestellen abgegeben. Der Bericht versichert, daß die Stillprämien ihren Zweck, zum Stillen aufzumuntern, vollständig erfüllen. In den Fürsorgestellen sei das Zahlenverhältnis zwischen Brust- und Flaschenkindern günstiger als in Berlin überhaupt; der Anteil der Brustkinder sei in den Fürsorgestellen 39 Proz. aller Säuglinge. Der in dem Bericht ausgesprochene Wunsch, daß die Mütter auch nach Herabsetzung oder Entziehung der Beihülfe ihre Kinder wie zuvor noch den Fürsorgestellen zuführen möchten, verdient Beachtung und Beherzigung. Leider bleiben viele Mütter bald weg, wenn ihnen nur noch Rat gewährt wird. Der Bericht verschweigt indes nicht, daß die Aufsuchung der Fürsorgestellen den Müttern doch auch mancherlei Opfer auferlegt, für jeden Besuch einen mehrstündigen Zeitverlust und oft auch Fahrgeld. Man sieht hier wieder, daß nur von einer erheblichen Vermehrung der Fürsorgestellen ein voller Erfolg erwartet werden kann.

Für fügen eine Aufzählung der gegenwärtig bestehenden sieben Säuglingsfürsorgestellen an:

Fürsorgestelle I, Blumenstr. 78, für die Stadtbezirke 1—10, 145—166, 168—188, 189A, B, C, 190B, C, E, 195—201 (Zentrum, Osten, Nordosten);

Fürsorgestelle II, Elsasser Straße 27, für die Stadtbezirke 202—245, 251—253, 255—259, 264—274 (Norden);

Fürsorgestelle III, Bugenhagenstr. 7 (Markthalle Arminiusplatz), für die Stadtbezirke 11—14, 279—304 (Nordwesten, Westen);

Fürsorgestelle IV, jetzt Naunynstr. 63, für die Stadtbezirke 15—19, 22—28, 72—74, 76—144, 167A, B, C (Süden, Südosten);

Fürsorgestelle V, Pankstr. 7, für die Stadtbezirke 254, 260—263, 275—278, 305—326 (Gesundbrunnen und Wedding);

Fürsorgestelle VI, Großbeerenstr. 10, für die Stadtbezirke 20, 21, 29—71, 75A, B (Südwesten);

Fürsorgestelle VII, Prenzlauer Allee 45, für die Stadtbezirke 189D, 190A, D, 191—194, 246—250 (Teil des Nordostens). Sprechzeit ist wochentäglich 2—3 Uhr (nur in Fürsorgestelle VI 1—3 Uhr und in Fürsorgestelle VII ½2—½3 Uhr). Die gewährte Hülfe gilt nicht als Armenunterstützung.

Berlin im Schnee.

Unter dem starken Schneetreiben, das in der Nacht vom Donnerstag zu Freitag in Berlin und in der Umgebung herrschte, hatte der Verkehr ganz empfindlich zu leiden. Die Verwaltung der Großen Berliner Straßenbahn sah sich genötigt, ihre sämtlichen Salzstreuwagen in Betrieb zu nehmen, um die Gleise von den immer wieder antreibenden Schneemassen zu befreien. Besonders hatten die Pferde unter dem Schnee zu leiden. An den meisten Fuhrwerken mußten gestern morgen Vorspannpferde zu Hülfe genommen werden. Der Omnibusverkehr wickelte sich ebenfalls unregelmäßig ab. An einigen Stellen kam es im Straßenbahnbetriebe infolge des hohen Schnees zu Entgleisungen. Recht empfindliche Störungen hatte der Fernverkehr aufzuweisen. Fast in allen Teilen Deutschlands sind bedeutende Schneemengen niedergegangen und der Eisenbahnbetrieb erlitt dadurch ganz erhebliche Stockungen. Mit Verspätungen bis zu zwölf Stunden trafen die Züge teilweise auf den hiesigen Bahnhöfen ein. Hauptsächlich traten auf den nördlichen Bahnen durch das Eintreten des Schneetreibens Stockungen ein. Auf einzelnen Strecken blieben die Züge liegen.

In der Reichshauptstadt sind durch das Schneegestöber leider eine Reihe zum Teil schwerer Unfälle herbeigeführt worden. So wurden in der Brunnenstraße, am Rosenthaler Tor, in der Leipziger-, Friedrich-, Jerusalemerstraße usw. Passanten durch das Schneetreiben gegen Fuhrwerke geschleudert und dabei nicht unerheblich verletzt. Auch durch Sturz auf die Straße kamen mehrere Personen zu Schaden. Die Verbandswachen und Unfallstationen, die in den letzten Tagen bereits außerordentlich stark in Anspruch genommen wurden, hatten auch vorgestern abend wieder nahezu 50 Verunglückten Hülfe zu leisten.

Ein schwerer Automobilunfall, der sich vorgestern abend am Kurfürstendamm zugetragen hat, ist ebenfalls durch das Schnee-

treiben herbeigeführt worden. Die beiden Choristinnen Charlotte Lemske, Linienstr. 23 und Lizi Wolff, Lothringerstr. 18 wohnhaft, hatten zur Heimfahrt vom Theater des Westens eine Automobildroschke benutzt. Als der Kraftwagen die Kreuzung des Kurfürstendammes und der Nürnbergerstraße passierte, vermochte der Chauffeur infolge des dichten Schneegestöbers nicht vor sich zu sehen. Infolgedessen fuhr er mit dem Automobil gegen einen Mast der Straßenbahn, und zwar mit solcher Gewalt, daß der Wagen teilweise zertrümmert wurde. Die beiden jungen Mädchen wurden durch umherfliegende Glassplitter im Gesicht und an den Händen erheblich verletzt. Sie mußten beide nach der Unfallstation am Zoologischen Garten gebracht werden, wo sie die ersten Notverbände erhielten.

Ein Zusammenstoß zwischen zwei Fuhrwerken wurde aus der gleichen Ursache in der Gitschinerstraße herbeigeführt. Der Kutscher eines aus der Brandenburgstraße in die Gitschinerstraße einbiegenden Kohlenwagens konnte in dem Schneetreiben nicht beobachten, daß von der anderen Seite eine Droschke in die Brandenburgstraße einbog. Es erfolgte nun ein heftiger Zusammenstoß, wobei der Droschkenkutscher Franz Bellermann aus der Brunnenstraße 34 vom Bock geschleudert wurde. Er erlitt schwere äußere Verletzungen sowie Quetschungen und wurde nach der Rettungswache gebracht.

Der Durchbruch der Straßburger Straße über Lothringer- und Linienstraße nach dem Scheunenviertel hinüber ist nunmehr ebenfalls in Angriff genommen worden. Gegenwärtig wird der Häuserblock zwischen Lothringer- und Linienstraße niedergelegt und bei dieser Gelegenheit werden auch einige der sogenannten Eisblöcke, alte, in die Baufluchtlinie der Lothringer Straße hineinragende Schuppen abgetragen. Jenseits der Linienstraße sind die für die Weiterführung der Straßburger Straße bis zu der projektierten neuen Amalienstraße in Betracht kommenden Häuser bereits abgerissen, so daß im kommenden Frühjahr mit der Regulierung des neuen Straßenzuges, für den bereits die Bezeichnung Koblankstraße festgelegt ist, begonnen werden kann. Es wird hierdurch eine fast geradlinige Verbindung der Straßenzüge des historischen Windmühlenberges mit der Kaiser-Wilhelm-Straße geschaffen.

Ein bedeutender Garderobendiebstahl ist in dem Variété-Theater „Klosterstübl" in der Königstraße verübt worden. Am vorgestrigen Abend, während sich das auftretende Personal teils auf der Bühne befand, teils sich in Nebenräumen des Etablissements aufhielt, drangen mehrere Diebe, es müssen wenigstens zwei Personen gewesen sein, in die im Augenblick unbeaufsichtigte Damengarderobe und stahlen dort den gesamten Inhalt an Mänteln, Jacketts und Pelzsachen, wie Muffen, Boas usw. Die Täter, die für zirka 400 Mark Garderobengegenstände erbeuteten, entfernten sich durch einen Nebeneingang und entkamen unbemerkt. Der Besitzer des Variétés hat auf die Ermittelung der Diebe resp. der gestohlenen Gegenstände eine Belohnung von 20 Mark ausgesetzt.

Der Polizei ins Stammbuch.

Ueber polizeiliche Mißgriffe bringt die bündlerische „Deutsche Tageszeitung" einen Artikel, in dem sie auf die Erschießung des Studenten Moschel in München durch einen Polizisten und die Fälle brutaler Mißhandlung durch Schutzleute in Berlin und Beuthen hinweist. In Berlin wurde bekanntlich ein Schutzmann wegen Mißhandlung eines Referendars zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt, und in Beuthen traf die gleiche Strafe einen Polizisten, der ohne hinreichenden Grund zwei Bergarbeiter durch Säbelhiebe derartig verletzt hatte, daß sie nach langer Krankheit dauernden Schaden an ihrer Gesundheit davontrugen. Das genannte Blatt weist darauf hin, daß man sich angesichts der verschiedenen bedauerlichen Vorkommnisse in letzter Zeit des Gefühls nicht ganz erwehren könne, daß solche Ausschreitungen öfter vorkommen, als es auch bei sorgfältiger Auswahl und Anleitung des polizeilichen Personals unvermeidbar erscheinen sollte. Besonders bedenklich müsse dabei noch der Umstand stimmen, daß — wie bei der Mißhandlung des Berliner Referendars — offenbare Ausschreitungen von Beamten durch ihre Kameraden, die dazu in der Lage waren, nicht verhindert wurden. Die „Deutsche Tageszeitung" bemerkt dann wörtlich: „Es scheint nach allem doch, daß in den unteren Polizeiorganen noch nicht überall das Empfinden genügend durchgebildet ist, daß die Polizei in erster Linie zum Schutz und zur Hülfe für das Publikum da ist; insbesondere sollten sich unsere Polizisten auch immer vor Augen halten, daß ihre Kameraden in einer Großstadt wie London zum Beispiel ganz ohne scharfe Waffen auskommen, und daß der Gebrauch der Waffe jedenfalls auf Fälle wirklicher Gefahr beschränkt bleiben muß; ebenso auch, daß harmlose „Exzesse" überhaupt ein polizeiliches Einschreiten in der Regel nicht nötig machen."

Ob die „Deutsche Tageszeitung" zu ihrer Ansicht über die Polizei auch gekommen wäre, wenn nicht gerade ein Student und ein Referendar, also Angehörige der „besseren Kreise" von den polizeilichen Ausschreitungen betroffen worden wären, wollen wir einstweilen nicht entscheiden; immerhin verdient diese Auffassung registriert zu werden.

Die Ersatzkommission des Aushebungsbezirkes Berlin macht bekannt:

Alle diejenigen jungen Männer, welche in einem der zum Deutschen Reiche gehörigen Staaten heimatsberechtigt und

1. in dem Zeitraum vom 1. Januar bis einschließlich 31. Dezember 1888 geboren sind,
2. dieses Alter bereits überschritten, aber sich noch nicht bei einer Ersatzbehörde zur Musterung gestellt,
3. sich zwar gestellt, über ihr Militärverhältnis aber noch keine endgültige Entscheidung erhalten haben,

und gegenwärtig innerhalb des Weichbildes hiesiger Residenz sich aufhalten, werden, soweit sie nicht von der persönlichen Gestellung in diesem Jahre entbunden sind, hierdurch auf Grund des § 25 der Deutschen Wehrordnung angewiesen:

sich behufs ihrer Aufnahme in die Rekrutierungsstammrolle in der Zeit vom 15. Januar bis 1. Februar d. J. bei dem königlichen Polizeileutnant ihres Reviers persönlich zu melden und ihre Geburts- oder Losungsscheine und die etwaigen sonstigen Atteste, welche bereits ergangene Entscheidungen über ihr Militärverhältnis enthalten, mit zur Stelle zu bringen.

Die Geburtszeugnisse werden von den Standesämtern ausgestellt.

Für diejenigen hiesigen Militärpflichtigen, welche zurzeit abwesend sind (auf der Reise begriffene Handlungsgehülfen, auf See befindliche Seeleute usw.), haben die Eltern, Vormünder, Lehr-, Brot- und Fabrikherren die Anmeldung in der vorbestimmten Art zu bewirken.

Wer die vorgeschriebene Anmeldung versäumt, wird nach § 33 des Reichsmilitärgesetzes vom 2. Mai 1874 mit einer Geldstrafe bis zu 30 M. oder mit Haft bis zu drei Tagen bestraft.

Reklamationen (Anträge auf Zurückstellung bezw. Befreiung von der Aushebung in Berücksichtigung bürgerlicher Verhältnisse — § 32 2 a—g der deutschen Wehrordnung —) sind bezüglich aller Militärpflichtigen, auch der Einjährig-Freiwilligen, vor dem Musterungsgeschäft, spätestens aber im Musterungstermine anzubringen; nach der Musterung angebrachte Reklamationen werden nur dann berücksichtigt, wenn die Veranlassung zu denselben erst nach Beendigung des Musterungsgeschäfts entstanden ist.

Alle Gesuche der in Berlin wohnhaften Personen um Erteilung der Erlaubnis zum Angeln mit der Rute während der wöchentlichen Schonzeit sind unter Beifügung der für das Jahr 1908 gültigen Angelkarte direkt bei dem Polizeirevier anzubringen in dessen Bezirke der Antragsteller wohnt.

Gesuche ohne Beifügung der Angelkarte für das Jahr 1908 sind zwecklos.

Nicht in Berlin wohnende Personen haben ihre Anträge bei der Polizeibehörde ihres Wohnortes einzureichen.

Das Verbrechen auf dem Tempelhofer Felde.

Unter dem Verdacht, die Frau Gläßer umgebracht zu haben, ist der frühere Steinsetzer Richard Schmidt, Großbeerenstr. 45, verhaftet worden. Dazu werden folgende Einzelheiten gemeldet:

Schmidt, der in der letzten Zeit wenig arbeitete und hin und wieder Modell stand, teilte eine Stube und Kammer mit dem Steinsetzer Hartmann, der mit Frau Gläßer ein Liebesverhältnis unterhielt. Diesen beiden führte die Ermordete eine Zeitlang die Wirtschaft. Die beiden Männer plagte die Eifersucht. Seit dem 3. d. M. nun liegt Hartmann im Krankenhaus Am Urban. Jetzt glaubte Schmidt, ein Schnapstrinker, der in der Trunkenheit tierisch roh ist, über die Geliebte des Kranken unbeschränkt verfügen zu können. Er wollte sie auch auf die Straße schicken, damit sie ihm möglichst viel Geld verdiene, stieß aber mit diesem Verlangen auf hartnäckigen Widerstand. Die Folge der Weigerung war, daß er Frau Gläßer oft schwer mißhandelte. Hausgenossen und der Pförtner bemerkten das wiederholt und an anderen Stellen beklagte sich auch die Mißhandelte darüber; die Eifersucht Schmidts erregte auch ein Töpfer, der den Ofen ausgebessert hatte. Als der Mann am zweiten Weihnachtsfeiertag kam, um noch einmal nachzusehen, ob der Ofen auch brenne, traf ihn Schmidt, als er von einem Ausgang zurückkehrte. Dieser glaubte nicht an die Ausbesserung des Ofens, die in seiner Abwesenheit vorgenommen worden war, dachte vielmehr, daß der Töpfer nur Frau Gläßer besucht habe, die ihm auch über die Mißhandlungen ihr Leid geklagt hatte. Schmidt schimpfte auf beide, würgte auch die Gläßer und warf sie endlich hinaus. Die Pförtnerfrau hatte noch gesehen, wie er sie wütend mit dem Schädel gegen die Wand geschleudert hatte und wie sie dann weinend nach der Kammer gegangen war. Die Mißhandelte, die ihren Korb mit einigen Kleidungsstücken zurückgelassen hatte, war nun obdachlos. Sie wurde bald aufgegriffen und nach der Strafanstalt gebracht. Davon wußte Schmidt nichts. Bei seinem Verhör sagte er nun zunächst, er habe Frau Gläßer erst am Donnerstag voriger Woche hinausgewiesen. Erst als er von ihrer Strafe erfuhr, gab er zu, daß es am zweiten Feiertag gewesen sei; er habe sich vorher geirrt. Von der Strafanstalt aus und auch nach ihrer am 3. d. M. erfolgten Entlassung schrieb Frau Gläßer an Hartmann, er möge doch so bald wie möglich das Krankenhaus verlassen, sie vor Schmidt schützen und sie heiraten. Sie wolle gern Tag und Nacht arbeiten, wenn sie nur von Schmidt befreit wäre. Noch bis in die letzten Tage hinein beklagte sie sich bei den Schankwirten Haderland und Mitde in der Kreuzbergstraße, gegenüber dem Tempelhofer Felde, über Schmidts Roheiten und sagte, daß sie vor ihm Angst habe.

Schmidt bestreitet jede Mißhandlung der Gläßer. Um sein Alibi nachzuweisen, behauptete er erst dieses, dann jenes. Endlich sagte er, er sei den ganzen Montagabend von 5½ bis 11 Uhr bei der Heilsarmee in der Koppenstraße gewesen. Von dieser habe er sich schon mehrfach bekehren lassen, zuletzt wieder im November vorigen Jahres. Am Montagabend habe er bei der Heilsarmee gegessen und sei dann bis 11 Uhr geblieben. Die Leute der Heilsarmee können über seine Anwesenheit nichts Bestimmtes sagen. Einige meinen, er sei dagewesen, andere wissen es nicht. Ueber das Essen stimmen die Angaben auch nicht überein. Schmidt sagt, neben jedem Teller habe eine Schüppe gelegen und nach der Brühe habe es Gänsebraten mit Schoten und Karotten gegeben. Die Leute der Heilsarmee dagegen bekunden, es habe zum allgemeinen Gebrauche Brot auf dem Tische gestanden und nicht Gänsebraten, sondern Hasenbraten gegeben. Nach dem Essen wurden Lichtbilder gezeigt. Schmidt sagt zutreffend, die Vorführung habe mit einer Parade begonnen, von einem anderen Bilde, einem Eisenbahnunfall, aber wußte er nichts. Er macht den Eindruck, als habe er sich über den Heilsarmeeabend von einem anderen etwas erzählen lassen. Dazu kommt, daß die Pförtnerfrau in der Großbeerenstr. 45 mitteilt, sie habe Schmidt am Montag noch um 8 Uhr in seiner Wohnung gesehen. Dort habe, wie sie von ihrer Kellerwohnung aus sah, eine Lampe ohne Zylinder mit flackerndem Licht an der Wand gehangen. Schmidt habe mit den Händen in den Joppentaschen am Ofen gestanden. In dem Tag könne sie sich nicht irren, weil sie nach dieser Wahrnehmung wegen der plötzlich eingetretenen Glätte noch den Bürgersteig habe streuen müssen. Schwer wiegt endlich der Umstand, daß das Gebiß Schmidts zu den Eindrücken an den Brüsten der Ermordeten paßt. Ein Abguß seines Gebisses zeigt genau auch die Lücke im linken Oberkiefer, die dem Bilde der Bißwunden entspricht. Die betreffenden Teile sind der Leiche entnommen worden. Sie werden präpariert und mit dem Gebißabguß Schmidts noch einem Sachverständigen zur Prüfung vorgelegt werden.

Das ganze Belastungsmaterial ist so schwer, daß Schmidt unter dem dringenden Verdacht der Körperverletzung mit tödlichem Ausgange gestern mittag dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurde.

Bummelei auch bei der Waisenverwaltung? In unseren Artikeln über die skandalöse Bummelei, durch die das Bureau des „Kinderrettungsvereins" unter Verantwortung des Pastors Pfeiffer einen Ehemann in den ihm sehr peinlichen, völlig unbegründeten Verdacht gebracht hatte, der Vater eines von Herrn Pfeiffer bevormundeten unehelichen Kindes zu sein, wurde nebenbei auch die Waisenverwaltung der Stadt Berlin erwähnt. Auf diesen besonderen Punkt kommen wir heute zurück, um zu zeigen, daß die Waisenverwaltung allen Grund hat, sich zu reinigen (wenn sie's kann) von einem Verdacht, der vom Bureau des Vereins gegen sie rege gemacht und vom Pastor Pfeiffer in seinem durch Stöckers Blättchen wiedergegeben Verteidigungsversuch noch verstärkt worden ist. Wir hatten erwartet, daß die Waisenverwaltung sofort darauf antworten und sich wehren werde, aber bis jetzt ist sie still geblieben. Pastor Pfeiffer, der „Berufsvormund und Pfleger über mehr als tausend Kinder", hat in seiner mißglückten Selbstverteidigung, die eine schwere Selbstanklage war, auch das zugeben müssen, daß er und seine Leute Monate hindurch über den Verbleib jenes von ihm bevormundeten Kindes nicht unterrichtet waren. Am 14. Oktober wollte der Vater des Kindes der Mutter 15 M. zukommen lassen und schickte das Geld an den „Kinderrettungsverein", wie der es sich ausbedungen hatte. Aber erst am 10. Dezember kriegte die Mutter vom Verein das Geld, nachdem sie durch den Vater Kenntnis von dieser Zahlung erhalten und selber auf dem Vereinsbureau gewohnt hatte. Herr Pfeiffer hat nun die Schuld an dieser Verzögerung zum Teil auf die Familie des Kindes, zum Teil auf die Waisenverwaltung zu wälzen versucht. In dem Bureau des Herrn Pastors und Massenvormundes hatte man nämlich geglaubt, das Kind sei nicht bei der Mutter, sondern in Waisenpflege. Pfeiffer versichert, am 7. Oktober sei zum erstenmal eine Helferin des Vereins in der Wohnung der Mutter gewesen, nachdem diese ihr Kind bereits seit dem 18. Juli bei sich hatte. Mutter und Kind waren nicht zu Hause. Die Helferin scheint aus einem Gespräch mit der fast tauben Großmutter die Meinung gewonnen zu haben, das Kind sei in Waisenpflege gegeben. Pastor Pfeiffer erzählt wenigstens, so habe man's der Helferin gesagt. Das wurde dann seelenruhig als Tatsache hingenommen, und der Herr Pastor und Vormund scheint hiernach sich gegenüber diesem Kinde für ledig aller Pflicht gehalten zu haben. Als Mitte Oktober das Geld vom Vater kam, legten sie's im Bureau des „Kinderrettungsvereins" in den Kasten und fragten bei der Waisenverwaltung an, was damit geschehen solle; diese aber nahm die Anfrage zu den Akten und ließ sie liegen. Oder war es anders? So muß man sich's wenigstens zusammenreimen nach der nicht ganz klaren Darstellung, die der Pastor veröffentlicht hat. Erst als im Dezember die Mutter selber mahnte, ging Herrn Pfeiffers Leuten ein Licht auf, und nun mahnten sie die Waisenverwaltung. War der Hergang so? Es ist dringend zu wünschen, daß einwandfrei festgestellt wird, welcher Weg durch die Akten des „Kinderrettungsvereins" und der Waisenverwaltung und wieder des „Kinderrettungsvereins" von dem Geld zurückgelegt werden mußte, ehe es vom 14. Oktober bis zum 10. Dezember aus den Händen des Vaters in die Hände der Mutter gelangte. Inzwischen hätte die Mutter samt dem Kinde, trotz „Kinderrettungsverein" und Waisenverwaltung, verhungern können, wenn sie nicht andere Existenzmittel gehabt hätte. Wann hat der „Kinderrettungsverein" bei der Waisenverwaltung angefragt? Und wann hat die Waisenverwaltung ihm geantwortet? Im Rathause herrscht die Gepflogenheit, unbequeme Dinge durch vorsichtiges Schweigen zu erledigen. Was wird diesmal die Waisenverwaltung tun?

Das „erleuchtete" Berlin.

Infolge der Verbesserungen auf dem Gebiete der Gasbeleuchtung, die fast größere Fortschritte aufweist, als die elektrische Beleuchtung, nimmt die Gasproduktion und der Gasverbrauch in Berlin dauernd zu. Die städtischen Gaswerke erzeugten im 3. Quartal 1907 nicht weniger als 47 Millionen Kubikmeter Gas, d. h. 11 Prozent mehr als im gleichen Zeitraume 1906. Abgegeben wurden 40¼ Millionen Kubikmeter oder 13½ Proz. mehr. Durch sogenannte Münzgasmesser (Automaten) wurden allein 3¾ Millionen Kubikmeter verbraucht. Die Steigerung betrug bei diesen **27½ Prozent.** Im Gebrauch sind bereits 35 000 solcher Automaten.

Das Betriebsergebnis der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft vom Jahre 1907 ist wegen der Tariffrage von besonderem Interesse. Der gesamte Verkehr hat auch im abgelaufenen Jahr wieder eine wesentliche Steigerung erfahren. Es wurden insgesamt 133 786 988 Personen befördert. Da im Vorjahr etwas über 128¾ Millionen Personen befördert worden waren, so beträgt die Steigerung über 5½ Millionen. Der Absatz von Fahrscheinen zu 5 Pf. war fast 3mal so groß wie der zu 10 Pf. geworden. Zu 5 Pf. sind ausgegeben worden 97 040 544 Fahrscheine, zu 10 Pf. 34 348 298 Scheine. Von den Fahrscheinen zu 15 Pf., die bloß bei den Automobillinien ausgegeben wurden, sind 2 398 148 Stück verkauft worden. Die Betriebseinnahmen haben 8 646 598,90 Pf. gebracht. Gegen das Vorjahr bedeutet dies eine Steigerung von etwa 850 000 Mk. Der Ertrag wird natürlich auch durch die noch nicht festgestellten Ausgaben bestimmt. Die gesamte Länge aller Omnibuslinien beträgt jetzt 193 840 Meter. Täglich laufen durchschnittlich 34 Automobilwagen und 577 Pferdewagen. Für die Bespannung der letzteren ist ein Bestand von 4575 Pferden erforderlich. Die Gesellschaft beschäftigt jetzt 2827 Personen.

Feuerwehrbericht. Wegen einer Benzinexplosion wurde in der letzten Nacht die Feuerwehr nach der Köpenicker Straße 37 alarmiert. Der Gastwirt Emil Katz hatte durch Stichflammen Brandwunden an der rechten Hand und im Gesicht erlitten. Im Klosett war die Decke teilweise eingestürzt. Der Feuerwehr gelang es, weitere Gefahren bald zu beseitigen. Gestern früh um 7 Uhr gerieten in einer Klischeefabrik Lindenstr. 69 Terpentin und Spiritus in Brand. Dieser blieb auf eine sogenannte Aetzkammer beschränkt. Gleichzeitig wurde die Wehr nach der Wilhelmstr 64 und Invalidenstr. 183 gerufen, wo Gardinen brannten. In der Prenzlauer Allee 34 stand ein Fabrikschornstein in Flammen und in der Voltastr. 86 eine Küche. Gestern abend wurde die Feuerwehr mehrere Male in Anspruch genommen, um Pferde aufzurichten, die infolge von Glatteis in den Straßen gestürzt waren.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Wie schwer es manchmal ist, ärztliche Hülfe zu erhalten, hatten wir vor kurzer Zeit an einem Falle dargelegt, wonach ein Bewohner des Hauses Hermannstraße 76/77 stundenlang herumlaufen mußte, ehe er einen Arzt zu seiner schwerkranken Mutter bekommen konnte. Wir hatten dabei auch mitgeteilt, daß in der in der Steinmetzstr. 6 gelegenen Unfallstation kein Arzt anzutreffen war. Zum Schluß bemerkten wir, daß uns zwar bekannt sei, daß Aerzte von Unfallstationen nur in ganz seltenen Fällen zu Kranken gehen, jedoch hätte mindestens ein Arzt anwesend sein müssen.

Das Kuratorium der Berliner Unfallstationen vom Roten Kreuz sendet uns zu diesem Fall ein Schreiben, in welchem zunächst zugegeben wird, daß ein Arzt auf der Station nicht anwesend war. Das habe jedoch seinen Grund darin, daß der wachhabende Arzt zu einem eiligen Besuch außerhalb der Station abgerufen worden sei, wobei die nötige Hülfeleistung eine sehr lange Zeit in Anspruch genommen habe, so daß er auch noch nicht zurückgekehrt war, als der Sohn der Erkrankten zum zweiten Male auf der Station erschienen sei. Dem Kuratorium der Berliner Unfallstationen sei es leider nicht möglich, den Dienst in den Stationen doppelt zu besetzen, so daß in Fällen wie im vorliegenden entweder von der nächstgelegenen Hülfsstelle ein Arzt geholt, oder auf die Rückkehr des Arztes gewartet werden müsse. Zum Schluß wird in der Zuschrift betont, daß die in der betreffenden Notiz ausgesprochene Ansicht, daß Aerzte der Unfallstationen nur in ganz seltenen Fällen zu Kranken gehen, eine irrige sei. Die Aerzte seien angewiesen, jeder Requisition sowohl außerhalb wie innerhalb der Station ohne Rücksicht auf die Zahlungsfähigkeit des Hülfesuchenden zu jeder Zeit zu entsprechen.

Wir haben hierzu zu bemerken, daß dem Hülfesuchenden, der übrigens nicht zweimal, sondern dreimal auf der Unfallstation gewesen zu sein angab, von dem Wärter gesagt wurde, daß der Arzt mit einem Kollegen weggegangen sei. Im übrigen ist die Mitteilung, daß Aerzte der Unfallstationen auch außerhalb der Station Hülfe zu leisten angewiesen sind, um so wertvoller, als dies in weiten Kreisen noch nicht bekannt war.

Ein dreister Bursche treibt gegenwärtig in der Steinmetz- und Weisestraße sein Unwesen. Schon des öftern ist Kindern, die von ihren Eltern weggeschickt wurden etwas zu holen, von einem fremden Manne Geld und Ware abgenommen worden. Auch gestern wurde einem Jungen, der in dem Kuhstall, Steinmetzstraße, zwischen Hermann- und Weisestraße belegen, Milch geholt hatte, von einem Manne die Milchkanne und das Portemonnaie abgenommen. Der betreffende ist nach Aussage von Kindern schlank und von pockigem Gesicht.

Wilmersdorf.

Bezirks- oder Listenwahl. Wie wir vor einigen Tagen mitteilten, hatten die Freisinnigen dem Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung zwei Anträge unterbreitet, in denen die Einführung der Bezirkswahl und eine günstigere Festsetzung der Wahlzeit gefordert wird. In der letzten Stadtverordneten-Versammlung wurde über den Antrag, der die Bezirkseinteilung fordert, beraten. Begründet wurde derselbe von dem Stadtverordneten Lange. Redner verwies darauf, daß Wilmersdorf bereits 80 000 Einwohner habe. Bei der ersten Stadtverordnetenwahl sei die frühere Gemeindevertretung angegriffen worden, weil dieselbe nicht dafür Sorge getragen habe, daß die Wähler ihre Vertreter nach Bezirken wählen konnten. Mit dem gegenwärtigen System müsse gebrochen werden. Gegen den Antrag wandte sich der Stadtv. Busch, der zwar meinte, prinzipiell auf dem Boden der Bezirkswahl zu stehen, dieselbe aber im gegenwärtigen Augenblick nicht empfehlen könne.

Die Listenwahl hätte immerhin das Gute in sich, daß dadurch die Sozialdemokratie ausgeschaltet sei.

Stadtv. Dr. Wolff bemerkte, daß die Furcht vor der Sozialdemokratie kein Grund sein könne, sich eines falschen Wahlmodus zu bedienen. Der Gesetzgeber sei sicherlich von dem Grundsatze ausgegangen, daß Zweck und Gerechtigkeit bei der Bezirkswahl gewahrt würde. Nachdem noch die Stadtverordneten Klettke und Dr. Steinitz der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die nächsten Wahlen die Einteilung der Bezirke vorfinden mögen, wurde der Antrag Lange und Genossen auf Einführung der Bezirkswahl mit 21 gegen 19 Stimmen abgelehnt.

Die Ablehnung des Antrages und die Ausführungen des Stadtv. Busch zeigen nur allzu deutlich die Furcht vor der Sozial-

demokratie. Wenn es nur einem unserer Genossen gelänge, in das Wilmersdorfer Stadtparlament einzudringen, so wäre die bürgerliche Eintracht gestört. Indes, ob die nächsten Wahlen nach Bezirken oder Listen vorgenommen werden, unsere Genossen haben jetzt schon Vorbereitungen zu treffen, damit es einigen Genossen gelingt, bei den kommenden Stadtverordnetenwahlen durchzukommen. Die Wilmersdorfer Arbeiterschaft **darf es nicht mehr länger ertragen**, daß sie von den Beratungen im Stadtparlament vollständig ausgeschlossen ist.

Die Antragsteller werden hoffentlich nicht ablassen, mit ihren Forderungen erneut vor die Stadtverordneten-Versammlung zu treten.

Charlottenburg.

Die Freie Volksbühne Charlottenburg spielt für ihre Mitglieder Gogols berühmte politische Satire „Der Revisor". Die Vorstellung der 1. Abteilung findet **heute** im Schillertheater Charlottenburg, abends 8 Uhr, statt.

Johannisthal.

In der Generalversammlung des Wahlvereins gab der Vorsitzende Genosse Schneider den Vorstandsbericht des letzten Quartals. Dem Kassenbericht ist zu entnehmen, daß einer Einnahme von 141,19 M. eine Ausgabe von 163,25 M. gegenübersteht. Der Abonnentenstand des „Vorwärts" beträgt 184. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden folgende Genossen gewählt: Karl Schmidt 1. und Tielick 2. Vorsitzender, Pirsich Kassierer, Krieg Schriftführer, Schärfling Beisitzer, Dühring, Trautmann und Luban Revisoren und Gobin Bibliothekar. Als Parteispediteur fungiert Genosse Hünold. In die Lokalkommission wurden die Genossen Gammisch und Klein gewählt. Die Wahl der Bezirksführer soll in der nächsten Versammlung erfolgen.

Nowawes.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete der Vorstand den Bericht für das abgelaufene Vereinsjahr. Es haben stattgefunden 12 Mitglieder- und 5 Volksversammlungen, außerdem 27 Sitzungen des Vorstandes resp. der Funktionäre und 4 Flugblattverbreitungen. Die Mitgliederzahl stieg von 568 auf 602 (gewerkschaftlich organisiert sind am Orte 2234 Arbeiter). Die Einnahme belief sich auf 2115 M., Ausgabe am Orte auf 787 Mark. Die Bibliothek umfaßt 293 Bände. Die Zahl der Abonnenten des „Vorwärts" stieg von 385 auf 436, diejenige der „Brandenburger Zeitung" von 232 auf 278, die „Neue Zeit" wird in 2, die „Kommunale Praxis" in 8, die „Gleichheit" in 5, die „Freien Stunden" in 21, der „Wahre Jakob" in 280 Exemplaren gelesen. In der Debatte über diesen Bericht stellte Genosse Hoffmann den Antrag, eine Zeitungskommission zu wählen, welche versuchen soll, die Spedition zu verbessern und unserer Presse und Literatur eine größere Ausbreitung zu verschaffen. Die Versammlung erklärte sich im Prinzip mit dem Antrage einverstanden; es soll in der nächsten Versammlung diese Kommission gewählt werden. — Hierauf wurde Genosse Adam als zweiter Vorsitzender, Genosse Bechlinger als Mitglied der Lokalkommission, sowie die Genossen Seidenberg und Singer als Revisoren neugewählt; die übrigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Mit der Vertretung des Vereins auf der nächsten Kreis-Generalversammlung wurden die Genossen F. Salzbrunn, Adam und Fütterer betraut.

Die Gemeinde-Schuldeputation hat den Antrag des sozialdemokratischen Wahlvereins, den Vormittagsunterricht um 12 Uhr in den Volksschulen zu schließen, abgelehnt; der vom Bürgermeister an den Genossen Krohnberg gesandte Bescheid lautet: „Auf den mit Schreiben vom 21. November gestellten Antrag, den Schulunterricht in der Mittagszeit auszusetzen, teilen wir mit, daß der Antrag durch Beschluß der Gemeindeschuldeputation hierselbst vom 17. Dezember abgelehnt worden ist, da nach der übereinstimmenden Ansicht der Rektoren der hiesigen Gemeindeschulen der ungeteilte Schulunterricht im Interesse der Schulkinder selbst unbedingt erforderlich ist und auch die königliche Regierung aus dem gleichen Grunde auf dem Standpunkt des ungeteilten Unterrichts steht." Vom pädagogischen Standpunkt läßt sich gegen diese Ansicht wenig einwenden; es ist nur bedauerlich, daß infolge der traurigen Verhältnisse die Arbeiter den daraus entstehenden Konsequenzen nicht genügend Rechnung tragen können und die Kinder deshalb größtenteils mit kaltem oder aufgewärmtem Mittagbrot vorlieb nehmen müssen, was jedenfalls nicht von Nutzen für die Gesundheit derselben ist.

Spandau.

Die erste Stadtverordneten-Versammlung im neuen Jahre beschäftigte sich zunächst mit der Einführung von 21 neu- resp. wiedergewählten Stadtverordneten, unter denen sich auch der Genosse Pieper befindet. Die Einführung selbst vollzog der Oberbürgermeister Koeltze. Hierauf wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Bei der Neuwahl des 6. Ausschusses bestehend aus 7 Stadtverordneten, der die Wahlen der Deputationen und Kommissionen vorzubereiten hat, bemerkte der Stadtverordnete Bender, er nehme an, daß der sozialdemokratischen Fraktion in dieser Kommission auch ein Sitz eingeräumt werde und daß diese dafür selbst einen Vorschlag machen werde. Er schlage deshalb nur 6 Herren von den bürgerlichen Stadtverordneten vor. Von der sozialdemokratischen Fraktion wird Genosse Pieper vorgeschlagen. Man wollte wohl nun wieder den alten Trick anwenden und verhindern, daß ein Sozialdemokrat gewählt wurde, infolgedessen wurden noch weitere drei bürgerliche Stadtverordnete vorgeschlagen. Der Stadtverordnete Schob glaubte noch einen Trumpf draufdrücken zu müssen, indem er erklärte, die Sozialdemokraten sähen wieder einmal, daß wir (die bürgerlichen Stadtverordneten) geneigt sind, ihnen einen Sitz in dieser Kommission abzutreten. Sie (die Sozialdemokraten) sollen in anderen Fällen aber doch auch für die bürgerlichen Stadtverordneten stimmen. Es habe ihn betrübt zu sehen, wie sie bei der Vorstandswahl weiße Zettel abgaben. So schlau die Komödie eingefädelt war, so wurde sie doch durch die Erklärung des Genossen Pieper zerstört. Der Genosse meinte, die Sozialdemokraten hätten bisher grundsätzlich bei der Vorstandswahl nicht gewählt und die sozialdemokratische Fraktion lehne es ab, sich aus Gnade und Barmherzigkeit einen Sitz in der Kommission geben zu lassen. Diese Erklärung trug wohl viel dazu bei, daß Genosse Pieper trotz der Schobschen Komödie doch in die Kommission gewählt wurde. — Das Gehalt für eine frei werdende besoldete Stadtratstelle wird auf 4800 M. steigend bis 6000 M. festgesetzt. Die Stelle soll ausgeschrieben werden. — Für die Fortbildungsschule wird die Errichtung eines besonderen Rektorats vom Magistrat gefordert. Die Stelle wurde bisher nebenamtlich verwaltet. Der Referent, Stadtverordneter Tischlermeister Peucker bemerkt, daß es infolge des Anwachsens dieser Schule unmöglich sei, daß das Rektorat ferner noch nebenamtlich verwaltet werden könnte. Die Schule habe 1900 12 Klassen gehabt, jetzt habe sie 65 Klassen, mit 1100 Schülern und 38 Lehrern. Das Gehalt des Rektors solle mit einem Grundgehalt von 2850 M., einem Wohnungsgeldzuschuß von 700 M. und einer dreimaligen Zulage von 250 M. festgesetzt werden. Dem Stadtverordneten Schob (Verleger des konservativen Spandauer Tageblattes) blieb es vorbehalten, sich als einziger gegen die Vorlage auszusprechen. Er beantragte nochmalige Kommissionsberatung. Seine größte Befürchtung war, daß, wenn man einen besonderen Rektor anstelle, die Unterrichtsstunden für die Lehrlinge, welche meist abends stattfinden, in die Nachmittagsstunden verlegen könnte. Seitens der sozialdemokratischen Fraktion treten die Genossen Schmidt I und Rieck diesen kuriosen Ansichten des handwerkrettenden Stadtverordneten entgegen und sie erreichten, daß fast die ganze Versammlung ihnen zustimmte und der Antrag Schob fast einstimmig abgelehnt, die Magistratsvorlage aber mit großer Majorität angenommen wurde. — Beim Forstetat stellte Genosse Schmidt I den schon früher wiederholt gestellten, aber jedesmal abgelehnten Antrag, daß die Tage, an welchen aus der Stadtforst von armen Leuten Reis- und Leseholz aus dem Stadtwald geholt werden könne, von Dienstag und Freitag auf Mittwochs und Sonnabends verlegt würden. Er begründete dies damit, daß an diesen Tagen die Kinder nachmittags keine Schule hätten. Der Oberförster Bein erklärte, des Sonnabends könnte nicht die genügende Aufsicht ausgeübt werden. Der Antrag wurde abermals abgelehnt. Der Etat selbst, welcher mit einer Einnahme von 55 406,50 M. und mit einer Ausgabe von 31 540 M. abschließt, wird in dieser Höhe festgesetzt. — Beim Straßenreinigungsetat wies der Genosse Schmidt I auf die unzureichenden Löhne der Straßenreinigungsarbeiter hin, sowie, daß dieselben keine Unterkunftsräume hätten. Der Etat weist eine Einahme von 35 400 M. und eine Ausgabe von 116 150 M., also eine Mehrausgabe von 80 750 M. auf. Es kommt dies hauptsächlich daher, weil die Herren Hausbesitzer seinerzeit die Reinigung der Bürgersteige auch auf die Allgemeinheit abgeschoben haben. Der Etat wird in dieser Höhe festgesetzt. — Der Sparkassenetat weist eine Verwaltungsausgabe von 43 000 M. auf und wird in dieser Höhe festgesetzt. — Beim Elektrizitätsetat hat die Kommission einige Veränderungen beantragt, infolgedessen derselbe sich um 300 M. niedriger stellt, als vom Magistrat vorgesehen, nämlich in Einnahme und Ausgabe auf 237 600 M. statt 273 900 M. Die Versammlung stimmt der Veränderung zu und wird der Etat infolgedessen zurückgegeben. — Der Armenkassenetat wird in Einnahme und Ausgabe auf 206 600 M., mit einem städtischen Zuschuß von 174 445,49 M. festgesetzt. Der Brennmaterialienetat wird mit 37 655,78 M. festgesetzt. — Beim Gaskohlenetat, der in Einnahme und Ausgabe mit 682 448,11 M. und mit einem Ueberschuß von 104 172,68 M. balanziert, erklärt der Referent, Genosse Pieck, daß die Gasdeputation dem geäußerten Wunsche des Stadtverordneten Genossen Schmidt I, den Gasarbeitern Kaffee oder Tee zu verabreichen, näher getreten sei und demnächst eine diesbezügliche Vorlage machen werde. Genosse Schmidt I kommt auf die hohen Kohlenpreise zu sprechen und empfiehlt, kommunale Vereinigungen herbeizuführen, um dem Kohlenwucher entgegenzutreten. Er macht dann noch mehrere Einwendungen über schlechte Beleuchtung der Straßen. Der Etat wird genehmigt. Ebenso wird der Schlachthofetat, der mit 124 000 M. balanziert, sowie der Schlachthoftarif und die Freibankordnung genehmigt. Die übrigen Nummern wurden wegen vorgerückter Zeit vertagt und nur noch die geheime Sitzung erledigt.

Vermischtes.

Schneesturm und Unwetter.

Nach einer Meldung aus Kiel wütete der Nordoststurm auch vorgestern nacht mit unverminderter Heftigkeit fort, so daß das Hochwasser für die am Hafen gelegenen Häuser eine gefahrdrohende Höhe erreichte. Zahlreiche Fischerboote sind zertrümmert und gesunken. Auch an den Anlegebrücken ist großer Schaden angerichtet. Gestern früh ist der Hafenbetrieb teilweise wieder aufgenommen, da die Gewalt des Sturmes nachgelassen hat. Auch aus fast allen Orten an der Ostküste Schleswig-Holsteins liegen Meldungen von Sturm- und Hochwasserschäden vor. Die Stadt Hadersleben ist, wie aus einer Meldung von dort hervorgeht, noch von jedem Verkehr nach außen abgeschnitten. Der vorgestern nach Woyens abgegangene Staatsbahnzug steckt noch immer im Schnee. — Starker Frost herrscht in Paris. Auch aus dem Osten und dem Jura wird strenge Kälte gemeldet.

Flensburg, 10. Januar. Amtliche Meldung. Die Schneeverwehungen auf den Strecken Flensburg—Woyens, Rothenkrug—Apenrade und Woyens—Hadersleben sind soweit beseitigt, daß der Personenverkehr seit heute vormittag in vollem Umfange wieder aufgenommen ist. Der Verkehr bis Hadersleben bezw. Apenrade wird im Laufe des heutigen Tages in beschränktem Umfange wieder aufgenommen. Die Strecke Woyens—Vamdrup wird voraussichtlich morgen wieder frei.

Die Cholera. In den Pilgerstädten des Hedschas kommen, einer Meldung aus Konstantinopel zufolge, täglich beinahe 200 Cholerafälle vor, von denen ungefähr 80 Proz. tödlich verlaufen.

Oeffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Alexandrinenstr. 26. Geöffnet täglich von 5½—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 12. Januar, vormittags 8¾ Uhr, in der neuen Gemeindehalle, Pappel-Allee 15—17: Versammlung mit freireligiöser Vorlesung. — Vormittags 10½ Uhr in der Schulaula, Kleine Frankfurterstr. 6: Vortrag von Frl. Ida Altmann: „Volkserziehung und Sittlichkeit".

Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Gerichts-Zeitung.

Milde Richter.

Die auffällig niedrigen Strafen — wir haben wiederholt darüber berichtet —, mit denen in Halle gegen Roheitsausschreitungen von **Studenten** vorgegangen wird, haben wie **Aufforderungen zur Roheit** auf einen Teil dieser gebildeten Herren gewirkt. Die Studentenausschreitungen nehmen immer mehr zu. Die Kommilitonen **beschränken sich nicht nur darauf**, Schilder abzureißen, Laternen zu zertrümmern und Polizisten zu schlagen, sondern sie **greifen jetzt auch ruhig des Weges gehende Bürger an.** Als in einer Nacht gegen 2 Uhr der schon bejahrte Privatmann Tienel durch die Sternstraße nach Hause gehen wollte, wurde er von dem **Stud. phil. Otto Klapp aus Schkeuditz und dessen Freund verhöhnt.** Klapp, der auf der Straße stand, rief seinem Freunde in Beziehung auf Tienel die Worte zu: **„Du, da kommt der Ober mit dem Steifen!"** Als sich der offenbar händelsuchende Student dem alten Herrn näherte, sagte letzterer: „Bitte lassen Sie mich doch gehen, ich bin Ihr Ober nicht!" Darauf nahm der Student-Rohling seinen **Spazierstock und schlug damit Tienel zweimal ins Gesicht, daß der Stock zerbrach und das Blut floß.** Ein **Polizeibeamter**, der den Vorgang, wie geschildert, in der Schöffengerichtsverhandlung am Donnerstag **bestätigte**, sprang hinzu und schützte den alten Herrn. Der Verletzte hatte derartige **Wunden** an Stirn und Backe, **daß er einen Monat ärztlich** behandelt werden mußte. Zu seiner Entschuldigung wußte der rohe Mensch nur auszuführen, daß er von einem Kommers gekommen und „angeheitert" gewesen sei. Das **Schöffengericht** bezeichnete zwar die Tat wohl als roh und **rücksichtslos, verurteilte aber Klapp nur zu — 120 M. Geldstrafe.**

Wäre ein **Arbeiter,** der sich ohne jeden Anlaß gleich roh und feig benommen, auch mit 120 M. Geldstrafe weggekommen? Mildeste Strafen gegen **Rowdys,** die sich studierenshalber an der Universität einschreiben lassen und hernach „Zucht und Ordnung" dem arbeitenden Volk einpauken sollen, drakonisch hohe Strafen gegen einen Arbeiter, der in dem schweren Kampf um das Brot für sich und die Seinen etwa ein **unbedachtes Wort** fallen läßt — das ist die Signatur einer Justiz, von der die herrschende Klasse wünscht, sie solle als Büttel zur Niederhaltung der berechtigten Ansprüche der Arbeiter mißbraucht werden. **Aber — es gibt keine Klassenjustiz.**

Ein Scherzwort — zwei Wochen Gefängnis.

Als während des Schreinerstreiks zu Solingen am 2. September vorigen Jahres ein Bauunternehmer ein „nützliches Element" vom Bahnhof abholte, äußerte der streikende Schreiner Vogelsang scherzend zu einem Kollegen: „Da wird ein Bär geführt." Damit hatte er die zartbesaitete Ehre des Streikbrechers so arg ramponiert, daß dieser zum Kadi lief und das Solinger Schöffengericht den V. wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu zwei Wochen Gefängnis verurteilte.

Briefkasten der Redaktion.

Müller, Reinickendorferstraße. 1. Sie können die Versicherung dadurch aufrecht erhalten, daß Sie selbst weiterkleben. Sie müssen aber innerhalb je zwei Jahren wenigstens 40 Marken kleben, welche Klasse ist gleichgültig. 2. Sie können bei dem Vormundschaftsgericht einen Antrag auf Regelung des Besuchsrechts stellen. Dem Durchdringen Ihres Antrages steht der Umstand, daß Sie eine Woche lang das Kind bei sich behalten haben, vielleicht entgegen. — **K. 65.** Bis zur Höhe von 100 M. würden Sie haften. — **H. L. 2.** Lassen Sie es auf eine Klage ankommen. Entscheidend würde allerdings das Gutachten von Sachverständigen sein. Der von Ihnen gezahlte Preis erscheint aber hinreichend. — **M. M.** Nein. — **M. 1.** 1.—3. Ehebruch rechtfertigt eine Scheidungsklage. Der Kläger muß den Ehebruch beweisen. Welche Mittel als ausreichend erachtet werden, hat das Gericht von Fall zu Fall zu entscheiden. Ist die Ehe wegen des Ehebruchs geschieden, so kann der beleidigte Ehegatte Strafantrag stellen. Die Strafe beträgt Gefängnis bis zu 6 Monaten. 4. Eine Frist zur Aufbewahrung der Sachen besteht nicht. Ein Recht, den Korb zu öffnen, steht Ihnen nicht zu. Sie können nur auf Rücknahme klagen. —

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Ochsenfleisch Ia 70—72 pr. 100 Pfd., IIa 64—69, IIIa 56—59. Bullenfleisch Ia 67—72, IIa 58—66. Kühe, fett 50—58, do. mager 38—46, Fresser 52—60, Bullen, dänische 53—65. Kalbfleisch, Doppellender 110—130. Mastkälber Ia 90—100, IIa 80—89, Kälber ger. gen. 60—76, do. holl. 50—56. Hammelfleisch Mastlämmer 76—78, Hammel Ia 68—72, IIa 62—67, ungar. 0,00, Schafe 47—60. Schweinefleisch 52—61. Rehwild Ia per Pfund 0,65—0,72, IIa 0,50—60. Rotwild Ia per Pfund 0,43—0,48, do. IIa 0,30—0,40, do. Kälber 0,40—0,52. Damwild 0,40—0,52, do. Kälber 0,50—0,70. Wildschweine per Pfd. 0,30—0,40. Frischlinge p. Pfd. 0,50—0,60. Kaninchen, groß, Stück 0,80—1,10, do. klein 0,50—0,70. Hasen, groß per Stück 3,40—3,55, do. mittel und klein Stück 2,00—3,00. Wildenten per Stück 0,00. Fasanenhähne Ia, junge 2,75—3,25, do. IIa und alte 1,50—2,50. Fasanenhennen 1,00—2,25. Waldschnepfen per Stück 2,00—2,25, do. IIa 1,00—1,50. Hühner, Ia per Stück 1,50—2,75, dito IIa 1,00—1,40. Tauben Ia 0,70—0,85, do. IIa 0,00, do. alte 0,60—0,65, do. italienische 1,10. Enten Ia Stück 0,00, do. IIa 0,00, do. per Pfd. 0,65—0,75, do. Hamburger, per Stück 3,00—3,40. Gänse p. Pfd. 0,50—0,66, do. Oderbrucher per Pfd. 0,50—0,63. Poulets p. St. 1,20—1,50. Puten p. Pfd. 0,60—0,75, do. IIa 0,50—0,58. Poularden, deutsche, 0,90—1,00. Hechte per 100 Pfund 88—97, do. matt 0,00, do. groß 0,00, do. groß-mittel 81—84. Zander, uns. 105—119, dito klein-mittel 0,00, do. matt 0,00. Schleie, groß 0,00, do. uns. 98—99, do. holländer 0,00. Aale, 0,00, do. klein-mittel 0,00, do. groß 0,00. Karpfen, 50er 62—65, do. 50er, stumpf 58—61, do. franz. 70—100er, matt 56—61. Wels 0,00. Plötzen 27, do. groß 0,00, klein 0,00. Bleifische 0,00, matt 0,00. Bunte Fische 38—39, do. klein 0,00. Barse 70—85. Karauschen 73. Bleie, matt 0,00. Aland, klein 35—41. Quappen 34. Winter-Rheinlachs per 100 Pfund 0,00, Amerikanischer Lachs Ia neuer per 100 Pfd. 110—130, do. IIa neuer 90—100. Seelachs per 100 Pfd. 15—20. Flundern, Kieler, Stiege Ia 2—6, do. mittel Kiste 0,00. Hamb. Stiege 3—6, halbe Kiste 2—3, pomm. Ia Schock 0,00, IIa 0,00. Bücklinge, Kieler der Wall 2—3,00, schwedische 1,50—2,50, englische 3,00—3,50. Sprotten, Danziger, Kiste 0,80—0,90, do. Rügenwalder, Kiste 0,70—0,80. Aale, groß per Pfund 1,10—1,40, mittelgroß 0,80—1,10, klein 0,60—0,80. Heringe per Schock 5,00—9,00. Schellfische, Kiste 3,00—4,00, dito ½ Kiste 2,50. Sardellen, 1902er per Anker 98, 1904er 98, 1905er 98, 1906er 85—90. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40—44, full 38—40, med. 36—42, deutsche 30—40. Heringe, neue Matjes, per ⅛ To. 0,00. Sardinen, russ., Faß 1,50—1,60. Bratheringe Faß 1,20—1,40, do. Büchse (4 Liter) 1,40—1,70. Neunaugen, Schockfaß 11, do. kleine 5—6, do. Riesen- 14. Krebse per Schock 0,00, große 0,00, do. mittelgroße 0,00, dito kleine 0,00 cm 0,00, do. unsortiert 0,00, Galizier, groß 0,00. Seemuscheln 100 St. 1,00. Eier, Land-, unsortiert per Schock 4,00—5,50, do. große 6,00—6,50. Butter per 100 Pfd. Ia 123—124, IIa 116—123, IIIa 112—115, abfallende 100—105. Saure Gurken Schock 4,00. Pfeffergurken Schock 4,00. Kartoffeln per 100 Pfund Dabersche 3,00—3,50, weiße runde 2,75—3,00, mag. bon. 3,00—3,25. Porree, per Schock 1,50—1,75. Meerrettich, Schock 4—12. Spinat per 100 Pfund 20—25. Sellerie, per Schock 3—6, do. pomm. 6—8. Zwiebeln per 100 Pfd. 2—3. Petersilie, grün, Schockbund 0,80—1,50. Rettich, bayrischer, per Stück 0,06—0,10, hiesiger, per Schock 0,00. Mohrrüben, 100 Pfund 3,00 bis 4,00. Karotten, per 100 Pfund 10—15. Wirsingkohl p. Schock 4—7. Rotkohl, Schock 4—8. Weißkohl p. 100 Pfd. 2,10—3,50. Blumenkohl, hiesiger 100 Stück 0,00, do. Erfurter 0,00. Rosenkohl, per 100 Pfund 16—20. Grünkohl 6,00—8,00. Kohlrüben, Schock 2,50—5,00. Petersilienwurzeln, per 100 Pfd. 6—7, Schockbund 5—6,00. Schnittlauch, Töpfe Dutzd. 4—5,00. Tomaten, kanarische, per Kiste 1,50—3,00. Rote Rüben, per 100 Pfund 2,50—3,00. Rübchen, Beelitzer, per 100 Pfund 3—5, do. Teltower 10—18. Eskarol, per Schock 18—20. Endivien, per Schock 20—25. Birnen per 100 Pfd. Tiroler 0,00. Kochbirnen 3—7, Tafelbirnen Ia 18—25, do. IIa 6—17, Ital. 10—22. Aepfel, per 100 Pfund, Tiroler Ia 22—30, do. IIa 12—20, do. lose, per 100 Pfund 0,00, do. in Kisten 120 Pfd. 30—50, Koch-, hies., 100 Pfd. 0,00, Koch- 5—11, Tafeläpfel Ia 15—21, do. IIa 8—12, Amerikaner, per Faß 10—30, Italiener, lose, 100 Pfd. 8—12, do. in Körben per 100 Pfd. 13—22, do. in Kisten 10—25. Walnüsse 0,00. Paranüsse 0,00. Haselnüsse, lange, 100 Pfund 0,00, do. runde franz. 0,00. Weintrauben, Almeria, per Faß 8—18. Ananas I, per Pfund 0,90—1,10, do. II 0,40—0,60. Bananen, gelb, per 100 Pfund 8—20. Kokosnüsse per 100 Stück 0,00. Krachmandeln per 100 Pfd. 65—115. Maronen, ital., per 100 Pfund 9—20. Feigen, Kranz- per 100 Pfd. 20—22, do. Trommel- per 100 Pfd. 40, do. in Kisten 28—58. Traubenrosinen per 100 Pfund 65—120. Zitronen, Messina, 300 Stück 9,00—10,00, do. 360 Stück 9,00—9,50, do. 200 Stück 0,00, do. 150 Stück 0,00. Apfelsinen, Murcia, 200 Stück 7,00—11,00, do. 300 Stück 6,00—11,00, do. Valencia 420 Stück 10—25, do. 714 Stück 12—18. Mandarinen, Schachtel 0,90—2,00, do. 420 Stück 0,00, do. 100 Pfd. 17—22. Datteln, per 100 Kart. 35—45. Johannisbrot, per 100 Pfund 10—15.

Witterungsübersicht vom 10. Januar 1908.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.
Swinemünde	759	N	6	wolkig	—4	Haparanda	761	SSO	4	bedeckt	—26
Hamburg	764	NNO	8	wolkenl	—7	Petersburg	758	ONO	3	Schnee	—18
Berlin	759	NNW	4	bedeckt	—5	Scilly	768	N	5	wolkig	2
Frankf. a M.	761	N	6	bedeckt	—3	Aberdeen	763	W	1	wolkig	1
München	758	O	3	Schnee	—4	Paris	763	NNO	5	bedeckt	— 3
Wien	754	NW	3	bedeckt	0						

Wetterprognose für Sonnabend, den 9. Januar 1908.

Zunächst trocken und vielfach heiter bei ziemlich strengem Frost und frischen nordwestlichen Winden; später wieder trübe, etwas gelinder und leichte Schneefälle. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 9. 1. cm	seit 8. 1. cm [1]	Wasserstand	am 9. 1. cm	seit 8. 1. cm [1]
Memel, Tilsit	—	—	Saale, Grochlitz	204	—4
Pregel, Insterburg	—	—	Havel, Spandau [2]	95	—7
Weichsel, Thorn	250 [3]	—10	„ Rathenow [2]	132	+4
Oder, Ratibor	158 [3]	0	Spree, Spremberg [2]	100	0
„ Krossen	132	+1	„ Beeskow	151	+1
„ Frankfurt	145 [4]	—5	Weser, Münden	—36	+11
Warthe, Schrimm	152	+3	„ Minden	68	+44
„ Landsberg	40 [5]	—8	Rhein, Maximiliansau	—	—
Netze, Vordamm	168 [5]	+6	„ Kaub	98	—11
Elbe, Leitmeritz	—39	+2	„ Köln	119 [6]	+20
„ Dresden	—146	+31	Neckar, Heilbronn	42	+10
„ Barby	91 [5]	—2	Main, Wertheim	100	+2
„ Magdeburg	91 [5]	—7	Mosel, Trier	—	—

[1] + bedeutet Wuchs, — Fall. — [2] Unterpegel. — [3] Eisstand. — [4] Grundeis. — [5] nahezu eisfrei. — [6] wenig Treibeis.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Möbelpolierer.

Donnerstag, den 16. Januar, abends 8 Uhr, in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21:

Branchen-Versammlung der Möbel- und Stuhlpolierer sowie Beizer.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht der Branchenkommission. 2. Diskussion. 3. Wahl der Branchenleitung und der Bezirksobleute. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 74/12*

Da auch in dieser Versammlung über den Besuch derselben Kontrolle ausgeübt wird, ist das Verbandsbuch mitzubringen.

Die Branchenleitung.

Achtung! Achtung!

Montag, den 13. Januar, abends 8½ Uhr, bei Fahrow, Ravenéstr. 6:

Vertrauensmänner-Versammlung

für den Bezirk

Wedding, Gesundbrunnen und Moabit.

In der Versammlung werden die Legitimationskarten für 1908 ausgegeben.

Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht jedes Betriebes, einen Delegierten zu senden.

Die Kommission.

Steinarbeiter!

Berlin I.

Sonntag, den 12. d. M., vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal I):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zur Einführung einer örtlichen Arbeitslosen-Unterstützung. 2. Abrechnung vom IV. Quartal. 3. Jahresbericht. 4. Neuwahl der Ortsverwaltung. 171/1*

Mitgliedsbuch legitimiert!

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Zentralverband der baugewerbl. Hülfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Sektion der Putzerträger.

Sonntag, den 12. Januar, vormittags 11½ Uhr:
Mitglieder-Versammlung
in Obiglos Festsälen, Schwedterstr. 23.

Gruppe der Brunnenbauer und Hülfsarbeiter.

Sonntag, den 12. Januar, vormittags 10 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
bei R. Meyer, Oranienstraße 103.

Sektion der Dachdeckerhülfsarbeiter.

Sonntag, den 12. Januar vormittags 10 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 7.

Sektion der Töpferträger.

Montag, den 13. Januar, abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
bei Wohlfahrt, Rosenthaler Straße 57.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Bericht von der Vertretersitzung. 2. Neuwahl der Gruppenleitungen. 3. Verbandsangelegenheiten. 29/1

In Anbetracht der ernsten Zeit und der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht, daß jeder Kollege in diesen Versammlungen erscheint.

Der Zweigvereinsvorstand.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter

Zweigverein Berlin, Sektion II.

Heute Sonnabend, 11. Januar, abends 8 Uhr, findet in den Gesamträumen der Berliner Bockbrauerei, Fidicinstraße, unser diesjähriger 42/1

großer Wiener Maskenball

statt. — Es ladet dazu freundlichst ein **Das Komitee.**

A. B. Koch

Kohlen-Groß-Handlung

Berlin O. 34, Brombergerstr. 16.
Preise für nur Ia Marken ab Platz von 10 Ztr. an:
Prima Ia Halbsteine (bekannte Marken) . . pr. Ztr. 97 Pf.
„ Pfännerschaft . . . 1,02 M.
„ Ia Diamant pr. Ztr. (110 bis 120 Stck.) . . . 1,05 M.
„ Ia Ilse u. Rhw. . . . 1,05 M.
„ Ia Anthrazit Cadé p. Ztr. 2,40 M.
Koks, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tagespreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Ztr. 10—15 Pf. mehr. — Bei Original-Waggons und größeren Abschlüssen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefere elegante fertige 15008

Herren-Garderoben

Ersatz für Maß.
Anfertigung nach Maass.
Tadellose Ausführung.

Julius Fabian,

Schneidermeister,
Gr. Frankfurterstr. 37,
Eingang Strausberger Platz.

Frisch gesalzenes Schweinestückenfleisch (Rippen-, Rücken-, Backenstücke, Schnauzen, Ohren, fleischige Pfoten), feine Delikatesse, versendet in 10 Pfund Postkollis für nur 3,60 M. Bahnkübel enth. 25 u. 50 Pfd. per Pfd. 34 Pf. ab hier unter Nachnahme; Nichtgefall. retour. 9 Pfd. Holsteiner Holländer. Käse 3,20 M. 286/6*
Heinrich Krogmann, Nortorf i. Holst.

Hygienische Bedarfsartikel,

Gummiwaren, 1000e Anerk. V. Prof. u. Aerzt. empf., bill. Apoth. S. Schweitzers Fab. hyg. Präp., Berlin O., Holzmarktstr. 69-70. Off. verlang

Blitz-Schnell

kommt man mit der Hochbahn zu **Weingarten**, Gitschinerstr. 72. Station im Hause. Haltestelle Prinzenstraße. Empfiehlt:

1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots, 1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,

auch für korpulente Herren passend.

Dieselben sind von feinen Kavalieren und Reisenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen. 15882*

Fahrgeld wird vergütet. ● Bitte auf Hausnummer zu achten.

VI. Wahlkreis.

Sonntag, den 12. Januar, abends 6 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23:

Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Otto Büchner.** 2. Diskussion.

Zu zahlreichem Besuch laden ein [224/4*] **Die Abteilungsführer.**

Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein mit Tanz.**

6. Wahlkreis.

Sonntag, den 12. Januar, abends 7 Uhr, bei Wilke,

Brunnenstraße Nr. 188:

Versammlung für Männer und Frauen.

Vortrag des Genossen **Wermuth,** Redakteur am „Vorwärts".

Nachher: **Geselliges Beisammensein.**

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Abteilungsführer.**

Zur Aufklärung!

M. Schmeißers Saucen-Würfel dient nicht, wie vielfach irrtümlich angenommen wird, als Zusatz oder Verbesserung für fertige Saucen, sondern zur ursprünglichen Herstellung derselben ohne irgend welche weitere Zutat. **Ueberall zu haben.** 5862*
M. Schmeißers Nährmittel-Fabrik, G. m. b. H., Leipzig. Filiale Berlin, Oranienburgerstr. 17. Amt IIIa 4729.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefere

elegante fertige Herren-Moden

Bestellungen nach Maß, tadellose Ausführung, in eigener Werkstatt.

Spezial-Geschäft für

Herren-Bekleidung.

Kein Waren-Kredithaus.

J. Kurzberg,

Rosenthalerstrasse 40-41, 1
(Hackescher Markt) und
An der Jannowitzbrücke 1, 1
Bahnhof Jannowitzbrücke.

Wir empfehlen unseren Lesern folgende

Neuerscheinungen:

Vereinsrecht und Polizei.

Eine Denkschrift gegen die Verpreußung und Verächselung des deutschen Vereins- u. Versammlungsrechts.
Preis 2 M.

Sozialdemokratische Flugschriften.

IV.

Die Sozialdemokratie und die technischen Angestellten in Industrie und Gewerbe, Bergbau, Schiffahrt u. Landwirtschaft. Preis 10 Pf.

Die Tarifverträge und die deutschen Gewerkschaften

von **Adolf Braun.**
Broschiert 75 Pf., geb. 1 M.

Geschichte des Sozialismus in Frankreich

von **Paul Louis.**
Preis brosch. 2,50 M., geb. 3 M.

Expedition des „Vorwärts"

Berlin SW. 68
Lindenstr. 69. Laden.

Eile zu Weile.

119 Dresdner Str. 119

Eckhaus Oranienplatz

Räumungs-Verkauf.

Pelz- Stolas, Krawatten, Muffen u. s. w.

Nur prima Waren zu wirklich billigen Inventur-Preisen.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.

Filiale Berlin IV.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Mittwoch, den 7. d. M., das Mitglied

August Meyer,

Wattstr. 19, verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Elisabeth-Friedhofes in der Prinzen-Allee aus statt.

Um rege Beteiligung bittet
24395 Der Vorstand.

Am Mittwoch, den 8. Januar, verschied nach schwerem Leiden der frühere Inhaber des Restaurants „Pferdebucht"

Wilhelm Brüsewitz

im 37. Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am 12. Januar, nachm. 3½ Uhr, von der Köpenicker Leichenhalle aus statt.

Nach langem, schwerem Leiden verstarb mein lieber guter Mann der Tischler

Ernst Hübel

Die Beerdigung findet am Montag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligkreuzkirchhofes, Mariendorf, aus statt. 2442b

Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Vaters, des Zimmerers

Gustav Glagow

sagen wir allen, welche ihm die letzte Ehre erwiesen, unseren herzlichsten Dank. 24405

Die trauernden Hinterbliebenen.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für 14752*
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10—2, 5—7, Sonnt. 10—12 Uhr.

Kurz vor Schluß

des **Inventur- und Räumungs-Ausverkaufs** im

Konfektionshaus Westmann

Hauptgesch.: W., Mohrenstr. 37a, an den Kolonaden,
Filiale: NO., Gr. Frankfurterstr. 115, 2. Haus an der Andreasstr.

wird **nur noch 2 Tage** Gelegenheit geboten, zu nachstehend billigen Notierungen, wie sie wohl kaum mehr wiederkehren,

Plüschmäntel, Astrachanmäntel, Abendmäntel, Röcke, Blusen, Kostüme, Kinderkonfektion, Originalmodelle, Reisemuster und Kopien, selbst für allerstärkste Figuren vorrätig!!!

in **5 Abteilungen** zu kaufen.

Abt.	1	2	3	4	5
bisher	M. 18	M. 30	M. 50	M. 90	M. 160
jetzt nur	M. 6	nur M. 10	nur M. 16	nur M. 30	nur M. 55

usw.

Keine Ramsch- oder Dutzendware!! Eigene Fabrikation!!
Nur neueste Fassons und gediegene Stoffe!!

Bei Einkauf für M. 20.- gebe ich für diese 2 Tage noch einen Kinderkragen für Kinder von 1-12 Jahren oder ein Kinderpyjek gratis!

Besondere Abteilung für **Pelzkonfektion** wie **Pelzjacketts** in allen gangbaren Pelzarten, ferner Stolen, Muffen in größter Auswahl zu bis ¼ herabgesetzten Preisen.

Trauerabteilung für Damen u. Mädchen
Auswahl u. Preise konkurrenzlos.

Sonntag geöffnet 8—10, 12—2.

Den Besuch erbitte am zweckmäßigsten vormittags, da nachmittags der Andrang allzustark ist.

Unserm Freunde und Genossen, dem Abgeordneten unseres Kreises

Fritz Zubeil

zu seinem 60. Geburtstage die

herzlichsten Glückwünsche

Die Parteigenossen von Treptow-Baumschulenweg.

Der 188. Wahlbezirk 2. Teil bringt dem Genossen

Fritz Zubeil

zu seinem 60. Wiegenfeste die herzlichsten Glückwünsche dar!

I. A.: Kunzendorf. Schönfeld.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den

4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

(Stralauer Viertel.)
Stadtbezirk 823.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter

Julius Labe

(wohnhaft Stralauer Platz 17) gestorben ist. 219/3

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 11. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Hiermit diene den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Arbeiter

Julius Labe

am 3. d. M. im Alter von 44 Jahren an Schädelbruch (Betriebsunfall) plötzlich gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 11. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 67/3

Um recht zahlreiche Beteiligung bittet **Die Verwaltung II.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Verwaltung I.
(Verein Berliner Hausdiener.)

Nachruf!

Den Mitgliedern diene hiermit zur Nachricht, daß der Kollege

Max Neumann

(Wasserturstr. 65)

am 3. d. M. durch einen Betriebsunfall, und der Kollege

Karl Dreyer

(Rheinsberger Straße)

am 5. d. M. verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

67/2 **Die Ortsverwaltung.**

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter

Zahlstelle Berlin. Sektion I.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kollege

August Conrad,

zuletzt in der Schloßbrauerei Schöneberg beschäftigt, am 9. d. M. gestorben ist. 42/2

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in der Marstraße 13/15 in Schöneberg aus statt.

Die Mitglieder werden ersucht, sich zahlreich an der Beerdigung zu beteiligen.

Die Ortsverwaltung.

Verein der Zink-, Zinn- und Bleigießer Berlins und Umgegend.

Am 8. Januar verstarb nach langer, schwerer Krankheit unser Mitglied

Otto Kunde.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. d. M., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Heilands-Kirchhofes in Plötzensee, Seestraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
281/10 **Der Vorstand.**

Fahrgelegenheit: Straßenbahn 12 bis Ende, Stadtbahn Beusselstr.

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.